



# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

## **„ZUM VERGLEICH RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN IN EUROPA“**

Historische Entwicklung, politische Positionen und ideologisches Profil

Verfasser

Roy Mark Rayal

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Dr. Fritz Windhager



## **Danksagung**

Ich möchte mich bedanken

bei Herrn Dr. Fritz Windhager für die geduldige Betreuung meiner Arbeit und Beratung zu diesem Thema sowie bei allen Personen, die mich unterstützend begleitet haben und bei Frau Mag. Nina Treiber für die Übersetzung aller Dokumente aus dem Niederländischen ins Deutsche.

## **Eidesstaatliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Wien, im Jänner 2012

Roy Mark Rayal



# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	9
1.1. Forschungsfragen.....	11
1.2. Methodischer Ansatz und Gliederung der Arbeit.....	12
1.3. Abgrenzung und Distanzierung.....	13
2. Rechtspopulismus .....	15
2.1. Begriffserklärung: Populismus .....	15
2.2. Merkmale des Populismus.....	16
2.3. Rechtspopulismus: Merkmale, Ziele und Feindbilder.....	19
2.3.1. Populismus und Demokratie .....	35
2.3.2. Rechtspopulisten in der Regierung.....	37
2.3.3. Gründe für das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien.....	39
2.3.4. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Osteuropa .....	45
2.3.5. Conclusio: Merkmale und Kennzeichen der rechtspopulistischen Parteien.....	49
2.4. Kennzeichen und Merkmale des Rechtsextremismus .....	51
2.4.1. Rechtspopulismus in Abgrenzung zum Rechtsextremismus.....	54
2.5. Die wichtigsten Merkmale des Rechtsradikalismus.....	55
3. Zur Analyse der rechtspopulistischen Parteien FPÖ, VB und PVV .....	58
3.1. Die FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs: Historischer Rückblick und Entwicklung .....	58
3.2. Zum politischen System Österreichs.....	67
3.3. Biographie und politischer Werdegang von Heinz Christian Strache .....	68
3.3.1. Die politische Entwicklung der FPÖ unter Heinz-Christian Strache.....	69
3.3.2. Ergebnisse der FPÖ bei den Nationalratswahlen seit 1986 .....	70
3.4. Analyse – Fokus FPÖ.....	71
3.4.1. Das Parteiprogramm der FPÖ .....	72

3.4.2. Das Handbuch freiheitlicher Politik .....	72
3.4.3. Gesamtübersicht .....	75
3.4.4. Auszüge aus Pressekonferenzen und Reden bei politischen Veranstaltungen .....	76
3.5. VB – Vlaams Belang.....	89
3.5.1. Historischer Rückblick und Entwicklung.....	89
3.5.2. Der flämisch – wallonische Konflikt.....	90
3.5.3. Zum politischen System Belgiens .....	92
3.5.3.1. Wahlen der Abgeordnetenversammlung in Belgien.....	93
3.5.4. Die politische Entwicklung des Vlaams Belang .....	95
3.5.5. Das Regionalparlament von Flandern.....	96
3.5.6. Der Gemeinderat von Antwerpen .....	97
3.5.7. Die Staatsreformen in Belgien .....	97
3.5.8. Das Parteiprogramm des Vlaams Belang .....	98
3.5.9. Auszüge aus Interviews und politischen Reden von Filip Dewinter .....	101
3.6. Die PVV - Partij voor de Vrijheid .....	108
3.6.1. Biographie von Geert Wilders und politische Entwicklung der PVV.....	108
3.6.2. Zum politischen System der Niederlande.....	109
3.6.3. Das Wahlprogramm 2010 für die Partij voor de Vrijheid.....	111
3.6.4. Auszüge aus Interviews und politischen Reden von Geert Wilders.....	115
4. Ergebnisse und Schlussfolgerungen .....	125
4.1. Zum Ergebnis der Forschungsfrage 1 - Entwicklung und System .....	125
4.2. Zum Ergebnis der Forschungsfrage 2 - Feindbild Islam.....	134
4.3. Zum Ergebnis der Forschungsfrage 3 - Der Islam als nützliches Feindbild? .....	143
4.3.1. Der Islam in den Meinungsumfragen .....	145
4.3.2. Christliche Zuwanderer.....	147
4.3.3. Kampf um die Religions- und Meinungsfreiheit.....	150

4.3.4. Islamfeindlichkeit als Motiv grenzüberschreitender Allianzenbildung? .....	150
4.4. Schlussfolgerungen .....	153
5. Zur Bekämpfung des Rechtspopulismus und persönliches Fazit .....	154
6. Quellenverzeichnis .....	158
7. Abkürzungsverzeichnis .....	181
8 .Lebenslauf .....	182
9. Abstract .....	183



## 1. Einleitung

Das erfolgreiche Abschneiden des Rechtspopulisten Geert Wilders und seiner Partij voor de Vrijheid bei den Parlamentswahlen am 9. Juni 2010 in den Niederlanden (15,45%), der massive Stimmenzuwachs bei den im gleichen Jahr am 25. April stattgefundenen Parlamentswahlen für die Jobbik Partei (12,18%) in Ungarn, die starke Zustimmung für die FPÖ bei den Wiener Landtagswahlen vom 10. Oktober 2010 (25,77%) und Umfragen, deren Ergebnisse die Partei von Heinz - Christian Strache auf dem ersten Platz sehen sowie die Parlamentswahlen in Finnland am 17. April 2011, die die rechtspopulistische Partei Perussuomalaiset („Wahre Finnen“) von einer kleinen unbedeutenden Partei auf den dritten Rang (19,1%) hinaufkatapultierte, belegen eindeutig: *Europa rückt nach rechts.*

Der Grund für die Wahl dieses Themas für meine Diplomarbeit ist die Tatsache, dass das Thema über das Auftauchen von rechtspopulistischen Parteien und ihre durch den massiven Zuspruch erfolgte Etablierung in das Parteiensystem mehr und mehr an Aktualität gewonnen hat und generell mein Interesse für das Phänomen des Rechtspopulismus und die Auswirkungen ihres Erfolgs stark präsent ist. Ebenso erachte ich die Unterschiede zwischen diesen Parteien hinsichtlich ihrer historischen Entstehung, Wahlkämpfe, Strukturen, die in ihren Parteiprogrammen geäußerten Schwerpunkte, ihre Akzeptanz und Unterstützung durch Teile der Gesellschaft sowie die von Land zu Land unterschiedliche Fokussierung auf die Feindbilder, immer wieder als brisant. Auch die Frage, wie die rechtspopulistischen Parteien auf dem internationalen Parkett, insbesondere im Europäischen Parlament und bei transnationalen Projekten mit anderen Rechtsparteien agieren, ist für mich ebenfalls von hohem Interesse, da sich nationalistisch orientierte Parteien paradoxerweise immer mehr vernetzen bzw. gemeinsame Allianzen schmieden, wenn es ihnen gelingt, sich auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen. Auch die Tatsache, dass Parteien rechts der Mitte seit Jahren (vergeblich) versuchen, eine eigene Fraktion im EU Parlament zu gründen und die Frage, welche Parteien es am besten schaffen, ihre national bedingten Streitigkeiten bzw. Konflikte zu schlichten sowie die generelle Frage, welche Rechtsparteien am ehesten miteinander kooperieren können, ist meiner Meinung nach ein näheres Studium wert. In Österreich ist die FPÖ nach einer innerparteilichen Krise und der Abspaltung des BZÖ wieder im Aufwind; glaubt man aktuellen Umfragen ist sie sogar auf dem Weg zur Regierungspartei für die kommende Regierung nach den nächsten Wahlen.

Als die FPÖ unter ihrem Parteivorsitzenden Jörg Haider (1950 – 2008)<sup>1</sup> im Jahr 2000 unter heftigem innenpolitischen und internationalen Protest eine Koalition mit der ÖVP einging und somit den Wechsel von einer Oppositions- zu einer Regierungspartei vollzog, war ich noch Schüler und erlebte die Nervosität und Anspannung in der österreichischen Gesellschaft genau, da fast niemand diesen Schritt zu diesem Zeitpunkt für möglich gehalten hätte. Seit diesem Zeitpunkt wurde mein Interesse für rechtspopulistische Parteien geweckt. Die im Laufe der Zeit einsetzenden Entwicklungen im Zuge des „Knittelfelder Putsches“ bis hin zur Parteispaltung und Neuübernahme durch den deutschnationalen Flügel unter der Führung von Heinz - Christian Strache vergrößerten mein Interesse für dieses Thema immer mehr und ich begann mich mit dem Grund der wachsenden Popularität derartiger Fraktionen zu beschäftigen. Auch die politischen Beziehungen, die die FPÖ mit anderen Rechtsparteien in der Europäischen Union suchte und pflegte, war für mich persönlich von hohem Interesse, da ich eine „Internationale Nationale Allianz“ aufgrund historischer und nationaler Differenzen nicht für möglich gehalten habe. Auch ist bekannt, dass ehemalige Wähler von der SPÖ, aber auch von der ÖVP nun mehr die FPÖ wählen, aufgrund ihres Unmuts und Enttäuschung über Österreichs Mitgliedschaft in der EU und all den finanziellen und sicherheitspolitischen Folgen. Aber auch die Fremdenfeindlichkeit spielt weiterhin eine Rolle, obwohl ich persönlich feststellen konnte, dass die damalige Ausländerfeindlichkeit jetzt immer mehr durch eine Islamfeindlichkeit ersetzt wird und die sogenannten „anständigen“, integrierten und arbeitenden Immigranten kein allzu großes Feindbild mehr darstellen. Der sogenannte Rechtsruck in Europa sowie mein persönliches Interesse veranlassten mich zu der Wahl des Themas „ Zum Vergleich rechtspopulistischer Parteien in Europa“.

Da es der Rahmen dieser Arbeit nicht zulässt, alle rechtspopulistischen Parteien zu diskutieren, wird lediglich eine Auswahl behandelt:

- die FPÖ in Österreich.
- der Vlaams Belang in Belgien.
- die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders in den Niederlanden.

---

<sup>1</sup> Anm. Biographie: Lux, Georg (2008). Jörg Haider: Mensch, Medien, Mythos. Styria

Zur Wahl dieser Parteien brachten mich folgende Gründe:

1) Da die Freiheitliche Partei Österreichs laut Anton Pelinka die erfolgreichste rechtspopulistische Partei in der Europäischen Union ist, habe ich mich für die FPÖ entschieden. Auch aufgrund der oben beschriebenen Entwicklung dieser Partei in den letzten 20 Jahren habe ich sie ausgewählt.

2) Der Vlaams Belang ist deswegen für mich interessant, da es sich um eine sezeessionistische regionalistische Partei handelt, die nicht nur die „Fremden“ als Feindbilder darstellt sondern auch die französischsprachigen Bewohner Belgiens (Wallonen) und aus ökonomischen und anderen Gründen eine Auflösung bzw. eine Loslösung des flämischsprachigen Teils von dem Gesamtstaat Belgien zum Ziel hat.

3) Die neue Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders habe ich als dritte zu analysierende Partei gewählt, da sie sich überwiegend auf ein Thema konzentriert und innerhalb kurzer Zeit einen großen politischen Erfolg feiern konnte. Außerdem soll diese Partei gerade aufgrund ihres schnellen Aufstiegs und Erfolgs in Relation zu ihrer kürzeren Existenz im politischen System der Niederlande nicht ignoriert werden, vor allem im Hinblick auf die Tatsache, dass die PVV als einzige der in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Parteien zum gegenwärtigen Zeitpunkt an einer Regierung (wenn auch nur indirekt) beteiligt ist.

### **1.1. Forschungsfragen**

Im Zuge der oben genannten Fakten und Überlegungen stellen sich folgende Fragen, die in der vorliegenden Arbeit diskutiert werden sollen:

- (1) Wie sehen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV hinsichtlich ihrer historischen und politischen Entwicklung und ihrer Etablierung im politischen System ihres Landes aus? (Entwicklung und System)

Die Beantwortung der Frage nach den Feindbildern von rechtspopulistischen Parteien führt zur nächsten Hauptfrage mit einer Nebenfrage:

- (2) Ist der Islam das neue Feindbild bzw. der neue Hauptfeind der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV? (Feindbild Islam)

(2.1.) Auf welche Art und Weise instrumentalisieren die Politiker der rechtspopulistischen Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV in den Programmen ihrer Parteien sowie mit ihrer Rhetorik bei öffentlichen Veranstaltungen den Islam als politisches Feindbild?

Die dritte und letzte Forschungsfrage für die Diplomarbeit lautet:

(3) Aus welchen möglichen Gründen könnte die Instrumentalisierung des Islams als Feindbild für die Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV von Nutzen sein bzw. aus welchen möglichen Gründen wird der Islam als Feindbild verwendet?

## **1.2. Methodischer Ansatz und Gliederung der Arbeit**

Als Methodik zur Beantwortung der oben genannten Fragen wird eine theoriegeleitete Erkenntnisanalyse der Parteiprogramme und Interviews für Zeitungen und politischen Magazinen mit Vertretern der Rechtsparteien herangezogen. Was die Analyse der Parteiprogramme betrifft, werde ich mich nur auf jene Themen und Inhalte konzentrieren, die sich auf die Feindbilder der Rechtspopulisten beziehen bzw. die fremdenfeindliche Positionierung begründen. Im Falle der Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders wird aufgrund des Fehlens eines Parteiprogramms das Programm für die Wahl der Zweiten Kammer in den Niederlanden im Jahr 2010 herangezogen.

Da ich den rechtspopulistischen Parteien unterstelle, sich aus Gründen der Rason sowie aus strategischen Gründen nicht „die Blöße zu geben“, ihre nationalistischen und fremdenfeindlichen Ansichten im Parteiprogramm offen und unverhohlen zu äußern, mache ich zusätzlich von Fernseh- und Zeitungsinterviews sowie von Reden der jeweiligen Politiker bei öffentlichen Parteiveranstaltungen Gebrauch und analysiere diese mittels der theoriegeleiteten Erkenntnisanalyse.

Die Gliederung der vorliegenden Arbeit besteht aus drei Hauptteilen:

Der erste Teil beinhaltet eine Definition des Begriffes Populismus und der Merkmale und Feindbilder des Rechtspopulismus sowie eine Beschreibung der Ursachen für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in der Europäischen Union mit einem Verweis auf ihre Wählergruppe. Zum Schluss des ersten Teiles werden die in der Literatur sehr häufig auftretenden Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus sowie ihre Merkmale in Abgrenzung zum Rechtspopulismus aufgelistet.

Der zweite Teil konzentriert sich auf eine Beschreibung der jeweiligen Parteien mit dem Hinweis auf die Geschichte ihrer Entstehung und ihre Parteiprogramme sowie eine Analyse der von hohen Parteifunktionären getätigten Aussagen über Themen, die die Feindbilder näher beleuchten und begründen.

Die Ergebnisse des zweiten Teils sollen die Fragestellungen, wie sie oben angeführt werden, beantworten. Der Schluss, der dritte Teil der Arbeit, dient dazu, die Ergebnisse in einen Kontext zu setzen.

### **1.3. Abgrenzung und Distanzierung**

Diese Arbeit behandelt ein brisantes und vor allem umfangreiches Thema. Aus diesem Grund werden an dieser Stelle folgende Anmerkungen gebracht:

Da es sich bei der vorliegenden Studie um eine Analyse von Sekundärmaterial handelt, ist es mir ein Anliegen zu erklären, dass die von mir erwähnten Positionen in dem betreffenden Abschnitt (Ursachen für den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien sowie die Wählergruppe) nicht meine persönliche Meinung widerspiegeln.

Darüber hinaus soll erwähnt werden, dass diese Arbeit nicht das Ziel einer Ursachenanalyse für den Wahlerfolg von rechtspopulistischen Parteien hat. Es ist hier nicht die Absicht, einen Zusammenhang zwischen der Programmatik und Inhalten der Erklärungen seitens der rechtspopulistischen Politiker und dem Erfolg ihrer Parteien bei Wahlen herzustellen.

Was die Aussagen und Stellungnahmen von Vertretern der Rechtsparteien im Rahmen von Fernseh- und Zeitungsinterviews, öffentlichen Reden sowie in den Parteiprogrammen betrifft, möchte ich in aller Deutlichkeit erwähnen, dass ich diese Ansichten als neutraler Beobachter

wiedergebe und es mir ein Anliegen ist, eine möglichst objektive Darstellung dieses heiklen Themas zu tätigen.

Des Weiteren ist anzumerken, dass aufgrund der besseren Lesbarkeit in der vorliegenden Arbeit auf die politisch korrekte Formulierung verzichtet wird und Begriffe sowie Gruppen, die beide Geschlechter meinen, in der männlichen Form geschrieben werden.

## 2. Rechtspopulismus

### 2.1. Begriffserklärung: Populismus

In diesem Kapitel soll zunächst auf die Erklärung des Begriffs des Populismus eingegangen werden.

Wie Werner Bauer in seinem Buch, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, erklärt, wird der Begriff des Populismus erstmals im Zusammenhang mit einer US-amerikanischen Farmerbewegung erwähnt, „die Ende des 19. Jahrhunderts gegen die Vorherrschaft des Großkapitals rebellierte.“<sup>2</sup>

Mit dieser Rebellion wollten die Farmer eine plebiszitäre Demokratie und eine Politik der billigen Kredite erreichen, woraufhin im Jahre 1892 die Populist Party gegründet wurde.<sup>3</sup>

Populistische Bauernbewegungen mit einer starken ideologischen und personellen Nähe zum Faschismus wurden im frühen 20. Jahrhundert in Ostmitteleuropa gegründet. In Westeuropa erlangte der Begriff des Populismus erst in den 1980er Jahren politische Bedeutung, wobei dieser Begriff anders als in den USA in erster Linie negativ besetzt war. Bei Populismus handelt es sich in erster Linie um eine Methode und weniger um einen konkreten Inhalt, der rechts oder links zuzuordnen ist.<sup>4</sup> In anderen Worten, lässt sich Populismus nicht von vornherein auf dem Links – Rechts – Spektrum verorten, da in der Politik sowohl ein Rechts – als auch ein Linkspopulismus sowie ein Populismus der Mitte existiert. Dennoch ist Populismus mit seinem Wunsch nach radikalen und kompromisslosen Lösungen außerhalb der politischen Mitte zu lokalisieren. Als konstitutives, vielleicht sogar als wichtigstes Merkmal des Populismus bezeichnet Werner Bauer die Identitätspolitik, da im Zentrum der populistischen Ideologie „das Volk“ [steht], das als homogene, weitgehend nicht fragmentierte Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren besetzt ( „ der kleine Mann“, „die Fleißigen und Tüchtigen“ etc.) und von der „machtgierigen“ , „abgehobenen“ , „korrupten“ Elite, dem Establishment, der „politischen Klasse“ abgegrenzt wird, wobei v. a. „die Intellektuellen“ die volle Wucht der populistischen Verachtung trifft.“<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Bauer, Werner (2009): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGPP. S.5.

<sup>3</sup> Vgl. Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Bauer, Werner. S.6.

<sup>5</sup> Bauer, Werner. S. 7.

In seinem Buch „Rechtspopulismus als Bürgerbewegung“ bezeichnet Alexander Häusler den Populismus als Demagogie.<sup>6</sup>

„Unter Demagogen versteht man seit der Antike Volksverführer, die mit Hetze und Agitation an Emotionen, Ängste und Vorurteile appellieren und eher Gefühle und Instinkte ansprechen als Verstand und politische Urteilsfähigkeit.“<sup>7</sup>

Populistische Strömungen und das erfolgreiche Abschneiden von rechtspopulistischen Parteien bei Wahlen muss man als eine „Reaktion auf Defizite im Modus der Repräsentation des politischen Willens“ verstehen.<sup>8</sup> Da in einer repräsentativen Demokratie das Volk nur indirekt an dem politischen Geschehen beteiligt ist und von wichtigen und sie betreffenden politischen Entscheidungen de facto ausgeschlossen ist, macht der Populismus auf den Umstand aufmerksam, dass die repräsentative, von den Parteien besetzte Demokratie zu einer wachsenden Entfremdung des politischen Systems vom Wahlvolk geführt hat. Des Weiteren wirft der Populismus den Trägern der repräsentativen Demokratie vor, dass diese dem Volk wenig zutrauen und aus diesem Grund das politische Geschäft eher Pragmatikern und Experten überlassen.

„Die Politik der Volksparteien geht inzwischen am Volk vorbei.“<sup>9</sup>

## **2.2. Merkmale des Populismus**

Was das Verhältnis des Populismus zur Demokratie betrifft, so ist es wichtig anzumerken, dass Populismus per se nicht demokratiefeindlich ist. Wenn man das Demokratieverständnis, auf dem der Populismus fußt, näher betrachtet, so lässt sich ableiten, dass dieser eine Form der Politik forciert, in der die Macht unmittelbar vom Volk ausgehen und unterstützt werden muss und gleichzeitig transparente Züge vorzuweisen und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu verwirklichen hat.<sup>10</sup>

Kritik wird also nicht an der Demokratie als politische und staatstheoretische Form ausgeübt, sondern lediglich die Form der repräsentativen Demokratie bemängelt, da diese in erster Linie die Eigeninteressen der Parteien und nicht die der „kleinen Leute“ verteidigt und sich aus diesem Grund von dem Volk mehr und mehr entfremden würde. Die Kritik bzw. die Ablehnung der repräsentativen Demokratie durch den Populismus wird vor allem durch das

---

<sup>6</sup> Vgl. Häusler, Alexander (2008). Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. S.19. VS Verlag.

<sup>7</sup> Häusler, Alexander (2008). Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. S. 19. VS Verlag.

<sup>8</sup> Vgl. Ebd. S. 20 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Ebd. S.21.

<sup>10</sup> Vgl. Lewandowsky, Marcel (2010). Populismus der Mitte. S. 23.



Dilemma bestärkt, dass „das Volk [.....] sich selbst nur mittelbar regiert; an seiner statt werden Entscheidungen nur über das Gemeinwesen von gewählten Repräsentanten getroffen.“<sup>11</sup>

Aufgrund der Tatsache bzw. durch den Umstand, dass Bürger anhand von Wahlen ihre politischen Interessen an die gewählten Parteien und Politiker übertragen, besteht nach der Auffassung des Populismus die Gefahr, dass die Bürger von politischen Entscheidungen für eine bestimmte Frist (Legislaturperiode) ausgeschlossen werden, da diese Interessen nur mehr von den Parteien selbst, und nicht mehr von den Bürgern getroffen werden. Durch die in einer Demokratie üblichen und oft nicht vermeidbaren Koalitionen mit anderen Parteien sind Kompromisse hinsichtlich der politischen Themen mit den gegnerischen Parteien unausweichlich, was wiederum die Politiker zu einem Abrücken ihrer Wahlversprechen zwingt und somit für einen weiteren Konflikt mit den Bürgern sorgt.

Begründet wird die Kritik an der mangelnden Transparenz der repräsentativen Demokratie durch den Umstand, dass die politische „Entscheidungsfindung das Ergebnis komplizierter Prozesse ist, die für die Bürger kaum nachvollziehbar sind.“<sup>12</sup>

Geht es nach den Vorstellungen des Populismus, dann kann dieses existierende Problem der mangelnden Transparenz nur durch den Gebrauch von plebiszitären Methoden für das Treffen von politischen Entscheidungen, wie etwa durch das Abhalten von Referenden, gelöst werden.<sup>13</sup> Ein weiteres konstitutives Merkmal des Populismus sowie der plebiszitären Darstellungspolitik ist die Konzentration auf einen charismatischen Politiker, der in der Regel auch der „Anführer“ bzw. Obmann dieser Partei oder Bewegung ist. Dazu wird im nächsten Abschnitt bei dem Thema „Rechtspopulismus“ näher eingegangen werden.

Nachdem auf die wichtigsten Merkmale des Populismus hingewiesen wurde, wird im nächsten Abschnitt detaillierter auf die Kennzeichen und Ziele des Rechtspopulismus eingegangen. Diesem Bereich wird mehr Aufmerksamkeit gewidmet, da es sich um das Hauptthema der vorliegenden Diplomarbeit handelt. Da jedoch der Rechtspopulismus mehrere Kennzeichen und Merkmale aufweist, werden einige der Vollständigkeit halber kurz erwähnt und ein größerer Teil den Feindbildern sowie dem Verhältnis von rechtspopulistischen Parteien zur Demokratie gewidmet. Die Konzentration auf die Feindbilder ist deswegen von Wichtigkeit, da diese im Zentrum von rechtspopulistischer Rhetorik stehen und maßgeblich zu ihrem Wahlerfolg beitragen. Außerdem erhalten diese

---

<sup>11</sup> Lewandowsky, Marcel. S.23.

<sup>12</sup> Canovan 2004: Populism for Political Theorists? ; in: Lewandowsky, Marcel. S. 24.

<sup>13</sup> Vgl. Lewandowsky, Marcel. S. 25.

Parteien gerade wegen der Fokussierung auf ihre Feindbilder viel Aufmerksamkeit und werden von potentiellen Wählern mit diesen assoziiert.

Als Beispiel kann die FPÖ in Österreich angeführt werden, die bestimmt von einem Großteil der Bevölkerung in erster Linie mit ihrer fremdenfeindlichen Agitation und Positionierung in Zusammenhang gebracht wird, während die anderen Merkmale in den Hintergrund rücken bzw. nur unterschwellig wahrgenommen werden.

Das Verhältnis zwischen dem Rechtspopulismus und Demokratie soll auch nicht ignoriert werden und wird in weiterer Folge noch beschrieben. Außerdem wird sich ein Teil der vorliegenden Arbeit der Performance von rechtspopulistischen Parteien als Regierungspartner widmen und die Ursachen für das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien mit Beschreibung ihrer Wählergruppen sollen ebenfalls kurz erläutert werden.

### **2.3. Rechtspopulismus: Merkmale, Ziele und Feindbilder**

Wie Frank Decker in seinem Buch, „Parteien unter Druck“ beschreibt, ist eines der wichtigsten Merkmale des Rechtspopulismus zweifellos „der Rekurs auf das einfache Volk und die Kritik am Establishment“, das in Form der herrschenden Klasse oder der abgehobenen Eliten existiert.<sup>14</sup> Der Begriff des „Volkes“ kann sowohl eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe als auch eine Schicht betreffen, sollte aber im Idealfall klassenübergreifend sein. Dennoch werden mit dem Begriff „Volk“ in erster Linie die einfachen Bürger, die sogenannten „kleinen Leute“ erfasst, deren Lebensstandard durch die Politik der Regierungsparteien und der Wirtschaft bedroht wird.

Aus diesem Grund ist eine Einteilung der Gesellschaft in „Gut und Böse“ als weiteres Merkmal für den Rechtspopulismus konstitutiv. Auf der einen Seite werden dem Volk Attribute, wie „integer, fleißig und rechtschaffen“ zugewiesen, während sich auf der anderen, gegnerischen Seite die „bösen Konzerne, Parteien, Verbände, Regierungsapparate und sonstige Machtblöcke“ befinden, „die sich gegen dessen Interessen verschworen haben.“<sup>15</sup> Der Rechtspopulismus identifiziert sich mit dem (einfachen) „Volk“ bzw. mit dem „kleinen Mann“, dessen Interessen und Wertvorstellungen durch eine abgehobene und selbstsüchtige Elite betrogen werden.<sup>16</sup> Die Vorstellung über das „Volk“ wird im Rechtspopulismus romantisiert sowie idealisiert und außerdem als eine mehr oder minder homogene Masse angesehen.<sup>17</sup>

Es ist wichtig zu erwähnen, dass jenes „Volk“, welches im Mittelpunkt der rechtspopulistischen Ideologie steht, nicht mit der realen „Bevölkerung“ verwechselt werden darf, sondern lediglich ein Idealbild darstellt, welches Identität schaffen und Zugehörigkeit vermitteln soll. Die Tatsache, dass eine moderne Gesellschaft aus verschiedenen Schichten und Milieus besteht und aus diesem Grund komplexer ist, wird von der Ideologie des Rechtspopulismus ignoriert bzw. nicht berücksichtigt. Stattdessen werden dem nicht näher bestimmten Volk moralische Werte und Tugenden zugeschrieben, wie z.B.: der „anständige Bürger“ und der „hart arbeitende kleine Mann.“<sup>18</sup> Auch Tim Spier schreibt in seinem Buch „Modernisierungsverlierer“, dass der Rechtspopulismus das Volk als eine homogene Masse betrachtet und die Tatsache, dass Interessensunterschiede zwischen verschiedenen Klassen, Schichten oder Berufsgruppen in der Bevölkerung existieren, weitgehend

---

<sup>14</sup> Vgl. Decker, Frank. Parteien unter Druck. S. 28.

<sup>15</sup> Vgl. Ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Decker, Frank. S.51.

<sup>17</sup> Vgl. <http://www.bpb.de/themen/YPCZLN,0,0,Rechtspopulismus.html>

ignoriert.<sup>19</sup> Der nicht spezifisch definierte Gebrauch des Begriffes „Volk“ ist für einen Rechtspopulisten von großem Vorteil, da es ihm ermöglicht, zunächst breite Bevölkerungsgruppen einzuschließen.

Wie Martin Reisigl in seinem Text „Rhetorische Strategien des oppositionellen und regierenden Rechtspopulismus“ geschrieben hat, lässt sich der Begriff des „Volkes“ verschiedenen Formen des Populismus zuordnen.

„Die Konzeption vom „Volk als Nation“ in einem kulturnationalen Sinn ist häufig mit Rechtspopulismus verbunden. Die Konzeption des „Volkes als Klasse“ in einem sozioökonomischen Sinn findet sich primär in linkspopulistischer Rhetorik wieder, in der jene gesellschaftliche Klasse als „Volk“ apostrophiert wurde und wird, welche die zahlenmäßig stärkste bzw. proletarische Klasse bildet.“<sup>20</sup>

Das „Volk als politischer Souverän“ wird in jeder Form des Populismus, ob Links – oder Rechtspopulismus oder beim Populismus der Mitte, zu einer politischen Letztinstanz konzeptioniert.<sup>21</sup> Diese Instanz besteht aus den Bürgern eines Staates, die darüber entscheiden, auf welche Art und innerhalb welcher Grenzen die von ihnen gewählten Repräsentanten bzw. diejenigen, die sie politisch repräsentieren, ihre Macht auszuüben haben. Somit soll diese Instanz letztendlich eine wichtige Kontrollfunktion des Volkes gegenüber den Repräsentanten bilden. Aus diesem Grund wird Populismus häufiger in jenen Systemen vorkommen, „in denen die demokratischen Mechanismen der Repräsentation gestört sind.“<sup>22</sup>

Wie erwähnt, gibt es, je nach Form des Populismus eine unterschiedliche Konzeption des „Volkes“.<sup>23</sup> Dennoch soll erwähnt werden, dass diese Konzeption auch in gemischter und nicht nur separater Form durchgeführt werden kann. Als Beispiel verweist Martin Reisigl auf die FPÖ unter Jörg Haider, der den Begriff des „Volkes“ nicht nur in einem kulturnationalen Sinn sondern auch in Bezug auf die „arbeitende Bevölkerung“ verwendet hat, was sonst eher nur beim Linkspopulismus üblich wäre.

---

<sup>18</sup> Vgl. Ebd.

<sup>19</sup> Vgl. Spier, Tim (2010). Modernisierungsverlierer ?. S.20.

<sup>20</sup> Reisigl, Martin (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.58.

<sup>21</sup> Vgl. Ebd.

<sup>22</sup> Reisigl, Martin (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie.

<sup>23</sup> Vgl. Ebd.

Durch die Fokussierung auf das „Volk“ soll das politische Establishment als Feindbild der rechtspopulistischen Parteien dienen, dem sie Machbesessenheit und Cliquenwirtschaft vorwerfen und außerdem kritisieren, dass das Establishment die Gesellschaft und den Staat usurpiert hätte.<sup>24</sup> Werner Bauer sieht das Establishment sogar als den Hauptfeind aller Rechtspopulisten, wobei dieses Establishment in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Bezeichnungen hat. So bezeichnete die FPÖ unter der Parteiführung von Jörg Haider das Establishment als „die da oben“, während zum Beispiel der Vlaams Belang in Belgien die polemische Bezeichnung „politische Mafia“ verwendet.

Auch die Ablehnung von Parteien als Teil des Establishments durch den Rechtspopulismus wird durch den Vorwurf bekräftigt, dass diese [...] „der politischen Elite als willkommenes Karrierevehikel [ dienen ], [...] die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens [ sabotieren ] und [...] als intermediäre Vermittlungsinstanzen die Prinzipien der direkten Demokratie [ unterlaufen ].“<sup>25</sup>

Aus diesem Grund verzichten viele Rechtspopulisten auf die Verwendung des Begriffes „Partei“ und ersetzen ihn durch Begriffe wie Bewegungen, Bund, Liga oder Front.<sup>26</sup>

Denn das Ziel des Rechtspopulismus ist es, „die herrschende Klasse soweit wie möglich ihrer Macht zu berauben, um so dem Volk seine Souveränität zurückzugeben, ohne das liberal – demokratische System notwendig als Ganzes herauszufordern.“<sup>27</sup>

Zu den traditionellen und aktuellen Feindbildern der rechtspopulistischen Parteien wird näher nach Abschluss der anderen Kennzeichen und Merkmale eingegangen, da dieses Thema meines Erachtens am wichtigsten ist.

Ein weiteres wichtiges Merkmal einer rechtspopulistischen Partei ist das sogenannte „Führerprinzip“, womit die herausgehobene Position des Parteiobmanns gemeint ist.

Dieses Merkmal unterscheidet den Rechtspopulismus vom anderen herkömmlichen Typus der demokratischen Mitgliederpartei.<sup>28</sup> Aufgrund der Fokussierung auf den oft charismatischen Parteiobmann ist bei vielen rechten Parteien eine autoritäre Struktur mit

---

<sup>24</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8.

<sup>25</sup> Decker, Frank. Parteien unter Druck. S. 49.

<sup>26</sup> Vgl. Ebd.

<sup>27</sup> Fröhlich – Steffen. Rensmann (2005): Politikwissenschaftliche Forschung zu populistischen Regierungsparteien. In: Dieselben (Hg) Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.6.

einem Führer an der Spitze anstatt einer demokratischen Struktur mit demokratisch gewählten Gremien innerhalb der Partei festzustellen.<sup>29</sup> Dieses Phänomen war vor allem in der FPÖ unter Jörg Haider zu beobachten, der sehr häufig hohe Parteifunktionäre oft ohne Angabe von überzeugenden Gründen ihrer Positionen bzw. Funktionen enthoben oder gar aus der Partei ausgeschlossen hatte. Die Tatsache, dass unter seinem Auftrag ohne Einberufung eines außerordentlichen Parteitags die gesamte Salzburger Landespartei aufgelöst wurde, ist ein weiterer Beweis für eine nichtdemokratisch legitimierte Handlung innerhalb der ehemaligen FPÖ.

Es ist nicht verwunderlich, dass der Erfolg einer rechtspopulistischen Partei aufgrund der Betonung des charismatischen Führers oft mit dessen Performance zusammenhängt. Zusätzlich muss es dem Anführer gelingen, seine Anhängerschaft auf Dauer zu mobilisieren, da ein Verlust dieser Basis automatisch zu einem Zusammenbruch der Bewegung führen kann.<sup>30</sup>

Auch Susanne Fröhlich – Steffen und Lars Rensmann schreiben in ihrem Beitrag, „Politikwissenschaftliche Forschung zu populistischen Regierungsparteien“, dass an der Spitze einer rechten Bewegung oder Partei fast immer „charismatische Führungspersönlichkeiten“ stehen und aus diesem Grund eine überaus geringe innerparteiliche Demokratie existiert.<sup>31</sup> Die Populisten machen von einem Politikstil Gebrauch, der auf die Person des Parteiführers ausgerichtet bzw. zugeschnitten ist und ihm eine gewisse Selbstinszenierung in der Mediendemokratie ermöglicht. Diese Selbstinszenierung basiert auf der Betonung und Hervorhebung seiner Qualitäten, Intelligenz und Eloquenz und ist dabei darauf bedacht, den Parteiführer als eine Art Retter des Heimatlandes sowohl vor dem inneren als auch äußeren Feind darzustellen.

Um ihre Symbolfigur als „Retter“ zu verstärken und ihre Rhetorik zu verschärfen, stehen als Mittel in ihrem Diskurs und ihrer Kampagne die „Emotionalisierung und Angstmache und die Reduktion gesellschaftlicher und institutioneller Komplexität durch einfache Lösungen“ zur Verfügung.<sup>32</sup> Typisch für rechtspopulistische Parteien ist außerdem die Verwendung von „Feindbildern“ und „latenten Verschwörungstheorien“ in ihrem Diskurs.

---

<sup>28</sup> Vgl. Decker, Frank. Parteien unter Druck. S. 48.

<sup>29</sup> Vgl. Decker, Frank. S.50.

<sup>30</sup> Vgl. Decker, Frank. S.50.

<sup>31</sup> Vgl. Fröhlich – Steffen, Susanne. Rensmann, Lars (2005): Politikwissenschaftliche Forschung zu populistischen Regierungsparteien. In: Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht.

Joachim Bischoff und Bernhard Müller begründen die Personalisierung des Parteiführers im Rechtspopulismus durch die Tatsache, dass „der „Führer“ [.....] in seiner Person jenen einheitlichen Volkswillen [verkörpert], den die Rechtspopulisten an die Stelle der überlieferten demokratischen Formen der gesellschaftlichen Willensbildung setzen möchten. Das einige Volk spricht mit einer Stimme!“<sup>33</sup>

Aufgrund der Personalisierung bzw. Fokussierung auf den Parteiführer muss dieser seine Autorität einsetzen, um seine Bewegung zusammenzuhalten und seine Anhängerschaft auf Dauer zu mobilisieren, da der Erfolg dieser Partei von seinem Charisma, Rhetorik und seiner Strahlkraft abhängt.<sup>34</sup>

„Wenn das Charisma verblasst, strahlt die Bewegung nicht mehr im Glanz des Erfolgs und der Glaube an den Nimbus des Führers schwindet.“<sup>35</sup>

Werner Bauer bezeichnet die herausgehobene Position eines charismatischen und autoritären „Führers“ ebenfalls als ein wichtiges Merkmal von rechtspopulistischen Parteien. Der Parteiführer ist in den meisten Fällen auch der Gründer dieser Partei oder Bewegung und bezeichnet sich als Anwalt von jenen Bürgern und (potentiellen) Wählern, deren Interessen unterdrückt werden und aus diesem Grund ein Gefühl der Verdrossenheit, Ängste und Enttäuschungen entwickeln.<sup>36</sup> Als selbstinszenierter Retter oder Sozialkämpfer bietet der Rechtspopulist diesen verdrossenen Bürgern an, „ihre „tatsächlichen Interessen“ gegenüber der „abgehobenen“ Elite der Herrschenden zu vertreten und die Verkrustungen des politischen Tagesgeschäftes aufzubrechen.“<sup>37</sup>

Der charismatische Rechtspopulist geriert sich als Sprachrohr und Verteidiger der „kleinen Leute“ und verwendet in seinem Diskurs in der Regel eine betont volkstümliche und kämpferische Sprache, wobei er oft keine Tabubrüche scheut, um vor allem in erster Linie die Aufmerksamkeit der Medien, der Gesellschaft und der Politiker zu erregen.<sup>38</sup>

---

<sup>32</sup> Decker, Frank (2000). S.52. In: Steffen – Fröhlich. Populisten an der Macht.

<sup>33</sup> Bischoff, Joachim. Dörre, Klaus. Gauthier, Elisabeth (2004): Moderner Rechtspopulismus. S.36.

<sup>34</sup> Vgl.Ebd.

<sup>35</sup> Bischoff, Joachim. Dörre, Klaus. Gauthier, Elisabeth (2004): Moderner Rechtspopulismus. S.36.

<sup>36</sup> Vgl.Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S. 6.

<sup>37</sup> Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.6.

<sup>38</sup> Vgl. Ebd. S. 7.

Dies führt zu den nächsten wichtigen Merkmalen des Rechtspopulismus, nämlich zum gezielten Tabubruch, Provokation und bewussten Emotionalisierung des politischen Diskurses.

Mit diesem Tabubruch will der Rechtspopulist seine Außenseiterrolle betonen und erklärt somit automatisch den „political correctness“ und den seiner Meinung nach damit verbundenem „Meinungsterror“ zu seinem Feind.<sup>39</sup> Außerdem kann er damit all das aussprechen, was sich die schweigende Mehrheit der Bevölkerung denkt, sich aber nicht auszusprechen wagt. Der Stil, den die Rechtspopulisten in ihrem Diskurs und in ihrer Rhetorik verwenden, ist „griffig – parolenhaft, demagogisch, simplifizierend, provokativ, maßlos übertreibend und emotionalisierend“ und der „Tenor dieser Botschaften ist zumeist antiintellektuell, antimodern und antiurban.“<sup>40</sup> Frank Decker befindet in seinem Buch „Parteien unter Druck“, dass der Rechtspopulismus durch seine Absicht bzw. durch sein Ziel, sich von den herrschenden Eliten bzw. vom Establishment abzugrenzen, nach einem Tabubruch und gezielten Provokationen verlangt, die (gesellschaftliche) Tabus ignorieren bzw. bewusst berühren und die sich in der rechtspopulistischen Rhetorik wiederfinden.<sup>41</sup> Durch ihre Positionierung als Außenseiter in der Gesellschaft und im politischen System sollen sie bei der Bevölkerung und potenziellen Wählern an Glaubwürdigkeit gewinnen. Wie bereits erwähnt, ist die sogenannte Emotionalisierung und Angstmake ebenfalls ein Bestandteil rechtspopulistischer Rhetorik, die es Rechtspopulisten ermöglicht bzw. erleichtert, die Stimmung in der Bevölkerung „anzuheizen“ und dabei Gebrauch von Vorurteilen und Ressentiments zu machen, die sich gegen den „Feind“ oder politischen Gegner richten.<sup>42</sup> Laut Werner Bauer ist es „besonders bedenklich, dass die von den Rechtspopulisten verübten Tabubrüche häufig im Bereich der Grund – und Menschenrechte angesiedelt sind und dass ihr Modell einer homogenen und „wahren Demokratie“ deutlich antipluralistische und damit auch antidemokratische Züge trägt.“<sup>43</sup> Als Beispiele für gezielte Tabubrüche dienten diverse Aussagen von Jörg Haider zu Beginn seiner Karriere als FPÖ – Obmann, als er etwa von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ gesprochen hatte, was eine deutliche Verhöhnung der Opfer des nationalsozialistischen Regimes darstellte oder seine Bezeichnung von Österreich als „ideologische Missgeburt“, die seine anfängliche Ablehnung Österreichs als eigenständige und souveräne Nation verdeutlichte.

---

<sup>39</sup> Vgl. Ebd.

<sup>40</sup> Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.6.

<sup>41</sup> Vgl. Decker, Frank (2000). Parteien unter Druck. S. 52.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Bauer, Werner. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. S. 12.



Der Rechtspopulist macht in seinem Diskurs außerdem häufig von Gewaltmetaphern und von dem Verbreiten von Verschwörungstheorien sowie, wie bereits erwähnt, von Feindbildern Gebrauch<sup>44</sup> Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass die modernen Massenmedien für eine wirksame Verbreitung von rechtspopulistischen Inhalten und Aussagen für das Überleben bzw. für den weiteren Erfolg von rechten Parteien unersetzbar und unerlässlich sind. Mit dem gezielten Tabubruch schafft es der Rechtspopulist, selbst bei einer negativen Berichterstattung für Schlagzeilen zu sorgen und erregt schon deshalb automatisch die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit in der Gesellschaft. Die Beziehungen des Rechtspopulisten zu den Massenmedien sind somit komplementär: er sorgt für die Skandale, die Medien antworten mit einer Berichterstattung und sorgen gewollt oder ungewollt für die Steigerung des Bekanntheitsgrades der bestimmten Partei oder des Politikers.<sup>45</sup>

Wie schon erwähnt, ist ein weiteres Merkmal des Rechtspopulismus die Kritik bzw. die Ablehnung der indirekten, repräsentativen Demokratie und stattdessen die Einführung der direkten plebiszitären Demokratie.

Wie Sieglinde Rosenberger in ihrem Textbeitrag „Rechtspopulismus als Herausforderung der repräsentativen Demokratie?“ schreibt, ist „in der politischen Sprache des Rechtspopulismus häufig die „wahre“ Demokratie die „bessere“ Demokratie, nämlich jene, die direkt an die Bevölkerung gebunden ist.“<sup>46</sup> Der Rechtspopulismus verlangt nach jener Form der Demokratie, „bei der in erster Linie „das Volk“ entscheiden soll.“<sup>47</sup> Mit ihrer Kritik an der repräsentativen Parteipolitik sowie mit ihrem Angriff bzw. mit ihrem Zweifel an der Ehrlichkeit sowie der Transparenz der zentralen Institutionen des politischen Systems und Repräsentanten (in erster Linie Regierungsmitglieder, aber auch Gewerkschafter und andere staatlich Bedienstete) versprechen Rechtspopulisten ihren Wählern mehr direkte und plebiszitär legitimierte Politik. Mit der Forderung nach Instrumenten der direkten Demokratie, wie Plebiszite, Referenden, Volksbefragungen und Volksbegehren ist es oft nicht genug. Häufig kommen beim rechtspopulistischen Diskurs außerdem Forderungen, wie die Verkleinerung der Sitze des Parlaments und Abschaffung von als ineffizient bewerteten parlamentarischen Strukturen (z.B.: Abschaffung des Bundesrats oder der Landtage), um

---

<sup>44</sup> Bauer, Werner. S. 13.

<sup>45</sup> Vgl. Ebd.

<sup>46</sup> Rosenberger, Sieglinde (2005). „Rechtspopulismus als Herausforderung der repräsentativen Demokratie?“: In: Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S. 40.

<sup>47</sup> Ebd.

somit unnötigen Aufwand und Verwaltungskosten zu sparen und das gesamte politische System transparenter und zugänglicher zu gestalten.

Die Forderung der Rechtspopulisten nach mehr direkter Demokratie soll dem Bürger die Perspektive vermitteln, dass bei einer von ihnen dominierten Regierung nicht die kritisierten und ihrer Meinung nach unfähigen Parteien bzw. Politiker die Macht weiterführen werden, sondern eben den Bürgern die Möglichkeit geboten wird, direkt über diverse oder spezifische politische Angelegenheiten entscheiden zu können.<sup>48</sup> Jedoch handelt es sich bei diesem Eintreten für eine direkte Demokratie „lediglich um Rhetorik: Auch die rechtspopulistischen Parteien bleiben in Opposition und Regierung Träger repräsentativ – demokratischer Formen, die lediglich nach plebiszitärer Stärkung suchen. Direkte Demokratie erweist sich abermals als Instrument der repräsentativen Parteipolitik.“<sup>49</sup> Somit geht es den Rechtspopulisten alleine um die Erzeugung von Stimmungen in der Bevölkerung gegen die im Moment existierende Regierung und die Mobilisierung der Wähler und die Selbstinszenierung als Bekämpfer der durch die Regierung beschlossenen Maßnahmen und folglich als *die* Retter des Volkes. Rechtspopulisten profitieren außerdem von dem Unmut, der sich in Teilen der Bevölkerung breitmacht, wenn für sie wichtige bzw. sie betreffende Themen ohne ihre Einbindung und über ihren Köpfen hinweg beschlossen werden. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass manche rechtspopulistische Parteien erst gar nicht auf Regierungsbeschlüsse warten, sondern gleich von sich aus ein Volksbegehren oder eine Volksbefragung initiieren, um auf diese Weise ihre Kritik an der Regierung zu äußern und die Massen zu ihren Gunsten zu mobilisieren. Aus diesem Grund ist es kein Zufall, dass in einigen Ländern erst kurz vor wichtigen Wahlen Volksbegehren durch rechtspopulistische Parteien aus Marketinggründen in Gang gesetzt werden, da diese die Möglichkeit haben, ihre Fundamentalopposition gegen die Regierung zu verkünden und den Bürgern ihre Themen bzw. ihre Positionen, für die sie eintreten, zu vermitteln.<sup>50</sup>

Der nächste Abschnitt widmet sich dem für die vorliegende Arbeit bedeutendsten Kennzeichen einer rechtspopulistischen Partei, nämlich der Fokussierung auf die „Feindbilder“.

Der Meinung von Werner Bauer zufolge „lebt der Rechtspopulismus von Feindbildern. Sie legitimieren seine dauerhaft erregte Empörung und sie schaffen ein festes Band zwischen

---

<sup>48</sup> Vgl. Rosenberger. S. 41.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Vgl. Ebd.

dem „charismatischen Führer“ und dem „Volk“. <sup>51</sup> Da ein „Hauptfeind“, nämlich das politische Establishment, ausführlich beschrieben und erklärt wurde, wird sich der folgende Abschnitt auf die übrigen Merkmale, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, konzentrieren.

Die Ideologie des Rechtspopulismus hat eine starke anti-universalistische Komponente und hat eine Abgrenzung des „Volkes“ gegen „Außenstehende“ und „Andere“ als Ziel und ist gegen Einwanderer, Minderheiten und die EU gerichtet. <sup>52</sup>

„Sie ist getragen von der Konstruktion einer bedrohten kollektiven Identität“ <sup>53</sup>

Wie Anton Pelinka ausführt, ist der Kernpunkt der rechtspopulistischen Ideologie die Verteidigung und der Schutz von „nationaler, ethnischer oder regionaler „kultureller Identität“ gegen gesellschaftliche Modernisierung, supranationale politische Institutionen (EU) und soziokulturelle wie – ökonomische Globalisierung.“ <sup>54</sup>

Der Rechtspopulismus kann sich als erfolgreiche politische Kraft entwickeln und im politischen System, wenn in der Gesellschaft Vorurteile gegenüber anderen Nationen und Religionen sowie Fremdenfeindlichkeit oder sogar, je nach Land unterschiedlich, auch Antisemitismus stark und flächendeckend verbreitet sind. <sup>55</sup> In letzter Zeit nahmen auch Vorurteile über den Islam und dessen Lebensweise und Sitten in Europa deutlich zu. <sup>56</sup>

In seinem Buch „Politik der Feindbilder“ zählt Reinhold Gärtner jene Feindbilder auf, die für rechtspopulistische Parteien typisch sind. <sup>57</sup> Seiner Meinung nach ist der Rechtspopulismus „keine konsistente Ideologie, als die Feindbilder und Sündenböcke – „die anderen“ – beliebig austauschbar sind.“ <sup>58</sup> Das zentrale Thema des rechtspopulistischen Diskurses ist das „Ausländerthema“ und die daraus entwickelte Fremdenfeindlichkeit verbunden mit einer

---

<sup>51</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8.

<sup>52</sup> Vgl. Betz (2002) Conditions Favoring the Success and Failure of Radical Right-Wing Populist Parties in Contemporary Democracies S,168. In: Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.7.

<sup>53</sup> Fröhlich-Steffen (2003) S. 96. Die österreichische Identität im Wandel. In: Populisten an der Macht. S.7.

<sup>54</sup> Pelinka, Anton (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteiforschung. In: Steffen-Fröhlich, Rensmann. Populisten an der Macht. S.7.

<sup>55</sup> Vgl. Bischoff. Müller. Moderner Rechtspopulismus. S.13.

<sup>56</sup> Vgl. Ebd.

<sup>57</sup> Vgl. Gärtner, Reinhold (2009). Politik der Feindbilder. S. 16.

<sup>58</sup> Vgl. Ebd.

hohen Anzahl an Immigration, der die Rechtspopulisten kritisch bis kompromisslos ablehnend gegenüberstehen.<sup>59</sup>

Reinhold Gärtner definiert mit Fremdenfeindlichkeit das Verhalten „ablehnend auf Fremde bzw. Fremdes zu reagieren. Ablehnung kann Angst, Scheu, Furcht, Hass und Ähnliches mehr bedeuten. Folge dieser Ablehnung ist meist Ausgrenzung.“<sup>60</sup>

Demnach kann gesagt werden, dass der Hauptfeind rechtspopulistischer Parteien der „Fremde“ ist, wobei es vollkommen gleichgültig ist, ob es sich dabei um Einwanderer, Asylwerber oder gar um Flüchtlinge handelt.

Joachim Bischoff und Bernhard Müller sehen einen deutlichen Zusammenhang zwischen fremdenfeindlicher Einstellung von Rechtspopulisten und einem Teil der Gesellschaft auf der einen und den jüngeren Migrationsbewegungen auf der anderen Seite sowie die Abhängigkeit der ökonomischen Situation und den daraus resultierenden Verunsicherungen in der Mehrheitsgesellschaft.<sup>61</sup> Des Weiteren führen sie an, dass die Gesellschaft in den europäischen Ländern auf den massiven Zustrom von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen unvorbereitet war, da man von der falschen Annahme ausging, dass die Migranten nur vorübergehend und nicht langfristig in ihrem neuen Land verweilen würden und aus diesem Grund die Probleme einer Integration vieler Migranten in die Gesellschaft des neuen Landes ignoriert wurden. Hinzu kommt die Tatsache, dass ein Großteil dieser Migranten nicht mehr aus dem europäischen sondern aus dem nicht – europäischen Kulturkreis, dem der islamisch geprägten Gesellschaft, stammte.<sup>62</sup>

Somit kam zusätzlich zu der sprachlichen Barriere auch noch der kulturelle Unterschied zwischen den Neuankömmlingen und der einheimischen Bevölkerung für viele Bürger erschwerend hinzu.<sup>63</sup> Werner Bauer ist ebenso der Ansicht, dass die hohe Anzahl an Flüchtlingen und Asylwerbern in den späten 1980er Jahren das Ausländerthema verschärft bzw. die Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft verstärkt hatte, wobei sich die Wahrnehmung von Migranten auch der negativen Stimmung in der Gesellschaft anpasste.<sup>64</sup> Sprach man zu Beginn noch von dringend benötigten Arbeitsmigranten bzw. von Gastarbeitern, so änderte sich diese Wahrnehmung zu einer polemischen Bezeichnung von

---

<sup>59</sup> Vgl. Ebd.

<sup>60</sup> Vgl. Ebd. S. 127.

<sup>61</sup> Vgl. Bischoff. Müller. Moderner Rechtspopulismus. S.13.

<sup>62</sup> Vgl. Ebd.

<sup>63</sup> Vgl. Bischoff. Müller. Moderner Rechtspopulismus. S. 17.

den „Illegalen“ oder „Wirtschaftsflüchtlingen“. Werner Bauer findet ebenso, dass die Einwanderung aus dem islamischen und somit nicht – europäischen Kulturkreis stammt und aus diesem Grund „ihre kultur – religiöse Anders – und Fremdartigkeit die ansässige Mehrheitsbevölkerung vor eine hohe Toleranzforderung stellt.“<sup>65</sup>

Wie Reinhold Gärtner, Joachim Bischoff und Bernhard Müller, schreibt auch Gerd Reuter in seinem Buch „Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden“, dass „fast alle rechtspopulistischen Parteien die Einwandererfrage zu einem der zentralen Themen ihrer Mobilisierungsstrategie gemacht haben“, wobei die Exklusivität in Form von der bevorzugten Berücksichtigung des eigenen und der damit einhergehenden Ablehnung des anderen Volkes und dessen Diskriminierung deutlich zum Vorschein kommt.<sup>66</sup> Mit der Abgrenzung des „eigenen“ Volkes gegenüber den „fremden“ Migranten und der dadurch entstehenden Ausgrenzung dieser Volksgruppen schaffen die Rechtspopulisten eine eigene Identitätsbasis für ihre Wähler. Die in vielen Fällen übertriebene und bewusst inszenierte Dramatisierung und Übertreibung der Migrationsproblematik ist für rechtspopulistische Politiker ein geeignetes und mobilisierendes Instrument zum Ausdruck des Protests und somit auch gleichzeitig ein wichtiges Erfolgsmittel für einschlägige Parteien, da dadurch die Aufmerksamkeit und Wahrnehmung durch die Medien und die Gesellschaft verstärkt wird.<sup>67</sup> Fast jede rechtspopulistische Partei, egal in welchem Staat, wird von dem Großteil der Gesellschaft mit ihrer Ablehnung bzw. stärkeren Betonung der Migrationsproblematik in Zusammenhang gebracht.

„Der Rechtspopulismus ist tendenziell xenophob, die jedem Populismus immanente Tendenz zum Ausschluss „der Anderen“ nimmt im Rechtspopulismus fremden- und ausländerfeindliche Züge an, die potentiell auch rassistisch sind.“<sup>68</sup>

Typisch für die fremdenfeindliche Rhetorik und Diskurs von rechtspopulistischen Politikern ist die *Sündenbockpolitik*, mittels derer Migranten für alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Misstände in einer Gesellschaft und dem Staat verantwortlich gemacht werden.<sup>69</sup> Den Migranten wird von Rechtspopulisten vorgeworfen, keinerlei Interesse und

---

<sup>64</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8.

<sup>65</sup> Bauer, Werner. Ebd.

<sup>66</sup> Vgl. Betz, Hans – Georg (1998): Rechtspopulismus. Ein internationaler Trend ?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), Nr. B 9 – 10, S. 5. In: Reuter, Gerd. (2009). Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. S.36.

<sup>67</sup> Vgl. Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. S. 37.

<sup>68</sup> Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteiforschung, S. 285, in : Reuter, Gerd. Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. S. 37.

<sup>69</sup> Vgl. Schönfelder, Sven (2008). Rechtspopulismus. S. 27.

Wunsch nach Integration in Form von dem Erlernen der Sprache des neuen Heimatlandes und der Anpassung an die neue Gesellschaft zu haben. Wie Sven Schönfelder in seinem Buch „Rechtspopulismus“ anmerkt, werden durch das „Denken in Feindbildern [...] gesellschaftliche Probleme auf bestimmte Personengruppen [projiziert], um diese als Schuldige zu entlarven (Sündenbockfunktion), wobei als äußerer und unmittelbar wahrgenommener Feind i.d.R. der Fremde erscheint, als innerer Feind derjenige, der das Eindringen des Fremden betreibt oder geschehen lässt.“<sup>70</sup> Als Feindbilder der Rechtspopulisten gelten jedoch nicht nur die „Fremden“ in Form von Ausländern und Asylwerbern sondern auch die einheimischen Randgruppen, wie z.B.: Obdachlose, Homosexuelle, Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose, da diese Gruppen ein großes Bedrohungspotenzial für die Sicherheit einer Gesellschaft und für die „Anständigen“ aus dem eigenen Volk bilden.<sup>71</sup>

Problematisch bei dieser Sündenbockpolitik ist nicht nur die Diskriminierung einer bestimmten Volks – oder einer Randgruppe in einer Gesellschaft, sondern auch die Tatsache, dass diese Einteilung durch Rechtspopulisten in den meisten Fällen pauschal erfolgt und somit keine Differenzierung innerhalb dieser bestimmten Gruppe zulässt. Die daraus resultierende Verallgemeinerung des Migrantenproblems stellt somit ein weiteres typisches Merkmal des Rechtspopulismus dar.

Eine weitere perfide Methode, die die Rechtspopulisten in ihrer Agitation gegen Einwanderung aufgreifen, ist der *Wohlstandschauvinismus*.<sup>72</sup> Den Migranten wird pauschal eine Ausnützung des Sozialsystems bzw. Wohlfahrtsstaats ohne jegliche Bereitschaft zur selbstständigen Arbeit und Leistung vorgeworfen, wobei in diesem Zusammenhang sehr oft von dem polemischen Begriff des *Sozialschmarotzers* Gebrauch gemacht wird. Mit diesem Vorwurf wird in rechtspopulistischen Reihen die Forderung geäußert, dass dieser Wohlstand nur der einheimischen Bevölkerung zu Gute kommen darf und Migranten ergo von diesen Leistungen ausgeschlossen werden sollen. Mit dem Vorwurf der Zuwanderung und der Ausnützung aller Leistungen, die ein Sozialstaat zur Verfügung stellt (z.B.. Arbeitslosengeld, Kinderbeihilfe, etc.) können Rechtspopulisten die für sie typische Polarisierung der Gesellschaft vornehmen, wobei in diesem Fall die Gesellschaft in anständige, fleißige und einheimische Bürger auf der einen Seite und auf der anderen Seite in faule, untätige Ausländer, die den einheimischen Bürger nur ausnützen, geteilt wird.

---

<sup>70</sup> Schönfelder, Sven (2008). Rechtspopulismus. S.27.

<sup>71</sup> Vgl. Ebd.

<sup>72</sup> Vgl. <http://www.kai-arzheimer.com/fpoe/fpoe.pdf>

In Anlehnung an Hans - Gerd Jaschke schreibt Sven Schönfelder, dass es den rechtspopulistischen Parteien um „[die] aus ihrer Sicht [...] als notwendig erachtete Verteidigung und Rückeroberung von den Lebens – und Wohlstandsniveaus gegen die Bedrohungen durch Immigranten und um die Bewahrung der „völkischen“ und „territorialen“ Identität geht.“<sup>73</sup> Der Verweis auf „die angebliche Ausnutzung des Sozialstaates durch diejenigen, die nicht arbeiten wollen, und die vermeintlichen finanziellen Belastungen, die durch Einwanderer, Asylwerber und andere „Außenseiter“ verursacht werden“<sup>74</sup>, gehören zu den wichtigsten Mobilisierungsthemen von den Rechtspopulisten.

Eine weitere Methode, mit der Rechtspopulisten ihre Ablehnung gegenüber den Immigranten und der Zuwanderung im Allgemeinen ausdrücken, ist die in vielen Fällen oft pauschal erfolgte Verknüpfung der Zuwanderung mit einer hohen Kriminalitätsrate bzw. eine Gleichsetzung von Ausländern mit Kriminellen, wobei das im Parteiprogramm und in der rechtspopulistischen Rhetorik oft erwähnte Stichwort „Ausländerkriminalität“ polarisiert.<sup>75</sup> Der Populismusforscher Oliver Geden vertritt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung die Meinung, dass „Migrationspolitik und Ausländerkriminalität [...] Topthemen [sind], mit denen sich große Emotionen mobilisieren lassen.“<sup>76</sup> Neben dem Ausnützen des Sozialstaats ist somit auch das Thema der Ausländerkriminalität ein wesentlicher Bestandteil der fremdenfeindlichen Rhetorik von Rechtspopulisten.<sup>77</sup>

Obwohl es noch keine nachgewiesene Statistik von einer erhöhten Anzahl krimineller Delikte durch Ausländer gibt, stößt dieses Thema besonders in Österreich auf fruchtbaren Boden, da die Kriminalitätsrate in Österreich nach der Aufhebung der Schengengrenze dramatisch gestiegen ist. Die rechtspopulistische FPÖ macht sich diesen Umstand zunutze und fokussiert sich auf die durch die offenen Grenzen gestiegene Kriminalitätsrate.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass einige Medien den Rechtspopulisten bei ihrem Versuch, die Migranten pauschal auch der Kriminalität zu bezichtigen, gewollt oder ungewollt auch Schützenhilfe leisten. Wie Beate Winkler in Anlehnung an den Forschungsbericht „Migranten in den Medien“ von Georg Ruhmann schreibt, werden „ethnische, kulturelle und religiöse

---

<sup>73</sup> Jaschke, Hans–Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. S.32. in: Schönfelder, Sven. Rechtspopulismus. S.30.

<sup>74</sup> Schönfelder, Sven. Rechtspopulismus. S.31.

<sup>75</sup> Vgl. [http://www.bpb.de/themen/KFXDV0,3,0,Argumente\\_gegen\\_rechtsextreme\\_Vorurteile.html](http://www.bpb.de/themen/KFXDV0,3,0,Argumente_gegen_rechtsextreme_Vorurteile.html)

<sup>76</sup> Geden, Oliver: <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulismus-in-oesterreich-wir-werden-eine-renaissance-der-fpoe-erleben-1.519355>

<sup>77</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. S.15.

Minderheiten [...] unverhältnismäßig oft im Zusammenhang mit Kriminalität dargestellt. Diese Fokussierung auf negative Aspekte, die Dramatisierung der Zustände, der Entwurf von Bedrohungsszenarien und die Kriminalisierung von Minderheiten sowie Migrantinnen und Migranten in den Medien hat auch zur Folge, dass Ausgrenzung gefördert und die Bereitschaft zur Integration gemindert wird.“<sup>78</sup>

Zum Thema Fremdenfeindlichkeit soll abschließend noch erwähnt werden, dass im Falle von einer in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Parteien, der Vlaams Belang, nicht nur die Zuwanderer selbst sondern auch Teile der eigenen Bevölkerung als Feindbilder dienen. Darauf wird in Kapitel 3.5. näher eingegangen.

Ein weiteres von den Rechtspopulisten beehrtes und verwendetes Feindbild ist die Europäische Union. Wie Reinhold Gärtner in seinem Buch „Politik der Feindbilder“ beschreibt, reicht die rechtspopulistische Rhetorik je nach Land von einer Skepsis bis zu einer offenen Ablehnung der EU.<sup>79</sup> Rechtspopulistische Parteien würden einen Austritt aus der Europäischen Union zwar nicht durchführen wollen, aber die EU auf eine „lose Staatengemeinschaft“ zurückstufen, die die nationalen Rechte und Selbstständigkeit aller Mitgliedsstaaten respektiert bzw. stärkt und außerdem die Einführung einer direkten Demokratie auf EU – Ebene nicht behindert.<sup>80</sup> Gärtner vertritt die Ansicht, dass die EU sich deswegen als ein brauchbares Feindbild eignet, da man ihr jede Art von Missständen und verfehlter Entwicklung vorwerfen (z.B.: uneingeschränkte und unkontrollierte Zuwanderung oder Steuererhöhung bzw. hohe Beitragszahlungen an Brüssel) und sie für diese verantwortlich machen kann.<sup>81</sup> In der rechtspopulistischen Agitation wird die EU meistens entpersonalisiert (Stichwort: „Die in Brüssel“) und die Tatsache, dass auch die eigenen Landsleute in diversen politischen Institutionen der EU vertreten sind, vergessen bzw. verleugnet.

Auch Werner Bauer sieht die EU und insbesondere die Eurobürokratie als ein weiteres Lieblingsfeindbild der Rechtspopulisten. Er ist ebenfalls der Ansicht, dass Rechtspopulisten die EU und den europäischen Einigungsprozess nicht grundsätzlich ablehnen, sondern von den in weiten Teilen der Bevölkerung existierenden Stimmungen „gegen ein Europa Gebrauch machen, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von „Brüsseler

---

<sup>78</sup> Ruhrmann, Georg (2005): Migranten in den Medien. In: Winkler, Beate. Zuwanderer als Feindbild. In: Pelinka. König (2009): Feindbild Zuwanderer: Vorurteile und deren Überwindung. S.91.

<sup>79</sup> Vgl. Gärtner, Reinhold. Politik der Feindbilder. S.21.

<sup>80</sup> Vgl. Ebd.

<sup>81</sup> Vgl. Gärtner, Reinhold. Politik der Feindbilder. S.23.



Bürokraten“ regiert wird.“<sup>82</sup> Außerdem werfen sie der EU bzw. den in der EU wirkenden Politikern mangelnde Bürgernähe und das Fehlen einer demokratischen Legitimation für ihre Programme und politischen Entscheidungen vor. „Besonders verbreitet ist diese Haltung in den Ländern der sogenannten „Nettozahler“.“<sup>83</sup> Die Ablehnung bzw. Kritik an der EU und ihren politischen Entscheidungen und an ihrem Programm können Rechtspopulisten geschickt mit dem von ihnen favorisierten Instrument der direkten Demokratie kombinieren. In anderen Worten, ermöglicht die angeblich bürgerferne und in Brüssel durchgeführte Politik der EU den Rechtspopulisten eine gute Möglichkeit, sich mit dem Einsetzen für eine direkte Demokratie von ihrer bürgernahen Seite zu zeigen, um der EU auf diese Weise mangelnde Transparenz der politischen Entscheidungen vorzuwerfen. Während die EU politische Entscheidungen weit entfernt von den Wünschen und Vorstellungen der Bürger trifft, können letztere mit der Möglichkeit der direkten Demokratie ihren Unmut und Unzufriedenheit über diese Politik äußern.

Als Beispiele führt Anton Pelinka „das von der FPÖ organisierte Volksbegehren gegen Österreichs Beitritt zur Europäischen Wirtschafts – und Währungsunion und die Mobilisierung gegen die „Ost – Erweiterung“ der EU an.“<sup>84</sup>

Auch das im Jahre 2006 von der neuen FPÖ unter der Führung von Heinz – Christian Strache durchgeführte Volksbegehren „Österreich bleib frei“ war ein Versuch, den in der Bevölkerung vorherrschenden Unmut gegen die EU zu mobilisieren und für die Partei selbst politisch zu instrumentalisieren. Dieses Volksbegehren verfolgte drei Ziele:

1. die Bewahrung der österreichischen Neutralität
2. die Verhinderung des EU – Beitritts der Türkei
3. die Ablehnung der EU – Verfassung in der vorliegenden Form.<sup>85</sup>

Weitere Feindbilder von rechtspopulistischen Parteien sind je nach Geschichte, Tradition und außenpolitischen Schwerpunktes des jeweiligen Landes, das Judentum und der Staat Israel sowie die Vereinigten Staaten von Amerika. Beide Feindbilder werden von Rechtspopulisten rhetorisch in Form von Antisemitismus und Antiamerikanismus erwähnt bzw. abgelehnt.

---

<sup>82</sup> Bauer, Werner. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. S.14.

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. ÖZP. In: Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S. 93.

<sup>85</sup> Vgl. Gärtner, Reinhold. Politik der Feindbilder. S.157.

Da diese Feindbilder bei all den in der vorliegenden Arbeit diskutierten Parteien keine wichtige Rolle spielen, werden sie hier nur oberflächlich erwähnt.

Antisemitische Einstellungen und Vorurteile von rechtspopulistischen Politikern spiegeln sich in der Rhetorik oft mit den in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteilen und Einstellungen wie: „Juden sind Israel gegenüber loyaler als gegenüber dem Land, deren Staatsbürger sie sind“ oder „Juden haben zu viel Macht in der Welt des Business“ oder „Juden haben zu viel Macht in internationalen Finanzmärkten“ wider.<sup>86</sup> Auch die von dem ehemaligen FPÖ - Chef Jörg Haider verwendeten Begriffe, wie die „Ostküste“ oder „Ostjuden“ gingen mit diesen Vorurteilen einher. Ferner wird die Kritik an dem Staat Israel und seiner Politik oft mit antisemitischen Vorurteilen und teilweise Beschimpfungen kombiniert, ganz zu schweigen von dem Vorurteil über die politische Dominanz der jüdischen Lobby in der Außenpolitik der USA.

Laut Reinhold Gärtner hat der „Antiamerikanismus [...] eine lange Tradition in der Neuen Rechten bzw. in rechtsextremen Kreisen“<sup>87</sup>, wobei bekannte Schlagwörter, wie McDonaldisierung und Coca – Colonization in der Rhetorik von einigen rechten Politikern vorkommen. Besonders nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in den USA und den darauf folgenden Kriegen gegen Afghanistan und den Irak machten vor allem rechtsextreme Parteien und Organisationen gegen die aggressive und expansionistische kriegerische Politik der USA mobil. Mit der Ablehnung der Politik der USA kombinieren zahlreiche Rechtsextremisten außerdem ihre Ablehnung und ihren Kampf gegen die Globalisierung.<sup>88</sup>

Als weiteres Feindbild von rechtspopulistischen Parteien, dem sich mich im Rahmen dieser Diplomarbeit näher und ausführlicher gewidmet wird, wird hier der „Islam“ angenommen. Meines Erachtens ist es wichtig, zunächst über die Geschichte jeder Partei zu schreiben und die Aussagen der jeweiligen Politiker, die im Rahmen von Interviews und bei Parteiveranstaltungen geäußert wurden, wiederzugeben, um dem Leser die in manchen Fällen sehr deutliche und offensichtliche und in anderen Fällen wiederum latente Positionierung der Parteien gegenüber dem Islam zu erklären. Denn eine der Hauptfragen der Diplomarbeit lautet: Ist der Islam das neue Feindbild bzw. der neue Hauptfeind der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV?

---

<sup>86</sup> Ebd. S.169 ff.

<sup>87</sup> Gärtner, Reinhold. Politik der Feindbilder. S.24.

<sup>88</sup> Ebd.

Bevor diese Fragen beantwortet werden, wird noch auf einige wichtige Merkmale des Rechtspopulismus eingegangen. Zunächst soll kurz das Verhältnis von Rechtspopulismus zur Demokratie erwähnt und anschließend über die Performance bzw. über die Rolle von rechtspopulistischen Parteien als Regierungspartei geschrieben werden.

### **2.3.1. Populismus und Demokratie**

Sieglinde Rosenberger schreibt in ihrem Text „Rechtspopulismus als Herausforderung der repräsentativen Demokratie?“, dass der Rechtspopulismus „[...] als grundsätzlich und nachhaltig demokratische Grundprinzipien wie Deliberation und Minderheitenrechte beeinträchtigend bewertet [wird].“<sup>89</sup> Das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus ist in einer Weise paradox und doch wieder komplementär.

Komplementär ist das Verhältnis deswegen, weil rechtspopulistische Parteien und deren Politiker relevante und existierende Akteure in einem politischen System sind, da sie in einem Parlament vertreten sind und bei politischen Wahlen antreten.<sup>90</sup> Gleichzeitig agieren und polemisieren rechtspopulistische Politiker in ihrer Rhetorik gegen liberal – demokratische Einrichtungen und beziehen sich dabei auf das Volk bzw. sehen oder bezeichnen sie sich als das Sprachrohr des Volkes.

Rosenberger erwähnt zwei Gesichter des Populismus: „Das positive Gesicht des Populismus trage dazu bei, die Artikulationschancen derjenigen zu fördern, die von politischen Entscheidungen und Prozessen betroffen sind, um folglich die Legitimation des demokratischen Systems zu erhöhen.“<sup>91</sup> Wie bereits zu Beginn erwähnt wurde, setzt sich der (Rechts) Populismus ebenso für eine direkte politische Teilnahme des „Volkes“ bzw. der Bürger an politischen Entscheidungen ein und macht in vielen Fällen auf Defizite und Krisen der liberalen repräsentativen Demokratie aufmerksam.

---

<sup>89</sup> Decker, Frank (2003). The Populist Challenge to Liberal Democracy, in: net edition von Internationale Politik und Gesellschaft 6/2003. In: Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.37.

<sup>90</sup> Vgl. Rosenberger, Sieglinde (2001): Demokratie und/versus Populismus. In: Rosenberger, Sieglinde. Rechtspopulistische Parteien als Herausforderung der repräsentativen Demokratie ? In: Frölich, Rensmann. Populisten an der Macht. S.37.

<sup>91</sup> Mény, Yves (1998): The People, The Elites and the Populist Challenge. In: Populisten an der Macht. S.37.

Peter Gstettner führt für seine Beschreibung des zweiten, nämlich negativen Gesichts des Populismus die Tatsache an, dass der Rechtspopulismus einen „Ethno – Nationalismus“ vertritt, der „Xenophobie“ verstärkt und die „pluralistischen Werte“ ablehnt und automatisch zur „Exklusion von Menschen aus dem politischen und gesellschaftlichen System führt.“<sup>92</sup> Auch wenn sich der Rechtspopulismus mit seiner minderheitenfeindlichen Einstellung und der dichotomisierenden Freund/Feind Rhetorik und bei seiner anti-liberalen Positionierung bei gesellschaftspolitischen Themen wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaat und in manchen Fällen sogar Abtreibung zerstörend auf die demokratisch-liberale Kultur auswirkt, kann er sich durch seine Ablehnung der Gewalt als Mittel zur Erreichung seiner Ziele noch innerhalb des demokratischen Verfassungsbogens befinden.<sup>93</sup>

Was das Verhältnis des Rechtspopulismus zur Meinungsfreiheit betrifft, setzen sich manche rechtspopulistische Parteien paradoxerweise erst dann für Meinungsfreiheit ein oder beziehen sich gar auf diese, wenn sich eine politische und gesellschaftliche Diskussion um jene Themen entbrannt, die nach Annahme und Glauben von Rechtspopulisten für ihre Wählerklientel von besonderem Interesse sind bzw. jene Themen diskutiert werden, mit denen sie ihre Stammwähler beibehalten, gleichzeitig aber eine zusätzliche Zielgruppe ansprechen können. Als Beispiel dient hier das Engagement der FPÖ für die Abschaffung des Verbotsgesetzes, da dieses nach der Meinung des Parteiobermanns Heinz-Christian Strache und einigen Funktionären nicht in Einklang mit der Meinungs- und Redefreiheit als Grundpfeiler der liberalen Demokratie steht. Dabei wird bewusst die Tatsache ignoriert, dass exakt mit diesem Verbotsgesetz unter anderem das wiederholte Aufkommen von totalitären Ideologien und Regimen verhindert werden soll.

Sieglinde Rosenberger bezeichnet als „Problematik des Rechtspopulismus“ ferner den Umstand, dass die von vielen Anhängern gepriesenen Tabubrüche seitens rechtspopulistischer Politiker „besonders häufig im Bereich der Grund – und Menschenrechte angesiedelt sind und das mobilisierte „wahre“ Demokratiemodell, das sich auf einen homogenen Volkswillen beruft, deutlich anti – pluralistische Züge trägt.“<sup>94</sup>

---

<sup>92</sup> Vgl. Gstettner, Peter (2000): Die gefährliche Mischung des Jörg Haider. Rechtspopulismus plus Rassismus. S.97-107. In: Rosenberger, Sieglinde: Rechtspopulismus. Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie? S.38.

<sup>93</sup> Vgl. Ebd.

<sup>94</sup> Rosenberger, Sieglinde. Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie ?. In: Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.46.

Werner Bauer vertritt die Meinung, dass die Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien „eine schwere Erschütterung der Fundamente der liberalen und pluralistischen Demokratien in Europa bedeuten, da Prinzipien, wie der Vorrang der Rechte des Individuums und die Gleichheit der Menschen als Grundlage des Rechtsstaats grundlegend in Frage gestellt werden.“<sup>95</sup> Mit ihrem Engagement für die „Bewahrung der kulturellen Identität“ und ihrem Kampf um die „Vorrechte der Einheimischen“ setzen sich die Rechtspopulisten für jene Rahmenbedingungen und Forderungen ein, die die Ungleichheit von Migranten und anderen Minderheiten in der Gesellschaft verstärken, noch dazu, wenn das in der Verfassung verankerte „Prinzip der individuellen und sozialen Gleichheit“ abgelehnt bzw. geleugnet wird.<sup>96</sup>

Der nächste Abschnitt soll sich kurz der Performance von rechtspopulistischen Parteien als Regierungspartei widmen. Von all den Parteien, die in der vorliegenden Arbeit beschrieben werden, war nur eine Partei Teil einer oder mehrerer Regierungen, nämlich die FPÖ.

### **2.3.2. Rechtspopulisten in der Regierung**

Für rechtspopulistische Politiker, deren Parteien als Teil einer Regierung Regierungsverantwortung übernehmen müssen, ist es keine leichte Arbeit, die im Rahmen ihres Wahlkampfes von ihnen geforderten Programme und von ihnen getätigten Aussagen hinsichtlich der Minderheits-, Einwanderungs- und Außenpolitik politisch umzusetzen bzw. in das Regierungsprogramm aufzunehmen und umzusetzen, da insbesondere für EU - Mitglieder vor allem außenpolitische Konsequenzen (z.B.: Sanktionen von den anderen EU – Mitgliedsländern) zu befürchten bzw. zu erwarten sind.<sup>97</sup> Auch innenpolitisch sind Rechtspopulisten oft dem für sie entbehrlichen Umstand ausgesetzt, dass sie schon bei Koalitionsverhandlungen auch Kompromisse bezüglich der Wünsche bzw. in diesem Fall Bedenken von der Koalitionspartei schließen müssen.<sup>98</sup>

Manche rechtspopulistische Parteien verfügen über eine geringe innerparteiliche Demokratie. Aus diesem Grund existieren nur wenige Personen, die ein gewisses politisches Wissen aufweisen.<sup>99</sup> Nicht selten kommen neue, politisch unerfahrene Parteifunktionäre oder

---

<sup>95</sup> Bauer, Werner (2010): Rechtspopulismus in Europa. S.4.

<sup>96</sup> Vgl. Ebd. S.10.

<sup>97</sup> Vgl. Frölich – Steffen, Susanne. Rensmann, Lars. Politikwissenschaftliche Forschung zu populistischen Regierungsparteien. In: Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.22.

<sup>98</sup> Vgl. Ebd.

<sup>99</sup> Vgl. Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus. In: Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.23.

sogar Quereinsteiger zu hohen Positionen, die sie oft in einer dilettantischen Art und Weise ausüben bzw. ausführen. Aufgrund der mangelnden innerparteilichen Demokratie und des „charismatischen“, oft autoritär agierenden Parteivorsitzenden, verfügen einige Parteifunktionäre außerdem über keine Erfahrung bezüglich parteiinterner Konflikte zwischen mehreren Führungspersonen oder – gruppen.

Einige rechtspopulistische Parteien sind während der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung aufgrund innerparteilicher Differenzen in zwei Gruppen zerfallen: Die eine Gruppe setzte sich aus den verbliebenen Regierungsmitgliedern zusammen, während sich die andere zu einer Oppositionsbewegung gegen die eigene Regierungsmannschaft entwickelte<sup>100</sup> Als Beispiel lässt sich der Knittelfelder Putsch im Jahr 2002 anführen, als die FPÖ - Basis gegen die Freiheitliche Regierungsmannschaft aufbegehrte. Dieses Ereignis markierte den Beginn eines lange andauernden innerparteilichen Konflikts zwischen den Befürwortern und Gegnern einer Koalition mit der ÖVP, der schließlich in der Spaltung der FPÖ und der Neugründung des BZÖ kulminierte.

Selbst wenn eine rechtspopulistische Partei Regierungspartei wird, kann sie weiterhin über ein wichtiges Mittel der direkten Demokratie, dem Volksbegehren, manchmal in einer wirkungsvollen Weise eine Opposition gegen die eigene Regierung betreiben. Ein Beispiel dafür ist das Temelin – Volksbegehren der FPÖ.<sup>101</sup>

Martin Reisingl schreibt ebenfalls in seinem Beitrag, dass eine rechtspopulistische Partei mit dem Eintritt in ihre Koalitionsregierung durch die Aufgabe ihres Verharrens als Oppositionspartei, die die Regierung und das Establishment stets herausgefordert und attackiert hatte, selbst zu einem Teil des Establishments wird und sich somit nicht mehr als Anti-Establishment Bewegung profilieren kann.<sup>102</sup> Ein weiteres Hindernis, dem Rechtspopulisten ausgesetzt sind, ist die fehlende bzw. moralisch und diplomatisch nicht mehr zu vertretende Möglichkeit, den einstigen politischen Gegner und nunmehrigen Koalitionspartner gleichermaßen ungehemmt attackieren zu können. Die Rechtspopulisten brauchen somit einen Ersatz für abhanden gekommene Sündenböcke, womit sich im einfachsten Fall die politische Opposition und die EU anbieten würden.

---

<sup>100</sup> Vgl. Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S.24.

<sup>101</sup> Vgl. Ebd. S.26.

<sup>102</sup> Vgl. Reisingl, Martin. Rhetorische Strategien des oppositionellen und regierenden Rechtspopulismus. In: Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S59.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass aufgrund der durch die Rücksicht auf den Koalitionspartner nicht mögliche Erfüllung aller im Wahlkampf und während der Zeit als Oppositionspartei geäußerten Wahlversprechen (insbesondere jener, die mit den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates schwer vereinbaren wären), rechtspopulistische Parteien nicht selten in ihrer Wählergunst verlieren und in vielen Fällen bei regionalen und anderen politischen Wahlen sogar herbe Verluste erleiden müssen. In diesem Zusammenhang wird von der *Entzauberung der Rechtspopulisten* gesprochen.

Nachdem über das Verhältnis von Populismus und Demokratie sowie über die Performance von rechtspopulistischen Parteien in einer Koalitionsregierung gesprochen wurde, soll im nächsten Abschnitt auf die möglichen Ursachen für die Wahl und Unterstützung von rechtspopulistischen Parteien bzw. Gründe für das Erstarken von Rechtspopulisten in den Ländern der Europäischen Union erörtert sowie auf deren Wählergruppen eingegangen werden.

### **2.3.3. Gründe für das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien**

In Anlehnung an Minkenberg schreiben Susanne Frölich – Steffen und Lars Rensmann, dass in Westeuropa in den 1980er und 1990er Jahren die Frage der Einwanderungspolitik in der Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewann, wobei in erster Linie die Rechtspopulisten von dieser Situation profitieren konnten.<sup>103</sup>

Werner Bauer teilt die Ansicht, dass das Thema der Zuwanderung bei dem Erfolg der Rechtspopulisten eine der wichtigsten Ursachen für ihren Erfolg darstellte.<sup>104</sup> Neben der Zuwanderung waren viele Bürger Westeuropas von dem Ansturm von Flüchtlingen und Asylwerbern überfordert, was automatisch zu einem Anstieg von Fremdenfeindlichkeit führte und diese auch durch den Umstand verstärkt wurde, dass, wie oben schon erwähnt wurde, die Zuwanderung bzw. die Flucht nach Europa von Personen aus dem nicht – europäischen, islamischen Kulturraum erfolgte.

„Rechtspopulisten nutzen diese Stimmung und die mit der Zuwanderung zweifellos auftretenden – mehrheitlich allerdings sozialen und nicht kulturellen – Probleme, um daraus politisches Kleingeld zu schlagen.“<sup>105</sup> Die Politiker von rechtspopulistischen Parteien

---

<sup>103</sup> Vgl. Minkenberg, Michael (2001): The Radical Right in Public Office. In: West European Politics 24/ 2001. In: Populisten an der Macht. S.18.

<sup>104</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8ff.

<sup>105</sup> Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8.

schaften es geschickt, die Sorgen der Bürger mit der Verknüpfung von Themen, wie Ausländerkriminalität, das Ausnützen des Sozialstaates, die steigende Ausländerkriminalität sowie die hohe Arbeitslosenrate unter der (einheimischen) Bevölkerung geschickt in ihre populistische Rhetorik aufzunehmen und zu vermarkten.

In Anlehnung an Albert Scharenberg spricht Werner Bauer von einer „Ethnisierung des Sozialen.“<sup>106</sup> Mit der Warnung vor dem „Schreckgespenst der multikulturellen Gesellschaft“ und der Gefahr, durch eine Politik der ungezügelter Einwanderung nach Europa „Fremder im eigenen Land“ zu werden und die Warnung vor einer „Islamisierung Europas“ mit dem Verweis auf nicht integrationswillige moslemische Bürger haben rechtspopulistische Parteien viel Aufmerksamkeit und vor allem Zustimmung von einem Teil der Gesellschaft in ihren Ländern erhalten.<sup>107</sup>

Rechtspopulistische Parteien sind besonders in jenen politischen Systemen am erfolgreichsten, die traditionell oft von Großen Koalitionen regiert werden, da rechtspopulistische Parteien den Wählern die Möglichkeit geben, ihrem Unmut über die mangelnde bzw. schlechte Regierungsarbeit dieser Koalition (Stichwort in Österreich: Blockadepolitik) mit einer Wahl für ihre Partei freien Lauf zu lassen.<sup>108</sup> Die unbeliebte Performance der Großen Koalition bietet Rechtspopulisten eine gute Mobilisierungsmöglichkeit, um die in einer Bevölkerung herrschende Enttäuschung über die Regierung aufzugreifen bzw. mit ihrer polemischen Rhetorik zu verschärfen und gleichzeitig eine bessere Arbeit im Falle ihrer Regierungsbeteiligung zu versprechen. „Die Große Koalition erleichtert es ihnen (Anm.: Rechtspopulisten), den Unmut auf die gesamte politische Elite und das von ihr errichtete „Parteienkartell“ auszudehnen.“<sup>109</sup>

Da es sich bei rechtspopulistischen Parteien um „Protestparteien“ handelt, reüssieren sie vor allem in „Systemen mit Konkordanzdemokratien“, wo meist stabile große Koalitionen mit traditionellen und inhaltlich starken Ähnlichkeiten regieren bis hin zu Allparteien – Koalitionen und ausgeprägten korporatistischen Elementen.<sup>110</sup> Als Beispiele für dieses System führt Werner Bauer „die ewig große Koalition“ in Österreich, das „Säulenmodell“ in Belgien, das

---

<sup>106</sup> Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8.

<sup>107</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.8.

<sup>108</sup> Vgl. Decker, Frank (2000). Parteien unter Druck. S.318.

<sup>109</sup> Kriesi, Hanspeter (1995): Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten: Die Mobilisierung von zwei Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext. S.41ff. In: Decker, Frank. Parteien unter Druck. S.318.

<sup>110</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.11.



„Poldermodell“ in den Niederlanden oder die „jahrzehntelange Vorherrschaft der korrupten *Democrazia Cristiana* und ihre Verbündeten“ in Italien an.<sup>111</sup> Gerade durch die Starrheit dieser Konkordanzsysteme in diesen Ländern konnten die Regierungen auf viele gesellschaftspolitische Veränderungen, die in den letzten 20 Jahren eingesetzt hatten, wie z.B.: „der durch die fortschreitende Individualisierung und den ökonomischen Wandel bedingten Auflösung der traditionellen Lebensformen und Bindungen, auf denen das Funktionieren der Industriegesellschaft beruhte (Familie, Klasse, Milieu, Geschlechterrolle, Nation, Religion)“<sup>112</sup> zu spät bzw. nicht ausreichend reagieren. Was die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für den Aufstieg von rechtspopulistischen Parteien betrifft, wird im nächsten Abschnitt mit der Erklärung des in diesem Zusammenhang oft verwendeten Begriffs der „Modernisierungsverlierer“ detaillierter angeführt. Aufgrund des Unvermögens der traditionellen Volksparteien auf Veränderungen in der Gesellschaft mit ausreichenden politischen Maßnahmen zu reagieren, kam es in Teilen der Gesellschaft zu einer Partei- und Politikverdrossenheit, von denen insbesondere die rechtspopulistischen Parteien profitierten. Die Bürger trauten den etablierten Regierungsparteien nicht mehr zu, ihre Sorgen, Nöte und Zukunftsängste lösen zu können.

Dietfrid Krause – Vilmar schreibt in seinem Textbeitrag „Rechtspopulismus als Herausforderung“, dass der im Zusammenhang mit der Politikverdrossenheit „drohende Legitimationsverlust des demokratischen Rechtsstaates“ auch durch einige politische und wirtschaftliche Skandale in einem bestimmten Staat den Nährboden für rechtspopulistische Parteien aufbereitet hat, die durch ihre Anti – Establishment Haltung als eine glaubwürdige Alternative zu dem verfilzten, starren und korrupten Parteiensystem auftreten.<sup>113</sup>

„Die nicht abreißende Kette der Skandale der illegalen Geldbeschaffung politischer Parteien, das Wirtschaften in die eigenen Taschen, das Fehlen ernsthafter Verantwortlichkeiten, die schwache Rolle der Justiz“<sup>114</sup> steigern die Schwächen und somit auch die Verwundbarkeit der regierenden Parteien, da sie mit ihrem Versagen den oppositionellen Rechtspopulisten eine ideale Angriffsfläche bieten.

Vor allem in den letzten Jahren wird in der Literatur oft von „Modernisierungsverlierern“ gesprochen, wenn es um den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien und der Suche nach ihrer Wählergruppe geht. Aus diesem Grund wird in folgendem Abschnitt auf diesen Begriff

---

<sup>111</sup> Vgl. Ebd.

<sup>112</sup> Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.11.

<sup>113</sup> Vgl. Krause – Vilmar, Dietfrid: Rechtspopulismus als Herausforderung. S.6. ff.

<sup>114</sup> Krause – Vilmar, Dietfrid. Rechtspopulismus als Herausforderung. S.6. ff.

näher eingegangen, wobei in diesem Zusammenhang auch die sozialen und wirtschaftlichen Änderungen der letzten Jahrzehnte beschrieben werden, was den Erfolg der Rechtspopulisten begünstigt haben könnte.

Das Auftauchen von rechtspopulistischen Parteien als Protestparteien ist in Zusammenhang mit negativen Entwicklungen der Wirtschaft in Europa seit dem Beginn der 1980er Jahre zu verstehen.<sup>115</sup> Nach einer Zeit des wirtschaftlichen Booms waren viele Bürger in einigen Ländern Europas im Zuge einer sich einsetzenden ökonomischen Krise mit negativen Erscheinungen wie einer „Stagnation oder gar Rückgang bei den Arbeitseinkommen und verlängerten Arbeitszeiten“ konfrontiert worden, was zu einer „deutlichen Verschlechterung der ökonomischen und politischen Position großer Teile der Lohnabhängigen und der bisher schon ausgegrenzten sozialen Schichten“ geführt hatte und die Sozialdemokratie diesen Entwicklungen gegenüber machtlos war bzw. diese negativen Entwicklungen aufgrund mangelnder Alternativen in Kauf genommen hatte. Mit der wachsenden Sorge um die soziale Zukunft, verbunden mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und mit der Angst vor dem sozialen Abstieg, werden fremdenfeindliche, rassistische, und letztendlich rechtsextremistische Mentalitäten und Einstellungen bei größeren Teilen der Bevölkerung verbreitet.

Mit dem Verweis auf Fritz Plasser und Peter Ulram bezeichnet Markus Hadler „*Modernisierungsverlierer*“ als Angehörige „von sozial niedrigen Schichten, an- und ungelernete Arbeiter, Landwirte, Arbeitslose sowie Pensionisten in den städtischen Ballungsräumen.“<sup>116</sup>

Für die These, dass sogenannte „Modernisierungsverlierer“ eher dazu neigen, bei Wahlen ihre Stimme den Rechtspopulisten zu geben, spricht laut Hans Georg Betz der „Proletarisierungstrend“, der Ende der 1990er Jahre einsetzte und besagt, dass sich ein Großteil der rechtspopulistischen Parteien in der EU, wie z.B.: die FPÖ, Lega Nord oder der Front National von neo- und wirtschaftsliberalen Parteien immer mehr zu Arbeiterparteien entwickelten.<sup>117</sup> Betz beruft sich auf eine von Peter Ulram angefertigte Studie, die besagt, dass „ [entschieden] sich bei den letzten Wahlen in Österreich 45 Prozent der an – und

---

<sup>115</sup> Vgl. Bischoff, Joachim. Müller, Bernhard. Moderner Rechtspopulismus. S.8 ff. In: Bischoff, Joachim. Dörre

<sup>116</sup> Plasser, Fritz. Ulram, Peter (1994). Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei Volksabstimmung über den EU – Beitritt. S.8. ff.

<sup>117</sup> Vgl. Betz, Hans – Georg (2001): Entre succès et échec: l'extrême droite à la fin des années quatre – vingt – dix. S.413. In: Betz, Hans – Georg: Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. S.8.

ungelernten bzw. 48 Prozent der Facharbeiter für die FPÖ [...]“<sup>118</sup>, aber auch bei skandinavischen Rechtsparteien, wie die Dänische Volkspartei sowie beim französischen Front National der Anteil der Stimmen von der Arbeiterschaft höher als bei den anderen Parteien ist.

Für die sogenannte „Modernisierungsverliererthese“ sprechen auch die Forschungsergebnisse von Tanja Binder, die darauf hinweisen, dass die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität sowie wirtschaftliche Ängste durch die ökonomische Globalisierung und durch die europäische Integration bei manchen Bürgern rechtsaffines Wahlverhalten verstärkt hat.<sup>119</sup> Kritisch wird die Globalisierung nicht nur aufgrund der Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeiter aus anderen Ländern betrachtet, sondern auch die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft in einer globalisierten Welt von internationalen Entwicklungen wird befürchtet und abgelehnt.

Markus Hadler stellt die Modernisierungsverliererthese infrage, da rechtspopulistische Parteien in ihrem Wirtschafts- und Sozialprogramm unterschiedliche, sich oft widersprechende Positionen vertreten.<sup>120</sup> So stehen einige dieser Parteien hinter wirtschaftsliberalen Konzepten und setzen sich vehement für ein Ende des Missbrauchs von Sozialleistungen durch sogenannte „Sozialschmarotzer“ und teilweise auch für einen Abbau sozialer Absicherung ein. „Andererseits bezeichnen sie sich als Beschützer des kleinen Mannes – gerade jener Bevölkerungsgruppe, die von einem Abbau von Sozialleistungen stark betroffen wäre.“<sup>121</sup> Hans – Georg Betz teilt die Modernisierungsverliererthese nicht vollständig mit dem Verweis auf die Tatsache, dass rechtspopulistische Parteien in Westeuropa gerade in jenen Ländern reüssieren, „wo der Wohlstand am höchsten und die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist.“<sup>122</sup> Als Beispiel führt Betz den Vlaams Belang an, der die größte Wählerunterstützung im reichen Antwerpen oder die Lega Nord, die in den reicheren Städten Norditaliens eine hohe Zustimmungsrate erhält, obwohl, wie Betz anführt, die italienische Lega Nord dennoch einen hohen Anteil an Arbeiter aufweist, die jedoch andere politische Interessen verfolgen als die Modernisierungsverlierer. Auch die relative Stabilität

---

<sup>118</sup> Ulram, Peter (2001): Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider. S. 216. In: Betz, Hans – Georg. Rechtspopulismus in Westeuropa.

<sup>119</sup> Vgl. Binder, Tanja (2005): Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen ? S. 12.

<sup>120</sup> Vgl. Scharsach, Hans – Henning (2002). Rückwärts nach rechts: Europas Populisten. S. 209 ff. In: Hadler, Markus. Modernisierungsverlierer und –gewinner.

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Betz, Hans – Georg. Rechtspopulismus in Westeuropa. S. 258.

des westeuropäischen Wohlfahrtsstaates ist für Hans – Georg Betz mit der Modernisierungsverliererthese nicht unbedingt vereinbar.

Was jedoch die wirtschaftliche Programmatik einiger rechtspopulistischer Parteien betrifft, stellt Frank Decker in seinem Text „Rechtspopulismus, Globalisierung und Europäische Union“ fest, dass es seit Beginn der 1990er Jahre eine Änderung von einer ehemals neoliberalen zu einer sozialprotektionistischen Ausrichtung kam.<sup>123</sup>

„Symptomatisch dafür ist der Wandel der einstigen Steuerprotestparteien in Norwegen und Dänemark zu wohlfahrtchauvinistischen Anti – Migrationsparteien.“<sup>124</sup> Auch Klaus Dörre, Klaus Krämer und Frederic Speidel stellen in ihrem Text „Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?“ besonders bei den Parteien FPÖ, Lega Nord und Front National einen Wandel ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik seit den 1990er Jahren fest.<sup>125</sup> Während man noch in den 1980er Jahren mit ultraliberalen Wirtschaftsprogrammen die „Leistungseliten“ gegen die vermeintliche reformunfähige politische Klasse mobilisierte, wandten sich diese rechtspopulistischen Parteien seit den 1990er Jahren demonstrativ den Verlierern der wirtschaftlichen Globalisierung zu.

„Die FPÖ wandelte sich in den 1990er Jahren programmatisch von einer „Fürsprecherin der Leistungseliten“ zu einer „Anwältin der Arbeitnehmer, die es schwer haben im Wettbewerb.“<sup>126</sup>

Da mit der Jobbik Partei in Ungarn und mit der Ataka Partei in Bulgarien zwei Parteien rechts der Mitte in jüngster Zeit hohe Wahlerfolge feiern konnten, soll in folgendem Abschnitt auf die Beschreibung der Unterschiede zwischen diesen Rechtsparteien in West – und Osteuropa sowie auf die möglichen Ursachen für den Rechtsruck in Teilen der neuen EU - Mitgliedsstaaten eingegangen werden.

---

<sup>123</sup> Vgl. Decker, Frank (2002): Rechtspopulismus, Globalisierung und Europäische Union. Heinrich – Böll – Stiftung.

<sup>124</sup> Decker, Frank: Rechtspopulismus, Globalisierung und Europäische Union.

<sup>125</sup> Vgl. Dörre, Klaus. Krämer, Klaus. Speidel, Frederic. Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen ?“ In: Bischoff, Joachim. Dörre, Klaus. Gauthier, Elisabeth. Moderner Rechtspopulismus. S. 81 ff.

<sup>126</sup> Dörre, Klaus. Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?

### 2.3.4. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Osteuropa

Jozsef Bayer stellt in seinem Text „Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei“ fest, dass Ostmitteleuropa einen potenziellen Nährboden für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien darstellt, da in den Ländern dieser Region „kein ausdifferenziertes demokratisches Institutionensystem existiert, eine entsprechende demokratische Kultur fehlt oder noch nicht gefestigt ist.“<sup>127</sup> Wobei jedoch, „gerade in nicht demokratisch konsolidierten Systemen sich eine populistische Partei auch in eine extremistische Richtung bewegen [...]“<sup>128</sup> kann. Außerdem ist in Osteuropa aufgrund der autoritären Vergangenheit in den Zeiten vor und während der kommunistischen Ära sowie wegen der Transformationskrise nach der Wende 1989 die populistische Gefahr höher als in den etablierten Demokratien Westeuropas.

Werner Bauer bezeichnet den Populismus in Osteuropa als ein eigenständiges Phänomen, so dass er von einem „Sonderfall Osteuropa“ spricht.<sup>129</sup> In seinem Text listet er folgende Merkmale auf, die seiner Meinung nach die Rechtsparteien in Osteuropa von ihren Kollegen in Westeuropa unterscheiden. Seiner Meinung nach sind in Osteuropa die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus fließend, was zum Beispiel anhand der ungarischen Partei Jobbik zu erkennen ist, wo sowohl Vertreter der „bürgerlichen Rechten“ als auch Extremisten mit einer antisemitischen, antiziganischen und großungarischen Weltanschauung zu finden sind. Außerdem schreibt Werner Bauer, dass das für westeuropäische Verhältnisse typische „Links – Rechts – Schema“ in Osteuropa nicht wirklich gilt, da es vor allem, insbesondere kurz nach der Wende zu Kooperationen zwischen Postkommunisten und Ultrationalisten kam. Außerdem kombiniert der osteuropäische Populismus „nationalistische und rechtsautoritäre antielitäre Einstellungen mit einer links orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht selten mit einer Nostalgie der kommunistischen Sozialordnung verbunden ist.“<sup>130</sup> Der osteuropäische Rechtspopulismus und – extremismus ist ein Ausdruck bzw. Resultat der Wut der Bürger über die unerfüllten Versprechen des neuen politischen und wirtschaftlichen Systems nach der Wende 1989 und ist außerdem ein Beweis für das Misstrauen gegen die herrschende Elite, da sich diese in einigen Ländern weiterhin aus Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura zusammensetzte.

---

<sup>127</sup> Bayer, Jozsef (2002). Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie. In: Frölich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. S. 174.

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa.

Was den osteuropäischen Rechtspopulismus von seinen Schwesterparteien in Westeuropa unterscheidet, ist das Fehlen einer staats- bzw. systemfeindlichen Haltung, da der Staat vielmehr als eine „Firewall“ (Schutzschild) gegen den „wirtschaftlichen Ausverkauf“ des Landes dient. „Euroskepsis und Europafeindschaft bilden ähnlich wie im Westen ein ähnliches Motiv des rechten Populismus in Osteuropa.“<sup>131</sup> Als Gemeinsamkeiten, die osteuropäische mit westeuropäischen Rechtspopulisten aufweisen, ist ihr Typ als „Männerparteien“, die an der Spitze einen charismatischen Obmann und außerdem ein ausgesprochen konservatives Frauen – und Familienbild haben. Als Feindbilder dienen ihnen genauso das politische Establishment und die „Fremden“, die aber in diesem Fall aufgrund einer nicht stattgefundenen Einwanderung nicht die Migranten, sondern Angehörige von ethnischen Minderheiten betreffen.

Auch Gregor Mayer und Bernhard Odehnal kommen in ihrem Buch „Aufmarsch“ zu dem Ergebnis, dass die Opfer der Diskriminierung durch die Rechten in Osteuropa die eigenen Minderheiten, allen voran die Roma, aber auch Juden oder Volksgruppen, wie die Türken in Bulgarien, darstellen.<sup>132</sup> Außerdem wettern die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten gegen Homosexuelle und geben sich in ihrem Kampf gegen die Globalisierung antikapitalistisch aber auch feindlich gesinnt gegen die EU und gegen die NATO. Die Autoren merken zusätzlich an, dass der Begriff der „Globalisierung“ gerade in rechten Kreisen als „Synonym für die jüdische Vorherrschaft“ verwendet wird.<sup>133</sup>

Als weiteres Unterscheidungsmerkmal bzw. Unterschied zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in West – und Osteuropa führt Jozsef Bayer in einem anderen von ihm verfassten Text mit dem Titel „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa“ an, dass die Rechtspopulisten in Westeuropa „ [haben] trotz gewisser Wahlerfolge das Image eines schwarzen Schafes [...]“<sup>134</sup> haben, da sie zum Großteil weiterhin von den etablierten Parteien der Mitte bzw. aus dem linken Spektrum mit wenigen Ausnahmen von einer Regierungsarbeit ausgeschlossen und boykottiert werden. Rechtsradikale Parteien in Westeuropa sind eher Randerscheinungen, während sie in Ost –

---

<sup>130</sup> Bauer, Werner: Rechtspopulismus in Europa. S. 13.

<sup>131</sup> Kostrzebski, Karol (2005): Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens. S. 209. In: Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S. 13.

<sup>132</sup> Vgl. Mayer, Gregor. Odehnal, Bernhard (2010): Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. Residenz Verlag. S.13.

<sup>133</sup> Vgl. Ebd.

<sup>134</sup> Bayer, Jozsef (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. ÖZP, 31. S. 267.

und Mitteleuropa von den etablierten Parteien oft als Koalitionspartner und Mehrheitsbeschaffer für eine Regierung gebraucht werden.<sup>135</sup>

Werner Bauer bezieht sich auf ein weiteres Faktum, welches nur in Osteuropa existiert und somit als ein weiteres Unterscheidungsmerkmal dient.<sup>136</sup> Im Unterschied zu Westeuropa leben in Osteuropa Minderheiten über verschiedene Länder verteilt. Als bestes Beispiel lassen sich in diesem Fall die Ungarn anführen, die als nationale Minderheiten in der Slowakei, Rumänien und zu einem geringeren Teil in Österreich und Serbien leben, was bei einem Teil der Bevölkerung Ungarns sowohl im Mutterland als in den Nachbarländern zu einem Trauma geführt hat. Dieser Umstand und für manche Bürger auch Traumata dient den rechten Parteien als ideales Mobilisierungsthema. Dies mag auch einer der Gründe dafür sein, warum der osteuropäische Nationalismus ein „völkischer ist, während er in Westeuropa, wo es vor allem die abendländische Kultur zu verteidigen gilt, schon weitgehend „europäisiert“ wurde.“<sup>137</sup>

Was die Wählergruppe von rechten Parteien in Osteuropa betrifft, so sind sich alle Autoren, die für diese Arbeit herangezogen werden, darüber einig, dass die mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Transformationsprozessen* gemachten Traumata den rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien einen massiven Stimmenzuwachs geliefert hat.

So schreibt der wissenschaftliche Mitarbeiter der Forschungsgruppe EU – Integration, Kai – Olaf Lang, dass insbesondere die *Transformationsverlierer* bei Wahlen für die Populisten oder Extremisten aus dem rechten Lager stimmten.<sup>138</sup> Mit dem Begriff der Transformationsverlierer meint Lang jene Menschen, „die durch die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen der vergangenen zwei Jahrzehnte an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und heute mit massiven materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.“<sup>139</sup> Seiner Meinung nach sind es vor allem Personen ohne höhere Formalbildung sowie Angehörige der mittleren und oberen Altersgruppe.

---

<sup>135</sup> Vgl. Ebd.

<sup>136</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.14.

<sup>137</sup> Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S.14.

<sup>138</sup> Vgl. Lang, Kai – Olaf (2009): Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU. Potentiale, Akteure, Konsequenzen. S. 19.

<sup>139</sup> Lang, Kai – Olaf (2009): Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU. Potentiale, Akteure, Konsequenzen. S. 19

Jozsef Bayer beschreibt die Probleme der Transformation anhand seines Verweises auf die durch die radikalen Veränderungen entstandenen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Krisen in den Ländern Osteuropas und führt an, dass es nicht allen Menschen gelingen konnte, die neuen Verhältnisse zu verstehen bzw. sich auf diese umzustellen.<sup>140</sup> Diese - seiner Meinung nach - Verlierer des Transformationsprozesses waren besonders anfällig für rechtspopulistische und rechtsradikale Programmatik und Rhetorik. Außerdem waren „nicht alle BürgerInnen fest von den Vorteilen der liberalen Marktwirtschaft überzeugt, besonders wenn diese mit dem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen verbunden sind [...]“<sup>141</sup> In demselben Text beschreibt Bayer ausführlich die Folgen der Transformationskrise, die seiner Meinung nach die Bürger sehr hart getroffen hatte, die ich an dieser Stelle kurz zusammenfassen werde. Aufgrund der hohen Verschuldung in einigen Ländern und der schnell durchzuführenden Modernisierung der Wirtschaftsstruktur kam es zu einer steigenden Arbeitslosigkeit, tiefen Einschnitten in das Einkommen der Angestellten in Kombination mit einer steigenden Inflation. All diese Entwicklungen führten außerdem zu einer starken Polarisierung und Verarmung in der Gesellschaft und in der Folge zu einer Zunahme populistischer Demagogie. Durch die Verschuldungskrise und Privatisierungen, die mit westlichem Geld erfolgten, wurden in der Gesellschaft das fremde, internationale Kapital und die eigentlich helfenden Institutionen wie IWF und Weltbank als Sündenböcke für die Misere missbraucht. „Die tiefe Sozialkrise hat Irritationen und Intoleranz besonders Minderheiten gegenüber, auf die alle Schuld abgewälzt werden konnte, geweckt.“<sup>142</sup>

In Bezug auf die Wählergruppe und Unterstützer dieser rechtsextremen Parteien in Osteuropa halten Mayer und Odehnal fest, dass es sich um jene Menschen handelt, die das Vertrauen in das neue, nach der kommunistischen Wende entstandene System verloren haben und die für die zur Zeit des Kommunismus so hart erkämpften Menschenrechte und Freiheiten schon selbstverständlich sind, aber der Staat und der freie Markt ihnen keinerlei Unterstützung gewährleisten bzw. sie keinen Vorteil aus der neuen Situation gewinnen konnten.<sup>143</sup> Ein anderer und nicht minder bedeutender Grund für diese Frustration in Teilen der Bevölkerung ist die in vielen Fällen auch auftretende Korruption und Vetternwirtschaft in der Gesellschaft der neuen Mitgliedsländer Osteuropas.

---

<sup>140</sup> Vgl. Bayer, Jozsef. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. S. 269.

<sup>141</sup> Bayer, Jozsef.

<sup>142</sup> Bayer, Jozsef. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. S. 269.

<sup>143</sup> Vgl. Mayer, Odehnal. S.13.



„Sie halten sich für (zu Unrecht) für Verlierer, denen alles genommen wird, während anderen – den Roma, den Juden – immer alles gegeben wird.“<sup>144</sup>

Ganz anders sieht es jedoch bei der Führungsriege dieser Parteien und Bewegungen aus. Diese Rechtsextremen aus Osteuropa stammen nicht unbedingt aus der Unterschicht, sondern sie sind Angehörige der Mittelschicht, Studenten, Facharbeiter, die entweder bereits Jobs haben oder noch in Ausbildung sind und es sich bei ihnen um keine Opfer der Wirtschaftskrise handelt.<sup>145</sup>

### **2.3.5. Conclusio: Merkmale und Kennzeichen der rechtspopulistischen Parteien**

Abschließend werden die wichtigsten Merkmale von den rechtspopulistischen Parteien, die oben bereits erwähnt wurden, im Überblick zusammengefasst:

1. Direkter Bezug auf das einfache, einheimische „Volk“ mit der Verwendung von Attributen, wie fleißig, anständig, integer, rechtschaffen.
2. Kritik am Establishment in der Form des politischen Systems sowie in der Form der Arbeit und Performance der Regierung sowie die Ablehnung und Abgrenzung zu den von einer Regierung beschlossenen Programmen und Gesetzen.
3. Führerprinzip,  
was bedeutet, dass in einer rechtspopulistischen Partei die oft verstärkte Fokussierung auf den Parteiboss stattfindet, der in vielen Fällen noch dazu sehr charismatisch und eloquent ist und unter anderem auf diese Weise die Aufmerksamkeit auf sich ziehen kann. Durch die Konzentration bzw. Hervorhebung des Parteibosses können auch diverse Mängel bzw. unrealistisch und unmoralische Forderungen in den Parteiprogrammen kaschiert oder ausgeglichen werden. Problematisch in Bezug der Hervorhebung des Parteiführers ist der in manchen Fällen entstandene Mangel an innerparteilicher Demokratie, was sich am Beispiel der FPÖ unter Jörg Haider sehr gut belegen lassen konnte.

---

<sup>144</sup> Mayer. Odehnal. S.13.

<sup>145</sup> Vgl. Mayer. Odehnal. S.13.

4. Die Einführung bzw. die Verstärkung der Verwendung von Instrumenten der direkten Demokratie, wie Volksbefragung und Volksabstimmung sowie die Unterstützung von Volksbegehren und ihrer Ergebnisse.
5. Emotionalisierung eines Themas bzw. Problems sowie eine gezielte Provokation und Tabubruch in einem politischen Diskurs.

Als Beispiel lässt sich u. a. die Verbreitung der Furcht in der Gesellschaft vor dem Verlust des Arbeitsplatzes für die einheimische Bevölkerung an Immigranten und Billiglohnarbeitern aus den östlichen Nachbarländern anführen. Was die Provokation und den Tabubruch betrifft, können rechtspopulistische Parteien besonders jene Themen und Probleme ansprechen, die sich die schweigende Mehrheit der Bevölkerung denkt, aber nicht auszusprechen wagt, und die von den Regierungs- und moderateren Parteien aus Gründen der „political correctness“ lieber ignoriert werden. Stichwort: „Der traut sich was.“

6. Das Verwenden von Feindbildern in der Rhetorik sowie im politischen Programm. Diese Feindbilder sind:
  - Europäische Union
  - die amtierende Regierung bzw. ihre Mitglieder
  - Immigranten
  - Muslime
  - Langzeitarbeitslose, „Sozialschmarotzer“
  - Globalisierung

In diesem Kontext soll erwähnt werden, dass sich die Fremdenfeindlichkeit der Rechtspopulisten nicht nur auf eine angeblich drohende Überfremdung der Gesellschaft bezieht, sondern auch von dem in einem bestimmten Teil der Gesellschaft existenten Wohlstandschauvinismus Gebrauch macht, in dem die Forderung von finanzieller und sozialer Hilfe nur für die einheimische Bevölkerung und mit gleichzeitigem Ausschluss von Migranten geäußert wird. Mit der für rechtspopulistische Parteien typischen Verknüpfung des Migrationsproblems mit der hohen Kriminalitätsrate in einem bestimmten Land, profilieren sich diese Parteien als klassische „*Law and Order*“ Parteien“ mit dem Wunsch nach

möglichst hohen Strafen für Kriminelle, einer schnellen Abschiebung von kriminellen Asylwerbern sowie der Forderung nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen auch innerhalb des Schengenraumes.

Wichtig ist zu erwähnen, dass nicht alle der genannten Feindbilder für jede rechtspopulistische Partei gelten, da sie von Land zu Land hinsichtlich ihrer Schwerpunkte, Geschichte und Traditionen variieren können.

Gemeinsam haben jedoch alle Parteien die Verstärkung des Nationalismus und die dadurch gleichzeitig abgeleitete Fremdenfeindlichkeit, die aber nicht zwingend alle „Fremden“ betrifft, worauf im Rahmen der Ergebnisanalyse noch genauer eingegangen wird.

In diesem Abschnitt wurden die wichtigsten Merkmale von rechtspopulistischen Parteien zusammengefasst. Da in der für die vorliegende Arbeit recherchierten Literatur die Begriffe *Rechtsextremismus* und *Rechtsradikalismus* des Öfteren erwähnt werden und einige der hier behandelten Parteien von den Medien diese Bezeichnungen bzw. Klassifizierungen erhalten, ist es meiner Ansicht nach wichtig, eine Abgrenzung der Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus von dem Begriff des Rechtspopulismus vorzunehmen. Aus diesem Grund werden im nächsten Abschnitt die wichtigsten Merkmale sowohl von Rechtsextremismus als auch von Rechtsradikalismus aufgelistet.

#### **2.4. Kennzeichen und Merkmale des Rechtsextremismus**

Bei der Auflistung und Beschreibung der Merkmale, die für den Rechtsextremismus zutreffen, wird zunächst auf die Definition von Hans – Gerd Jaschke eingegangen, der in seinem Buch „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ den Rechtsextremismus als eine „Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, [definiert], die von einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsangebot der Menschenrechts – Deklarationen ablehnen.“<sup>146</sup>

---

<sup>146</sup> Jaschke, Hans – Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 30.

Außerdem lassen sich weiter folgende Merkmale des Rechtsextremismus auflisten:

- übersteigender Nationalismus
- Fremdenfeindlichkeit
- Antisemitismus
- autoritär – konservatives Familien – und Gesellschaftsbild
- Ablehnung der Demokratie.

Rechtsextremisten streben eine völkisch, ethnisch homogene Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat an und bekämpfen entschieden den Multikulturalismus bzw. lehnen diesen ab.

In einem weiteren Buch, „Politischer Extremismus“, erläutert Hans – Gerd Jaschke die Grundprinzipien des Rechtsextremismus genauer.<sup>147</sup>

So schreibt er in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, dass sie sich „aus der Tradition des organisch – biologischen Denkens heraus entwickeln, die Gesellschaft als Volkskörper betrachten, aus dem das Kranke auszumerzen ist.“<sup>148</sup> Verstärkt wird die fremdenfeindliche, rassistische Stimmung in der Bevölkerung außerdem durch die Neigung bzw. *Verherrlichung von Gewalt* in der rechtsextremen Programmatik.

Die Demokratie – und Parlamentarismuskritik wird durch ein organisches Verständnis von Demokratie mit einer Verstärkung des *Führerprinzips*, in dem sich nur *der Stärkere* durchsetzt, auf diese Weise an Autorität gewinnt und so eine Einheit mit dem Volk bildet, begründet.

Ein weiteres, ebenfalls essentielles Grundprinzip des Rechtsextremismus ist der *Geschichtsrevisionismus* in Bezug auf das Dritte Reich verknüpft mit einer Abwertung der Schuld der deutschen Soldaten an Kriegsverbrechen, der Betonung von positiven Seiten des

---

<sup>147</sup> Vgl. Jaschke, Hans – Gerd (2007). Politischer Extremismus. Bundeszentrale für politische Bildung. S. 75.

<sup>148</sup> Ebd.

Nationalsozialismus bis hin zur Leugnung der Existenz von Gaskammern und Konzentrationslagern.

In seinem Buch „Der rechte Rand“ listet Heribert Schiedel u. a. folgende Merkmale des Rechtsextremismus auf:

- Antiegalitarismus und Biologismus<sup>149</sup>

Die rechtsextreme Ideologie lehnt das Prinzip der natürlichen Gleichheit aller Völker entschieden ab und geht von einer sozialen Ungleichheit bis hin zur Überzeugung des Sozialdarwinismus aus.

- Antiliberalismus und Antipluralismus sowie Autoritarismus

Der Rechtsextremismus bezieht eine radikale Frontstellung gegen die Demokratie sowie gegen den „raffenden (internationalen, globalisierten, „jüdischen“) Kapitalismus und den „internationalen“ („jüdischen“) Sozialismus.<sup>150</sup> Anstatt der Demokratie steht eine homogene Volksgemeinschaft mit einem starken Führer in einem starken Staat, in dem „Zucht und Ordnung“ herrscht, im Zentrum.

- Antisemitismus

Der von Rechtsextremen vertretene Antisemitismus reicht von einer eindeutigen Abwertung von Menschen mosaischen Glaubens bzw. einer Negierung ihrer Emanzipation, Ablehnung des jüdischen Staates Israel bis hin zur Verherrlichung oder Leugnung des Holocausts.

- Völkischer Nationalismus und Rassismus
- Kultureller Antiamerikanismus und Antiimperialismus

---

<sup>149</sup> Vgl. Schiedel, Heribert (2007). Der rechte Rand: Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Steinbauer Verlag. S. 24.

<sup>150</sup> Ebd.

- Gewaltakzeptanz / -bereitschaft

Der Rechtsextremismus ist sowohl durch seine Rhetorik als auch aufgrund seines Auftretens in der Öffentlichkeit (z.B.: Skinheads; militante rechtsextreme Garde) gekennzeichnet, genauso wie durch eine Verherrlichung und Akzeptanz von Gewalt sowohl gegen ethnische Minderheiten als auch gegen sozial schwache Bürger und Randgruppen (z.B.: Arbeitslose, Homosexuelle).

Zu den bereits erwähnten Merkmalen des Rechtsextremismus erwähnt Jozsef Bayer in seinem Text „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa“ zusätzlich den *Antikommunismus*, der aufgrund der schmerzvollen Erfahrung während der Herrschaft und der damit verbundenen Unterdrückung der Völker im kommunistischen Ostblock ebenfalls ein wesentliches Element des Rechtsextremismus darstellt.<sup>151</sup> All die anderen Merkmale, die bereits in Berufung auf Heribert Schiedel erläutert worden sind, kommen in rechtsextremen Parteien in Osteuropa vor.

#### **2.4.1. Rechtspopulismus in Abgrenzung zum Rechtsextremismus**

Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind sowohl inhaltlich als auch personell fließend, da sich die in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Merkmale des Rechtsextremismus in weiten Teilen des rechtspopulistischen Lagers finden.<sup>152</sup> Dennoch lassen sich einige wichtige Unterscheidungsmerkmale zwischen den beiden Ideologien feststellen. So ist die Ideologie des Rechtspopulismus flexibler, weniger geschlossen und anpassungsfähiger als die des Rechtsextremismus.

An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass der Rechtspopulismus *die Prinzipien einer liberalen Demokratie nicht zur Gänze ablehnt* und, im Gegensatz zum Rechtsextremismus, *keine radikale Veränderung der Gesellschaft und des politischen Systems* durch die Abschaffung des Parlamentarismus und Etablierung eines autoritären Führerstaates, wie vom Rechtsextremismus postuliert wird, anstrebt. Dennoch soll erwähnt werden, dass in einer bestimmten Partei nur rechtspopulistische Kennzeichen, in anderen rechtspopulistischen Parteien jedoch sowohl rechtspopulistische als auch rechtsextreme Merkmale aufgrund der unterschiedlichen Ansichten von Parteifunktionären gemeinsam auftreten können.

---

<sup>151</sup> Vgl. Bayer, Jozsef. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa.

<sup>152</sup> Vgl. Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S. 5.

Aus diesem Grund muss, laut Werner Bauer, das Verhältnis von Rechtspopulismus zu Rechtsextremismus von Fall zu Fall untersucht werden.

„Einige rechtspopulistischen Bewegungen besitzen keinerlei historische oder ideologische Verbindungen zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit; sie sind deklarierte Anhänger eines Minimalstaates, offen fremdenfeindlich, lehnen aber Rassismus und Antisemitismus ebenso ab wie eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen.“<sup>153</sup>

Was den Rechtspopulismus zusätzlich vom Rechtsextremismus unterscheidet, ist seine *Ablehnung von physischer Gewalt* gegen die „Feindbilder“ zur Erreichung der Ziele bzw. als Teil seines Programmes. Gewalt beschränkt sich auf die Rhetorik von rechtspopulistischen Politikern im Zuge der Formulierung von Ideen oder Äußerung ihres Unmuts über die Arbeit der amtierenden Parteien sowie verbale Angriffe gegen politische Gegner. In anderen Worten ausgedrückt, besteht beim Rechtspopulismus weder eine Verherrlichung noch ein direkter Aufruf zur physischen Gewalt. Außerdem soll angemerkt werden, dass, wie beim Rechtspopulismus, natürlich nicht zwingend alle Merkmale zusammen auf eine Partei zutreffen müssen. So kann, zum Beispiel, eine rechtsextreme Partei unverhohlen Rassismus und Neigung zur Gewalt äußern, sich aber auch gleichzeitig von den Verbrechen des Nationalsozialismus distanzieren sowie keine Elemente von Antiamerikanismus in ihrem Parteiprogramm beinhalten.

Zusammenfassend werden im folgenden Abschnitt die *wichtigsten Merkmale des Rechtsradikalismus* aufgelistet.

## **2.5. Die wichtigsten Merkmale des Rechtsradikalismus**

In ihrem Text „Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich“ schreiben Markus Klein und Kai Arzheimer, dass das wichtigste Merkmal von rechtsradikalen Parteien eine Mischung aus neoliberalen und autoritären Forderungen in ihrem Programm darstellt.<sup>154</sup> Rechtsradikale Politiker setzen sich vehement für eine *Reduktion von hohen Steuern* und eine *Verminderung des ausufernden und zu großzügigen Wohlfahrtsstaates* sowie gegen eine Intervention des Staates in den Wirtschaftsprozess ein.

---

<sup>153</sup> Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. S. 5.

<sup>154</sup> Vgl. Klein, Markus. Arzheimer, Kai. Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Österreich. S.11.

Außerdem befürworten sie eine radikale Reform der ihnen zu aufgebläht erscheinenden Bürokratie und setzen stattdessen mehr auf *Eigeninitiative, freies Unternehmertum, einen freien Markt* und in diesem Zusammenhang ebenso vehement auf eine *Privatisierung von staatlichen Betrieben*. Was das Wirtschaftsprogramm betrifft, weisen rechtsradikale Parteien eine deutliche Ähnlichkeit mit den klassisch liberalen Parteien auf. Anders sieht es jedoch bezüglich der gesellschaftspolitischen Forderungen und Schwerpunkte aus. In dieser Beziehung fallen rechtsradikale Parteien mit *ethnozentrischen, ausländergefeindlichen und autoritären Aussagen und Forderungen* auf. „Sie wenden sich gegen den Zuzug von Ausländern und treten für eine Einschränkung, wenn nicht gar Abschaffung des Asylrechts ein.“<sup>155</sup>

Was das Verhältnis des Rechtsradikalismus zur Demokratie betrifft, vertreten Timm Beichelt und Michael Minkenberg die Meinung, dass der Rechtsradikalismus nicht grundsätzlich Stellung gegen die liberale und pluralistische Demokratie bezieht.<sup>156</sup> Außerdem führen sie an, dass der Rechtsradikalismus die demokratische Verfassung zwar akzeptiert, auch wenn diese mehr in Bezug auf Ethnokratie neu bzw. uminterpretiert wird.<sup>157</sup> Auch Gabriele Nandlinger führt in ihrem Text für die Bundeszentrale für politische Bildung an, dass die Ideologie des Rechtsradikalismus nicht zwangsläufig die Prinzipien des freiheitlich – demokratischen Rechtsstaates verletzen und dass die rechtsradikale Ansicht auf jene Personen bezogen wird, die eindeutig rechts der Mitte des politischen Spektrums stehen, sich dabei allerdings im Rahmen der Verfassung bewegen.<sup>158</sup> Dennoch ist der Übergang des Rechtsradikalismus zum Rechtsextremismus fließend und die Begriffe „rechtsextrem“ und „rechtsradikal“ werden in der politischen Auseinandersetzung sowie Berichterstattung in den meisten Fällen synonym verwendet.

Was das Verhältnis des Rechtsradikalismus zur Gewalt betrifft, schreibt Jozsef Bayer, dass dieser „sich vom Rechtsextremismus alten Stils mit seiner Neigung zu Gewalt und Demokratiefeindlichkeit distanzieren will.“<sup>159</sup> Dennoch lehnt der Rechtsradikalismus ebenso wie der Rechtsextremismus die soziale Gleichheit sowie die Gleichwertigkeit von Menschen

---

<sup>155</sup> Klein, Markus. Arzheimer, Kai. Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Österreich. S.11.

<sup>156</sup> Vgl. Beichelt, Timm. Minkenberg, Michael. Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften – Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell. Europa – Universität Viadrina Frankfurt / Oder. S.3.

<sup>157</sup> Vgl. Ebda. S. 11.

<sup>158</sup> Vgl. Nandlinger, Gabriele. Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus ? Bundeszentrale für politische Bildung.

<sup>159</sup> Bayer, Jozsef (2002). Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. ÖZP, 31. S. 266.



ab, was oft durch xenophobe Äußerungen und Vorurteilen durch rechtsradikale Politiker zum Vorschein kommt.

Betrachtet man die wesentlichen Merkmale des Rechtsradikalismus, so lässt sich erkennen, dass diese Ideologie jener des Rechtspopulismus näher ist als die des Rechtsextremismus. Sowohl der Rechtspopulismus als auch der Rechtsradikalismus bewegen sich innerhalb des demokratischen Verfassungsrahmens bzw. lehnen beide Ideologien die Demokratie nicht zur Gänze ab und distanzieren sich entschieden von der Anwendung physischer Gewalt gegen ihre Feindbilder bzw. politischen Gegner. Was jedoch das Wirtschaftsprogramm aller bereits in dieser Arbeit genannten Strömungen betrifft, lassen sich Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten pauschal schwer bestimmen, da es rechtspopulistische Parteien gibt, die den für den Rechtsextremismus essentiellen Sozialprotektionismus mit der gleichzeitigen Ablehnung der Globalisierung ebenso vertreten wie andere Rechtspopulisten, die den Wirtschafts- und Neoliberalismus stärker in den Mittelpunkt ihres wirtschaftspolitischen Programms stellen und sich in erster Linie als Anwälte bzw. Interessenvertreter der bürgerlichen Gesellschaftsschicht, selbstständigen Unternehmern und Freiberuflern generell betrachten.

Gemeinsam haben alle drei Strömungen den Nationalismus und die damit verbundene Fremdenfeindlichkeit in Kombination mit einer Ablehnung der Zuwanderung, wobei die Feindbilder von Land zu Land variieren können.

### **3. Zur Analyse der rechtspopulistischen Parteien FPÖ, VB und PVV**

In diesem Abschnitt werden die bereits in der Einleitung erwähnten Parteien FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), VB (Vlaams Belang) und die PVV (Partij voor de Vrijheid) beschreiben. Da dieses Thema an sich sehr umfangreich ist, wird hier bei jeder Partei der Fokus auf eine Darstellung der Geschichte sowie der Entwicklung der jeweiligen Partei gelegt und auf die für dieses Thema wichtigen Bereiche, wie Fremden – und Islamfeindlichkeit im Parteiprogramm der jeweiligen Partei Bezug genommen. Da Parteiprogramme, wie ebenfalls in der Einleitung bekannt gegeben wurde, in vielen Fällen keine ausreichenden Informationen hinsichtlich ihrer Positionierung bei den Themen Zuwanderung, Fremden – und Islamfeindlichkeit ausdrücken, wird insbesondere von den im Rahmen von Interviews mit Zeitungen und politischen Wochenmagazinen und bei Parteiveranstaltungen geäußerten Meinungen Gebrauch gemacht, da, wie festgestellt worden ist, viele diese Themen betreffenden Aussagen freier und unverhohlener getätigt werden.

Zunächst wird die FPÖ beschrieben.

#### **3.1. Die FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs: Historischer Rückblick und Entwicklung**

Wie Benedikt Narodoslwasky in seinem Buch „Blausprech: Wie die FPÖ ihre Wähler fängt“ schreibt, war der 26. März 1949 die Gründung des VdU (Verband der Unabhängigen) als Vorgängerpartei die Geburtsstunde der FPÖ.<sup>160</sup> Eines der Hauptziele dieses Verbands war die Wiedereingliederung von ehemaligen Nationalsozialisten in die Gesellschaft voranzutreiben. Am 7. April 1956, sechs Jahre nach seiner Gründung, wurde der VdU mit der „Freiheitspartei“(FP) fusioniert und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit einer strammen deutschnationalen Ideologie gegründet. Mit Anton Reinthaller als neuem Parteiobmann wurde die FPÖ von einem ehemaligen Nationalsozialisten angeführt. Nach seinem Tod im Jahre 1958 übernahm der ehemalige Offizier der Waffen – SS und ehemaliges Mitglied der NSDAP, Friedrich Peter, die Parteiführung und versuchte Mitte der 1960er Jahre, durch eine langsame Liberalisierung die Partei zu öffnen und unterstützte erstmals im Jahre 1970 eine Minderheitsregierung der SPÖ unter der Führung von Bruno Kreisky.

Nach Friedrich Peters Rücktritt als Parteiohmann der FPÖ, der im Zuge der Diskussion über seine Nazi – Vergangenheit insbesondere durch Simon Wiesenthal erfolgte, und einem kurzen Intermezzo mit dem Grazer Bürgermeister Alexander Götz als Parteiohmann, wurde am Linzer Parteitag 1980 der Rechtsanwalt Norbert Steger mit 247 gegenüber 199 Stimmen zum neuen Parteichef der FPÖ gewählt.<sup>161</sup> Die Wahl des liberalen Stegers stärkte erstmals den liberalen Flügel zugunsten des nationalen innerhalb der FPÖ, auch wenn, wie sich später zeigen sollte, Konflikte zwischen diesen beiden Gruppierungen sich im Laufe der Zeit verstärkten.

Schwerpunkte des Parteiprogramms unter der neuen FPÖ – Führung waren die Themenbereiche Ökologie und Marktwirtschaft sowie die Themen Privilegienabbau, Korruptionsbekämpfung, soziale Sicherheit und der Abbau der Parteibuchwirtschaft.<sup>162</sup> Nach dem eher enttäuschenden Ergebnis bei der Nationalratswahl am 24. April 1983, die der FPÖ nur 4, 98 % der abgegebenen Wählerstimmen einbrachte, ging die FPÖ nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ eine Koalition mit der SPÖ unter Fred Sinowatz als neuem Bundeskanzler ein und erhielt drei Ministerposten und drei Staatssekretäre, wobei der FPÖ Obmann Norbert Steger Vizekanzler und Handelsminister wurde.<sup>163</sup>

Die Regierungsarbeit der FPÖ verlief mehr schlecht als recht und die Umfrageergebnisse sahen die Partei nach Nationalratswahlen nicht mehr im Parlament vertreten, was in dieser Zeit immer mehr den Konflikt zwischen dem liberalen und nationalen Flügel der Partei verstärkte.<sup>164</sup> Als Anhänger und „Anführer“ des stramm rechten Flügels begann Jörg Haider mit seiner Kritik an der Arbeit Norbert Stegers mehr und mehr eine Oppositionspolitik gegen die eigene Regierungspartei zu betreiben, die die innerparteiliche Krise verschlimmerte und das Image Norbert Stegers verschlechterte. Hier soll erwähnt werden, dass Jörg Haider den Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit nach Kärnten verlagerte und das südliche Bundesland zu seiner Bastion gegen die Politik der Bundesregierung in Wien einerseits und seine politische Hochburg andererseits werden sollte.

---

<sup>160</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech: Wie die FPÖ ihre Wähler fängt. Leykam. S. 10.

<sup>161</sup> Vgl. Piringer, Kurt (1982). Die Geschichte der Freiheitlichen. Orac. S. 306. In: Kräh, Gerd (1996). Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Europäischer Verlag der Wissenschaften. S. 90.

<sup>162</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter (2007). National und Liberal: Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich. Genius Verlag. S. 167.

<sup>163</sup> Vgl. Ebd. 175 ff.

<sup>164</sup> Vgl. Ebd. S. 198 ff.

Der Innsbrucker Parteitag am 13. und 14. September 1986 sollte einer der wichtigsten und markantesten Abschnitte in der Geschichte der FPÖ gewesen sein.<sup>165</sup> Mit der Unterstützung des rechten nationalen Flügels der Partei gelang es Jörg Haider, den amtierenden Parteiobmann und Vizekanzler Norbert Steger in einer Kampfabstimmung zu stürzen und die Parteiführung an sich zu reißen. Die Reaktion des Koalitionspartners SPÖ ließ nicht lange auf sich warten. Der als Nachfolger von Fred Sinowatz amtierende Bundeskanzler Franz Vranitzky kündigte sofort die Koalition mit der neuen FPÖ auf und von diesem Zeitpunkt an verweilte die FPÖ 13 Jahre lang in der Opposition. Die neue Parteiführung der FPÖ unter Jörg Haider markierte einen eindeutigen Rechtsruck in der Parteilinie, die nicht nur die Partei selbst sondern das gesamte politische Klima und die Arbeit der darauffolgenden Regierungen in Österreich beträchtlich beeinflussen sollten.

Was die parteipolitische und ideologische Änderung der FPÖ betrifft, so wurde der unter der Parteiführung Norbert Stegers entmachtete bzw. in die Parteibasis nationale Flügel der Burschenschafter wieder in der Partei tonangebend und die Wandlung der FPÖ von einer liberalen bürgerlichen Honoratiorenpartei zu einer rechtspopulistischen Partei vollzogen.<sup>166</sup> Deutlich in der Rhetorik verschärft wurde das Ausländerthema durch die FPÖ, was natürlich auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks, der darauffolgenden Öffnung des Eisernen Vorhangs und dem Flüchtlingsstrom aus dem ehemaligen Jugoslawien zu verstehen ist. Ideologisch gesehen wurde von Jörg Haider der Deutschnationalismus mit dem Bekenntnis der Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft und der damit einhergehenden Ablehnung Österreichs als eigenständige Nation in der Parteirhetorik verstärkt. Haiders Bezeichnung von Österreich als „ideologische Missgeburt“ sollte als eine von vielen Aussagen den Beweis für diese Ideologie erbringen. Aber auch der Geschichtsrevisionismus bzw. positive Beurteilung des Nationalsozialismus mit Haiders Lob für die „anständige Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“, die ihn das Amt des Landeshauptmannes kostete, wurden zu einem Bestandteil der FPÖ. Eine weitere Änderung war die autoritäre Parteiführung von Jörg Haider, der im Laufe der Zeit eine lange Liste von Parteikollegen und ehemaligen Förderern zum Opfer fielen und die Umbesetzung der wichtigen Posten in der Partei durch die „Buberlpartie“<sup>167</sup>, zu der Personen, wie Walter Meischberger, Gernot Rumpold oder Peter Westenthaler gehörten.

---

<sup>165</sup> Vgl. Kräh, Gerhard (1996). Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Europäischer Verlag der Wissenschaften. S. 122ff.

<sup>166</sup> Vgl. Kräh, Gerhard (1996). Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Europäischer Verlag der Wissenschaften. S. 177 ff.

<sup>167</sup> Vgl. [www.diepresse.com](http://www.diepresse.com); Titel. BZÖ: Haiders „Buberl – Partie“.

Als prominentes Opfer lässt sich der Rechtsanwalt und ehemalige FPÖ - Generalsekretär Norbert Gugerbauer nennen, der das Mastermind hinter dem Sturz Norbert Stegers und Mentor von Jörg Haider war und grundlos seine Position als Klubobmann im Jahre 1992 zugunsten Jörg Haiders zurücklegen musste.<sup>168</sup>

Eine weitere Änderung des Parteiprofils der FPÖ betraf die Wählerschicht, die sich noch unter der Ära von Norbert Steger zum Großteil aus einer „elitären Wählergruppe“ zusammengesetzt hatte und nun mehr in erster Linie die Arbeiterschicht und die sogenannten Modernisierungsverlierer („der kleine Mann“) ansprach.<sup>169</sup>

Einen weiteren Schwerpunkt bildete neben dem Ausländerthema die radikale Agitation gegen die durch die Große Koalition entstandene Proporz – und Privilegienpolitik und mit den damit verbundenen Postenschachern innerhalb der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, wodurch sich der eloquente und charismatische Jörg Haider immer mehr zum Alptraum der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP entwickelte.<sup>170</sup> Was die Fokussierung auf das Feindbild Ausländer betrifft, bezeichnete Jörg Haider diese als „Bedrohung“ mit der damit einhergehenden Warnung, dass die Ausländer den einheimischen Bürgern den Arbeitsplatz wegnehmen und ohnehin nur in den Sozialstaat einwandern würden und sich nicht integrieren wollten.<sup>171</sup> Einer der Höhepunkte der ausländerfeindlichen Politik war das von der FPÖ initiierte Volksbegehren „Österreich zuerst“, welches von 416. 513 Bürgern unterstützt wurde und zu einem Austritt von einigen Parteifunktionären aus der FPÖ und zur Gründung des Liberalen Forums (LIF) unter Heide Schmidt führte.

Mit insgesamt fünf Abgeordneten erhielt das Liberale Forum im Nationalrat Klubstatus, obwohl diese Partei zu diesem Zeitpunkt bei keiner einzigen Nationalratswahl kandidiert hatte.<sup>172</sup> Die Hoffnung, dass das LIF „eine liberal-freisinnige Alternative zur national – freiheitlichen FPÖ“<sup>173</sup> darstellen könnte, erfüllte sich nicht. Das Liberale Forum schied bei der Nationalratswahl 1999 aus dem Parlament aus.

---

<sup>168</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter (2007). National und Liberal: Die Geschichte der Dritten Kraft. Genius Verlag. S. 237.

<sup>169</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009). Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGPP. S.56.

<sup>170</sup> Vgl. Kräh, Gerhard (1996). Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Europäischer Verlag der Wissenschaften. S.162 ff.

<sup>171</sup> Vgl. Kräh, Gerhard (1996). Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Europäischer Verlag der Wissenschaften. S.219ff.

<sup>172</sup> Vgl. Steininger, Gerhard (2007): Das Dritte Lager: Aufstieg nach dem Fall? Steinbauer Verlag. S.145.

Die Geschichte der FPÖ unter der Führung von Jörg Haider wurde durch eine Serie von Wahlerfolgen für die FPÖ bestimmt und gekennzeichnet.<sup>174</sup> Bei der ersten Nationalratswahl nach dem Innsbrucker Parteitag am 23. November 1968 erreichte die Haider – FPÖ 9,7 % und somit 230.000 Stimmen mehr als die FPÖ im Jahr 1983. Die Wahlerfolge und Stimmenmaximierung gingen in den nächsten Wahlen stetig voran und erreichten ihren Höhepunkt im Jahr 1999, als es der FPÖ erstmals gelang, mit 26,91 % der Wählerstimmen die ÖVP zu überholen und den zweiten Platz zu erreichen.

Dieses Wahlergebnis und der damit verbundene politische Aufstieg der FPÖ war in der Zweiten Republik beispiellos.<sup>175</sup>

Nach der Meinung des Rechtsextremismusforschers Heribert Schiedel war der Nationalratswahlkampf 1999 von der FPÖ mit Parolen, wie „STOPP der Überfremdung!“ „der tabubrecherischste und rassistischste in der Parteiengeschichte. Auch im Hinblick auf die Wahlen danach.“<sup>176</sup>

Bevor auf die in der in Österreich erstmaligen FPÖ – ÖVP Koalition eingegangen wird, soll noch erwähnt werden, dass eine weitere Änderung hinsichtlich der ideologischen und programmatischen Ausrichtung in der FPÖ einsetzte. Mit seiner Absage an die sogenannte „Deuschtümelei“ im Jahre 1996 und der stattdessen eingeleiteten Fokussierung auf einen „Österreichpatriotismus“ kam es aus taktischen Gründen zu einem Bruch und Entmachtung des deutschnationalen Flügels innerhalb der FPÖ. Dieser Bruch bedeutete keine Liberalisierung der Positionierung gegenüber dem Ausländerthema, sollte aber die Massen anziehen, da sich die Mehrheit der Österreicher seit längerer Zeit als Österreicher und nicht als Deutsche fühlten.<sup>177</sup> Mit dem „Deuschnationalismus“ konnten nur die bürgerlichen und bäuerlichen FPÖ – Stammwähler, nicht jedoch die neugewonnen oder noch zu gewinnenden Wähler aus dem proletarischen und kleinbürgerlichen Milieu an die Partei gebunden werden.<sup>178</sup>

Unter heftigem innenpolitischen und internationalen Protest wurde am 4. Februar 2000 die ÖVP – FPÖ Regierung angelobt, in der die FPÖ zwar nicht den Bundeskanzler (Anm.:

---

<sup>173</sup> Ebd.

<sup>174</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter (2007). National und liberal. S. 209 ff.

<sup>175</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech. Leykam Verlag. S. 21.

<sup>176</sup> Persönliches Interview mit Heribert Schiedel am 20. 5. 2008 in Wien. In: Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech. S. 23.

<sup>177</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech. Leykam Verlag. S. 19.

<sup>178</sup> Vgl. Schiedel, Heribert (2007). Der rechte Rand. Steinbauer Verlag. S. 113.

Regierungschef wurde der ÖVP Kandidat Wolfgang Schüssel), jedoch wichtige Ministerien, wie z.B.: das Finanz – oder Justizministerium anführten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union wurden Sanktionen von dieser Institution gegen Österreich als EU Mitgliedsland verhängt, die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ mussten eine Präambel in ihrem Regierungsprogramm unterzeichnen, in der sie sich zur Demokratie und Menschenrechten bekannten. Nach fast 13 Jahren an der Spitze der Partei gab Jörg Haider den Parteivorsitz der FPÖ an Susanne Riess – Passer ab, mit der Ankündigung, sich nun mehr seinen Aufgaben als Kärntner Landeshauptmann widmen zu wollen.

Dennoch kam es im Zuge der Regierungsperiode zu verstärkten Differenzen zwischen dem moderaten, pragmatischen Regierungsflügel unter Vizekanzlerin Riess – Passer und den Anhängern von Jörg Haider, die den Landeshauptmann gerne wieder als FPÖ Obmann sehen und die Partei selbst wieder in die Opposition zurückführen wollten. Diese Differenzen führten letztendlich zum „Knittelfelder Putsch“ im September 2002, als die Parteibasis gegen die Regierungsfraktion aufbegehrte. Als Reaktion reichten u. a. Susanne Riess – Passer und der Finanzminister Karlheinz Grasser ihren Rücktritt ein und die ÖVP – FPÖ Regierungskoalition wurde aufgelöst.<sup>179</sup>

Die Zeit zwischen Knittelfeld und den darauffolgenden Neuwahlen war geprägt von einem raschen Wechsel der FPÖ Parteispitze. Der als Nachfolger von Riess – Passer zum FPÖ Parteiohmann gewählte Mathias Reichhold trat nach wenigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen zurück und Herbert Haupt wurde neuer Parteiohmann und Spitzenkandidat.<sup>180</sup>

Die vorgezogene Nationalratswahl am 24. November 2002 ging, wie Benedikt Narodoslawsky schreibt, als „der schwärzeste Tag in die blaue Geschichte ein“,<sup>181</sup> da sie mit einem Ergebnis von 10, 01 % und dem dadurch entstandenen Verlust von 17 Prozentpunkten gegenüber dem Topergebnis von 26,09 % im Jahre 1999 eine historische Wahlniederlage erlitt und die ÖVP mit dem amtierenden Bundeskanzler Wolfgang Schüssel 42, 3 % der Wählerstimmen erhielt. Die Gründe für den in der Geschichte der Zweiten Republik beispiellosen hohen Verlust an Wählerstimmen war u. a. in den Ereignissen und den Folgen durch den „Knittelfelder Putsch“ wie auch durch das Fehlen einer beständigen, klaren Führungsstruktur und dem dadurch entstandenen chaotischen Zustand in der FPÖ zurückzuführen.<sup>182</sup>

---

<sup>179</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter(2006): National und Liberal. S.329 ff.

<sup>180</sup> Vgl: Ebd.

<sup>181</sup> Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech. S. 66.

<sup>182</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech. S. 64.

Dennoch wurde die schwarz – blaue Koalition ( ÖVP – FPÖ) mit einer radikal geschrumpften FPÖ als Juniorpartner fortgesetzt. Die Flügelkämpfe innerhalb der FPÖ und die massiven Verluste für die Partei bei Landtagswahlen wollten nicht enden. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Konflikte innerhalb der FPÖ immer mehr zugunsten des noch unter Jörg Haider entmachteten deutschnationalen Flügels gingen. Als Beispiel lässt sich die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 anführen, bei dem es dem nationalen Flügel gelang, den von ihm unterstützten Spitzenkandidaten Andreas Mölzer im Rahmen eines Vorzugstimmenwahlkampfes gegen den von Jörg Haider favorisierten, liberalen und offiziellen FPÖ Kandidaten Hans Kronberger durchzusetzen.<sup>183</sup> Auch die Unterstützung Haiders für einen EU Beitritt der Türkei stieß im nationalen Lager auf heftige Kritik. Die Wahl von Heinz - Christian Strache zum neuen Obmann der Wiener Landespartei am 6. März 2004 war ebenfalls ein Beweis für das Erstarren des rechten Parteiflügels, der sich weiterhin für den Wechsel der FPÖ in die Opposition stark machte.

Nach dem außerordentlichen Parteitag am 3. Juli 2004 erhielt Jörg Haiders Schwester Ursula Haubner von Herbert Haupt nicht nur die Parteiführung der FPÖ, sondern auch das Sozialministerium.<sup>184</sup> Heinz - Christian Strache wurde zu Haubners Stellvertreter gewählt. Die Serie von Wahlniederlagen konnte durch die neue Parteiobfrau dennoch nicht verhindert werden und die Kritik an Jörg Haider und das FPÖ Regierungsteam von Personen aus dem nationalen Kreis um Heinz Christian Strache, Johann Gudenus, Ewald Stadler und Andreas Mölzer ebte nicht ab.

Die sich weiterhin verschärfenden Flügelkämpfe führten am 4. April 2005 letztlich zu einer Parteispaltung, im Zuge derer die Regierungsfraktion und Teile des Parlamentsklubs unter Federführung Jörg Haiders zum BZÖ (Bündnis für die Zukunft Österreichs) übertraten und die regierungskritische und nationale Gruppe um Heinz Christian Strache bei der restlichen FPÖ verblieb. Noch im selben Monat wurde Strache zum neuen Parteiobmann der „neuen“ FPÖ gewählt.<sup>185</sup>

Die Parteispaltung wirkte sich desaströs auf die Strukturen beider Parteien in den Bundesländern aus. Während die Wiener Landesgruppe fast vereint den Übertritt zur Straches FPÖ vollzog und die Kärntner Landesgruppe zum BZÖ wechselte, waren die

---

<sup>183</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter National und Liberal. S.363 ff.

<sup>184</sup> Vgl. Ebd. S. 107.

<sup>185</sup> Vgl. Steininger, Gerhard (2007): Das Dritte Lager. Edition Steinbauer. S. 198.



Landesorganisationen in einigen anderen Bundesländern, wie z.B.: in Oberösterreich bezüglich eines Übertritts zu einer der beiden Parteien unentschlossen.

Im Laufe der Zeit konnte sich die Strache FPÖ trotz Schwierigkeiten am Beginn als politische Partei in Österreich etablieren, wohingegen dem BZÖ es nicht gelang, in den Bundesländern erfolgreich Parteistrukturen zu gründen und die Wählergunst zu erobern. Als Ausnahme sollte nur Kärnten dienen, wo sich das BZÖ dank dem Haider Effekt auf Kosten der Landespartei FPÖ als feste politische Kraft bis zu der Wiedervereinigung mit der Strache FPÖ im Dezember 2009 etablieren konnte.<sup>186</sup>

Im Gegensatz zum Führungschaos in der FPÖ nach dem Knittelfelder Putsch im Jahr 2002 ist die bis jetzt eher kurze Ära von Heinz - Christian Strache geprägt von einer geschlossenen Vereinigung und Unterstützung durch die Parteifunktionäre in ganz Österreich.<sup>187</sup>

Was die neue FPÖ unter Heinz - Christian Strache betrifft, lassen sich folgende Änderungen bzw. Unterschiede feststellen:

Betrachtet man das neue Personal bzw. die neuen / alten Parteifunktionäre, so lässt sich die Präsenz von vielen Personen aus jenem deutschnationalen und sehr rechten Flügel feststellen, die noch von Jörg Haider im Zuge seiner Absage an die „Deutschtümelei“ entweder ausgeschlossen, entmachtet oder in eher unbedeutende Positionen in die Landtage der österreichischen Bundesländer geschickt wurden. Außerdem lässt sich feststellen, dass die eher radikalen Politiker bei der Strache FPÖ verblieben, während der eher moderate Flügel zum BZÖ übertrat.<sup>188</sup>

Wie Benedikt Narodoslawsky auf Berufung des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes schreibt, haben viele Funktionäre Beziehungen zum deutschnationalen Lager und zur rechtsextremen Szene, wie zum Beispiel Mitglieder der als rechtsextrem eingestuften schlagenden Burschenschaft „Olympia“.<sup>189</sup> Dies führte auch zu einer verschärften Positionierung beim Thema Zuwanderung, wobei im Unterschied zur Haider FPÖ Slogans und Reime auf den Wahlplakaten zu sehen sind. So plakatierte die FPÖ beim Wahlkampf für die Nationalratswahl 2006 Slogans, wie „Deutsch statt nix versteh´n“, „Heimat

---

<sup>186</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter: National und Liberal. S. 373 ff.

<sup>187</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010): Blausprech. S. 147.

<sup>188</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010): Blausprech. S. 158.

<sup>189</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010): Blausprech. S. 154 ff.

statt Schüssel und Brüssel“ oder „Sozialstaat statt Zuwanderung“. Aber auch in Bezug bzw. Gegnerschaft zu den in Österreich lebenden Muslimen affizierte die FPÖ den Spruch „Daham statt Islam“ oder „Pummerin statt Muezzin“. Ein weiterer Beweis bzw. Beleg für die Positionierung der FPÖ auch gegen den Islam bzw. radikalen Islam war die Rede von Heinz - Christian Strache im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den Bau einer Moschee im 20. Wiener Bezirk, in der er mit dem Kreuz in seiner rechten Hand gegen eine Islamisierung Österreichs und Europas mobil machte. Auch die Kampagne zur Wahl des EU Parlaments im Juni 2009 war u. a. geprägt von dem Slogan „Abendland in Christenhand“.<sup>190</sup>

Wie Narodoslawsky anmerkt, wandelte die FPÖ mit ihrem Angriff gegen eine religiöse Gruppe ihren Ausländerwahlkampf immer mehr in einen Kulturkampf gegen den Islam um.<sup>191</sup> Mit dem Verweis auf viele in islamischen Ländern ausgeübte Traditionen entwickelte die FPÖ Bedrohungsszenarien, wie die „Islamisierung in Form von Zwangsverheiratung, Kinderheirat, Zwangsbeschneidung, Unterwerfung der Frau und Verlust der Freiheit.“<sup>192</sup>

In Anlehnung an die von Werner Bauer durchgeführte Beschreibung der FPÖ, soll abschließend geschrieben werden, dass die FPÖ die Wandlung einer als bürgerlich eingestuften Partei mittels einer „Proletarisierung“ zu einer Arbeiterpartei vollzogen hat, da sie vor allem bei den Themen EU und Migration in erster Linie Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss anspricht.<sup>193</sup> Gemeinsam hat die FPÖ mit anderen Rechtsparteien ihre Unterstützung und Sympathie aufgrund des Ausländerthemas und ihre Präferenz durch systemverdrossene rechtsaffine Bürger. Im Unterschied zu anderen Rechtsparteien, die in den 1980er Jahren als Protestparteien entstanden sind, ist die FPÖ eine im Parteiensystem Österreichs traditionell verankerte Partei. Laut Werner Bauer ist das als „hyperstabil“ zu bezeichnende österreichische politische System aufgrund der mangelnden Alternative zu einer Großen Koalition bestimmt als ein Grund für den Aufstieg der FPÖ wegen ihrer Rolle als Protestpartei zu betrachten. Aufgrund ihrer kontinuierlichen Kritik an der Proporzdemokratie in Österreich und der „Parallelregierung der Sozialpartnerschaft“ konnte sich die FPÖ populistisch als Außenseiter – und Protestpartei gegen die SPÖ – ÖVP Regierungen vermarkten und somit eine interessante Alternative für systemverdrossene und enttäuschte Wähler bilden.

---

<sup>190</sup> Vgl. Ebd. S.208.

<sup>191</sup> Vgl. Narodoslawsky, Benedikt (2010). Blausprech. S. 130 ff.

<sup>192</sup> Vgl. Ebd.

<sup>193</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009). Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. S. 56. ÖGPP.

Die FPÖ spricht besonders Menschen ohne höhere Bildung und mit einem Arbeiterberuf sowie Personen ohne kirchliche und gewerkschaftliche Bindung an<sup>194</sup> Mit ihrer Kritik an den Institutionen der EU sowie ihrer Ablehnung des Beitritts Österreichs zur EU, der Bekämpfung der Osterweiterung sowie ihrer Kritik an der Währungsunion, konnte sich die FPÖ als glaubwürdige Gegnerin zur EU etablieren.

In Bezug auf die Ideologie und das Meinungsspektrum der FPÖ, schreibt Kurt Richard Luther, dass die Partei in den letzten Jahren ein relativ breites Meinungsspektrum hatte.

„Es reichte von liberalen bis hin zu (nunmehr sogar klerikal-) konservativen bzw. an den Rechtsradikalismus grenzenden Ideen und umfasste unzählige Formen und Mischungen der nationalen und liberalen FPÖ – Traditionen (...)“<sup>195</sup> Widersprüche ortet Luther insbesondere in der Wirtschaftspolitik der FPÖ, die marktorientiert ist und in der Sozialpolitik, die sich den Bedürfnissen und Interessen des „kleinen Mannes“ verstärkt widmet, was vor allem durch die Forderung der FPÖ nach Einführung einer „Flat Tax“ zum Vorschein kommt, da diese in erster Linie Unternehmern, jedoch nicht einfachen Arbeitnehmern zu Gute kommt.

Der folgende Abschnitt soll in Kürze im Rahmen eines Exkurses aus Gründen der Vollständigkeit und als Information für den Leser das politische System von Österreich beschreiben:

### **3.2. Zum politischen System Österreichs**

Bei dem politischen System Österreichs handelt es sich um eine parlamentarische Demokratie mit einem *Staatsoberhaupt* (Bundespräsident), das alle sechs Jahre direkt vom Volk gewählt wird und gemäß der Verfassung bei der Ernennung der Regierung keineswegs die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat berücksichtigen muss, was bei der Ernennung der ÖVP – FPÖ Koalition im Jahre 2000 als einzige Ausnahme in der Geschichte der Zweiten Republik auch der Fall gewesen ist.<sup>196</sup> Obwohl der österreichische Bundespräsident aufgrund der österreichischen Bundesverfassung befugt wäre, die Bundesregierung aufzulösen, hat er von diesem Recht aufgrund des „Rollenverzichts“ nicht Gebrauch gemacht. Mit einem Beschluss von mindestens zwei Drittel der Abgeordneten des

---

<sup>194</sup> Vgl. Ebd. S. 58.

<sup>195</sup> Luther, Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In: Dachs, Hebert. Gerlich, Peter. Gottweis, Herbert. Kramer, Helmut. Lauber, Volkmar. Müller, Wolfgang. Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. MANZ Verlag. S. 381.

Nationalrats kann der Bundespräsident im Rahmen einer Volksabstimmung abgesetzt sowie durch einen Beschluss des Verfassungsgerichtshofes wegen Verletzung der Bundesverfassung seines Amtes enthoben werden.

Der *Nationalrat* bildet die erste Kammer der Legislative Österreichs und setzt sich aus 183 Abgeordneten zusammen, die alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt werden.<sup>197</sup> Der *Bundesrat* bildet die zweite Kammer des Parlaments, deren Abgeordnete nicht direkt gewählt sondern von den Landtagen je nach Mehrheitsverhältnis der Parteien bestimmt und beschickt werden. Was die Legislative betrifft, kann sich der Nationalrat immer gegen Beschlüsse bzw. Vetos des Bundesrats durchsetzen.

Die österreichische *Bundesregierung* setzt sich aus dem Bundeskanzler sowie dem Vizekanzler und den übrigen Ministern und Staatssekretären zusammen.<sup>198</sup> Der Bundeskanzler hat kein Weisungsrecht gegenüber den Ministern, sondern ist für die Festlegung der Politik der Regierung zuständig. Es ist üblich, dass der Bundeskanzler gleichzeitig der Obmann seiner Partei ist.

Im nächsten Abschnitt soll, bevor die politische Entwicklung der FPÖ in der Geschichte der Zweiten Republik in Österreich als Überblick aufgezeigt wird, auf die politische Entwicklung der FPÖ unter der Parteiführung von Heinz - Christian Strache eingegangen werden. Da Strache erst seit 2005 die FPÖ Führung übernommen hat, werden nur die Nationalratswahlen 2006 und 2008 berücksichtigt, da er diese als Spitzenkandidat seiner Partei bestritt. Zunächst soll jedoch die Biographie von Heinz - Christian Strache kurz dargestellt werden, um seine Person näher zu durchleuchten.

### **3.3. Biographie und politischer Werdegang von Heinz Christian Strache**

Heinz – Christian Strache wurde am 12. Juni 1969 in Wien geboren. Nach einer Ausbildung zum Zahntechniker machte er sich Anfang der 1990er Jahre mit der Gründung eines zahntechnischen Unternehmens selbstständig. Politisch aktiv war Strache bereits im 15. Lebensjahr im Rahmen seiner Mitgliedschaft bei der schlagenden Schülerverbindung *Wiener*

---

<sup>196</sup> Vgl. Pelinka, Anton : Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Westeuropas. VS Verlag. S. 609 ff.

<sup>197</sup> Vgl. Ebd. S. 611 ff.

<sup>198</sup> Vgl. Pelinka, Anton: Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Westeuropas. VS Verlag. S. 614 ff.

*pennale Burschenschaft Vandalia*<sup>199</sup> und wurde im Jahre 1991 mit 21 Jahren jüngster Bezirksrat im dritten Wiener Bezirk.<sup>200</sup> Danach folgten die Bezirksobmannschaft für die FPÖ im gleichen Bezirk und der Aufstieg zum stellvertretenden Klubobmann der FPÖ im Wiener Landtag, der sich schließlich zur Übernahme der Wiener Parteiführung von Hilmar Kabas im Jahr 2004 fortsetzte. Der Parteiführung der Wiener FPÖ folgte nach der Abspaltung des BZÖ im April 2005 die Wahl von Heinz – Christian Strache zum Bundesparteiobmann am Parteitag der FPÖ am 23. April 2005<sup>201</sup>. Seit diesem Zeitpunkt trat Strache bei zwei Nationalrats- und zwei Wiener Gemeinderatswahlen als Spitzenkandidat an. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hält Strache die Position des Klubobmanns im österreichischen Nationalrat sowie weiterhin die Führung der FPÖ - Bundespartei inne.

### **3.3.1. Die politische Entwicklung der FPÖ unter Heinz-Christian Strache**

Bei der Nationalratswahl am 6. Oktober 2006 erzielte die FPÖ 11, 04 % der Wählerstimmen, was im Vergleich zum schlechten Wahlergebnis aus dem Jahr 2002 (10,01 %) mit Herbert Haupt als Spitzenkandidat einen Zuwachs von 1,03 % der Stimmen bedeutete. Das BZÖ mit dem Spitzenkandidaten Peter Westenthaler schaffte mit lediglich 4, 11 % sehr knapp den Einzug in den Nationalrat.<sup>202</sup>

Die Nationalratswahl von 2008 stand sowohl für die FPÖ als auch für das BZÖ ganz im Zeichen des Erfolgs des Dritten Lagers, und markierte den Rechtsruck in der politischen Landschaft Österreichs.<sup>203</sup>

Die FPÖ erreichte 17, 5 % und das BZÖ, diesmal mit Jörg Haider als Spitzenkandidaten, konnte mit einem Stimmenanteil von 10, 7 % sein Ergebnis mehr als verdoppeln.<sup>204</sup> Wären beide Parteien vereint angetreten, wären sie stärkste Fraktion im Nationalrat geworden.

Ein weiterer Höhepunkt der Erfolgsgeschichte der FPÖ unter Heinz - Christian Strache war die Wiener Landtagswahl 2010. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass der FPÖ Chef beide Landtagswahlen von 2005 und 2010 ebenfalls als Spitzenkandidat bestritt.

---

<sup>199</sup> Vgl. Horaczek, Nina. Reiterer, Claudia (2009): HC Strache. Ueberreuter Verlag. S. 31ff.

<sup>200</sup> Vgl. <http://wiev1.orf.at/stories/464985> (Anmerkung: Das Zugriffsdatum für diesen Beitrag und alle anderen Beiträge, die im Laufe dieser Arbeit verwendet werden, wird vollständig am Ende der Arbeit im Rahmen der Internetquelle vollständig angegeben).

<sup>201</sup> Vgl. [www.diepresse.com](http://www.diepresse.com) ; Titel: „Heinz Christian Strache im Porträt“ am 1. September 2008

<sup>202</sup> Vgl. <http://www.wien-konkret.at/politik/nationalratswahl2006/>

<sup>203</sup> Vgl. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Austria/wahl08.html>

<sup>204</sup> Vgl. <http://wahl08.bmi.gv.at/>

Bei der allerersten Wahl, die Wiener Landtagswahl am 23. Oktober 2005, für die Heinz - Christian Strache als Spitzenkandidat angetreten war, erreichte die FPÖ 14, 83 %, <sup>205</sup> verbesserte sich jedoch bei der darauffolgenden Wahl am 18. Oktober 2010 mit einem Endergebnis von 25, 77 % um 10, 94 % und konnte die absolute Mehrheit der SPÖ, Partei des amtierenden Bürgermeisters Michael Häupl, brechen. <sup>206</sup>

Im folgenden Abschnitt werden die Entwicklung der FPÖ mit Angabe der Wählerstimmen sowie die Anzahl der Mandate im österreichischen Nationalrat seit den Nationalratswahlen ab dem Jahr 1986 angegeben. Der Grund für die Wahl des Jahres 1986 und nicht die Wahlen davor ist die Tatsache, dass die FPÖ bei den vorangegangenen Nationalratswahlen zwischen 1956 und 1970 einen konstanten Stand an Mandaten zwischen sechs und acht und zwischen 1971 und 1983 eine nur leicht schwankende Anzahl zwischen zehn und elf Abgeordneten zum Nationalrat aufwies und erst die Übernahme der Parteiführung durch Jörg Haider nach dem Innsbrucker Parteitag 1986 den Aufstieg der FPÖ zu einer wichtigen politischen Kraft in Österreich einleitete.

### **3.3.2. Ergebnisse der FPÖ bei den Nationalratswahlen seit 1986 (in Klammer: Mandate)**

1986: 9,7 % (18) <sup>207</sup>

1990: 16,64% (33) <sup>208</sup>

1994: 22,50% (42) <sup>209</sup>

1995: 21,89% (40) <sup>210</sup>

1999: 26,91% (52) <sup>211</sup>

2002: 10,01% (18) <sup>212</sup>

2006: 11,04% (21) <sup>213</sup>

2008: 17,50% (34) <sup>214</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl. <http://www.stadt-wien.at/politik/wahlen-in-oesterreich/landtags-und-gemeinderatswahl.html>

<sup>206</sup> Vgl. <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/GR101.htm>

<sup>207</sup> Vgl. Steininger, Gerhard (2007): Das Dritte Lager. Steinbauer Verlag. S.129.

<sup>208</sup> Vgl. Ebd. S.135.

<sup>209</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter (2006): National und Liberal. Genius Verlag. S.263.

<sup>210</sup> Vgl. Ebd. S.263.

<sup>211</sup> Vgl. Ebd. S.284.

<sup>212</sup> Vgl. Grillmayer, Dieter (2006): National und Liberal. Genius Verlag. S.338.

<sup>213</sup> Vgl. [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/2006/End\\_Gesamt.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx)

<sup>214</sup> Vgl. <http://wahl08.bmi.gv.at/>

Die aktuelle Zusammensetzung des Nationalrats in Wahlergebnisse und Mandaten nach der Wahl am 28. September 2008 sieht folgendermaßen aus:<sup>215</sup>

1. SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs):  
29,3% ; 57
2. ÖVP (Österreichische Volkspartei):  
26,0% ; 51
3. FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs):  
17,5% ; 34
4. BZÖ (Bündnis für die Zukunft Österreichs):  
10,7% ; 21
5. GRÜNE  
10,4% ; 20

In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass sich die Mandatsanzahl der FPÖ im Nationalrat nach der Wiedervereinigung der Kärntner BZÖ Landesgruppe mit der Bundes FPÖ und der dadurch erfolgte Wechsel von drei BZÖ Abgeordneten zum FPÖ Parlamentsklub unter dem Namen FPK (Die Freiheitlichen in Kärnten) sowie der Parteiausschluss von Werner Königshofer aus dem Parlamentsklub veränderte. Somit verfügt die FPÖ 36 Abgeordnete und ist drittstärkste Kraft im Nationalrat.<sup>216</sup>

### **3.4. Analyse – Fokus FPÖ**

Wie bereits erwähnt wurde, soll im Rahmen dieser Diplomarbeit verstärkt auf Aussagen und Statements eingegangen werden, die von den Politikern der rechtspopulistischen Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV im Zuge von Wahlkampfveranstaltungen, Pressekonferenzen und Interviews mit Tageszeitungen sowie politischen Magazinen getätigt wurden. Daher sollen an dieser Stelle die Programme der jeweiligen Parteien nur kurz erwähnt werden. Es wird hier als notwendig erachtet, gerade bei der Fragestellung der vorliegenden Arbeit, ob der Islam das neue Feindbild bzw. der Hauptfeind der rechtspopulistischen Parteien in der Europäische Union darstellt, auch einen Blick auf die in den Parteiprogrammen veröffentlichten Standpunkte zu nehmen, um die hier gestellte Behauptung der bewussten

---

<sup>215</sup> Vgl. Ebd.

<sup>216</sup> Vgl. <http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNr1945/>

Übersteigerung und Übertreibung der Aussagen von rechtspopulistischen Politikern bei öffentlichen Veranstaltungen im Vergleich zu den Standpunkten in den Parteiprogrammen zu bestätigen. Wie bereits erwähnt, soll sich diese nur auf die Frage nach dem Islam als Hauptfeind bzw. neues Feindbild in der Europäischen Union beziehen. Als Grundlage für die Analyse soll neben den Programmen der jeweiligen Parteien auch einige Videobeiträge (Pressekonferenzen, Wahlkampfveranstaltungen und Interviews) mit den Obmännern und anderen Spitzenpolitikern der Rechtsparteien dienen. Bei der FPÖ wurden bewusst auch Aussagen von anderen Parteifunktionären gewählt, da diese Personen aufgrund ihrer Aussagen und Einstellungen in den Medien oft erwähnt wurden und außerdem wichtige Positionen innerhalb ihrer Parteien einnehmen, während sich die anderen erwähnten Parteien Vlaams Belang oder die Partij voor de Vrijheid, nur auf eine Person bzw. den Parteiobmann fokussieren.

### **3.4.1. Das Parteiprogramm der FPÖ**

Wenn man das Parteiprogramm der FPÖ, welches am Bundesparteitag am 18. Juni 2011 in Graz beschlossen wurde, betrachtet, ist im zweiten Kapitel „Heimat, Identität und Umwelt“, lediglich das Bekenntnis der FPÖ „zu einem europäischen Weltbild“ [herauszulesen], „das wir in einem umfassenden Sinn als Kultur – Christentum bezeichnen und das auf der Trennung von Staat und Kirche beruht.“<sup>217</sup>

### **3.4.2. Das Handbuch freiheitlicher Politik**

Deutlicher in ihren Aussagen über den Islam in Österreich wird die FPÖ in dem von einigen Parteifunktionären veröffentlichten Handbuch freiheitlicher Politik. Es wird einerseits auf das Bekenntnis der Partei zu einer säkularisierten Gesellschaft mit der Trennung von Staat und Kirche hingewiesen und die Aufforderung an alle anderen Religionsgemeinschaft geäußert, dieses Faktum zu akzeptieren, andererseits auf die kirchlichen Bauten als Teil der kulturellen und geistigen Identität hingewiesen.<sup>218</sup>

---

<sup>217</sup> <http://www.fpoe.at/dafuer-stehen-wir/partei-programm/> ; Parteiprogramm online

<sup>218</sup> Vgl. Handbuch Freiheitlicher Politik. FPÖ – Bildungsinstitut. S.54. <http://www.fpoe.at/dafuer-stehen-wir/handbuch-f-politik/>



„Unsere Dorfkirchen und unsere Dome in den Städten sind wie das Kreuz – auf der Grundlage der Trennung von Kirche und Staat – Teil unserer gewachsenen kulturellen und geistigen Identität.“<sup>219</sup>

Im Verlauf des Programms wird auf die Existenz von rund einer halben Million Muslime und von mehr als 200 Moscheen in Österreich hingewiesen und in einem weiteren Abschnitt der Religionsunterricht an islamischen Schulen mit dem Verweis auf dort verwendete Schulbücher thematisiert, in denen radikalislamische Inhalte verbreitet werden, die von den „in vielen islamischen Ländern auch heute praktizierten Bestrafungen wie Handabhacken oder Auspeitschungen“ bis zur Verurteilung zur Todesstrafe für den Abfall vom Glauben und dem „Weltherrschaftsanspruch“ des Islams reichen.<sup>220</sup>

Nach dem Hinweis auf die Inhalte dieser Schulbücher spricht die FPÖ ihre Forderung nach einer Kontrolle und Genehmigung durch eine unabhängige Stelle sowie das Abhalten des Religionsunterrichts in deutscher Sprache sowie Unterrichtsverbot für Lehrer mit mangelnden Deutschkenntnissen aus.

Darüber hinaus wird der Islam als „eine Religion“ bezeichnet, „die die Welt als Kriegsschauplatz ansieht – und zwar so lange, bis die gesamte Menschheit islamisch ist.“<sup>221</sup> Untermauert wird diese Aussage mit Zitaten aus dem Koran, in denen zum Kampf gegen Ungläubige bzw. gegen jene, „die nicht an Allah glauben“ und „die sich nicht nach der rechten Religion [dem Islam] richten.“ aufgerufen wird.<sup>222</sup> Des Weiteren wird im Handbuch freiheitlicher Politik darauf hingewiesen, dass der Prophet Mohammed an vielen Stellen im Koran Gewalt gegen Andersgläubige rechtfertigt.

Der nächste Abschnitt verweist auf die Tatsache, dass die Geschichte des Christentums ebenso nicht frei von Gewalt verlaufen sei, jedoch im Laufe der Zeit ganz im Gegensatz zum Islam den Weg der Aufklärung, der die Trennung von Kirche und Staat besiegelte, gegangen sei.

Weiter wird auf Moscheen mit Minaretten als Symbole des islamischen Rechtssystems verwiesen und es wird die Behauptung seitens der FPÖ untermauert, dass es sich bei diesen

---

<sup>219</sup> Ebd.

<sup>220</sup> Vgl. Ebd.

<sup>221</sup> Handbuch Freiheitlicher Politik. S. 56.

<sup>222</sup> Ebd.

Minaretten um „Siegesstatuen“ und „Sinnbild und Zeichen des Sieges des Islams gegenüber Anders- bzw. Ungläubigen“ handle.<sup>223</sup>

Im nächsten Abschnitt des Handbuchs spricht sich die FPÖ gegen den Bau von neuen Moscheen mit Minaretten aus, und begründet ihre Forderung mit dem Verweis auf den Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, der darlegt, „dass Moscheen sowohl für Radikalisierungs- als auch für Rekrutierungsaktivitäten als begünstigende und prozessbeschleunigende Plattformen dienen.“<sup>224</sup>

Abgeschlossen wird dieser Abschnitt, (der sich mit dem Islam in Österreich beschäftigt) dessen Titel „Heimat und Identität“ genannt wird, mit der Verkündung von folgenden fünf konkreten Maßnahmen zum Schutz Österreichs vor einer Islamisierung:

1. „Bauverbot für Moscheen mit Minaretten“
2. „Kopftuch- und Burkaverbot im öffentlichen Raum“
3. „Deutsch als Predigtsprache in islamischen Gebetshäusern“
4. „Bildung einer SOKO Islamismus zur Überwachung der Szene“
5. „Bekenntnis zum Kreuz in Schulen und öffentlichen Gebäuden“<sup>225</sup>

Es soll erwähnt werden, dass sich die im Handbuch freiheitlicher Politik veröffentlichten Maßnahmen und geäußerten Forderungen nicht nur auf das Thema Islam beschränken, sondern auch Migranten und Asylwerber miteinbeziehen. So wird das Kapitel „Heimat und Identität“ mit einer Ablehnung der multikulturellen Parallelgesellschaften sowie die Vermischung von religiösen und philosophischen Weltbildern seitens der FPÖ sowie mit dem Hinweis auf 1,468 Millionen Menschen, die in Österreich leben und einen Migrationshintergrund haben, eingeleitet.<sup>226</sup> Im weiteren Verlauf wird auf die Problematik der Zuwanderung für den Sozialstaat bzw. auf die hohen Sozialausgaben und Kosten, die Zuwanderer für den Staat und Steuerzahler verursachen, hingewiesen. Begründet wird die Belastung für den Sozialstaat in erster Linie mit der niedrigen Qualifikation und niedrigem Bildungsgrad der Zuwanderer sowie mit einem sofortigen Anspruch seitens der Migranten auf finanzielle Unterstützung / Sozialhilfe durch den Staat und folglich auf Kosten der heimischen Steuerzahler.

---

<sup>223</sup> Vgl. Handbuch freiheitlicher Politik. S. 57.

<sup>224</sup> Handbuch freiheitlicher Politik. S.57.

<sup>225</sup> Ebd.

<sup>226</sup> Vgl. Handbuch freiheitlicher Politik. S.35.

„Weniger qualifizierte Arbeitskräfte kommen gerne nach Österreich, weil es großzügige Familien- und Sozialleistungen gibt. Sonderleistungen, wie etwa Familienbeihilfe, sollen nur mehr Staatsbürgern zustehen, da auf diese Weise ein Großteil der integrations- und arbeitsunwilligen Migranten erst gar nicht nach Österreich kommen will. Ein wesentlicher Anreiz würde damit entfallen.“<sup>227</sup>

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Positionen der FPÖ im Hinblick auf die Zuwanderungspolitik, die man durchaus als „fremdenfeindlich“ einstufen kann, auflisten:

1. „vorläufiger Zuwanderungsstopp für Personen aus Drittstaaten“
2. „keine bedingungslose Niederlassungsfreiheit für EU – Bürger“
3. „Ablehnung einer auf dauerhafte Niederlassung orientierten Zuwanderung“ sowie eines „Familiennachzugs.“
4. „keine Familien – und Sozialhilfeleistungen an Drittstaatangehörige“<sup>228</sup>
5. „Gemeindewohnungen nur für Staatsbürger“
6. „Verschärfung der Integrationsvereinbarung durch Beendigung der Aufenthaltsberechtigung bei Nichterfüllung“<sup>229</sup>

### **3.4.3. Gesamtübersicht**

Betrachtet man die in dem Handbuch freiheitlicher Politik veröffentlichten Stellungnahmen und Forderungen in Bezug auf die Einwanderungs- und Asylpolitik in Österreich und der Europäischen Union, so lässt sich die Frage, ob der Islam der neue Hauptfeind von rechtspopulistischen Parteien (hier der FPÖ) ist, den oben erwähnten Aspekten zufolge verneinen. Der Islam kommt lediglich als neues Feindbild zu legalen und illegalen Migranten, Asylwerbern und Wirtschaftsflüchtlingen (bzw. Einwanderer in den Sozialstaat) hinzu. Auffällig ist, dass der Islam beim Namen erwähnt wird und, bis auf wenige Ausnahmen, keine Differenzierung in einen moderaten und radikalen, fundamentalistischen Islam durchgenommen wird. An dieser Stelle ist interessant, dass nur von „dem Islam“ die Rede ist, aber nicht von einem „fundamentalistischen Islam“. Was die in Österreich lebenden Migranten und Asylwerber betrifft, wird in manchen Abschnitten eine verallgemeinerte Verknüpfung dieser Gruppen mit Asylmissbrauch, Kriminalität sowie Einwanderung in den

---

<sup>227</sup> Handbuch freiheitlicher Politik. S.39.

<sup>228</sup> Ebd. S. 40.

<sup>229</sup> Handbuch freiheitlicher Politik, online. S.43.

Sozialstaat durchgeführt, während den in Österreich lebenden Muslimen pauschal eine Integrationsverweigerung (bzw. –unfähigkeit) sowie eine Neigung zum Fundamentalismus und Terrorismus vorgeworfen wird. Offensichtlich ist auch der Widerspruch, der einerseits in dem Bekenntnis der FPÖ zu einer säkularen Gesellschaftsordnung und andererseits zu einem Bekenntnis zum Kreuz in Schulen und öffentlichen Gebäuden deutlich wird.

Nach dem Parteiprogramm und dem Handbuch freiheitlicher Politik soll im nächsten Abschnitt, wie bereits erwähnt, auf Aussagen und Standpunkte von Politikern der FPÖ, die in der Öffentlichkeit geäußert wurden, eingegangen werden. In den meisten Fällen wurden als Quellen Videobeiträge von der Website YouTube sowie von der Homepage der FPÖ und anderen Parteien herangezogen, da diese am besten zugänglich waren, wie sie auch für einen Großteil der Zielgruppe sind.

#### **3.4.4. Auszüge aus Pressekonferenzen und Reden bei politischen Veranstaltungen**

Im Rahmen der Recherche wurde festgestellt, dass sich viele Aussagen, die von dem FPÖ Chef Heinz – Christian Strache und anderen FPÖ Funktionären getätigt wurden, in den vergangenen Jahren wiederholten. Aus diesem Grund ist es wichtig zu erwähnen, dass sich die in den Pressekonferenzen sowie in Interviews und Wahlkämpfen getätigten Kommentare und Standpunkte nicht zwingend auf ein Ereignis beschränken, sondern zu verschiedenen Anlässen wiederholt erwähnt wurden. Da es aus Platzgründen in der vorliegenden Arbeit nicht möglich ist, auf alle Interviews und Ereignisse einzugehen, wurden für die Diplomarbeit jene Ereignisse und Standpunkte ausgewählt, die hier für die Beantwortung der Fragen am bedeutendsten scheinen und das Profil der Partei hinsichtlich des Themas Islam ausreichend reflektieren.

In einer am 11. März 2008 von dem FPÖ Chef Heinz – Christian Strache einberufenen Pressekonferenz, in der die Haltung der Partei zum Islamismus bekundet wurde, machte der Parteichef folgende Kommentare<sup>230</sup>:

„Wir wollen keine Massenzuwanderung von außerhalb Europas nach Europa, weil wir das aufgeklärte christliche Abendland retten wollen. Insgesamt wollen wir keinen Angriff auf religiöses Empfinden von Einzelpersonen vornehmen, sondern

---

<sup>230</sup> Strache, Heinz – Christian: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Haltung zum Islamismus, Strache, FPÖ ; 11. März 2008

eben einen Widerstandsakt gegen jeden Versuch, dieses religiöse Empfinden politisch zu missbrauchen, sicherstellen.“<sup>231</sup>

„[...] und es kann nicht sein, dass Toleranz gegenüber totalitären Gedanken in Form von Herabwürdigung von Frauen, von Kindesmissbrauch, Zwangsbeschneidungen und Zwangsehen auch nur irgendwie mit unserem Werte- und Rechtssystem gerechtfertigt werden [...] Auf unseren Straßen will ich weder Tschador noch Burka begegnen so wenig wie ich Muezzinrufe von haushohen Minaretten in Österreich hören will “[...]“.<sup>232</sup>

„Die Scharia, das Gesetz der Scharia ist notorisch grundgesetzwidrig[...] es geht mir darum, unser aufgeklärtes Rechts- und Wertesystem sicherzustellen.“

Mit Verweis auf angebliche Morddrohungen gegen den FPÖ Obmann sagte Heinz - Christian Strache:

„Ich bin jemand, der die Freiheit und Demokratie verteidigen wird und sich nicht von Drohungen einschüchtern lassen wird.“<sup>233</sup>

In Bezug auf die in Österreich verankerte Religionsfreiheit, die auch für den Islam gilt, erklärte Strache:

„Der Kern der Religionsfreiheit ist, die Ausübung sicherzustellen, und dazu braucht man keine Moschee mit Minarett. Der sakrale Bereich der Religion ist sichergestellt mit Gebetsräumen, dazu braucht man keine Moschee und Minarett.“<sup>234</sup>

Im Rahmen einer Pressekonferenz, die von Heinz - Christian Strache am 4. April 2010 in der Parteizentrale zu dem gleichen Thema „Moschee, Minarett und Parallelgesellschaft“ gehalten wurde, wurde von dem Parteiobmann eine Rede vom jetzigen türkischen Ministerpräsidenten

---

<sup>231</sup> Ebd.

<sup>232</sup> Ebd.

<sup>233</sup> Ebd.

<sup>234</sup> Ebd.

Recep Tayyip Erdogan zitiert, die er während seiner Zeit als Bürgermeister von Istanbul hielt und folgende Standpunkte beinhalteten:<sup>235</sup>

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“<sup>236</sup>

Nicht nur Heinz - Christian Strache, sondern auch einige andere FPÖ Politiker, wie der Europaabgeordnete Andreas Mölzer sowie der Klubobmann der FPÖ im Wiener Landtag, Johann Gudenus, machten von diesem Zitat bei Wahlkampfveranstaltungen Gebrauch.

Außerdem machte Heinz - Christian Strache folgende Bemerkungen:

„Wir müssen feststellen: Ja, es gibt ein veritables Problem mit dem fundamentalen Islamismus, den wir in Europa heute vorfinden. Ja, es gibt auch ein importiertes Problem, wenn es um Frauenrechte, um Menschenrechte geht, in unserer Gesellschaft. Und ja, wir wollen den christlich abendländischen Charakter unseres Europas auch erhalten wissen. Wir haben eine Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskiner, dass wir in Europa auch unsere Traditionen und unsere Kultur auch bewahren und sicherstellen, um eine drohende Islamisierung auch abwenden zu können.“<sup>237</sup>

In Bezug auf Probleme der Integration von Muslimen in die österreichische und europäische Gesellschaft, die von den politischen Eliten angeblich ignoriert werden, sagte Strache Folgendes:

„Ich spreche hier zum einen die fehlende Integration von Muslimen an, spreche die fehlende Integration vorwiegend von Menschen an, die in einer unkontrollierten Massenzuwanderung in den letzten Jahren nach Europa gelassen worden sind von außerhalb Europas zugewandert sind und aus einem völlig anderen Kulturkreis kommen und auch oftmals keine Integrationsbereitschaft mitbringen. Sie lehnen die Integration ab, teilweise unsere Gesellschaft, unsere Werte, verachten unsere freiheitliche Demokratie

---

<sup>235</sup> Strache, Heinz – Christian: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: HC Strache: Moschee, Minarett und Parallelgesellschaft ; 4. April 2010

<sup>236</sup> Ebd.

<sup>237</sup> Ebd.

und errichten Parallelgesellschaften und letztlich unsere westlich freiheitliche demokratische Gesellschaft mit unseren Grundrechten gefährden und in Frage stellen. Und in Bereichen der Praktizierung der Scharia, oder auch wenn es darum geht, dass es Hassprediger in Moscheen gibt, die für den Heiligen Krieg, für den Jihad Werbung machen, wenn es um das Gewaltpotenzial und die Terrorismusgefahr gewisser radikalislamistischer Entwicklungen geht, wenn es um die Lebensweise und Bildung einer Parallelgesellschaft geht, wenn es um die Haltung zum Extremismus, die Haltung im Bereich der Zwangsehe, Zwangsbeschneidungen, Zwangsverheiratung von minderjährigen Mädchen in nicht in islamischen Ländern, sondern mitten in Europa geht; wenn es um Gleichberechtigung von Frau und Mann geht, und das Demokratieverständnis und mangelnde Toleranz geht, da erleben wir sehr sehr kritische Entwicklungen in unserem Europa. Und genau in diesen Fragen müssen wir, wenn wir unsere eigene Kultur und Identität ernstnehmen, auch standhaft bleiben (...) Gerade wo wir in unterschiedlichen islamischen Ländern erleben müssen, dass es Kirchenbauverbote gibt. In vielen islamischen Ländern dieser Welt sind Kirchenbauten verboten, Christen in vielen islamischen Ländern werden regelrecht verfolgt. Wir müssen auch erleben, dass Menschen in manchen islamischen Ländern zum Christentum konvertieren, diese mit der Todesstrafe bedroht sind. Dann erleben wir, dass wir bei einem falsch verstandenen Religionsverständnis in Richtung radikalen Islamismus eine völlige Intoleranz gegenüber Andersgläubigen gelebt wird. Und hier darf man keine falsch verstandene Toleranz gegenüber völlig Intoleranten leben, und genau das ist die Gefahr unserer Gesellschaft und heutigen Zeit in Europa.“<sup>238</sup>

Im nächsten Ausschnitt bezeichnet Strache das zu einer Moschee gehörende Minarett als ein politisches Symbol:

„Politische Symbole, welche den Sieg über das Christentum darstellen, so wie das Minarett auch ein Symbol ist. Wir benötigen im Bereich der Religionsfreiheit keine Minarette in Europa und auch keinen Muezzin. Das hat im europäischen Landschafts- und Kulturbild auch nichts verloren.“<sup>239</sup>

---

<sup>238</sup> Ebd.

<sup>239</sup> Ebd.

Bei seiner Wahlkampfveranstaltung für die Wiener Landtagswahl 2010, in der Heinz Christian Strache als Spitzenkandidat gegen den amtierenden Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) antrat, gab der FPÖ Chef zum Thema Islam folgende Stellungnahme ab:<sup>240</sup>

„Ja wir sind das Erbe Wiens, das Erbe für ein christliches Europa. Ja, wir wollen keine Islamisierung unserer Stadt erleben.“<sup>241</sup>

Mit Verweis auf einige moslemische Bürger, die auf der Kandidatenliste der SPÖ stehen und von denen einige angeblich Kontakte zu islamistischen Gruppen aufweisen, machte der FPÖ Chef folgende Bemerkung:

„Die Linken unterstützen auch die Islamisten. Die SPÖ ist keine soziale Partei, sondern mittlerweile eine Islamistenpartei geworden.“

Im Laufe seiner Rede in Bezug auf die Integrationsprobleme von moslemischen Zuwanderern in Europa zitiert der FPÖ Obmann eine türkischstämmige deutsche Politikerin.<sup>242</sup>

„Diese Frau hat den Mut, Folgendes zu sagen: „Das Kopftuch ist für mich Körperverletzung.“ Sie hat Recht. Es wird die Frau auf ein Sexobjekt degradiert. Es soll die Frau als Eigentum des Mannes beherrscht werden, nicht frei an Entscheidung sein, und ich will daher keine Ganzkörpervermummungen in Österreich haben, wo weibliche Ninjas mit der Burka durch unsere Straßen gehen und ich will daher auch den Kopftuchzwang endlich verbieten. Kopftuchverbot an Schulen und im öffentlichen Dienst und an der Universität.“<sup>243</sup>

Außerdem zitiert Strache weitere Aussagen von der Politikerin:

„Der Islam ist Politik und Religion zugleich. Er bestimmt Alltag, Denken und Handeln. Es gibt ein länderübergreifendes Phänomen: Im Gegensatz zu Griechen, Italienern und Portugiesen, ist, sich auszugrenzen ein Problem muslimischer Zuwanderergruppen.“ Das ist richtig: Parallelgesellschaften:

---

<sup>240</sup> Strache ; [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: HC Strache – Rede am Viktor – Adler – Markt (1 /10) ; 9. September 2010

<sup>241</sup> Ebd.

<sup>242</sup> Strache; [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: HC Strache – Rede am Viktor – Adler – Markt (4/10) ; 9. September 2010



teilweise erleben wir nicht integrationswillige muslimische Zuwanderergruppen, die hier unsere Gesellschaft nicht respektieren und achten, die auch unsere Lebenssitten nicht achten, die sich gar nicht integrieren wollen, und genau das kann nicht angehen. Wenn wir uns in Ankara so benehmen würden, wie manche hier bei uns, wenn wir in Ankara am Hauptplatz ein Spanferkelbratenfest abhalten würden, dann würden die uns zu Recht mit dem nassen Fetzen davonjagen.“<sup>244</sup>

In einem weiteren Teil seiner Rede verweist Strache auf gut integrierte Zuwanderer, die auffallend aus Ländern mit einer christlichen Mehrheitsbevölkerung nach Österreich zugewandert sind, und mit denen die FPÖ keine Probleme habe.<sup>245</sup>

„Und ich sage: Auch die vielen Zuwanderer, aus Serbien, Kroatien, Polen, oder woher auch immer aus dieser Welt, die wollen keine Moscheen samt Minaretten, die wollen keinen Islamismus, die wollen keine schwarzen Schafe, die unseren Sozialstaat ausnützen. Das ist auch das verbindende, europäische Element. Wir wollen, dass Europa eben nicht untergeht.“<sup>246</sup>

Auf diese Differenzierung soll am Ende des Kapitels noch eingegangen werden, da diese im Vergleich zu den anderen von mir beschriebenen Parteien von dem FPÖ Chef auffällig vorgenommen werden.

„Schauen wir in den sozialen Wohnbau in Wien, wo die SPÖ den sozialen Wohnbau in Zuwandererwohnheime umgestaltet hat. Das ist doch die Realität. Schauen wir uns an, wie heute die SPÖ ganz unter dem Motto agiert: Willst Du eine soziale Wohnung haben, musst Du nur ein Kopftuch tragen. Das ist das Motto der SPÖ in Wien.“<sup>247</sup>

In einer weiteren Pressekonferenz, die Heinz - Christian Strache bereits am 13. September 2007 zur Begründung seiner Teilnahme an einer Demonstration gegen den Bau einer Moschee im 20. Wiener Bezirk, einberufen hatte, wurde das Minarett wiederum als ein

---

<sup>243</sup> Ebd.

<sup>244</sup> Ebd.

<sup>245</sup> Strache: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: HC Strache Rede am Viktor – Adler – Markt (5/10) ; 9. September 2010

<sup>246</sup> Ebd.

<sup>247</sup> Ebd.

„Siegeszeichen für einen Islamisten über das christliche Abendland, gegenüber der Demokratie und gegenüber der Freiheit“ bezeichnet.<sup>248</sup>

„Das ist, was ein Minarett darstellt. Und jedes Minarett, das errichtet wird, ist für Fanatiker nichts anderes als ein Aufruf zum Jihad.“<sup>249</sup>

Einen der Höhepunkte für die antiislamische Agitation der FPÖ bildete eine weitere Demonstration gegen den Bau einer Moschee im 20. Wiener Bezirk, die im Mai 2009 mitten im Wahlkampf zur Wahl des Europäischen Parlaments, den die FPÖ unter anderem mit dem auf Wahlplakaten affichierten Slogan - „Abendland in Christenhand“ - führte, stattfand. Die Teilnahme von Parteichef Heinz - Christian Strache an dem Demonstrationzug und seine in deren Anschluss vorgetragene Rede wurde von Beobachtern der österreichischen Politik als Wahlkampfauftritt interpretiert. Der Parteiboss machte unter anderem folgende Aussagen:

„Abendland in Christenhand ! Ja, dazu stehen wir. Dazu stehen viele gläubige Christen aller christlichen Kirchen. Katholiken, Protestanten, auch Mitglieder der serbisch orthodoxen Kirche. Das christlich europäische Abendland ! Darum geht es uns. Das wollen wir erhalten wissen.“<sup>250</sup>

„Wir wollen nicht erleben, dass Europa eine Islamisierung erleben muss, Nein, das wollen wir nicht und wir wollen deshalb auch klar und deutlich uns zu unserem Christentum, zu unserer Wertegemeinschaft des christlich europäischen Abendlandes bekennen, als Brüder.“<sup>251</sup>

Der Protest und Aufschrei seitens der Öffentlichkeit, die katholische und evangelische Kirche miteingeschlossen, ließ nicht nur aufgrund des Inhalts dieser Rede, sondern auch aufgrund des Auftritts von Heinz - Christian Strache mit einem Kreuz in seiner Hand nicht lange auf sich warten. So distanzierte sich der Bischof der evangelischen Kirche, Michael Bünker, eindeutig von diesem Auftritt und dem „Missbrauch und Instrumentalisierung der christlichen Religion durch den Gebrauch religiöser Symbole“ und sah in dieser „Hetze eine eindeutige Verletzung der in der österreichischen Verfassung garantierten Religionsfreiheit.“<sup>252</sup>

---

<sup>248</sup> Strache ; Titel: Moschee und Minarett – HC Strache, FPÖ ; 24. September 2007

<sup>249</sup> Ebd.

<sup>250</sup> Strache: ORF 2 Sendung Orientierung am 17. Mai 2009 um 12:25

<sup>251</sup> Ebd.

<sup>252</sup> Bünker, Michael: ORF 2 Sendung Orientierung am 17. Mai 2009 um 12:25.

Heinz - Christian Strache machte im Laufe dieser Veranstaltung in Bezug auf die in Europa in den letzten Jahren stattgefundenen Terroranschläge außerdem folgende Aussagen:

„Nicht jeder Islamist ist ein Terrorist, aber jeder Terrorist war ein Islamist. So ist es in Wirklichkeit gewesen. Jeder Terrorist, der in den letzten Jahrzehnten in Europa etwas in die Luft gejagt hat, war ein Islamist. Das ist eine radikale Entwicklung in unserer Gesellschaft. Und da muss man entschieden gegen solche Entwicklungen entgegentreten, da braucht es eine Wertordnung, zu der wir uns bekennen.“<sup>253</sup>

In Bezug auf den Vorwurf des Rassismus in Zusammenhang mit seinen islamfeindlichen Aussagen, meinte der FPÖ Obmann:

„Es ist absurd, dass heute Kritikern des Islamismus Rassismus vorgeworfen wird. Was ist bitte rassistisch daran, wenn man eine Religion kritisiert? Sind jene Leute, die den Papst und die katholische Kirche kritisieren, auch Rassisten, in den Augen der Linken?“<sup>254</sup>

Nicht nur der Parteiobmann, sondern auch andere Funktionäre der FPÖ sind für einschlägige islamfeindliche Aussagen bekannt. Der Generalsekretär der FPÖ, Harald Vilimsky, hielt in bei einem von der belgischen Partei Vlaams Belang im April 2011 in Antwerpen organisierten „Zuwanderungskongress“ eine Rede, in der er seine Abneigung gegen Zuwanderung aus dem islamischen Raum offenbarte. Dieser Kongress diente der Formulierung von Zielen und Programmen, wie Europa eine möglichst repressive Zuwanderungspolitik gestalten kann. Folgende Aussagen wurden unter anderem getätigt.<sup>255</sup>

„Wir sind die Patrioten in Europa! Wir sind es, die für Demokratie und für Freiheit in Europa stehen. Wir stehen für das abendländische und für das christliche Erbe in Europa.“<sup>256</sup>

---

<sup>253</sup> Strache: ORF 2 Sendung Orientierung am 17. Mai 2009 um 12:25

<sup>254</sup> Ebd.

<sup>255</sup> Vilimsky, Harald ; Titel: Harald Vilimsky, FPÖ – Generalsekretär, Antwerpen, April 2011, Kongress Zuwanderung ; 13. April 2011

<sup>256</sup> Ebd.

„Ich kann für uns gemeinsam folgende Ziele definieren: Wir verfolgen das Konzept der Nationalstaaten in Europa. Wir sind es, die als patriotische Parteien als Bastion gegen die Islamisierung die Arabisierung unseres Kontinentes überwinden.“<sup>257</sup>

„Die gewachsenen Kulturen in Europa, die autochthonen Kulturen in Europa, die sollen ausradiert werden und dafür Tür und Tor geöffnet werden für Islamisierung, Arabisierung, und wir als patriotische Parteien sagen dazu: Nein, nein und drei Mal nein!“<sup>258</sup>

Seine Ablehnung einer Zuwanderung begründete Harald Vilimsky mit folgenden Aussagen:

„Das große und das erste Problem für Europa ist die Zuwanderung, und vor allem die Zuwanderung aus dem islamischen Bereich. Zu viele Zuwanderer außerhalb Europas, aus dem islamischen Bereich kommen zu uns und verwechseln unsere Heimatländer mit einem Sozialamt, wo sie glauben, Geld erhalten zu können ohne dafür Leistungen erbringen zu müssen, wo sie glauben, ihre Kultur zur bestimmenden Kultur machen zu können und unsere Kultur zurückdrängen zu wollen. Das ist der falsche Weg.“<sup>259</sup>

In Bezug auf die fehlende Integration und die markant auffallende Präsenz von Muslimen in Belgien, von der er sich nach einem Besuch selbst überzeugte, machte Harald Vilimsky folgende Bemerkungen:

„Schauen wir nur 50km weiter nach Brüssel, dem Herz der Europäischen Union, der gebräuchlichste Vorname unter männlichen Neugeborenen ist dort Mohammed. Das wollen wir nicht und da sind wir das Gegenmodell dafür. Quer durch Europa werden Moscheen errichtet, enorme Minarette. Minarette, welche die Kreuze unserer Kirchen, unserer Kultur in den Schatten stellen. Minarette, die vom Islam bewusst als Siegeszeichen interpretiert werden, als Siegeszeichen des Islams über unsere Kultur und als Triumph der Scharia über unsere Rechtsordnungen. Aber ich sage: solange es uns gibt, uns patriotische Parteien gibt, solange in unseren Adern das politische, patriotische und europäische Blut

---

<sup>257</sup> Ebd.

<sup>258</sup> Ebd.

<sup>259</sup> Ebd.

fließt, solange wird auch der politische Islam in diesem Kontinent keine Chance haben, sich durchzusetzen, im Gegenteil, je stärker wir werden, desto mehr wird der Islam zurückgedrängt werden.“<sup>260</sup>

„Schluss mit der Zuwanderungspolitik, Schluss mit dem Missbrauch der Asylpolitik und Schluss mit der Islamisierung und der Arabisierung in Europa!“<sup>261</sup>

„Unsere Forderungen lauten: Weniger Macht für Brüssel, dafür mehr Macht für die einzelnen Mitgliedsländer. Die Mitgliedsländer in der Europäischen Union sollen selbst bestimmen können über ihre Zuwanderungspolitik und nicht Brüssel, wie diese Zuwanderungspolitik auszusehen hat.“<sup>262</sup>

„Personen aus islamischen Ländern, welche die Kultur ihres Gastlandes, unserer Heimatländer, nicht zu akzeptieren bereit sind, sich nicht integrieren, kriminell geworden sind, zurück in ihre Heimat und das ohne „Wenn und Aber“.“<sup>263</sup>

Abschließend gab der FPÖ – Generalsekretär diese Stellungnahme ab:

„Halten wir fest: Dieses Europa ist kein islamisches Europa, kein muslimarisches Europa, sondern ein christliches Europa. Es sind großartige Kulturen, die dieses Europa definieren, großartige Menschen, die in diesem Europa und seinen Städten leben. Diese Städte sind aber keine Städte der Scharia, des Halbmondes, und des religiösen Fundamentalismus. Es sind Städte, die den Prinzipien der Aufklärung, des Humanismus, des Abendlandes und der christlichen Tradition verpflichtet sind. Und es ist unsere Aufgabe, diesen Charakter zu bewahren und zu verteidigen.“<sup>264</sup>

---

<sup>260</sup> Ebd.

<sup>261</sup> Vilimksy, Harald ; [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Harald Vilimksy, FPÖ – Generalsekretär, Antwerpen, April 2011, Kongress Zuwanderung ; 13. April 2011

<sup>262</sup> Ebd.

<sup>263</sup> Ebd.

Bei seinem Auftritt im Rahmen eines“ Antiislamisierungskongresses“, der am 11. Mai 2009 in Köln stattfand, machte Harald Vilimsky folgende Aussagen:<sup>265</sup>

„Ich sehe hier viele Menschen, die das Kreuz tragen, bin selbst kein praktizierender Christ, aber eines kann ich schon in aller Deutlichkeit sagen: besser Jesus und Maria, als der Islam und die Scharia. Und es sind wir, die dafür eintreten, die dafür zu sorgen haben, dass in Köln weiterhin die Glocken dominant sind und nicht der Muezzin uns aus dem frühmorgendlichen Schlaf reißt [...] es sind wir, die dieses christliche Erbe zu verteidigen haben, ungeachtet dessen, ob wir praktizierende Christen sind oder nicht. Die Christenheit ist ein identitätsstiftendes Merkmal für unser Europa, und muss es bleiben.“<sup>266</sup>

Ein weiterer prominenter FPÖ Politiker, der sich öfters zum Thema islamische Zuwanderer in Europa in der Öffentlichkeit kritisch äußert, ist der Abgeordnete zum Europäischen Parlament Andreas Mölzer. Bei einer von der rechtspopulistischen Pro - Köln Bewegung im Jahre 2008 organisierten Veranstaltung, die sich dem Thema der Islamisierung Europas widmete, machte der Politiker bezüglich integrationsunwilliger moslemischer Schüler in Österreich folgende Aussagen:<sup>267</sup>

„Das sind Kinder, deren Eltern den Lehrerinnen die Hand nicht geben und wo die sechsjährigen Rotznasen sich verbieten, dass sie die Lehrerin ansieht und von all den Dingen, dass es kein Kreuz mehr geben darf in der Schule und dass keine Nikolausfeiern mehr stattfinden sollen, rede ich gar nicht mehr, weil das nur die skurrilen Nebenauswirkungen sind eines Kulturkampfes, in dem wir im Moment massiv auf der Verliererstraße stehen “[...]“.<sup>268</sup>

„Wenn wir nicht den Mut haben, eigene Kinder in die Welt zu setzen, eigene Familien aufrechtzuerhalten, wie wollen wir dann verhindern, dass Andere, Fremde mit ihren Familien das Land verändern?“<sup>269</sup>

---

<sup>264</sup> Ebd.

<sup>265</sup> Vilimsky, Harald ; Titel: Harald Vilimsky (Rede) beim Anti – Islamisierungskongres ; 11. Mai 2009

<sup>266</sup> Ebd.

<sup>267</sup> Mölzer, Andreas: [www.youtube.com](http://www.youtube.com); Titel: Andreas Mölzer (FPÖ) über die Islamisierung Europas ; 11. Mai 2008

<sup>268</sup> Ebd.

<sup>269</sup> Ebd.

Aufgrund seiner Funktion und Position im Europäischen Parlament äußert sich Andreas Mölzer regelmäßig ablehnend gegenüber einem EU Beitritt der Türkei:<sup>270</sup>

„Bedenklich ist, dass sowohl der türkische Staatspräsident Abdullah Gül sowie der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan anlässlich ihrer Staatsbesuche in Europa dafür plädierten, dass die Türken, die in Europa ansässig sind, nicht integrieren. Sie plädieren dafür, dass die Türken Türken bleiben und betreiben somit so etwas wie eine türkische Landnahme mitten in Europa.“<sup>271</sup>

In Bezug auf die durch den Staat betriebene angebliche Islamisierung der türkischen Gesellschaft, merkt Andreas Mölzer an, dass das Christentum in der Türkei sich nicht entfalten könne und somit keine wirkliche Religionsfreiheit herrsche. Außerdem merkte Andreas Mölzer an, dass die Türken noch immer nicht bereit sein, sich dem Armeniergenozid zu stellen.<sup>272</sup>

Für den größten Skandal in der jüngeren Geschichte der FPÖ unter der Parteiführung von Heinz - Christian Strache hinsichtlich des Themas Islam sorgte anlässlich des FPÖ – Neujahrtreffens am 13. Jänner 2008 die Spitzenkandidatin für die Bürgermeisterwahl in Graz, Susanne Winter, indem sie folgende Rede hielt:

„In den letzten Jahren ist ein regelrechter islamischer Einwanderungstsunami über Graz hereingebrochen. Überall werden gegen den Willen der Bevölkerung Moscheen errichtet. Wir, liebe Freunde, als FPÖ, sind die Einzigen österreichweit, die diese zunehmende Islamisierung stoppen wollen. Und ich bin der Meinung, der Islam gehört zurückgeworfen, wo er hergekommen ist, nämlich jenseits des Mittelmeers. Aber ich persönlich frage mich: Ist denn alles das, was heutzutage eine Religion genannt wird, auch wirklich eine Religion? Schauen wir uns doch nur den Propheten Mohammed an: Er ist wohl eher als Feldherr zu bezeichnen. 66 Kriege, 27 hat er selbst davon angeführt. Den Koran hat er im Rahmen von epileptischen Anfällen geschrieben. Und etwas, das mich als Frau besonders empört, und das ich immer wieder aufzeige und sage: Er als 50 –

---

<sup>270</sup> Mölzer, Andreas: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ;Titel: EU – Beitritt der Türkei – Andreas Mölzer, FPÖ ; 31. Mai 2011

<sup>271</sup> Ebd.

<sup>272</sup> Vgl. Ebd.

jähriger hat eine Sechsjährige, ein sechsjähriges Mädchen geheiratet. Im heutigen System ist dieser Mohammed ein Kinderschänder.“<sup>273</sup>

Diese Aussage sorgte nicht nur in Österreich sondern auch international für Empörung und Susanne Winter wurde wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren nicht rechtskräftig zu einer bedingten Haftstrafe von drei Monaten und zu einer Geldstrafe in der Höhe von 24.000 Euro verurteilt.<sup>274</sup> Das skandalöse Auftreten und die darauffolgende Verurteilung hinderte die FPÖ nicht daran, Susanne Winter auf die Kandidatenliste für die Nationalratswahl 2008 zu setzen. Ihr Nationalratsmandat hält sie bis zum jetzigen Zeitpunkt inne.

Auch der Sohn von Susanne Winter, Michael Winter, sorgte im selben Jahr in seiner Funktion als steirischer Obmann der FPÖ Jugendorganisation Ring Freiheitlicher Jugend, RFJ, für Empörung, indem er in einem Beitrag für die zur Organisation gehörenden Zeitschrift „Tangente“ „Muslimen eine Tendenz zur Sodomie“ unterstellte und die Forderung äußerte, „als Sofortmaßnahme gegen Vergewaltigungen in Graz eine Schafherde im Stadtpark grasen zu lassen.“<sup>275</sup>

---

<sup>273</sup> Winter, Susanne: ORF 2 Report vom 16. Jänner 2008

<sup>274</sup> Vgl. <http://stmv1.orf.at/stories/336808>

<sup>275</sup> Vgl. <http://derstandard.at/1231151221839/RFJ-Obmann-Steiermark-Michael-Winter-hat-Amt-niedergelegt>



### 3.5. VB – Vlaams Belang

#### 3.5.1. Historischer Rückblick und Entwicklung

Im Jahre 1977 wurde die rechte *Vlaams Nationale Partij* („Flämische Nationalpartei“) von dem flämischen Nationalisten Karel Dillen ( 1925 – 2007 ) gegründet.<sup>276</sup> Zwei Jahre später schloss sich diese Partei mit der *Vlaamse Volkspartij* („Flämische Volkspartei“) zu dem aus dieser Fusion entstandenen *Vlaams Blok* zusammen. Karel Dillen setzte sich schon seit der Gründung der *Vlaams Nationale Partij* für die Rehabilitation von belgischen Nazikollaborateuren und Angehörigen der flämischen Waffen – SS ein.

Das Hauptziel des *Vlaams Blok* war die Unabhängigkeit der flämischsprachigen Region Belgiens (Flandern) gegenüber des frankophonen Walloniens, das in den Augen der flämischen Nationalisten für Korruption und Misswirtschaft stand.<sup>277</sup> Das Motto der Partei lautete: *Eigen volk eerst* („Das eigene Volk zuerst“) und *Belgie barst* („Belgien soll zerbersten“).

Mitte der 1980er Jahre wurde die flämisch-nationalistische und separatistische Programmatik um eine fremdenfeindliche und die multikulturelle Gesellschaft ablehnende Position ergänzt, die sich nicht nur gegen die französisch sprechende wallonische Gemeinschaft, sondern auch gegen Zuwanderer richtete.<sup>278</sup> Die flämische Stadt Antwerpen wurde zur politischen Hochburg der Partei, wo der *Vlaams Blok* bei Kommunalwahlen im Oktober 2006 33,5 % der Wählerstimmen und bei den Parlamentswahlen 1999 und 2003 immerhin 9, 87 % bzw. 11, 59 % erreichte, womit es der Partei gelang, sich als einen wichtigen Faktor im Parteiensystem Belgiens zu etablieren.<sup>279</sup>

Aufgrund der sich im Laufe der Zeit verschärfenden Rhetorik und Slogans bei Wahlkämpfen, wie zum Beispiel „Marsch für die Unabhängigkeit“, die Dämonisierung der „islamischen Horden“ oder die Kritik an der „Utopie der multikulturellen Gesellschaft“<sup>280</sup> löste sich die

---

<sup>276</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGPP. S. 102.

<sup>277</sup> Vgl. Ebd. S.103.

<sup>278</sup> Vgl. Fischer, Torben (2009): „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. GRIN Verlag. S. 10.

<sup>279</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGFP. S. 103.

<sup>280</sup> Fritz – Vannahme, Joachim: Heiliger Krieg in Antwerpen. Die Zeit Nr.48, 18.11.2004. In: Fischer, Torben (2009): „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. S.12.

Partei am 14. November 2004 nach einer gerichtlichen Verurteilung wegen Verstoßes gegen die Antirassismustexten auf und benannte sich mit einem etwas überarbeiteten Parteiprogramm in Vlaams Belang („Flämisches Interesse“) um.<sup>281</sup>

Mit der Parteinuugründung war der Vlaams Belang um eine gemäßigte Positionierung bemüht und verstärkte unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 und der Zuganschläge in Madrid seine Anti – Immigrations – politik vor allem gegen islamische Migranten.<sup>282</sup>

Außerdem wird in der neuen entschärften Version des Parteiprogramms von Zuwanderern „die vollständige Assimilierung als Alternative zur Rückkehr“ verlangt.<sup>283</sup>

Insbesondere im Falle Belgiens ist es wichtig auf das politische System dieses Landes hinzuweisen sowie den Konflikt zwischen Wallonen und Flamen mit einem kurzen historischen Rückblick zu erläutern, um die Ideologie des Vlaams Belang und Teile seiner Forderungen verstehen zu können. Zunächst soll der flämisch – wallonische Konflikt im Rahmen eines historischen Rückblicks kurz beschrieben werden.

### **3.5.2. Der flämisch – wallonische Konflikt**

Die Sprachgrenze der romanisch und germanisch sprachigen Bevölkerung Westeuropas zieht sich quer durch Belgien.<sup>284</sup> Nach einer kurzen Phase des durch den Wiener Kongress im Jahre 1815 entstandenen „Vereinigten Königreichs der Niederlande“ wurde nach der belgischen Revolution 1830 im neu geschaffenen Staate Belgien durch König Wilhelm I. Niederländisch zur offiziellen Staatssprache ernannt. Abgesehen von der romanischsprachigen Bevölkerung in Wallonien war jedoch Französisch die Sprache der Bourgeoisie, die sich aus diesem Grund eine sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Dominanz vor allem mit der Montanindustrie verschaffen konnte. Da der Großteil der Bevölkerung in den niederländischsprachigen nördlichen Provinzen die französische Sprache nicht verstand, war ein sozialer Aufstieg nicht möglich.<sup>285</sup>

---

<sup>281</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGFP. S.103.

<sup>282</sup> Vgl. Fischer, Tobin (2009): „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. S. 19.

<sup>283</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGFP. S. 103.

<sup>284</sup> Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. VS Verlag. S.62 ff.

<sup>285</sup> Vgl. Reuter, Gerd. S.63 ff.

Als Protest gegen diese soziale und sprachliche Diskriminierung wurde die *Flämische Bewegung* ins Leben gerufen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1919 und die aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte der Flamen entstandenen Mehrheitsverhältnisse im Parlament konnte die Flämische Bewegung die flämische Sprache und die flämische Kultur anhand mit Hilfe von Sprachgesetzen, die Flämisch zur offiziellen Sprache Flanderns machten, stärken. Die deutsche Besetzung von Flandern im Zweiten Weltkrieg machte radikalen Flamen Hoffnung auf eine Unabhängigkeit Flanderns bzw. auf eine Vereinigung Flanderns mit den Niederlanden zu einem „dietschen“ (Anm. deutsch auf Flämisch) Volksstaat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde dem belgischen König Leopold III. aufgrund der Beschuldigung der Kollaboration mit dem NS – Regime vor allem auf Druck der wallonischen Bevölkerung die Ausübung der königlichen Amtsgeschäfte verwehrt. Doch es sprachen sich in einer Volksbefragung aufgrund der flämischen Bevölkerungsmehrheit 58 % der Befragten für einen Verbleib des Königs aus, was Belgien beinahe an den Rand des Bürgerkriegs geführt hätte. Aus diesem Grund verzichtete König Leopold III. auf den belgischen Thron zugunsten seines Sohnes Baudouin.

Ein Höhepunkt der sprachlich – kulturellen Konfliktlinie in der jüngeren Geschichte Belgiens ereignete sich im Jahr 1968, als „nach gewalttätigen Unruhen französischsprachige Studenten und Professoren die Katholische Universität Löwen verließen“ und südöstlich von Brüssel eine neue katholische Universität gründeten.<sup>286</sup>

Aufgrund der Sprachgesetze verringerte sich der Gebrauch der französischen Sprache in Flandern immer mehr, was die kulturelle Trennung wegen der fehlenden Kommunikationsmöglichkeit zwischen den beiden Volksgruppen und folglich die Entstehung von zwei Parallelkulturen mit je eigener Kultur- und Bildungspolitik in diesem Staat forcierte.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung Flanderns auf Kosten des wallonischen Gebietes unter anderem aufgrund seiner geographischen Lage, der Entwicklung neuer Industrien mit Hilfe des Marshall – Plans sowie wegen der „schwach ausgeprägten Gewerkschaftsorganisation“ verschärfte den Konflikt zwischen den beiden Regionen.<sup>287</sup> Während sich Flandern zu einem wohlhabenden Land entwickelte, entwickelte sich Wallonien zum „Armenhaus Belgiens“ zurück.

---

<sup>286</sup> Vgl. Ebd. S.66.

<sup>287</sup> Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. VS Verlag. S.71.

Im Jahr 2005 war die Arbeitslosenquote im französischen Wallonien doppelt so hoch wie in Flandern.<sup>288</sup>

### **3.5.3. Zum politischen System Belgiens**

Belgien ist eine konstitutionelle Monarchie und seit der Staatsreform von 1993 ein föderaler Staat, in dem die Entscheidungsbefugnis zwischen dem nationalen Parlament und den regionalen Parlamenten geteilt ist.<sup>289</sup> Das politische System ist in drei Gemeinschaften gegliedert: Der Flämischen Gemeinschaft gehören alle Einwohner der Flämischen Region und die niederländisch sprechenden Bewohner Brüssels an während sich die Französische Gemeinschaft aus allen Einwohnern Walloniens und den Einwohnern von 19 Brüsseler Gemeinden zusammensetzt. 70.000 deutschsprachige Einwohner bilden die dritte Gemeinschaft im Osten Walloniens.

Zusätzlich zu den Gemeinschaften besteht das politische System aus den drei Regionen. Die Flämische Region setzt sich zusammen aus Flandern, jedoch ohne Brüssel sowie aus der französischen Region Wallonien und dem deutschen Sprachgebiet Eupen und Malmedy und als dritte Region kommt die Hauptstadt Brüssel hinzu. Somit besteht der Föderalstaat Belgien aus sechs „Gliederstaaten“ mit den eindeutig abgegrenzten Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel und drei Gemeinschaften (flämisch, wallonisch und deutsch), die von Menschen aufgrund ihrer Sprachgruppe unabhängig von ihren Wohnorten gebildet werden.<sup>290</sup>

Der belgische König ist *Staatsoberhaupt* und bildet gleichzeitig zusammen mit der Regierung die Exekutive, ist jedoch gemäß Artikel 106 in seinen Handlungen an die Gegenzeichnung der Minister gebunden.<sup>291</sup> Außerdem ist er für die Ernennung und Entlassung der belgischen Regierung verantwortlich und könnte die Abgeordnetenversammlung und den Senat auflösen, was jedoch von der Gegenzeichnung des Premierministers abhängt.

Die Legislative Belgiens besteht aus einem Zweikammersystem, welches aus einer Abgeordnetenversammlung, dem Unterhaus, und dem Senat gebildet wird.

---

<sup>288</sup> Vgl. Ebd. S. 121.

<sup>289</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Das politische System Belgiens. In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Westeuropas. VS Verlag. S. 452.

<sup>290</sup> Vgl. Ebd.

Die *Abgeordneten*kammer besteht aus 150 Abgeordneten, die alle vier Jahre in 11 Wahlkreisen gewählt werden.<sup>292</sup> Die Abgeordneten setzen sich aus zwei Sprachgruppen zusammen, die aufgrund ihrer jeweiligen Mehrheit in der Bevölkerung gebildet werden. Aus diesem Grund verfügen die flämischen niederländischsprachigen Abgeordneten über 88 Sitze, während die französischsprachige wallonische Gruppe 62 Parlamentssitze hat. Eine eigene deutschsprachige Gruppe gibt es nicht, da diese an die wallonischen Abgeordneten angeschlossen sind.

Die Abgeordneten sind in erster Linie Vertreter der Nation, und nicht nur Vertreter der Wähler ihres Wahlkreises. Somit verfügen sie über ein freies Mandat.<sup>293</sup>

Was die Gesetzgebung betrifft, ist die Abgeordnetenversammlung zuständig für das belgische Grundgesetz sowie für die Annahme völkerrechtlicher Verträge und kann zum Beispiel in Bezug auf die Haushaltspläne und Rechnungen des Staates sowie über die Verleihungen von Einbürgerungen auch ohne Zustimmung des Senats Entscheidungen beschließen.

Der *Senat* ist die zweite Kammer des belgischen Parlaments und setzt sich aus 71 Senatoren zusammen, die teilweise direkt vom Volk, vom niederländischen und vom französischen Wahlkollegium gewählt werden. Die Direktwahl der Senatoren wird in drei Wahlkreisen (flämische, wallonische und die Region Brüssel) durchgeführt. Auch im Senat gibt es zwei Sprachgruppen, wobei die niederländische Sprachgruppe 41 Senatoren und die französischsprachige Gruppe 29 Senatoren stellt. Die legislative Zuständigkeit des Senats ist deutlich limitiert und beschränkt sich auf die Lösung von Interessenskonflikten zwischen dem Zentralstaat, den Regionen und Gemeinschaften.

### **3.5.3.1. Wahlen der Abgeordnetenversammlung in Belgien**

Der nächste Abschnitt soll einen Überblick über die Zusammensetzung der belgischen Abgeordnetenversammlung nach der letzten Parlamentswahl, die am 13. Juni 2010 abgehalten wurden, geben. Aufgrund der Trennung der Abgeordneten in zwei Sprachgruppen soll erwähnt werden, dass jede Partei (insbesondere die christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien) über eine Schwesterpartei in der anderen Region verfügt.

---

<sup>291</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Das politische System Belgiens. In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Westeuropas. VS Verlag. S. 453.

<sup>292</sup> Vgl. <http://www.3kmodels.com/belgische-abgeordnetenversammlung>

Hiermit folgt ein Überblick über die wichtigsten Parteien in der belgischen Abgeordnetenversammlung seit der Wahl am 13. Juni 2010:<sup>294</sup>

1. NV-A (*Nieuw – Vlaamse Alliantie*; Deutsch: *Neue – Flämische Allianz*)  
17,40 % ; 27 Mandate
2. PS (*Parti Socialist*; Deutsch: *Sozialistische Partei*)  
13,70 % ; 26 Mandate
3. CD & V (*Christen – Democratisch en Vlaams*; Deutsch: *Christlich – Demokratisch und Flämisch*)  
10,85 % ; 17 Mandate
4. MR (*Mouvement Réformateur* ; Deutsch: *Reformbewegung*)  
9,28 % ; 18 Mandate
5. SP.A (*Socialistische Partij Anders* ; Deutsch: *Sozialistische Alternative Partei*)  
9,24 % ; 13 Mandate
6. Open VLD (*Open Vlaamse Liberalen en Democraten* ; Deutsch: *Flämische Liberale und Demokraten*)  
8,64 % ; 13 Mandate
7. VB (*Vlaams Belang* ; Deutsch: *Flämisches Interesse*):  
7,76 % ; 12 Mandate
8. CDH (*Centre Démocrate Humaniste* ; Deutsch: *Christlich – Soziale Partei*)  
5,52 % ; 9 Mandate

Eindeutiger Wahlsieger war die ebenfalls separatistische flämische Partei N – VA (*Nieuw – Vlaamse Alliantie*) mit dem Spitzenkandidaten Bart De Wever, der auf Kosten des Vlaams Belang 17,40 % der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte, während der Vlaams Belang im Vergleich zur Parlamentswahl im Jahr 2007 mit einem Wähleranteil von 7,76 % einen Verlust von 4,23 % und 5 Mandaten erleiden musste. Der Vlaams Belang ist seit der letzten Parlamentswahl mit 12 Mandaten in der belgischen Abgeordnetenversammlung vertreten.<sup>295</sup>

---

<sup>293</sup> Vgl. Woyke, Wichard: Das politische System Belgiens. In: Ismayr, Wolfgang (2009): Die politischen Systeme Westeuropas. VS Verlag. S. 455.

<sup>294</sup> Vgl. [http://www.wahlen2010.belgium.be/de/cha/results/results\\_tab\\_CKR00000.html](http://www.wahlen2010.belgium.be/de/cha/results/results_tab_CKR00000.html)

<sup>295</sup> Vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/wahl-belgien-flamen-wallonen>

### **3.5.4. Die politische Entwicklung des Vlaams Belang**

In diesem Zusammenhang soll im nächsten Abschnitt der Werdegang und die politische Entwicklung des Vlaams Belang bei den Wahlen zur belgischen Abgeordnetenversammlung seit 1978 geschildert werden. Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, dass der Vlaams Belang bis zum Jahr 2004 unter dem Namen Vlaams Blok die Wahlen in Belgien bestritt.

Bei der ersten Wahl der Abgeordnetenversammlung am 17. Dezember 1978, an der der Vlaams Blok teilnahm, erreichte die Partei lediglich einen Stimmenanteil von 1,37 % und einem Mandat in der ersten Kammer des Parlaments.<sup>296</sup> Auch die darauffolgenden Wahlen in den Jahren 1981 und 1985 brachten keine nennenswerten Änderungen bezüglich der Anzahl der Wählerstimmen und Mandate. Bei der Wahl am 13. Dezember 1987 erreichte der Vlaams Blok lediglich einen weiteren Sitz in der Abgeordnetenversammlung. Erst die am 24. November 1991 erfolgte Parlamentswahl verschaffte der Partei mit einem Ergebnis von 6,58 % und 12 Mandaten einen politischen Durchbruch in Belgien.<sup>297</sup> Obwohl die Partei bei der nächsten Wahl im Jahre 1995 den Verlust von einem Mandat erleiden musste, standen die darauffolgenden Parlamentswahlen am 13. Juni 1999 (9,87 % ; 15 Mandate) und am 18. Mai 2003 (11,59 % ; 18 Mandate) ganz im Zeichen des Erfolgs.<sup>298</sup> Die beiden darauffolgenden Parlamentswahlen in den Jahren 2007 und 2010 brachten dem Vlaams Belang mit dem Verlust von je einem und fünf Mandaten schlechte Wahlergebnisse ein. Aus diesem Grund ist zusammenfassend festzuhalten, dass der Vlaams Belang mit dem Resultat der Wahl am 18. Mai 2003 seinen vorläufigen politischen Höhepunkt erreichte.

In diesem konkreten Fall soll auch kurz das Regionalparlament von Flandern beschrieben werden, da der Vlaams Belang auch in dieser Institution vertreten ist.

---

<sup>296</sup> Vgl. [http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result\\_vt.php?date=1978-12-17&vt=CK&party\\_id=682](http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result_vt.php?date=1978-12-17&vt=CK&party_id=682)

<sup>297</sup> Vgl. [http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result\\_vt.php?date=1991-11-24&vt=CK&party\\_id=682](http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result_vt.php?date=1991-11-24&vt=CK&party_id=682)

<sup>298</sup> Vgl. [http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result\\_vt.php?date=2003-05-18&vt=CK&party\\_id=682](http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result_vt.php?date=2003-05-18&vt=CK&party_id=682)

### **3.5.5. Das Regionalparlament von Flandern**

Im Gegensatz zu Wallonien wurden 1980 die flämische Gemeinschaft und die Flämische Region zusammengelegt, was die Entstehung von nur einem Parlament und einer flämischen Regierung, die sowohl die Zuständigkeiten für die Gemeinschaften als auch für die Regionen ausüben und eine schnellere politische Beschlussfassung erleichtern, ermöglichte.<sup>299</sup> Das flämische Parlament zählt 124 Abgeordnete, die alle vier Jahre gewählt werden. Die erste Direktwahl wurde am 21. Mai 1995 durchgeführt. Die Aufgabe des flämischen Parlaments ist neben der Legislative die Billigung von Dekreten, die nur auf die Flamen zutreffen. Die Exekutive wird von der flämischen Regierung gebildet, die sich aus nicht mehr als 11 Ministern zusammensetzen darf.

Die letzten Regionalwahlen in Flandern wurden am 7. Juni 2009 durchgeführt.

Die Christdemokraten unter Ministerpräsident Kris Peeters (CD & V) konnten mit 22, 86 % der Wählerstimmen und 31 Mandaten ihren ersten Platz behaupten, gefolgt von den Sozialisten der SP.A und dem Vlaams Belang, die jeweils 15, 3 % der Stimmen erhielten mit 19 bzw. 21 Sitzen.<sup>300</sup> Vlaams Belang blieb trotz seiner Verluste seit der letzten Wahl am 13. Juni 2004, als die Partei noch unter dem Namen Vlaams Blok in den Wahlkampf ging und 24, 15 % der Stimmen erreichte, zweitstärkste Kraft im Parlament. Die Verluste gingen zugunsten der separatistischen N – VA, die mit 13, 06 % 16 Sitze im flämischen Parlament erhielten.

Wenn man einen Blick in die Vergangenheit nimmt, erreichte der Vlaams Belang bei der ersten Regionalwahl in Flandern am 21. Mai 1995 12, 33 % der Stimmen und 15 Mandate, bei der darauffolgenden Wahl am 13. Juni 1999 bereits 15, 54 % und 20 Mandate. Somit ist festzuhalten, dass die im Jahr 2004 erfolgte Regionalwahl in Flandern mit 24, 15 % der Wählerstimmen und 32 Mandaten im flämischen Parlament dem Vlaams Belang das beste Ergebnis in Flandern einbrachte.<sup>301</sup>

---

<sup>299</sup>Vgl. <http://docs.vlaamsparlement.be/docs/biblio/brochures/brochures%20te%20verwijderen/deutsch.pdf>

<sup>300</sup>Vgl. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_16775-1522-1-30.pdf?090611184156](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16775-1522-1-30.pdf?090611184156)

<sup>301</sup>Vgl. [http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result\\_vt.php?date=2000-10-08&vt=PR&party\\_id=682](http://www.ibzdgip.fgov.be/result/nl/result_vt.php?date=2000-10-08&vt=PR&party_id=682)



### **3.5.6. Der Gemeinderat von Antwerpen**

Aufgrund der Tatsache, dass die Hauptstadt der Region Flandern, Antwerpen, die politische Hochburg des Vlaams Belang ist, soll im nächsten Abschnitt auch die Entwicklung und Wahlerfolge dieser Partei im Gemeinderat / Stadtparlament als Übersicht aufgezeigt werden.

#### **Ergebnisse bei Gemeinderatswahlen in Antwerpen (in Klammer: Mandate)**

1982 : 5,15 % (2)

1988 : 17,69 % (10)

1994 : 28,03 % (18)

2000 : 32,95 % (20)<sup>302</sup>

Bei der letzten Gemeinderatswahl in Antwerpen am 6. Oktober 2006 erreichte der Vlaams Belang trotz des in Belgien geltenden Ausländerwahlrechts mit 33,51 % der Wählerstimmen und unveränderten Mandatsanzahl von 20 Sitzen seinen vorläufigen politischen Höhepunkt. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass das Stadtparlament von Antwerpen 55 Sitze hat und der Vlaams Belang stärkste Fraktion ist.<sup>303</sup>

Im nächsten Abschnitt soll nun auf die vier in Belgien durchgeführten Staatsreformen und ihre Auswirkungen eingegangen werden.

### **3.5.7. Die Staatsreformen in Belgien**

In der ersten Staatsreform von 1970 wurden die drei Gemeinschaften (flämisch, wallonisch, deutsch) und die Übertragung kultureller Kompetenzen auf jede dieser Gemeinschaften beschlossen. Außerdem wurden die drei Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel etabliert sowie die Übertragung wirtschaftlicher Kompetenzen eingerichtet. Aufgrund der durch diese Staatsreform „gezogenen“ Sprachgrenzen konnte der Sprachenkonflikt kurzfristig gelöst werden. Als Konsequenz wurde jedoch die Parteienlandschaft Belgiens durch die Spaltung in flämische und frankophone Parteien verändert. Jede Region verfügte ab diesem Zeitpunkt über eine eigene christdemokratische, sozialdemokratische als auch über eine liberale

---

<sup>302</sup> Vgl. Ebd.

<sup>303</sup> Vgl. Ebd.

Partei. Obwohl diese Parteien dem gleichen Lager zugehörig sind, setzte sich die Spaltung im belgischen Parlament fort.<sup>304</sup>

Im Rahmen der zweiten Staatsreform von 1980 wurden den Regionen und Gemeinschaften mehr Kompetenzen zugesprochen und außerdem eine provisorische Grenze zwischen Flandern und Brüssel eingerichtet. Dennoch blieb der Konflikt um die Hauptstadt Brüssel ungelöst.<sup>305</sup>

Die dritte Staatsreform von 1987 - 88 ermöglicht die Anerkennung Brüssels als dritte Region, womit Brüssel die gleichen Befugnisse und Finanzaufweisungen erhielt wie die anderen Regionen.

Mit der vierten Staatsreform aus dem Jahre 1993 wurde die Föderalisierung Belgiens formell abgeschlossen, womit die Entscheidungsgewalt nicht mehr exklusiv bei der Föderalregierung und dem Föderalparlament liegt. Somit erhielten die Regionen und Gemeinschaften volle außenpolitische Kompetenz. Mit dieser Verfassungsreform ist aus dem ehemaligen Einheitsstaat Belgien ein föderaler Staat geworden.

Nach diesem allgemein gehaltenen Exkurs widmet sich der nächste Abschnitt den im Parteiprogramm des Vlaams Belang veröffentlichten wichtigsten Äußerungen und Forderungen.

### **3.5.8. Das Parteiprogramm des Vlaams Belang**

Betrachtet man das Parteiprogramm des Vlaams Belang, so wird die Partei in der Einleitung als eine „demokratische Partei“ bezeichnet, die ihre Forderungen und Anliegen innerhalb der parlamentarischen Demokratie zu erfüllen versucht.<sup>306</sup>

Der erste Abschnitt des zweiten Kapitels im Parteiprogramm bezieht sich zuerst auf den Konflikt mit den französischsprachigen Wallonen und unterstreicht die Ablehnung des belgischen Staates durch den Vlaams Belang sowie das Streben nach der Unabhängigkeit Flanderns.

---

<sup>304</sup> Vgl. Trept, Sebastian. Randel, Christian (2008): Das politische System Belgiens im Wandel. TU Dresden.

<sup>305</sup> Vgl. Trept, Sebastian. Randel, Christian (2008): Das politische System Belgiens im Wandel. TU Dresden.

<sup>306</sup> Vgl. Parteiprogramm des Vlaams Belang. <http://www.vlaamsbelang.org/61/1/>

„Der Vlaams Belang ist Verfechter einer Auflösung des belgischen Staates.“<sup>307</sup>

Begründet wird der Wunsch nach Unabhängigkeit mit folgenden Argumenten:

„Zwischen Flamen und Wallonen bestehen enorme kulturelle, politische und wirtschaftliche Unterschiede. Flandern und Wallonien sind zwei total verschiedene Länder mit einer verschiedenen Kultur und Geschichte.“<sup>308</sup>

„Flämische Unabhängigkeit ist für den Vlaams Belang nicht nur eine prinzipielle Frage, sie ist auch absolut notwendig um eine effiziente und wirksame Politik führen zu können.“<sup>309</sup>

Ein weiteres Argument für die Sezessionsbestrebungen wird mit dem folgenden Satz angeführt:

„In Belgien ist eine gute Verwaltung unmöglich: Die belgischen föderalen Regierungen werden ja gelähmt durch die andauernden Streitigkeiten zwischen flämischen und französischsprachigen Politikern, die über fast jede Frage einer anderen Meinung sind.“<sup>310</sup>

Diese Unstimmigkeiten bzw. Uneinigkeiten beziehen sich laut Vlaams Belang insbesondere auf die sehr wichtigen Themen, wie Sicherheit, Justiz, Wirtschaftspolitik, Immigration und Asyl.

Der nächste Abschnitt des zweiten Kapitels steht ganz im Zeichen einer restriktiven Zuwanderungspolitik. So steht zu Beginn geschrieben:

„Flandern ist kein Immigrationsgebiet. Der Vlaams Belang ist der Meinung, dass Flandern keine Politik führen darf, die weitere Immigranten anzieht. Immigranten, die in Flandern leben und wohnen möchten, müssen sich unserer Kultur und Gebräuchen anpassen.“<sup>311</sup>

Der zweite Punkt verweist auf die Tatsache, dass trotz der offiziellen Verkündung eines Zuwanderungsstopps im Jahre 1974 jährlich ungefähr 30.000 nicht europäische Ausländer im Rahmen des Familiennachzugs nach Belgien strömen.<sup>312</sup>

---

<sup>307</sup> Parteiprogramm des Vlaams Belang. <http://www.vlaamsbelang.org/61/2/>

<sup>308</sup> <http://vlaamsbelang.org/61/2/>

<sup>309</sup> Ebd.

<sup>310</sup> <http://vlaamsbelang.org/61/2/>

<sup>311</sup> Ebd.

In Bezug auf die Verleihung der belgischen Staatsbürgerschaft wird von der Partei folgende Forderung geäußert:

„Die Einbürgerung soll die Krönung eines erfolgreichen Assimilierungsprozesses sein.“

Der nächste Teil fokussiert sich mit dem Unterkapitel „Westliche vs. Islamische Werte“ auf die moslemischen Migranten in Flandern mit folgender Stellungnahme:

„Ausländer aus islamischen Ländern haben deutlich mehr Probleme, sich unserer abendländisch – westlichen Kultur und Lebensweise anzupassen. Teilweise erfolgt überhaupt keine Anpassung, denn entscheidende Wertvorstellungen islamischer Zuwanderer unterscheiden sich fundamental von unseren, beispielsweise hinsichtlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau, bezüglich der Freiheit der Meinungsäußerung oder der Trennung von Staat und Religion – also grundlegenden Prinzipien unserer westlichen Demokratie.“<sup>313</sup>

Der Vlaams Belang attestiert Einwanderern wie Griechen, Italienern und Polen, also Einwanderern aus anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union, aufgrund der Kultur im jeweiligen Herkunftsland eine höhere Anpassungsfähigkeit als bei moslemischen Türken und Marokkanern.<sup>314</sup>

Im weiteren Verlauf verlangt die Partei die Aufhebung der im Jahr 2000 erlassenen Gesetzgebung in Belgien, die „hunderttausenden Ausländern ohne irgendwelche strengen Bedingungen zu erfüllen“ die Verleihung der belgischen Staatsbürgerschaft ermöglichte. Darüber hinaus ist sie für die Abschaffung des Ausländerwahlrechts sowie auch für die Einführung einer Staatsbürgerschaftsprüfung für nicht – EU – Bürger, in der Zuwanderer eine Loyalitätserklärung gegenüber dem belgischen Staat abgeben müssen.<sup>315</sup>

Nachdem die wichtigsten Themen und Aussagen bezüglich des Konfliktes mit den Bürgern von Wallonien bzw. Ablehnung des belgischen Staates und der Einstellung des Vlaams Belang in Bezug auf Immigranten aus dem Parteiprogramm präsentiert wurden, soll sich der

---

<sup>312</sup> Vgl. <http://www.vlaamsbelang.org/61/2/>

<sup>313</sup> <http://www.vlaamsbelang.org/61/2/> ; Parteiprogramm online

<sup>314</sup> Vgl. Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. VS Verlag. S. 190.

<sup>315</sup> Vgl. <http://www.vlaamsbelang.org/61/2/>

nächste Abschnitt auf Aussagen und Standpunkte der Partei sowohl in Interviews als auch bei öffentlichen Veranstaltungen in Bezug auf die Fragestellungen in der vorliegenden Arbeit konzentrieren.

Obwohl Bruno Valkeniers seit dem Jahr 2008 als Nachfolger von Frank Vanhecke Parteiführer des Vlaams Belang ist, sollen sich folgende Ausführungen auf den Politiker Filip Dewinter beschränken, da dieser meines Erachtens den höchsten Bekanntheitsgrad und die stärkste mediale Präsenz aufweist sowie für seine Partei den Großteil der öffentlichen Auftritte bestreitet.

Filip Dewinter wurde am 11. September 1962 in Brügge geboren und ist seit 1992 Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im flämischen Regionalparlament und außerdem seit 1995 Gemeinderatsmitglied in Antwerpen. Politisch aktiv ist er schon seit seiner Schulzeit.<sup>316</sup> Im Jahre 1982 übersiedelte er nach Antwerpen, um dort Politik - und Sozialwissenschaften zu studieren. Ein Jahr später trat er der damaligen Partei Vlaams Blok bei.

### **3.5.9. Auszüge aus Interviews und politischen Reden von Filip Dewinter**

In einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“, welches am 22. Oktober 2010 geführt wurde, sprach Dewinter über den Konflikt zwischen den Flamen und Wallonen sowie über das Thema Islam bzw. moslemische Zuwanderer in Belgien.

In Bezug auf den für seine Partei essentiellen Separatismus und flämischen Nationalismus, machte Dewinter folgende Bemerkungen:

„Belgien existiert nicht, es ist ein künstliches Land. Es gibt keine belgische Nationalität oder Identität. Flamen und Wallonen haben nichts gemeinsam. Weder Wirtschaft, Sprache noch Kultur [...] In Wahrheit gibt es doch nur einen Belgier, und das ist der König [...] Ich bin Separatist. Für mich stellt sich nicht die Frage, ob Flandern unabhängig wird, sondern nur, wann es endlich so weit ist [...] Die einzige Verhandlung, die wir mit den Wallonen führen wollen, ist jene über die Spaltung des Landes. Das könnte in 48 Stunden erledigt sein.“<sup>317</sup>

---

<sup>316</sup> Vgl. [www.diepresse.com](http://www.diepresse.com) ; Titel: Filip Dewinter: „Belgien existiert nicht“ am 22. Oktober 2010

<sup>317</sup> Nach: Dewinter, Filip : [www.diepresse.com](http://www.diepresse.com) : Titel: Filip Dewinter: „Belgien existiert nicht“ am 22. Oktober 2010

Auf die Frage des Journalisten, was bei der Integration der islamischen Gesellschaft in Europa schief laufe, machte Dewinter folgende Aussagen:

„Der Islam ist der größte Feind unserer Lebensweise. Seine Anhänger sind überall und führen einen heiligen Krieg gegen unsere Kultur: Nicht militärischer Art, sondern auf kultureller, demografischer und politischer Ebene. Europa war in der Geschichte immer schon der Erzfeind des Islam, und die Immigration ist eine seiner größten Waffen. Doch unsere Kultur ist jener des Islams weit überlegen, deshalb müssen wir sie auch verteidigen.“<sup>318</sup>

„Mir ist klar, dass man nicht alle Islamisten zurückschicken kann. Doch wer in Europa lebt, muss sich nicht nur integrieren, sondern auch anpassen. Jemand, der nach den Grundsätzen des Islams lebt, kann kein Bürger Europas sein.“<sup>319</sup>

Auf die Frage, was neben der FPÖ – Konferenz noch auf dem Programm seines Besuchs in Wien stehe, antwortete Dewinter:

„Ich werde den Aufenthalt dazu nützen, Blumen an der Statue von Prinz Eugen niederzulegen. Er hat Wien von den Türken befreit und ihm haben wir zu verdanken, dass wir in einem freien Europa leben.“<sup>320</sup>

In einem Interview mit der Wochenzeitung „Zur Zeit“ am 15. März 2011<sup>321</sup>, welches ganz im Zeichen der Flüchtlingsströme aus Nordafrika nach Europa stand, machte Filip Dewinter folgende Standpunkte öffentlich:

„Jeder zusätzliche muslimische Einwanderer trägt natürlich bei zur Islamisierung Europas. Deswegen soll die Immigration von muslimischen Bevölkerungsgruppen so viel wie möglich eingeschränkt werden. Diese nordafrikanische Migranten sind keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention und sollen auf keinen Fall in die EU zugelassen werden.“<sup>322</sup>

---

<sup>318</sup> Ebd.

<sup>319</sup> Ebd.

<sup>320</sup> Ebd.

<sup>321</sup> Vgl. Zur Zeit: „Europa ist nicht das Welt – Sozialamt“ am 15. März 2011

<sup>322</sup> Nach: Dewinter, Filip: Zur Zeit: „Europa ist nicht das Welt – Sozialamt“ am 15. März 2011

Auf die Auswirkungen der muslimischen Zuwanderung nach Belgien angesprochen, antwortete Dewinter:

„Die Auswirkung der muslimischen Einwanderung in Belgien ist sehr negativ. Marokkaner und Türken bilden hier die größten Einwanderergruppen. Von einer Integration in unsere Gesellschaft ist bei diesen muslimischen Zuwanderern kaum die Rede. Es ist im Gegenteil eher die heimische Gesellschaft, die sich umstellt auf die Kultur und Religion dieser Zuwanderer. Die riesigen Kulturunterschiede, aber vor allem die Wesensart des Islams selber, verhindert jede Anpassung an die Mehrheitskultur.“<sup>323</sup>

Am Ende des Interviews machten Dewinter folgenden Standpunkt klar:

„Europa ist nicht eine Anlaufstelle für alle Heimatlosen und Habenichtss der ganzen Welt. Wir sind nicht das Weltsozialamt.“<sup>324</sup>

Der nächste Abschnitt widmet sich den von Filip Dewinter bei öffentlichen Veranstaltungen und Interviews getätigten Aussagen, wobei weiterhin als Quelle Videobeiträge der Webseite YouTube verwendet werden:

Für einen Eklat sorgte Filip Dewinter anlässlich seiner Rede bei einer Sitzung des flämischen Parlaments im September 2010, als er eine kopftuchtragende ZuhörerIn aufforderte, ihr Kopftuch abzulegen, oder ansonsten das Parlament zu verlassen.

„Wenn Moslems in der öffentlichen Galerie sitzen, müssen sie wenigstens ihre Kopftücher ablegen, aus Respekt vor dem Parlament, ansonsten sollten sie die Galerie verlassen.“<sup>325</sup>

Außerdem meinte Filip Dewinter:

„Ich denke, dass religiöse Neutralität des Parlaments auch für Moslems, die ein politisches Symbol tragen, gelten sollte.“<sup>326</sup>

---

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Ebd.

<sup>325</sup> Nach: Dewinter, Filip: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Filip Dewinter and Islam ; 20. April 2010

<sup>326</sup> Ebd.

Im Rahmen seiner Rede anlässlich des Kongresses des Vlaams Belang in Flandern am 1. Juni 2010, gab Filip Dewinter folgende Stellungnahmen ab:

„Der Vlaams Belang ist die einzige Partei, die schon seit vielen Jahren vor der Massenimmigration warnt [...] Die Muslime hier sind ein Heer ohne Waffen, sie erobern unsere Bezirke [...] Wir müssen damit aufhören, uns dem Islam anzunähern [...] Der Islam hat eine Eroberungsideologie, also keine Anerkennung des Islams, keine islamistische Sexapartheid in unseren Schwimmbädern, keine Kopftücher im staatlichen Bildungswesen, keine Minarette und Moscheen und ganz sicher keine neuen Muslime hier in Flandern oder in Europa [...] Stoppt die Massenimmigration! Liebe Freunde, ich habe den Eindruck, dass der Islam für Folgendes steht: I für Intoleranz, S für Sexismus, L für verlogen, A für antidemokratisch und M für Mittelalterlich.“ (Anm.: diese Auflistung wurde in flämischer Originalsprache durchgeführt).<sup>327</sup>

Filip Dewinter ist bei verschiedenen anti – islamischen Bewegungen und islamkritischen Veranstaltungen ein gern gesehener Gast und Redner. So nahm er an einer Anti – Minarett – Konferenz im Jahre 2010 in Deutschland teil, die von der islamfeindlichen Liste pro – NRW (Nordrhein Westfalen) organisiert wurde und hielt dort eine Rede, die er ironisch mit dem für Muslime typischen Gruß „Salam Aleikum“ einleitete.<sup>328</sup>

„Wir sind in der Tat Kameraden, an erster Stelle in unserem gemeinsamen Kampf für die Erhaltung unserer europäischen Zivilisation und Tradition. Wir erleben hier heute das Fundament der Internationalen Nationalen gegen die Islamisierung Europas [...] Wir sind das Sprachrohr von der Mehrheit der europäischen Bevölkerung. Die Islamisierung Europas ist die wichtigste Bedrohung für unsere Zukunft.“<sup>329</sup>

„Lassen wir das Volk gegen den Multikulturalismus, die Islamisierung und die Massenzuwanderung mobilisieren, denn wir sind das Volk.“<sup>330</sup>

---

<sup>327</sup> Nach: Dewinter, Filip: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Toespraak Filip Dewinter deel 2 ; 1. Juni 2010

<sup>328</sup> Nach: Dewinter, Filip: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Anti-Minarett-Konferenz von pro NRW; es spricht Filip Dewinter vom Vlaams Belang ; 27. März 2010

<sup>329</sup> Ebd.

<sup>330</sup> Ebd.



„Der Islam ist eine Eroberungsreligion, die die Vernichtung unserer Demokratie anstrebt und diese durch eine auf der Scharia basierenden Diktatur ersetzen will. An einem sollen Sie nicht zweifeln: Der Islam hat vor, ganz Europa zu erobern. Der Islam ist ein Raubtier, bereit, um sich auf das schwächste Opfer zu stürzen.“<sup>331</sup>

„Die Kritik am Islam wird von unseren Gegnern schnell mit Islamophobie gleichgesetzt. Wenn die Islamophobie wirklich einer Kritik am Islam gleicht, dann hat jeder die Pflicht, islamophob zu sein.“<sup>332</sup>

Auch beim Antiislamisierungskongress im Jahre 2009 hielt Dewinter eine Rede und machte unter anderem folgende Aussagen in Bezug auf die angebliche Islamisierung Europas:

„Liebe Freunde! Der Islam ist ein Kuckuck, der seine Eier in das europäische Nest legt. Und die Multikultur verpflichtet uns, diese Islameier auszubrüten. Die Augen der politischen Elite werden nur geöffnet werden, wenn wir aus diesem Nest gestoßen werden. Ja, die Masseneinwanderung aus der Dritten Welt bedroht unsere Identität und unseren Wohlstand. Ja, der Islam ist dabei, ganz Europa zu erobern. Ja, der Islam ist in vielen Bereichen nicht vereinbar mit unserer westlichen europäischen Zivilisation, mit unseren europäischen Normen und Werten. Die multikulturelle Gesellschaft in Europa führt zur multikulturellen Apartheid, zu kulturellen Ghettos, wo Ghettofundamentalisten und örtliche Ayatollahs das Regiment führen. In diesen Ghettos werden die europäischen Normen und Werte nicht anerkannt [...] Multikulturelle Gesellschaften sind an erster Stelle Konfliktgesellschaften, multikulturell ist gleich multikriminell.“<sup>333</sup>

„Wir wollen keine Koranschulen, keine islamistischen Vereinigungen und Moscheen an jeder Ecke der Straße. Wir sind der verschleierten Frauen mit Burkas oder Tschadors, die eine Beleidigung sind für jede emanzipierte Frau überdrüssig. Wir sind der arabischen und türkischen Aufschriften auf Ladenscheiben und Produkten überdrüssig. Wir ekeln uns vor den rituellen Abschlachtungen von Tieren.“<sup>334</sup>

---

<sup>331</sup> Ebd.

<sup>332</sup> Ebd.

<sup>333</sup> Nach: Dewinter, Filip: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Filip Dewinter (Rede) beim Anti-Islamisierungskongress 2009 ; 11. Mai 2009

<sup>334</sup> Ebd.

„Europa ist ein Kontinent von Schlössern und Kathedralen, und nicht von Minaretten und Moscheen.“<sup>335</sup>

Anlässlich einer Reise von Rechtspolitikern nach Israel, an der auch FPÖ Obmann Heinz - Christian Strache und andere Funktionäre teilnahmen, gab Filip Dewinter dem islamkritischen und islamfeindlichen Blog „Politically Incorrect“ ein Fernsehinterview.

Auf die Frage des Journalisten, ob es seiner Meinung nach einen Unterschied zwischen Islam und einem Radikalislam gibt, meinte Dewinter Folgendes:

„Es gibt viele moderate Moslems. Ich glaube, dass die Mehrheit der in Europa lebenden Muslime moderat ist. Sie praktizieren nicht den Islam wie die Fundamentalisten es machen, aber das ist nicht relevant. Die Frage, die relevant ist, lautet: Ist der Islam moderat? Nein, der Islam ist nicht moderat und es gibt nicht zwei, drei, vier, fünf verschiedene Arten von Islam. Und wir müssen verstehen, dass der Koran der Koran und der Islam der Islam ist, und ich weiß, dass es in Europa einige naive Politiker gibt, die glauben, eine Art aufgeklärten europäischen Islam unterstützen zu können. Die einzige Konsequenz daraus wird nicht ein europäischer Islam sein, sondern ein islamisiertes Europa [...] Die einzige Lösung ist, den Islam nicht mehr zu fördern, so wie wir es in meinem Land Belgien machen. In Belgien erkennen wir den Islam als offizielle Religion nicht mehr an. Ich stehe für die Meinungs – und Religionsfreiheit, aber dieses Recht ist individuell und heißt noch lange nicht, dass die islamische Gemeinschaft an jeder Ecke eine Moschee mit Minaretten und auch noch Koranschulen errichten muss. Die Religionsfreiheit ist ein individuelles, aber kein kollektives Recht.“<sup>336</sup>

Angesprochen auf die Situation über die Muslime in Belgien, antwortete Dewinter:

„Die Islamisierung in Belgien ist sehr vorangekommen. In Brüssel gibt es bereits Bezirke mit moslemischer Mehrheit [...] In meiner Stadt Antwerpen gibt es bereits mehr als 40 Moscheen. In manchen Bezirken gibt es mehr Moscheen als

---

<sup>335</sup> Ebd.

<sup>336</sup> Nach: Dewinter, Filip: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: European Freedom Alliance – Interview Filip Dewinter ; 29. Dezember 2010

Kirchen. Viele Flamen haben bereits diese Bezirke verlassen, und genau das wollen die Moslems auch. Sie wollen ihre Enklaven in mitten unserer Stadt errichten. Das ist ihre Strategie, und wenn sie einmal die Macht erlangen werden, dann werden sie die Scharia einführen und moslemische Republiken werden in unseren eigenen Städten entstehen. Damit nicht genug, wollen sie auch ganz Europa erobern für den Islam, für den Propheten Mohammed und für Allah.“<sup>337</sup>

In Bezug auf eine Kooperation des Vlaams Belang mit anderen Rechtsparteien in Europa, machte Dewinter folgende Aussage:

„Ich möchte betonen, dass wir uns vereinen sollten. Wir sollten zusammenarbeiten. Wir alleine können die Islamisierung nicht stoppen. Nur wenn wir mit all diesen islamkritischen, patriotischen, rechten, konservativen Parteien in Europa zusammenarbeiten, haben wir eine Chance. Die Moslems, selbst wenn sie in Sunniten und Schiiten und alle anderen Gruppen geteilt sind, arbeiten zusammen. Sie alle sind zuerst Moslems. Die Moderaten und die Radikalen, die Sunniten und Schiiten, sie alle arbeiten zusammen, und wir sollten dasselbe tun. Wir sollten vereint gegen die Islamisierung Europas auftreten.“<sup>338</sup>

Im weiteren Verlauf des Interviews fragte der Reporter, ob der Islam auch eine Gefahr für die jüdische Bevölkerung angesichts der Tragödie des Holocausts darstelle. Dewinters Antwort ist folgende:

„Islam ist der grüne Faschismus. Es ist auch eine totalitäre Ideologie, weil der Islam nicht nur Religion, sondern in erster Linie eine politische Ideologie ist. Der Islam will die Welt erobern. Sie werden erst dann aufhören, nachdem sie die Welt erobert haben. Der Islam ist sogar aggressiver als der Faschismus, gefährlicher als der Nationalsozialismus. Warum? Weil der Faschismus und Nationalsozialismus politischen Ideologie waren. Der Islam ist eine politische Ideologie und außerdem eine Religion. Das macht den Islam eben noch gefährlicher als alle anderen totalitären Ideologien, die wir kennen.“<sup>339</sup>

---

<sup>337</sup> Ebd.

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Ebd.

Auf die Frage des Journalisten, wie wichtig es sei, die Gesellschaft Europas über den Islam zu informieren, machte der Vlaams Belang Politiker folgende Stellungnahme:

„Es ist sehr wichtig. Ich weiß, dass mein guter Freund Geert Wilders (Anm. Parteichef der Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden) sagt, dass man den Koran verbieten muss. Nein, wir sollten den Koran lesen, wir sollten den Koran jedem in die Hand geben, damit sie verstehen, was im Koran geschrieben steht. Wenn man wissen wollte, was Hitler den Juden antun wollte, dann hätte man damals „Mein Kampf“ lesen müssen, und man hätte es erfahren. Das stand alles im Buch. Wenn man wissen will, was der Islam vor hat zu tun, dann soll man den Koran lesen.“<sup>340</sup>

### **3.6. Die PVV - Partij voor de Vrijheid**

Die niederländische Partij voor de Vrijheid PVV (Partei für die Freiheit) wurde erst im Jahr 2006 von dem niederländischen Politiker Geert Wilders gegründet. In diesem Zusammenhang soll die Biographie des Parteigründers und Parteiführers im nächsten Abschnitt beschrieben werden.

#### **3.6.1. Biographie von Geert Wilders und politische Entwicklung der PVV**

Geert Wilders wurde am 6. September 1963 in Venlo in der niederländischen Provinz Limburg geboren. Seine politische Karriere begann er erst nach dem Militärdienst und dem Studium der Rechtswissenschaften sowie einem Auslandsaufenthalt in Israel 1989 mit seinem Eintritt in die rechtsliberale niederländische Partei Volkspartij voor Vrijheid en Democratie VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie).<sup>341</sup> Nach seiner kurzen Tätigkeit als Gemeinderat in Utrecht wurde er 1998 in die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments gewählt und musste die Fraktion seiner Partei im Jahre 2004 „wegen seiner islamkritischen Haltung [...], seines oft undiplomatischen Stils“<sup>342</sup> sowie wegen parteiinterner Differenzen über den politischen Kurs der VVD verlassen und verließ mit seiner

---

<sup>340</sup> Ebd.

<sup>341</sup> Vgl. BBC News Online: Netherlands Islam Freedom: Profile of Geert Wilders am 23. Juni 2011

<sup>342</sup> „Het gelijk van Fortuyn“ (De Volkskrant, 20. Dezember, 2003). In: Krause, André (2010): Geert Wilders´ Wahlprogramm: Systemfrage und Kulturkampf. epubli Verlag. S.9.

Einmannfraktion „Groep Wilders“. <sup>343</sup> Zwei Jahre später wurde seine Fraktion in Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit) umbenannt und konnte bei der niederländischen Parlamentswahl 2006 aus dem Stand heraus 5,9% der Wählerstimmen und neun Mandate in der Zweiten Kammer erreichen.<sup>344</sup>

Einen sensationellen Wahlerfolg feierte Geert Wilders bei der Parlamentswahl am 9. Juni 2010, als er mit einem Wähleranteil von 15,45 % und einem Gewinn von 15 Mandaten sein Ergebnis aus dem Jahr 2006 mehr als verdoppeln konnte und als einziger Gewinner dieser Wahl hervorging.<sup>345</sup> Die Partij voor de Vrijheid ist in der aktuellen Konstellation der Zweiten Kammer mit 24 Mandaten vertreten.

Bevor auf das Wahlprogramm von Geert Wilders aus dem Jahr 2010 sowie seine in der Öffentlichkeit getätigten Aussagen näher eingegangen wird, sollen im nächsten Abschnitt zunächst auf die Eckpunkte des politischen Systems der Niederlande eingegangen werden.

### **3.6.2. Zum politischen System der Niederlande**

Die Niederlande sind eine parlamentarische Monarchie mit einem König als *Staatsoberhaupt* (Anm. aktuell Königin Beatrix), der bzw. die gemeinsam mit dem Kabinett die niederländische Regierung bildet. Jedoch ist, wie in anderen parlamentarischen Monarchien, ihre Funktion und Rolle auf jene eines Staatsoberhauptes in einem parlamentarischen System beschränkt.<sup>346</sup> Dennoch nimmt sie bei der Regierungsbildung eine bedeutsame Rolle ein und steht im regelmäßigen Kontakt mit der politischen Elite.

Das *niederländische Parlament*, welches „Generalstaaten“ genannt wird, ist ein Zweikammersystem. Die *Erste Kammer* setzt sich aus 75 Senatoren zusammen, die von allen Mitgliedern der Provinzlandtage für eine Legislaturperiode von vier Jahren gewählt werden. Die *Zweite Kammer* besteht aus 150 Abgeordneten, die ebenfalls für einen Zeitraum von vier Jahren gewählt werden. Die Hauptaufgaben des Parlaments sind neben der Gesetzgebung auch die Kontroll- und Öffentlichkeitsfunktion (Antragsrecht), wie zum Beispiel in der Budgetpolitik.

---

<sup>343</sup> Anm. Name der Fraktion von Geert Wilders.

<sup>344</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. ÖGFP. S.92.

<sup>345</sup> Vgl. Der Spiegel Online: Wilders zieht die Niederlande nach rechts; am 10. Juni 2010

Die *niederländische Regierung* wird von dem Ministerpräsidenten, Ministern des jeweiligen Bereichs und den Staatssekretären gebildet.<sup>347</sup> Der Ministerpräsident besitzt keine Richtlinienkompetenz und aufgrund der in den Niederlanden üblichen Mehrparteienkoalitionsregierungen kaum Weisungs- und Einflussmöglichkeiten auf die Politik der Regierungsmitglieder, die nicht seiner Partei angehören. Außerdem hat er auf die personelle Zusammensetzung der Mitglieder seines Kabinetts, die ebenso nicht seiner Partei angehören, keine Einflussmöglichkeit.

Die aktuelle Anzahl und Mandatsverteilung der wichtigsten Parteien nach der letzten Wahl der Zweiten Kammer der Niederlande im Jahr 2010 ergibt sich folgendermaßen:<sup>348</sup>

1. Volkspartij voor Vrijheid en Democratie VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie)  
20,5 % ; 31 Mandate
  
2. Partij van de Arbeid PvdA (Arbeiterpartei)  
19,6 % ; 30 Mandate
  
3. Partij voor de Vrijheid PVV (Partei für die Freiheit)  
15,5 % ; 24 Sitze
  
4. Christen Democratisch Appél CDA (Christdemokraten)  
13,6 % ; 21 Mandate
  
5. Socialistische Partij SP (Sozialistische Partei)  
9,8 % ; 15 Mandate

Insgesamt sind zehn Parteien in der Zweiten Kammer der Niederlande vertreten. Mit einer Mandatszahl von 24 Abgeordneten gehört die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders zu der drittstärksten Fraktion.

---

<sup>346</sup> Vgl. Lepszy, Norbert. Wilp, Markus: Das politische System der Niederlande. In: Die politischen Systeme Westeuropas. VS Verlag. S. 407 ff.

<sup>347</sup> Vgl. Ebd. S.412 ff.

<sup>348</sup> Vgl. [www.kiesraad.nl](http://www.kiesraad.nl)

Die letzte Parlamentswahl am 9. Juni 2010 brachte für kein politisches Lager eindeutige Mehrheitsverhältnisse.<sup>349</sup> Aus diesem Grund wurde eine rechte Minderheitsregierung bestehend aus VVD und CDA unter Ministerpräsident Mark Rutte (VVD) mit Unterstützung von Geert Wilders gebildet, dessen PVV kein Regierungsamt bzw. Ministerien erhalten hat.

Der nächste Abschnitt soll sich den wichtigsten Forderungen von Geert Wilders Partei in Bezug auf das Thema Islam und Migration in seinem Wahlprogramm, das er anlässlich der niederländischen Parlamentswahl 2010 veröffentlicht hat, widmen.

### **3.6.3. Das Wahlprogramm 2010 für die Partij voor de Vrijheid**

Eingeleitet wird das 60 Seiten umfassende Wahlprogramm mit dem Verweis auf einen angeblichen Verlust der Niederlande durch die Islamisierung von Bezirken, Straßen und Schulen sowie mit einem Verweis auf die steigende Kriminalität aufgrund der Massenzuwanderung.<sup>350</sup> Die Kritik an der Massenzuwanderung geht auch mit einem Angriff auf die anderen politischen Parteien und Politiker einher, die an dieser Massenzuwanderung schuld wären. In der Einleitung wirft Geert Wilders den muslimischen Migranten eine Zuwanderung in den Sozialstaat vor.

„[...] der Sozialstaat ist zu einem Magnet für Glücksucher aus islamistischen Ländern verkommen. Nicht mehr ein Schutzschild für die Schwachen, sondern ein Abholschalter für unverhältnismäßig viele muslimische Immigranten. Henk und Ingrid bezahlen für Ali und Fatima.“<sup>351</sup>

Im selben Abschnitt bezieht sich Wilders auf die Folgen der Massenimmigration, die enorme Auswirkungen auf die niederländische Gesellschaft hätte:

„Sie (Anm. die Massenzuwanderung) ist wirtschaftlich gesehen eine Katastrophe, sie greift die Qualität unseres Schulsystems an, vergrößert die Unsicherheit auf der Straße, führt zu einem Auszug aus unseren Städten, vertreibt Juden und Homosexuelle und spült jahrzehntelange Frauenemanzipation durch das WC [...]“

---

<sup>349</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Online: Rechtsruck in den Niederlanden: am 10. Juni 2010

<sup>350</sup> Vgl. Geert Wilders: Verkiezingsprogramma. S. 5 ff.

<sup>351</sup> Ebd.

Das Kapitel „Kiezen voor islambestrijding en tegen de massa – immigratie“ („Sich für die Islambekämpfung und gegen die Massenmigration entscheiden“) beginnt mit der Bezeichnung des Islams als eine „politische Ideologie, totalitäre Lehre, gerichtet auf Vorherrschaft, Gewalt und Unterdrückung.“<sup>352</sup> Vollkommen fehlt die Anerkennung des Islams als eine Religion. Auch der im folgenden Satz geäußerte Verweis auf die Existenz von gemäßigten Muslimen, wird durch die Anspielung auf einen „substantiellen Teil der Islamisten“, der nicht gemäßigt ist, sofort konterkariert. Außerdem beschuldigt Geert Wilders den in den Niederlanden lebenden Muslimen einer „breiten Unterstützung für die Einführung der Scharia und für die Terroranschläge am 11. September“.<sup>353</sup>

Der nächste Abschnitt beginnt mit folgender Bemerkung über den Islam:

„Was sicher nicht besteht, ist ein gemäßigter Islam. Der Islam steht auf zwei unveränderbaren Pfeilern: die „Wortwörtlichkeit“ des Korans und die Vollkommenheit von Mohammed, seinem Propheten. Der Islam geht von einer Ungleichheit der Menschen aus. Er sieht zwei Kategorien vor: Muslime und Kafir (Ungläubige). Die eine ist überlegen und die andere minderwertig. Der Islam strebt nach Weltherrschaft. Jihad ist die Pflicht jedes Moslems. Der Koran schreibt ein Verhalten vor, das im Widerspruch zu unserem Rechtsstaat steht, sowie Antisemitismus, Diskriminierung von Frauen, das Töten von Ungläubigen und den Heiligen Krieg bis zur Weltvorherrschaft des Islam, dies ist eine Tatsache.“<sup>354</sup>

Abgeschlossen wird dieser Abschnitt durch 28 von Wilders geäußerten Lösungsvorschlägen bzw. Forderungen in Bezug auf die Migrationspolitik in den Niederlanden, von denen an dieser Stelle nur die wichtigsten zitiert werden.

- „Der Islam ist vor allem eine politische Ideologie und kann daher auf keine einzige Weise einen Anspruch auf die Vorrechte einer Religion erheben.“
- „keine Moscheen sollen dazukommen.“
- „alle islamistischen Schulen sollen geschlossen werden.“
- „Moscheen, in denen Gewalt propagiert wird, sollen geschlossen werden.“
- „keine Unterstützung mehr für islamistische Medien: Marokko.nl, Maroc.nl, etc.“
- „Burka und Koran sollen verboten werden; Einführung der Kopftuchsteuer.“

---

<sup>352</sup> Wilders, Gerd: Verkiezingsprogramma. S. 13 ff.

<sup>353</sup> Ebd.

<sup>354</sup> Ebd.



- „Koranstunden in Schulen sollen verboten werden.“<sup>355</sup>

Vor allem ist zu erkennen, dass ein vollständiger Immigrationsstopp für Menschen aus islamischen Ländern gefordert wird.

In diesem Fall ist es besonders wichtig zu erwähnen, dass sich einige der geäußerten Forderungen auch auf Einwanderer generell beziehen, und nicht nur auf Muslime. So wird von Geert Wilders Partei unter anderem die Vergabe von Sozialleistungen für Ausländer erst nach einem zehnjährigen Aufenthalt in den Niederlanden, der mit einer regelmäßigen Arbeit verknüpft wird sowie zusätzlich die Vergabe von Sozialleistungen von der Kenntnis der niederländischen Sprache abhängig gemacht. Außerdem spricht sich Wilders für eine Bestrafung des illegalen Aufenthalts in den Niederlanden aus sowie für das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft.

- „Für Ausländer gilt: Arbeiten oder das Land verlassen. Keine Arbeit bedeutet kein Platz in den Niederlanden.“<sup>356</sup>

Erwähnt werden in dem Programm außerdem die Forderung nach einer Schließung des Arbeitsmarkts für Polen sowie ein Ausschluss der Länder Bulgarien und Rumänien aus der Europäischen Union.

Die Europäische Union als Gegner und Feindbild wird in dem Wahlprogramm der Partij voor de Vrijheid lediglich in einem kürzeren Abschnitt erwähnt. In diesem Paragraph wird die Europäische Union als „eine andere Gefährdung unserer Demokratie“ zusätzlich zum Islam bezeichnet, vergleichbar mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.<sup>357</sup>

„Es ist ein Superstaat mit weitgehenden Befugnissen ohne ausreichende demokratische Kontrolle. Das sogenannte Parlament hat keinen Einfluss.“<sup>358</sup>

Abgeschlossen wird der Absatz mit acht Forderungen, von denen die bedeutendsten in folgenden Aufzählungen angeführt werden:

---

<sup>355</sup> Wilders, Gerd: Verkiezingsprogramma S.15.

<sup>356</sup> Ebd.

<sup>357</sup> Wilders, Gerd: Verkiezingsprogramma. S. 17 ff.

<sup>358</sup> Ebd.

- „Europäische Zusammenarbeit im ökonomischen und monetären Bereich ist gut, aber kein europäischer Superstaat.“
- „Schafft das EU Parlament, das kein Parlament ist, einfach ab“.
- „Die Niederlande bekommt all ihre Befugnisse und ihr Vetorecht zurück.“<sup>359</sup>

Für internationales Aufsehen sorgte Geert Wilders erstmals mit der Veröffentlichung des islamfeindlichen Kurzfilms „Fitna“ am 27. März 2008.<sup>360</sup> Das arabische Wort Fitna bedeutet zu Deutsch „Versuchung“ sowie „Zwietracht“. Der fünfzehnminütige Film besteht aus zwei Teilen und beginnt mit der Darstellung des Propheten Mohammed als Cartoon sowie mit der Zitierung von fünf Koranversen. Gleichzeitig, neben den Zitaten werden Bilder von islamistisch motivierten Terroranschlägen, wie den 11. September oder die Madrider Bombenanschläge im März 2004 gezeigt sowie Aufnahmen von islamistischen Hasspredigern aufgezeigt, „die zum heiligen Krieg gegen Ungläubige, Christen oder Juden aufrufen und als Ziel eine Weltherrschaft des Islams verkünden.“<sup>361</sup> Der zweite Teil verweist auf die rasant wachsende Anzahl von Muslimen in den Niederlanden und die Folgen einer Islamisierung Europas, wie zum Beispiel die Anwendung von Gewalt gegen Frauen und Homosexuelle. Der Film „Fitna“ endet mit dem folgenden Aufruf:

„Der Islam will herrschen, unterdrücken und strebt nach der Zerstörung unserer westlichen Zivilisation. Im Jahr 1945 wurde der Nationalsozialismus in Europa besiegt. Im Jahr 1989 wurde der Kommunismus in Europa besiegt. Jetzt muss die islamische Ideologie besiegt werden.“<sup>362</sup>

Die niederländische Regierung unter Jan Peter Balkenende distanzierte sich umgehend von diesem Film mit der Erklärung, dass „Fitna“ nichts anderes als die Verletzung von Gefühlen bezwecke.<sup>363</sup> Ebenso heftig kritisiert wurde Geert Wilders von dem Weltkirchenrat mit dem Verweis auf das Schüren von Islamophobie. Die NATO äußerte ihr Befürchten vor einem Vergeltungsanschlag seitens der radikalislamischen Taliban gegen in Afghanistan stationierten niederländischen Soldaten.<sup>364</sup> In einigen islamischen Ländern, wie Afghanistan, Pakistan und Ägypten kam es zu Massenprotesten gegen Wilders<sup>365</sup> und der Iran drohte, die

<sup>359</sup> Wilders, Gerd: Verkiezingsprogramma. S. 18.

<sup>360</sup> Vgl. <http://www.theology.de/themen/fitna.php>

<sup>361</sup> Vgl. <http://www.theology.de/themen/fitna.php>

<sup>362</sup> Vgl. [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Film FITNA; 5. Februar 2011

<sup>363</sup> Vgl. [www.theology.de/themen/fitna.php](http://www.theology.de/themen/fitna.php)

<sup>364</sup> Vgl. BBC News Online: Nato fears over Dutch Islam film: am 3. März 2008

<sup>365</sup> Vgl. Reuters News: Islamist video responds to Dutch film and war on terror; am 25. April 2008

diplomatischen Beziehungen zu den Niederlanden zu überprüfen. Auf einer Internetseite, die der radikalislamischen Terrororganisation Al – Qaida zugeordnet wird, wird zur Ermordung von Geert Wilders aufgerufen.<sup>366</sup>

Die Regierung von Großbritannien unter der Führung von Premierminister Gordon Brown verhängte ein Einreiseverbot gegen Geert Wilders, nachdem dieser auf Einladung eines Anhängers der britischen Nationalistenpartei UKIP seinen Film in der Zweiten Kammer des britischen Parlaments, dem House of Lords, vorführen wollte.<sup>367</sup>

Trotz der heftigen Proteste gegen Geert Wilders und dessen Film sprachen sich im Rahmen einer Umfrage des niederländischen Forschungsinstituts TNS NIPO 54% der befragten Personen in den Niederlanden für eine Veröffentlichung und Sendung dieses Kurzfilms aus.<sup>368</sup>

#### **3.6.4. Auszüge aus Interviews und politischen Reden von Geert Wilders**

Nach den wichtigsten Aussagen und Standpunkten im Wahlprogramm 2010 wird sich der nächste Abschnitt den Aussagen, die Geert Wilders im Rahmen von Interviews gemacht hat: Eines der Interviews wurde für das deutsche Wochenmagazin „Der Spiegel“ kurz nach Veröffentlichung des Films „Fitna“ geführt. Die erste Frage handelte von dem Recht der freien Meinungsäußerung und Toleranz.<sup>369</sup>

*Der Spiegel:* „Sie berufen sich auf das Recht der freien Meinungsäußerung. Aber Sie fordern ein Verbot des Korans. Verstößt das nicht gegen das Gebot der Toleranz gegenüber Andersgläubigen“?

*Geert Wilders:* „Für mich ist der Islam eine Gesellschaftsvision, die vom Erbrecht bis zum Strafrecht alle zwischenmenschliche Dinge regelt. Diese Ideologie ist eine Gefahr für unsere Werte. Ich hasse sie, ich hasse nicht die Muslime.“<sup>370</sup>

---

<sup>366</sup>Vgl. Radio Netherlands Worldwide: Dutch Islam critics on al – Qaeda hitlist ; am 16. Juli 2010

<sup>367</sup> Vgl. Der Spiegel Online: Provokateur, nein danke: Briten verbieten Wilders die Einreise; am 12. Februar 2009

<sup>368</sup>Vgl. Reuters: Dutch want Koran film shown but fear reactions: poll; am 5. März 2008

<sup>369</sup> Wilders, Gerd: Der Spiegel Ausgabe. 14 / 2008 ; Titel: „Ich hasse diese Ideologie“; am 31. März 2008

<sup>370</sup> Ebd.

In einer am 22. März 2010 erschienenen Ausgabe des österreichischen Wochenmagazins „Profil“ wurde Geert Wilders auf seine Forderung nach einem Immigrationsstopp für Bürger aus islamischen Ländern angesprochen.<sup>371</sup> Seine Forderung begründete der Politiker mit folgender Stellungnahme:

„[...] nicht weil wir denken, sie seien schlechte Menschen oder weil wir vor ihnen Angst haben. Das wäre lächerlich. Die große Mehrheit der Moslems in den Niederlanden sind rechtschaffene Bürger, die ein gutes Leben führen wollen. Aber wir glauben, dass die Kultur und Ideologie, die sie zu uns bringen, unseren Werten und unserer Identität widersprechen. Deshalb verlangen wir einen Stopp der Islamisierung und der Massenzuwanderung aus islamischen Ländern.“<sup>372</sup>

Auf die Frage des Journalisten, welche Kultur seiner Meinung nach die höchste und welche die niedrigste sei, antwortete Wilders:

„Ich glaube, es hat nichts mit Xenophobie zu tun, wenn man sagt, dass unsere Kultur, die auf dem Christentum, dem Judentum und dem Humanismus gründet, besser ist als die islamische.“<sup>373</sup>

Auf die Frage, ob der Islam schlimmer als jede andere Kultur sei, gab Geert Wilders folgende Antwort:

„Ich will den Islam gar nicht mit anderen Kulturen und Religionen vergleichen, denn er ist eine Ideologie. Ich sehe zwar, dass die islamische Ideologie über religiöse Symbole verfügt: Gotteshäuser, die Moscheen genannt werden, einen so genannten Propheten Mohammed, ein so genanntes Heiliges Buch namens Koran. Aber der Islam gleicht viel eher anderen totalitären Ideologien: Letztlich will der Islam alle Aspekte des Lebens und der Gesellschaft beherrschen, deshalb sehe ich ihn in einer Reihe mit dem Kommunismus oder dem Faschismus.“<sup>374</sup>

---

<sup>371</sup> Wilders, Gerd: Profil. 12. Ausgabe. „Man liebt mich, oder man hasst mich“; am 22. März 2010.

<sup>372</sup> Ebd.

<sup>373</sup> Ebd.

<sup>374</sup> Ebd.

Interessanterweise gab Geert Wilders, als er auf einen Menschenrechtsbericht, der die Diskriminierung von Muslimen in Europa kritisierte, angesprochen wurde, folgende Stellungnahme ab:

„[...] meine Partei ist gegen jegliche Diskriminierung. Wenn ein Moslem keinen Job bekommt, nur weil er Moslem ist, muss man dagegen ankämpfen.“<sup>375</sup>

Der nächste Abschnitt soll sich auf Aussagen und Erklärungen konzentrieren, die von Geert Wilders im Rahmen von öffentlichen Auftritten abgegeben wurden und ganz im Zeichen seiner starken antiislamischen Agitation stehen.

Im September 2009 hielt Geert Wilders in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments eine Rede, mit der er die damals amtierende Regierung wegen ihrer verfehlten Integrationspolitik gegenüber Moslems kritisierte und attackierte. So machte er unter anderem folgende Bemerkungen:

„Diese Regierung arbeitet enthusiastisch an der Islamisierung der Niederlande[...] In kurzer Zeit wird einer von fünf Menschen in der EU moslemisch sein.“<sup>376</sup>

„Viele Holländer sind über die Verschmutzung des öffentlichen Raums durch den Islam verärgert. Mit anderen Worten, unsere Straßen sehen an einigen Stellen zunehmend aus wie Mekka und Teheran. Kopftücher, Hass – Bärte, Burkas, Männer in langen unheimlichen weißen Kitteln. Lassen Sie uns etwas dagegen tun. Lassen Sie uns anfangen, unsere Straßen zurückzuerobern und sicherzustellen, dass die Niederlande wieder wie die Niederlande aussehen werden. Diese Kopftücher sind ein wahres Zeichen der Unterdrückung von Frauen, von Unterwerfung, von Eroberung. Es ist ein Symbol einer Ideologie, die darauf aus ist uns zu kolonisieren. [...] Wenn unsere neuen holländischen Bürger ihre Liebe zu dieser Wüstenideologie des 7. Jahrhunderts so dringend zeigen wollen, dann sollten sie das in einem moslemischen Land, aber nicht hier, in unserem Land, tun.“<sup>377</sup>

---

<sup>375</sup> Ebd.

<sup>376</sup> Nach: Wilders, Gerd: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: 1000 Euro fürs Kopftuch: Geert Wilders fordert die Kopflumpen – Steuer ; 20. September 2009

<sup>377</sup> Ebd.

Nach seiner Anmerkung, dass es in den Niederlanden ohnehin schon für vieles Steuern eingehoben werden, wie z.B.: Hunde-, Flugticket-, Parkticketsteuer, schlug Wilders die Einführung einer Kopftuchsteuer vor.

„Nicht eine Kopftuchsteuer, eine Kopflumpensteuer, so will ich es nennen [...] 1.000 Euro pro Jahr klingt für mich nach einer glatten Summe. Dann würden wir schließlich etwas Geld zurückbekommen, was uns so viel gekostet hat. Ich würde sagen: Der Verschmutzer muss zahlen.“<sup>378</sup>

Geert Wilders war im Jänner 2008 als Gast in der Sendung Hard Talk, die von dem britischen TV Sender BBC ausgestrahlt wird. Dort konfrontierte der Moderator den niederländischen Politiker mit seiner persönlichen Meinung, die besagt, dass nicht alle Muslime extremistisch eingestellt und ebenso den fundamentalistischen Islam ablehnen wie viele moderate Muslime und Personen anderer Konfessionen.

Geert Wilders antwortete:

„Die Mehrheit der Muslime in meinem Land hat zum Glück nichts zu tun mit dem radikalen Islam und mit Terrorismus. Aber es gibt eine Minderheit, eine wachsende Minderheit, die gegen unsere demokratischen Prinzipien kämpft mit der Anwendung von Gewalt und Terrorismus, wie Mohammed B., der Teo van Gogh ermordete, aber es gibt auch eine Menge an Muslimen, 15 % der Gläubigen nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in anderen Ländern, die zwar jetzt nicht gewalttätig sind, jedoch Sympathie für das Konzept des radikalen Islams haben.“<sup>379</sup>

Im Verlauf des Interviews wurde Wilders außerdem befragt, mit welchen Mitteln er mit seiner damals kleinen Fraktion von neun Abgeordneten politisch aktiv werden kann.

„Ich möchte im niederländischen Parlament einen Gesetzesantrag bezüglich des ersten Artikels der niederländischen Verfassung einbringen, der klarstellt, dass die niederländische Kultur auf Christentum, Judentum und Humanismus basiert. Natürlich heißt das jetzt nicht, dass andere Kulturen in den Niederlanden nicht willkommen wären, aber ich bin stolz darauf, dass wir in den Niederlanden

---

<sup>378</sup> Ebd.

<sup>379</sup> Nach: Wilders, Gerd: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Geert Wilders in Hard Talk (BBC) ; 30. Jänner 2008

tolerante, nicht islamische Werte vertreten. Und das ist etwas, worauf man stolz sein kann, das gilt auch für andere Länder.“<sup>380</sup>

In Bezug auf die seiner Meinung nach intolerante Haltung von Muslimen gegenüber Nichtmuslimen, meinte Wilders:

„Ich bin der Ansicht, dass wir zu lange tolerant gegenüber dem Intoleranten waren. Und ich glaube, dass wir langsam beginnen sollten, intolerant gegenüber dem Intoleranten zu werden.“<sup>381</sup>

In Bezug auf seinen Gesetzesantrag, das Tragen der Burka in den Niederlanden zu verbieten, sagte Wilders:

„Ich glaube, dass moslemische Frauen in Holland unabhängig sein sollten und ich kann Ihnen eines sagen: Wenn Sie heutzutage eine Burka in den Niederlanden tragen, werden sie keinen Job bekommen, keine holländischen Freunde haben, es ist generell ein großes Nein zur Integration und ein großes Ja zur Segregation.“<sup>382</sup>

Im Verlauf des Interviews machte Geert Wilders folgenden Standpunkt klar:

„Ich hasse nicht Menschen, ich hasse nicht Muslime. Ich habe ein Problem mit der gewalttätigen Ideologie namens Islam.“<sup>383</sup>

Als der Moderator Geert Wilders mit der Tatsache konfrontierte, dass auch in der Thora und im Alten Testament Aufrufe zur Gewalt existieren, antwortete der niederländische Politiker ausweichend:

„Der Großteil der Terrorakte und Gewalt generell, die in Europa, wie in London, Madrid oder in den Straßen von Amsterdam begangen wurden, wurden von Menschen im Namen des Islams begangen, und nicht im Namen von Buddhismus, Christentum oder Judentum.“<sup>384</sup>

---

<sup>380</sup> Ebd.

<sup>381</sup> Ebd.

<sup>382</sup> Ebd.

<sup>383</sup> Ebd.

<sup>384</sup> Ebd.

Als Spitzenkandidat seiner Partij voor de Vrijheid bei der niederländischen Parlamentswahl 2010 nahm Geert Wilders bei der Debatte mit den Kandidaten aller anderen Parteien teil. Im Rahmen dieser Debatte kritisierte Wilders den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei PvdA und ehemaligen Bürgermeister von Amsterdam, Job Cohen, für die verfehlte Zuwanderungs- und Integrationspolitik sowie wegen der hohen Kriminalitätsrate in der niederländischen Hauptstadt. Wilders ließ unter anderem mit folgenden Aussagen aufhorchen:<sup>385</sup>

„Wir müssen dafür sorgen, dass wenn marokkanisches Gesindel jede Grenze überschreitet und Stadtviertel unsicher macht und Menschen zu Grunde richtet, dass ihnen dann die Staatsbürgerschaft entzogen wird und sie ausgewiesen werden. Wofür wir sorgen müssen, ist, dass das Gesindel endlich einmal zurückstecken muss und nicht gehätschelt wird, so wie von ihnen.“<sup>386</sup>

Bei einer anderen Diskussion, deren Thema sich ebenfalls um die Zuwanderung von Muslimen in die Niederlande drehte wurde Geert Wilders von dem Moderator gefragt, ob er ernsthaft daran glaube, dass der Islam wirklich eine Gefahr für die westliche Zivilisation darstellt, antwortete Wilders:

„Ja, das ist wahr. Der Islam ist eine gewalttätige und totalitäre Ideologie, und wir haben große Probleme damit. Das ist das Ergebnis der Massenzuwanderung, die von der Arbeiterpartei betrieben und gefördert wurde. Und wir sehen täglich, was in den Niederlanden geschieht: Moslemische Gruppen, oft Marokkaner, die überhaupt keinen Respekt für jemanden haben, der kein Moslem ist, sei er christlich oder jüdisch [...] Sie sorgen für Kriminalität, Einschüchterung und Gewalt. Und ich sage: Genug ist genug! Für das Wohl unserer Leute dürfen wir keine weiteren Immigranten aus moslemischen Ländern erlauben. Und zu jenen, die bereits hier sind, sage ich: Wenn Ihr dem niederländischen Gesetz und den niederländischen Werten entspricht, dann seid Ihr willkommen zu bleiben, aber wenn nicht, dann geht Ihr ins Gefängnis, und, was mich betrifft, habt Ihr das Land zu verlassen. Genug ist genug“<sup>387</sup>

---

<sup>385</sup> Nach: Wilders, Gerd: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: 23. Mai 2010: Geert Wilders während der Premier Debatte im holländischen TV (RTL) ; 24. Mai 2010

<sup>386</sup> Ebd.

<sup>387</sup> Nach: Wilders, Gerd: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Geert Wilders Live Debate ; 5. März 2010



Auf die Frage des Moderators, ob die Kriminalitätsrate in den Niederlanden nun wirklich in direktem Zusammenhang mit der islamischen Religion der Person steht, machte Geert Wilders folgende Aussage:

„Natürlich hat es mit der islamischen Ideologie und der islamischen Kultur zu tun. Es sind nicht Hindus oder Christen, die die Straßen der Niederlande unsicher machen [...] Was für eine Bereicherung sollen denn die Muslime darstellen? Polygamie, die Beschneidung von Frauen und andere schreckliche Dinge haben wir jetzt davon.“<sup>388</sup>

Geert Wilders hält seine islamkritischen bzw. islamfeindlichen Reden nicht nur in den Niederlanden und einigen anderen Ländern in der Europäischen Union, sondern auch in den USA, wie zum Beispiel am 4. April 2009 im David Horowitz Freedom Center im US Bundesstaat Kalifornien. Hier werden die wichtigsten Auszüge seiner Rede beschrieben:

„Das erste was jeder über den Islam wissen muss, ist die Bedeutung des Korans. Wie Sie wahrscheinlich wissen, ruft der Koran zur Unterwerfung, zum Hass, zu Gewalt und Mord, zum Terrorismus und zum Krieg auf. Der Koran ruft Moslems dazu auf, Nichtmoslems zu töten. Der Koran beschreibt Juden als Affen und Schweine. Und das größte Problem ist, dass der Koran als Allahs persönliche Worte anzusehen ist. Mit Anweisungen, die ungeachtet von Ort und Zeit erfüllt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Koran nicht offen für irgendeine Diskussion oder Interpretation. Er gilt für alle Moslems und für alle Zeit. Daher gibt es keinen moderaten Islam. Sicher, es gibt viele moderate Moslems, das erkenne ich an, aber ein moderater Islam existiert nicht.“<sup>389</sup>

Über den Propheten Mohammed machte Wilders folgende Bemerkungen:

„Sein Verhalten ist ein Beispiel für alle Moslems und darf nicht kritisiert werden. Lassen Sie mich dennoch die Wahrheit über diesen sogenannten „Propheten“ sagen: Mohammed war tatsächlich ein Kriegsherr. Er war ein Eroberer. Er war ein Pädophiler. Und er war ein Massenmörder.“<sup>390</sup>

---

<sup>388</sup> Ebd.

<sup>389</sup> Nach: Wilders, Gerd: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Geert Wilders im Horowitz Center (April 2009) ; 24. Mai 2009

<sup>390</sup> Ebd.

In einem Interview mit dem Nachrichtensender EuroNews, welches am 10. Juli 2009 ausgestrahlt wurde, wurde Geert Wilders von dem Journalisten gefragt, weshalb der Islam seiner Meinung nach eine Bedrohung für Europa darstelle und wovor er denn Angst habe. Geert Wilders antwortete:<sup>391</sup>

„Lassen Sie mich eines klarstellen. Ich mache einen Unterschied zwischen der Ideologie der islamischen Religion und den Menschen. Ich habe nichts gegen Muslime, ich habe ein Problem mit der islamischen Ideologie. Ich denke, sie ist totalitär und sie kann mit anderen Religionen nicht existieren. Für die islamische Ideologie gibt es nur den Islam, davor sollten wir Angst haben [...] Ich weiß, dass es Gemäßigte gibt, die sich Muslime nennen und wir sollten mit moderaten Muslimen zusammenarbeiten. Ich glaube nur nicht an einen moderaten Islam. Ich glaube nicht, dass es wie in der christlichen Kirche im Islam zu einer Trennung zwischen Staat und Kirche kommt.“<sup>392</sup>

*Journalist:* „Wie können Sie das trennen? Der Islam als Ganzes, was Ihrer Meinung nach eine totalitäre Ideologie ist und die europäischen Moslems, die gemäßigt sind?“

„Ich gebe zu, dass die Mehrheit der moderaten Muslime in unserer westlichen Gesellschaft keine Terroristen und Extremisten sind. Sie sind ganz normale Leute. Wenn wir aber mehr Masseneinwanderung haben, dann bekommen wir mehr islamische Kultur, mehr islamische Ideologie und mehr islamische Identität. Dann wird sich unsere Gesellschaft ändern. Wir haben heute in Großbritannien 25 Schariagerichte. Vor Gericht ist dort eine Frau weniger wert als ein Mann und Homosexuelle können umgebracht werden. Die Scharia ist Teil eines antidemokratischen Gesetzes. Die Einführung der Scharia bedeutet das Ende der Demokratie.“<sup>393</sup>

Angesprochen auf einen möglichen EU Beitritt der Türkei, machte Geert Wilders folgende Aussage:

„Mit einer EU Mitgliedschaft der Türkei würden wir nur noch mehr Einwanderung bekommen, und das ist das Letzte, was wir noch brauchen können.“

---

<sup>391</sup> Nach: Wilders, Gerd: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Geert Wilders spricht über Islam, Sharia und die Zukunft Europas – Deutsch ; 10. Juli 2009

<sup>392</sup> Ebd.

<sup>393</sup> Ebd.

In einem Interview für den TV Sender „Russia Today“ im März 2010 wurde Wilders von der Reporterin gefragt, wieso er den Koran mit Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ vergleicht.

„Islam muss mit anderen totalitären Ideologien, wie Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt werden. Aus diesem Grund kann „Mein Kampf“, welches meiner Meinung nach das Symbol für den Faschismus ist, verglichen werden mit dem Symbol einer anderen totalitären Ideologie Islam, dem Koran. [...] Wenn Sie eine Ungläubige, also eine Nichtmoslemin, oder Jüdin, Christin oder vom Glauben abgefallen sind, müssen Sie hart bestraft werden, wenn nicht sogar getötet werden. Als das kann man im Koran nachlesen, und deswegen will ich ihn verbieten lassen.“<sup>394</sup>

Auf die Frage, ob ein Verbot des Korans gerade nicht gegen das Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit verstößt, antwortete Wilders:

„Normalerweise wäre es ein Verstoß, aber Sie müssen das im niederländischen Kontext verstehen. „Mein Kampf“ wurde vor einigen Jahrzehnten in den Niederlanden verboten, und zu dieser Zeit applaudierten die linken und liberalen Parteien. So sagte ich zu den Linken im Parlament: Wenn Ihr konsistent und ehrlich seid, dann sollten Sie auch einem Koranverbot zustimmen, was sie natürlich nicht befolgten.“<sup>395</sup>

Geert Wilders hielt am 3. September 2011 anlässlich des Wahlkampfs für die Bürgermeisterwahlen in Berlin für die Partei „Die Freiheit“ mit dem Spitzenkandidaten René Stadtkewitz, einem aus der Christdemokratischen Union CDU ausgeschlossenen Politiker in der deutschen Hauptstadt eine Rede, die nicht nur im Zeichen seiner antiislamischen Positionierung stand, sondern in der Geert Wilders erstmals über die Arbeit und den Erfolg seiner Partij voor de Vrijheid in der neuen niederländischen Regierung in Bezug auf Muslime in den Niederlanden sprach. So machte er unter anderem folgende Aussagen:

---

<sup>394</sup> Nach: Wilders: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Titel: Ban the Koran ? Geert Wilders speaks out on his radical views ; 7. März 2010

<sup>395</sup> Ebd.

„Wir haben erreicht, dass die Niederlande bald die Burkas und Niqabs, die das Gesicht bedecken, verbieten werden. Wir werden die Einwanderung aus nicht-westlichen Ländern in den nächsten vier Jahren um bis zu 50 Prozent reduzieren! Wir werden Kriminellen mit Doppelstaatsbürgerschaft, die wiederholt schwere Straftaten begangen haben, die niederländische Staatsbürgerschaft entziehen!“<sup>396</sup>

Zum Schluss soll erwähnt werden, dass Geert Wilders nach seiner Veröffentlichung des Films „Fitna“ sich wegen einer Anklage gegen Verhetzung und Beleidigung von Muslimen aufgrund ihrer Religion sowie Diskriminierung vor einem Amsterdamer Gericht verantworten musste.<sup>397</sup> Der langwierige Prozess endete schließlich am 23. Juni 2011 mit einem Freispruch für Wilders, der dieses Urteil als einen „Sieg für die Meinungsfreiheit“ begrüßte.<sup>398</sup> „Man darf also den Islam kritisieren, mir ist kein Maulkorb angelegt worden. Der Vorsitzende Richter bezeichnete Geert Wilders islamfeindliche Aussagen zwar als grob, dennoch habe er sie als „Kritik im Rahmen einer breiten öffentlichen Debatte über die multikulturelle Gesellschaft vorgebracht“, was trotz „dieser scharfen Form legitim“ sei. Wilders habe nicht Muslime als Individuen, also nicht Menschen angegriffen, sondern den Islam als solchen kritisiert.“<sup>399</sup>

Nachdem über die Parteien FPÖ, Vlaams Belang und die PVV ausführlich geschrieben wurde, soll sich das vorliegende Kapitel der Beantwortung der im Rahmen der Diplomarbeit gestellten Fragen widmen. In diesem Kontext soll erwähnt werden, dass sich alle Fakten und Antworten auf die über alle drei Parteien verfassten Berichte sowie verwendete Literatur, falls nicht zusätzlich angegeben, beziehen.

---

<sup>396</sup> Nach: Wilders, Gerd.: <http://www.diefreiheit.org/rede-von-geert-wilders-am-3-september-2011-in-berlin/>

<sup>397</sup> Vgl. Der Spiegel Online: Islamkritiker vor Gericht: Niederlande machen Politprovokateur Wilders den Prozess ; am 20. Jänner 2010

<sup>398</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Online: Rechtspopulist Geert Wilders freigesprochen ; am 23. Juni 2011

<sup>399</sup> Ebd.

## **4. Ergebnisse und Schlussfolgerungen**

### **4.1. Zum Ergebnis der Forschungsfrage 1 - Entwicklung und System**

- (1) Wie sehen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV hinsichtlich ihrer historischen und politischen Entwicklung und ihrer Etablierung im politischen System ihres Landes aus?
- Wenn man die Dauer der Existenz der jeweiligen Parteien berücksichtigt, so handelt es sich bei der FPÖ um die älteste Partei. Sie wurde 1956 gegründet, ihre Vorgängerpartei VdU (Verband der Unabhängigen) sogar bereits im Jahre 1949. Der belgische Vlaams Belang wurde erst 1977 gegründet und die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders ist mit dem Gründungsjahr 2006 die jüngste der drei Parteien.
  - Das Ziel für die Gründung des VdU und der FPÖ war die Wiedereingliederung von ehemaligen Nationalsozialisten in die österreichische Gesellschaft und Politik; auch die Vorgängerpartei des Vlaams Belang, Vlaams Nationale Partij, setzte sich für die Rehabilitierung von flämischen Nazikollaborateuren und ehemaligen Mitgliedern der flämischen Waffen – SS ein. Die Gründung der Partij voor de Vrijheid erfolgte aus einem anderen Motiv: Geert Wilders begann seine politische Karriere mit der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), die er jedoch im Jahr 2004 aufgrund seiner islamkritischen Haltung und seiner Ablehnung bezüglich eines EU – Beitritts der Türkei verlassen musste. Nach einer kurzen Phase als Einmannfraktion in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments gründete Wilders 2006 die Partij voor de Vrijheid.
  - Ein weiteres Motiv für die Gründung des VdU und der FPÖ war die Etablierung des Dritten Lagers als Alternative zu den beiden großen Parteien der Sozialdemokraten (SPÖ) und Christlich – Sozialen (ÖVP) in Österreich.<sup>400</sup> „Historisch berief sich die Partei gerne auf das deutsch – nationale und liberale Erbe der Revolution von 1948.“<sup>401</sup> Die Gründung des Vlaams Belang ist insbesondere im Kontext des historischen Konflikts zwischen den Flamen und Wallonen sowie des Sprachenstreits

---

<sup>400</sup> Vgl. Bauer, Werner (2009): Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa. ÖGFP. S.52.

<sup>401</sup> Ebd.

zwischen beiden Gruppen zu verstehen. Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung Flanderns - im Gegensatz zum französischsprachigen Wallonien kam der ökonomische Aspekt für den Konflikt hinzu. Der Vlaams Belang ist eine regional separatistische Partei, die den Gesamtstaat Belgien ablehnt und folglich eine unabhängige Republik Flandern etablieren möchte. Von dem flämischen Politiker Filip Dewinter wird vehement auf die Unterschiedlichkeit in wirtschaftlicher, kultureller, historischer sowie sprachlicher Hinsicht zwischen Flamen und Wallonen hingewiesen. Die Ablehnung des belgischen Staates geht mit einer Ablehnung der Monarchie sowie mit einer deutlichen Ablehnung des politischen System Belgiens einher. Im Gegensatz zu den Parteien FPÖ und Vlaams Belang kann die Gründung der Partij voor de Vrijheid nicht in einem historisch bedingten Kontext gesehen werden. Das bedeutet, die Partei ist nicht historisch verankert, sondern sie wurde von Geert Wilders nach seinem Ausschluss aus der VVD gegründet und steht den in der vorliegenden Arbeit angeführten Inhalten zufolge überwiegend im Zeichen der Islamfeindlichkeit.

- Die FPÖ verfügt, im Gegensatz zum Vlaams Belang und der PVV, über eine Reihe von parteinahen Vorfeldorganisationen. Die bedeutendsten sind:<sup>402</sup>
  - RFJ (Ring freiheitlicher Jugend)<sup>403</sup>
  - RFS (Ring freiheitlicher Studenten)<sup>404</sup>
  - RFW (Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender)<sup>405</sup>
  - CFP (Christlich – freiheitliche Plattform für ein freies Europa souveräner Völker)
- Sowohl bei der FPÖ, als auch beim Vlaams Belang ist Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre in Bezug auf die Einwanderungspolitik ein deutlicher Rechtsruck eingeleitet und somit die Verstärkung von fremdenfeindlichen und xenophoben Aussagen und Inhalten in den Parteiprogrammen vorgenommen

---

<sup>402</sup> An dieser Stelle ist zu bemerken, dass trotz intensiver Recherchen der beiden anderen Parteien keine Vorfeldorganisation zu finden ist.

<sup>403</sup> Vgl. [www.rfj.at](http://www.rfj.at)

<sup>404</sup> Vgl. [www.rfs.at](http://www.rfs.at)

<sup>405</sup> Vgl. <http://www.rfw-daten.com/>

worden. Diese Entwicklung ist vermutlich auch im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in Europa (der Fall des Eisernen Vorhangs sowie der Flüchtlingsstrom aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens) zu verstehen sowie als Strategie zur Maximierung von Wählerstimmen. Bei Geert Wilders ist innerhalb der Partei VVD, der er angehörte, aufgrund seiner Ablehnung des EU Beitritts der Türkei sowie seiner islamfeindlichen Einstellung und Aussagen eine Radikalisierung entstanden, die schließlich zu seinem Parteiausschluss führte. Seine anschließend von ihm gegründete Partij voor de Vrijheid übernahm in ihrer Programmatik sowie in der Rhetorik von Geert Wilders die islam- und teilweise fremdenfeindlichen Aussagen.

- Die Geschichte der FPÖ war stets geprägt von einem Kampf zwischen dem liberalen und dem deutschnationalen Flügel innerhalb der Partei sowie zwischen der Regierungsmannschaft und der Parteibasis. 1980 wurde mit der Wahl von Norbert Steger erstmals der liberale Flügel der Partei gestärkt, wobei sich diese Phase weder positiv auf das Wahlergebnis bei der Nationalratswahl am 24. April 1983 auswirkte noch die andauernden Flügelkämpfe die Regierungsarbeit dieser Partei erleichterte. Nach dem sogenannten Putsch am Innsbrucker Parteitag durch Jörg Haider und dem prononciert deutschnationalen Flügel kam es zu einem programmatischen und ideologischen Wechsel und Wandel der FPÖ von einer Honoratiorenpartei zu einer auf Stimmenmaximierung ausgerichteten rechtspopulistischen Partei. Als Konsequenz des Ausländervolksbegehrens 1993 trat der noch verbliebene liberale Flügel unter Heide Schmidt aus der FPÖ aus und die neugegründete Partei Liberales Forum (LIF) erhielt Klubstatus im Nationalrat, obwohl sie bei keiner Wahl antreten musste bzw. von den Wählern nicht legitimiert wurde. 1995 verabschiedete sich Jörg Haider von dem deutschnationalen Flügel und der Ideologie der Partei und fokussierte sich stattdessen auf einen Österreichpatriotismus in dem Parteiprogramm der FPÖ. Der nächste Konflikt zeichnete sich im September 2002 in Knittelfeld ab, als die Jörg Haider treue rechte Parteibasis und Gegner einer Fortsetzung der Regierungskoalition mit der ÖVP gegen die eher moderate Regierungsmannschaft unter der Führung von Vizekanzlerin Susanne Riess – Passer aufbegehrte. Dieser nicht enden wollende Flügelkampf innerhalb der FPÖ führte schließlich im April 2005 zu einer Parteispaltung des Dritten Lagers, wobei die neue FPÖ unter Heinz Christian Strache die Koalitionsregierung mit der ÖVP abbrechen wollte und das von Jörg Haider neu gegründete BZÖ die Regierungsarbeit mit der Volkspartei fortsetzte. Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik waren BZÖ Politiker als Minister in

der Regierung tätig, obwohl sich das BZÖ zu diesem Zeitpunkt bei keiner Nationalratswahl angetreten war. Der Nationalratsklub der freiheitlichen Partei setzte sich nach der Spaltung aus FPÖ, BZÖ und unabhängigen Mitgliedern zusammen. Der Großteil der aktuellen FPÖ Führungsriege unter Heinz – Christian Strache steht wiederum in der Tradition des deutschnationalen Lagers.

Verglichen mit der FPÖ verlief die Geschichte und Entwicklung des Vlaams Belang gerade zu friedlich. Nach intensiver Recherche und Lektüre der Geschichte des Vlaams Belang ist kein einziger Flügelkampf erwähnt worden. Dennoch soll erwähnt werden, dass die Partei im November 2004 nach einer gerichtlichen Verurteilung wegen Verstoßes gegen die geltenden Antirassismusregelungen aufgelöst wurde und mit einem neuen Namen und modifiziertem Parteiprogramm neu gegründet wurde.

Die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders ist meiner Meinung nach noch zu jung, um sich in Flügelkämpfe zu verstricken oder gar von einem Parteiverbot erfasst zu werden.

An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass der in der Geschichte der FPÖ erwähnte Terminus liberal keinesfalls in einem Zusammenhang mit tolerant und weltoffen, insbesondere in Bezug auf Immigranten zu verstehen ist. Der in der Tradition der FPÖ vertretende Liberalismus bezieht sich historisch und gesellschaftlich mehr auf eine antiklerikale und wirtschaftspolitisch gesehen auf eine wirtschaftsliberale Positionierung, die in der FPÖ ohnehin nur von einer Minderheit vertreten wurde. Die antiklerikale Ideologie ist im Zuge der Säkularisierung der Politik und Gesellschaft Österreichs ohnehin schon obsolet. Einzig das Liberale Forum (LIF) vertrat gesellschaftspolitisch liberale und tolerante Positionen, vor allem auch im Hinblick auf Migranten in Österreich.

- Die FPÖ gehörte bereits drei Regierungen als Juniorcoalitionspartner an. Die erste Regierungsbeteiligung fand zwischen 1983 und 1986 statt, während die zweite und dritte Regierungsbeteiligung zwischen 2000 und 2006 erfolgte, wobei hier erwähnt werden soll, dass die Regierungsmannschaft ab April 2005 dem BZÖ angehörte. Obwohl weder die SPÖ noch die ÖVP Berührungspunkte mit der FPÖ zeigte, ist es wichtig zu erwähnen, dass der SPÖ Bundeskanzler Franz Vranitzky unter seiner Regierungszeit (1986 -1997) gegenüber der FPÖ eine Politik der Ausgrenzung betrieb. Wenn man die aktuelle Entwicklung betrachtet, so soll erwähnt werden, dass



die FPÖ zwar nicht Mitglied der gegenwärtigen Bundesregierung ist, jedoch ihre Schwesterpartei in Kärnten, die FPK („Die Freiheitlichen in Kärnten“) seit der Landtagswahl am 1. März 2009 mit 17 von 36 Sitzen im Kärntner Landtag vertreten ist und im Rahmen einer Koalition mit der ÖVP die Landesregierung in Kärnten anführt. Landeshauptmann ist der ehemalige BZÖ - und mittlerweile FPK - Politiker Gerhard Dörfler.

Der Vlaams Belang war seit seines Bestehens an keiner einzigen Regierung weder im Gesamtstaat Belgien, noch in Flandern oder Antwerpen beteiligt. Diese Tatsache ist auf den *cordon sanitaire*<sup>406</sup> zurückzuführen, bei dem sich alle politischen Parteien in Belgien verpflichteten, eine Zusammenarbeit mit dem Vlaams Belang aufgrund seiner fremdenfeindlichen Ideologie und Programmatik rigoros abzulehnen. Aus diesem Grund regiert in Antwerpen eine Koalition aus Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen, obwohl der Vlaams Belang seit 1994 stärkste Fraktion im Gemeinderat von Antwerpen ist und daher den Anspruch auf das Amt des Bürgermeisters hätte. Wie bereits erwähnt wurde, ist der Vlaams Belang neben der belgischen Abgeordnetenversammlung und dem Senat in Brüssel im Regionalparlament sowie in allen Gemeinderäten Flanderns vertreten, in Antwerpen jedoch am stärksten.

Die Partij voor de Vrijheid nahm bei der Wahl der Zweiten Kammer in den Niederlanden im Jahr 2010 zum zweiten Mal teil. Seitdem unterstützt die Partei von Geert Wilders eine rechte Minderheitsregierung bestehend aus seiner ehemaligen Partei VVD und CDA ohne eigene Minister im aktuellen Kabinett von Mark Rutte zu stellen. Obwohl Geert Wilders kein offizielles Amt ausübt, sollte sein Einfluss auf die Regierung nicht unterschätzt werden, da diese bei Abstimmungen in der Zweiten Kammer auf die Unterstützung seiner PVV angewiesen ist. Regionalpolitisch ist die PVV in nur zwei von 12 niederländischen Provinzen( Flevoland und Limburg) vertreten. In der Provinz Limburg ist die Partei von Geert Wilders auch an einer Regierung mit der CDA und VVD beteiligt. Auf Gemeindeebene ist die PVV in keinem der Stadtparlamente bzw. Gemeinderat (z.B.: Amsterdam, Rotterdam) vorhanden.

Im Europarlament haben sowohl die FPÖ als auch der Vlaams Belang seit der letzten Wahl am 7. Juni 2009 je zwei Mandate erhalten, während die PVV sogar mit fünf

---

<sup>406</sup> Vgl. Reuter, Gerd. Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. S.172.

Abgeordneten vertreten ist. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass keine der drei Parteien einer Fraktion im Europäischen Parlament angehört.

- Wenn man die Wahlergebnisse aller Parteien seit ihrer Gründung beobachtet und vergleicht, so lässt sich feststellen, dass die Erfolgsgeschichte der FPÖ erst mit dem Jahr 1986 mit der Übernahme der Parteiführung durch Jörg Haider beginnt. Während die FPÖ in den vorangegangenen Wahlgängen zwischen 6 und 11 Mandate erringen konnte, begann der kontinuierliche Aufstieg seit 1986 und erreichte mit der Nationalratswahl 1999 ihren (vorläufigen) Höhepunkt. In dieser Phase gewann die FPÖ vier Nationalratswahlen. Als einzige Ausnahme gilt die von 1995, bei der die FPÖ zwei Mandate verlor, was jedoch mit dem fulminanten Wahlerfolg von 1999 mit 26, 91 % kompensiert werden konnte. Demnach kann daraus geschlossen werden, dass die Erfolgsgeschichte der FPÖ mit der Person Jörg Haider zusammenhing. Erst die Wahl von 2002 brachte nach dem Parteitag in Knittelfeld und einer neuen Parteiführung unter Herbert Haupt einen dramatischen Einbruch an Wählerstimmen, der bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008 unter Heinz - Christian Strache ein wenig verbessert werden konnte. Obwohl die FPÖ mit dem aktuellen Wahlergebnis aus dem Jahr 2008 von 17, 50 % deutlich hinter dem Wahlerfolg von 1999 liegt, steht außer Zweifel, dass die Partei die Krise nach der Nationalratswahl 2002 und nach der Abspaltung des BZÖ im Jahr 2005 überwunden hat, insbesondere unter Berücksichtigung von aktuellen Umfragen, welche die Partei von Heinz - Christian Strache bei 27 % und somit an zweiter Stelle hinter der SPÖ sehen.

Die Erfolgsgeschichte des Vlaams Belang beginnt erst mit der Wahl der belgischen Abgeordnetenversammlung im November 1991, als die Partei 12 Mandate erringen konnte, während sie bei den vorangegangenen vier Wahlgängen maximal zwei Mandate gewonnen hatte. Obwohl die Partei bei der Wahl 1995 ein Mandat verlor, stand die folgende Wahl 1999 im Zeichen des Erfolgs, die mit der Wahl der ersten Abgeordnetenversammlung im Jahr 2003 mit einem Ergebnis von 11, 59 % und 18 Mandaten ihren (vorläufigen) politischen Höhepunkt erreichte, im Jahr 2007 jedoch langsam und mit der Wahl 2010 und einem Stimmenanteil von 7,76 % eindeutig sein vorläufiges Ende nahm. Sein (bisher) bestes Ergebnis konnte der Vlaams Belang eindeutig bei den Gemeinderatswahlen von Antwerpen erreichen, bei denen der Vlaams Belang seine Position als stärkste Fraktion bei den weiteren Wahlgängen in den Jahren 2000 und 2006 halten und darüber hinaus ausbauen konnte.

Die Partij voor de Vrijheid erreichte bei ihrem ersten Wahlantritt im Jahr 2006 bereits 5,9 % und 9 Mandate und konnte ihr Ergebnis bei der Wahl 2010 mit 15,45 % und 24 Mandaten in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments mehr als verdoppeln.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sowohl die FPÖ (1999) als auch der Vlaams Belang (2003) ihre Ergebnisse von Wahl zu Wahl verbesserten, jedoch nur bei einer landesweiten Wahl den Höhepunkt des politischen Erfolgs erreichten und diesen Erfolg bei den darauffolgenden Wahlen nicht mehr halten konnten. Im Falle von Geert Wilders Partij voor de Vrijheid ist der Wahlerfolg von 2010 zwar eindeutig festzustellen, doch kann aufgrund der Tatsache, dass es sich in diesem Fall um die jüngste der hier dargestellten Parteien handelt, noch von keinem Höhepunkt des Erfolgs die Rede sein.

- Betrachtet man die Anzahl der Obmänner pro Partei, so lässt sich erkennen, dass die FPÖ in ihrer Geschichte die größte Anzahl in Bezug auf den Wechsel an der Parteispitze aufweist. Bis zur Wahl von Norbert Steger am Linzer Parteitag 1980 hatte die Partei seit ihrer Gründung drei Parteiobmänner. Das (wirtschafts-)liberale Experiment unter Norbert Steger dauerte nur sechs Jahre an. Die Ära unter Jörg Haider hingegen war mit einer Dauer von 14 Jahren geprägt von einer stabilen, kontinuierlichen, jedoch auch sehr autoritären Parteiführung mit einem Mangel an innerparteilicher Demokratie, der sich insbesondere durch den willkürlichen Wechsel bzw. Versetzung von Positionen innerhalb der Partei oder gar durch den beliebigen Ausschluss von Parteifunktionären ausdrückte. Es ist unbestritten, dass die FPÖ zur Gänze auf die Person Jörg Haiders zugeschnitten war. Dennoch soll erwähnt werden, dass gerade die Ära unter Jörg Haider den einzigartigen Erfolg und Aufstieg der FPÖ als entscheidender politischer Faktor in der österreichischen Politik ermöglichte und somit prägte. Die Zeit nach Jörg Haider war gekennzeichnet von einer Instabilität bzw. Unregelmäßigkeit an der Parteispitze. Haiders Nachfolgerin Susanne Riess - Passer hielt die Parteiführung zwischen Mai 2000 bis zu ihrem Rücktritt nach dem Knittelfelder Parteitag im September 2002 inne. Interimsnachfolger wurde Herbert Scheibner, der die Parteiführung nach wenigen Wochen an Mathias Reichhold abgab, der die Führung der FPÖ aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls nach sehr kurzer Zeit an Herbert Haupt weiterreichte. Auch Herbert Haupt musste diesen Posten nach 18 Monaten an Jörg Haiders Schwester Ursula Haubner abgeben.

Zusammenfassend erklärt, gab es in der FPÖ nach dem Rücktritt von Susanne Riess – Passer im September 2002 bis zur Parteispaltung im April 2005 insgesamt vier Wechsel an der Parteispitze. Erst mit der Wahl von Heinz – Christian Strache zum FPÖ Parteibmann am 23. April 2005 brachte Stabilität in die freiheitliche Parteiführung, die bis zum heutigen Zeitpunkt andauert.

Die Parteiführung des Vlaams Belang ist geprägt von einer langandauernden Stabilität und Einheit. Der erste Parteivorsitzende seit der Gründung der Partei im Jahre 1979 war der Gründer Karel Dillen selbst, der die Parteiführung 1996 an seinen Nachfolger Frank Vanhecke weitergegeben hat.<sup>407</sup> Im Jahr 2008 übernahm Bruno Valkeniers die Parteiführung. Nach Tobin Fischer teilen sich das Führungstrio, bestehend aus dem Parteivorsitzenden Bruno Valkeniers, dem ehemaligen Parteivorsitzenden und jetzigen Europaparlamentarier Frank Vanhecke und dem Fraktionsvorsitzenden des Vlaams Belang im flämischen Parlament Filip Dewinter die „Rolle des charismatischen Anführers“,<sup>408</sup> wobei es insbesondere im Falle dieser Partei bezeichnend ist, dass der Großteil der medialen Aufmerksamkeit Filip Dewinter gewidmet ist, obwohl er nicht den Posten des Parteivorsitzenden hält.

Bei der Recherche über Interviews und politischen Reden bei öffentlichen Auftritten von Politikern des Vlaams Belang im Zuge der vorliegenden Arbeit wurde überwiegend auf jene von und über Filip Dewinter gestoßen, was die mediale und politische Aufmerksamkeit sowie Fokussierung auf diese Person unterstreicht. Demnach und aufgrund der Ausführungen im Laufe der Arbeit ist festzuhalten, dass bei dem Vlaams Belang mit Filip Dewinter ein Politiker im Zentrum des öffentlichen Interesses steht, obwohl dieser nicht einmal Vorsitzender seiner Partei ist.

Sowohl bei der FPÖ als auch bei dem Vlaams Belang handelt es sich um Mitgliederparteien.

Ganz anders sieht es bei der niederländischen Partij voor de Vrijheid PVV aus. Weder verfügt die PVV über Mitglieder noch über eine festgehaltene

---

<sup>407</sup> Vgl. Fischer, Torben (2009): „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. GRIN Verlag. S. 11 ff.

<sup>408</sup> Fischer, Torben (2009): „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. GRIN Verlag. S. 12.

Parteistruktur.<sup>409</sup> Bei dieser nicht herkömmlichen Partei handelt es sich „um eine Stiftung mit Geert Wilders als einzigem Vorstandsmitglied.“<sup>410</sup> Eine demokratische Parteistruktur wird von dem Parteiführer deswegen abgelehnt, da diese seiner Ansicht nach seine Führungsposition gefährdet. Außerdem unterliegen die Abgeordneten seiner Partei einem sehr strikten Selektionsverfahren. Aufgrund der in diesem Abschnitt erwähnten Bedingungen, sowie des im Vergleich zur FPÖ und dem Vlaams Belang erst kurzem Bestehens der PVV ist Geert Wilders bis zu dem jetzigen Zeitpunkt der unangefochtene Obmann seiner Partei.

- Vergleicht man die politischen Systeme Österreichs, Belgiens und der Niederlande, so existiert nur in der österreichischen Verfassung das Element der direkten Demokratie in Form von Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen. Volksabstimmungen werden in Österreich im Falle einer Änderung der Verfassung und nach einem Beschluss des Nationalrats durchgeführt. Weder in Belgien noch in den Niederlanden werden diese Elemente der direkten plebiszitären Demokratie in den Verfassungen der jeweiligen Länder erwähnt, sondern die Abhaltung von Volksabstimmungen lediglich von den Regierungen in Belgien und den Niederlanden beschlossen. Dies ist insofern erwähnenswert, als die Forderung nach Einführung einer direkten plebiszitären Demokratie ein wesentliches Merkmal von rechtspopulistischen Parteien darstellt.
- Abschließend soll erwähnt werden, dass nach intensiver Recherche und Lesen der Biographien von Heinz – Christian Strache, Filip Dewinter und Geert Wilders kein einziger Hinweis auf ein nationalsozialistisches und rechtsaffines Elternhaus gefunden wurde bzw. diese Politiker keine nationalsozialistische Sozialisation aufgrund ihrer Herkunft und Familiengeschichte haben.

---

<sup>409</sup> Vgl. Eissens, Roland. Bronkhorst, Suzette: Rechtsextremismus und –populismus in den Niederlanden: Nichts gelernt. In: Langenbacher, Nora. Schellenberg, Britta (2011): Europa auf dem rechten Weg? Friedrich Ebert Stiftung. S.139.

<sup>410</sup> Ebd.

## **4.2. Zum Ergebnis der Forschungsfrage 2 - Feindbild Islam**

Der nächste Abschnitt widmet sich der Beantwortung der zweiten Forschungsfrage der Diplomarbeit, wobei hier eine weitere Frage als Ergänzung hinzugefügt wird.

(2) Ist der Islam das neue Feindbild bzw. der neue Hauptfeind der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV?

(2.1.) Auf welche Art und Weise instrumentalisieren die Politiker der rechtspopulistischen Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV in den Programmen ihrer Parteien sowie mit ihrer Rhetorik bei öffentlichen Veranstaltungen den Islam als politisches Feindbild?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird von den Standpunkten in den Parteiprogrammen sowie von den im zweiten Teil der Diplomarbeit zitierten Aussagen und Erklärungen der jeweiligen Politiker Verwendung gemacht.

Im Falle der FPÖ lässt sich die Frage, ob der Islam ein neues Feindbild darstellt, positiv beantworten, wenn man die von der Strache FPÖ seit 2005 publizierten und verwendeten Slogans auf den Wahlplakaten, wie „Wien darf nicht Istanbul werden“, „Daham statt Islam“, „Pummerin statt Muezzin“, oder „Abendland in Christenhand“ näher berücksichtigt. Islamfeindliche Wahlplakate wurden unter der Ära von Jörg Haider nicht veröffentlicht. Auch die von FPÖ Funktionären, allen voran von FPÖ Chef Heinz-Christian Strache, durchgeführten Aktionen, wie die Teilnahme an Demonstrationen gegen den Bau einer Moschee in Wien sowie seine Rede mit einem Kreuz in der Hand im Jahr 2009 mit der geäußerten Absicht bzw. Entschlossenheit zur Verteidigung des christlichen Abendlandes deuten auf eine Fokussierung auf das Thema Religion bzw. Islam hin. In diesem Fall soll erwähnt werden, dass die FPÖ sich dem Islam als Feindbild nicht nach den Anschlägen vom 11. September, sondern erst nach den Terroranschlägen von Madrid und der Ermordung des islamkritischen niederländischen Filmproduzenten Theo van Gogh durch einen radikalislamischen Staatsbürger der Niederlande im Jahr 2004 widmete.<sup>411</sup>

---

<sup>411</sup> Vgl. Schiedel, Heribert (2011): Extreme Rechte in Europa. Steinbauer Verlag. S.51ff.

„Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September überwog im freiheitlichen Schrifttum die antiamerikanische Schadenfreude, wobei der dahinterliegende Antisemitismus immer offener hervortrat.“<sup>412</sup>

Im Bereich des Vlaams Belang lässt sich ebenso in der Rhetorik eine verstärkte Konzentration auf eine islamfeindliche Einstellung und daraus abgeleitete Politik feststellen. Außerdem zeugen die von dem Vlaams Belang durchgeführten internationalen Aktionen, wie die Teilnahme an Protesten gegen den Bau einer Moschee in Köln sowie die islamfeindlichen Reden von Filip Dewinter bei deutschen Bewegungen und Parteien, wie die pro-Köln oder pro-NRW (Nordrhein Westfalen) von einer deutlichen antiislamischen Positionierung des Vlaams Belang. Auch im Falle der Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders lässt sich die Frage nach dem Islam als neues Feindbild eindeutig positiv beantworten, da die Ideologie und die Gründe für die Entstehung dieser Partei schon ganz im Zeichen der Islamfeindlichkeit, wenn nicht sogar Hasses gegen den Islam gestanden ist. Die PVV wurde nach dem Ausschluss von Geert Wilders aus der VVD eben wegen seiner zu radikalen islamfeindlichen Einstellung ins Leben gerufen.

Die Frage, ob der Islam den **Hauptfeind** aller im Rahmen dieser Arbeit beschriebenen und verglichenen Parteien darstellt, lässt sich nicht für jede einzelne Partei eindeutig mit ja beantworten. Der Grund dafür wird im folgenden Absatz angegeben:

Sowohl das Handbuch der freiheitlichen Politik, von dem im Rahmen dieser Arbeit aus Gründen der Vollständigkeit Gebrauch gemacht wurde, als auch die Partei- bzw. Wahlprogramme des Vlaams Belang und der Partij voor de Vrijheid, ziehen nicht nur den Islam als einziges Feindbild heran. Die FPÖ richtet ihre Kritik und Ablehnung gegen Migranten / Ausländer ebenso wie gegen die Europäische Union und auch gegen die Bundesregierung Österreichs in gleichem Umfang gemessen an der Seitenanzahl wie das Thema Islam und muslimische Migranten. Diese Aussagen und Einstellungen werden u.a. begründet mit dem Verweis, dass Österreich kein Einwanderungsland ist sowie mit der Forderung nach der Abschiebung der in Österreich lebenden Ausländer unterstrichen.<sup>413</sup>

„Jene, die kriminell geworden sind, Integrationsunwillen zeigen oder für die kein Platz am Arbeitsmarkt ist, sollen ihren Aufenthaltsstatus verlieren.“<sup>414</sup> Auch die Forderung der Vergabe

---

<sup>412</sup> Ebd.

<sup>413</sup> Vgl. Handbuch freiheitlicher Politik. S.34.

<sup>414</sup> Ebd.

von Sonderleistungen, wie Sozialhilfe ausschließlich für österreichische Staatsbürger<sup>415</sup> bezieht sich somit nicht nur auf Muslime, sondern auf Migranten generell.

In Bezug auf das Parteiprogramm des Vlaams Belang wird dem Konflikt mit den französischsprachigen Wallonen sowie den Unterschieden zwischen Flamen und Wallonen, der Ablehnung des Gesamtstaats Belgien und der damit verbundenen Forderung nach einer unabhängigen flämischen Republik genauso viel Bedeutung und Aufmerksamkeit gewidmet wie der Ablehnung der Zuwanderung. Die durch den Vlaams Belang geäußerte Behauptung, dass Einwanderer aus europäischen Ländern eine bessere Integrationsfähigkeit aufweisen als muslimische Migranten, rückt dennoch die Islamfeindlichkeit dieser Partei mehr in den Fokus als die Feindschaft gegenüber anderen Zuwanderern.

Eindeutiger lässt sich die Frage nach dem Islam als Hauptfeind bei der Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders beantworten, da der Begriff „Ausländer“ viel weniger bzw. seltener erwähnt wird, als die deutliche Ablehnung des Islams sowie die eindeutige Positionierung gegen Zuwanderung von Muslimen und bereits eingebürgerten Muslimen in den Niederlanden, was sich u.a. auch in der Forderung nach einer Kopftuchsteuer nachvollziehen lässt.

Was alle drei Parteien verbindet, ist die in den Programmen beschriebene verallgemeinernde Verknüpfung der Zuwanderung mit einer steigenden Kriminalitätsrate sowie einem Missbrauch des Sozialstaats, ohne dafür jedoch Ergebnisse von Statistiken, die diese These belegen könnten, vorzuweisen.

Gemeinsam haben alle beschriebenen Parteien ihre Gegnerschaft zu dem Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“<sup>416</sup> oder einem „Europäischen Superstaat“<sup>417</sup>, der die Souveränität und Unabhängigkeit der Mitgliedsländer schwächt und diese einem Diktat der Europäischen Union und ihren politischen Institutionen unterwirft sowie einer Öffnung der heimischen Arbeitsmärkte für die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Die PVV von Geert Wilders lehnt eine Öffnung des Arbeitsmarkts nur für die Länder Polen, Rumänien und Bulgarien ab.<sup>418</sup> Was alle von den in der vorliegenden Arbeit beschriebenen Parteien außerdem verbindet ist ihre deutliche Ablehnung eines EU - Beitritts der Türkei.

---

<sup>415</sup> Vgl. Handbuch freiheitlicher Politik. S. 39.

<sup>416</sup> Vgl. Ebd. S.242.

<sup>417</sup> Vgl. Parteiprogramm des Vlaams Belang

<sup>418</sup> Vgl. Partij voor de Vrijheid. Wahlprogramm 2010. S.19.



Zusammenfassend lässt sich die These aufstellen, dass der Islam in den Programmen aller drei Parteien das neue Feindbild darstellt, jedoch nur im Fall der PVV von Geert Wilders den Hauptfeind bildet. Anders sieht es bei den im zweiten Teil der Arbeit beschriebenen und zitierten Reden von Politikern der FPÖ, Vlaams Belang und Geert Wilders aus, die deutlich im Zusammenhang mit der Islamfeindschaft steht, was nicht nur anhand des Inhalts der Rede sondern auch durch die Aktionen bzw. Aktionismus untermauert wird. Als Beispiele wurden in dieser Arbeit die Teilnahme von FPÖ Chef Heinz-Christian Strache an Demonstrationen bzw. Protesten gegen den Bau einer Moschee in Wien sowie seine Rede mit einem Kreuz in der Hand, die Agitationen von Filip Dewinter bei dem Antislamisierungskongress in Deutschland sowie die etwas absurde Aktion der Niederlegung von Blumen an der Statue von Prinz Eugen als auch die im Inland wie auch im Ausland gehaltenen Reden von Geert Wilders. Gerade die Teilnahme von Geert Wilders an einer Protestaktion und seine Rede gegen den Bau einer Moschee direkt neben dem New Yorker Ground Zero, das von dem Terroranschlag am 11. September 2001 heimgesucht wurde, war vermutlich kein Zufall.

Somit lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Reden aller der hier diskutierten Parteien deutlich im Zentrum der antiislamischen bzw. islamfeindlichen Agitation stehen.

(2.1.) Auf welche Art und Weise instrumentalisieren die Politiker der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV in den Programmen ihrer Parteien sowie mit ihrer Rhetorik bei öffentlichen Veranstaltungen den Islam als politisches Feindbild?

Zur Beantwortung dieser Frage werden die im Rahmen dieser Arbeit bereits verwendeten Auszüge aus den Reden als Quelle herangezogen.

- Betrachtet man die im Rahmen dieser Arbeit verwendeten Erklärungen und Aussagen von den Politikern der Parteien FPÖ, VB und PVV, so lässt sich zunächst feststellen, dass mit dem pauschalisierenden Verweis auf die Überlegenheit der westlichen europäischen Kultur die islamische Kultur herabgewürdigt wird. Filip Dewinter und Geert Wilders sprechen in ihren Reden und Interviews offen von ihrer Überzeugung, dass die europäische Kultur der islamischen überlegen und besser sei.
- Diese Überlegenheit wird politisch, ökonomisch und vor allem in kultureller Hinsicht begründet. Der politische Aspekt bezieht sich auf die fehlende Demokratie bzw. fehlende demokratische Institutionen, wie z.B.: Rechtsstaat, Meinungsfreiheit oder

freien politischen Wahlen im Großteil der islamischen Länder sowie ökonomisch mit Korruption, wirtschaftlicher Rückständigkeit bzw. Unterentwicklung und Armut. In kultureller Hinsicht wird ebenso (bewusst oder unbewusst) auf Praktiken verwiesen, wie z.B.: Zwangsheirat, Beschneidung von Frauen und Herabwürdigung der Frauen generell, die ausschließlich in islamistisch fundamentalistischen Ländern oder Familien praktiziert werden und mit dem modernen, liberalen und säkularisierten Islam nichts gemeinsam haben. Nach Ansicht der FPÖ, VB und PVV sind all diese Praktiken nicht kompatibel mit den aufgeklärten europäischen Werten.

- Aufgrund der im Gegensatz zu Europa bzw. zum westlichen Kulturkreis fehlenden Aufklärung im Islam wird somit automatisch allen Muslimen eine fehlende Säkularisierung und somit gleichzeitig eine islamistische Einstellung unterstellt, die mit der Unterstützung und Anwendung der bereits erwähnten Praktiken einhergehen.
- Mit dem Verweis auf die in Europa bereits als selbstverständlich geltende Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Prinzip der Demokratie, freie Meinungsäußerung sowie die säkulare Gesellschaft wird von den rechtspopulistischen Politikern aufgrund der in den Reden oft erwähnten Überlegenheit der westlichen gegenüber der islamischen Kultur bewusst eine Abgrenzung der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV von dem Islam durchgeführt. Aufgrund seiner „Andersartigkeit“ und der offenbar nicht vorhandenen Aufklärung wird er als Bedrohung für die europäische Zivilisation dargestellt. Radikaler äußerte sich in dieser Hinsicht Filip Dewinter, der den Islam in dem bereits zitierten Interview mit der Presse als Feind der westlichen Lebensweise bezeichnete und ein nach den Grundsätzen des Islams lebender Migrant kein Bürger Europas sein kann.
- Aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York, in Madrid 2004 sowie in London im Jahr 2005, werden sowohl von FPÖ Chef Strache als auch von Filip Dewinter und insbesondere durch Geert Wilders der Islam als Religion und die Muslime pauschal kriminalisiert, indem man ihnen Neigung und Unterstützung für den Terrorismus und Massenmord gegen Andersgläubige vorwirft sowie die Tatsache, dass der Großteil der Terroranschläge in Europa auf Konten von nicht islamischen Terrorgruppen, wie RAF, IRA oder ETA ging, ignoriert. Eine weitere Form der pauschalisierenden Kriminalisierung von Muslimen wird insbesondere von Filip Dewinter und Geert Wilders mit dem Vorwurf verbreitet, dass Muslime in den Sozialstaat einwandern und durch fehlenden Arbeitswillen oder Arbeitsunfähigkeit

diesen missbrauchen. Demnach bezeichnet er die Zuwanderung insbesondere durch Muslime als eine Belastung für den Sozialstaat und für die heimischen Steuerzahler.

- Mit dem Verweis auf die unzähligen (islamischen) Geschäfte bzw. von Muslimen betriebenen Geschäfte, Moscheen, islamischen Vereinen oder Frauen mit Burkas wird von den Rechtsparteien sowohl auf die Überfremdung durch moslemische Zuwanderer als auch auf deren fehlenden Integrationswillen oder gar Integrationsfähigkeit hingewiesen.
- Bei allen drei Parteien werden die negativen Seiten und Folgen der islamischen Zuwanderung hervorgehoben, es sind aber in keiner Hinsicht auch positive Beispiele von integrierten moslemischen Zuwanderern, die sich in ihrer neuen Heimat beruflich etablieren und gesellschaftlich integrieren konnten, zu erkennen.
- Betrachtet man die Aussagen der Politiker Heinz-Christian Strache, Filip Dewinter und Geert Wilders, so lässt sich feststellen, dass der Islam von keiner der drei Parteien als Religion anerkannt, sondern als totalitäre Ideologie bezeichnet wird, die somit dem Jihad verhaftet ist und folglich nur die Eroberung und Unterwerfung des europäisch westlichen Gebiets oder insbesondere im Falle der FPÖ christlich abendländischen Abendlandes zum Ziel hat. Während Heinz - Christian Strache „nur“ von einer totalitären Ideologie spricht, äußern sich Filip Dewinter und Geert Wilders deutlich radikaler, indem der Islam in perfider Art und Weise herabwürdigend mit dem Faschismus und Nationalsozialismus gleichgesetzt und sogar als eine schlimmere Ideologie als der Nationalsozialismus genannt wird. Auch wird der Vergleich des Korans mit Adolf Hitlers „Mein Kampf“ angestellt und der Islam somit mit einer Ideologie gleichgesetzt, die Millionen von Menschen tötete und ihm die gleiche Absicht unterstellt.
- Die von allen drei Parteien explizit ausgesprochene Ablehnung der Konstruktion von Moscheen mit Minaretten wird ebenso mit dem Vorwurf untermauert, dass in den Moscheen nur radikal islamische Thesen verbreitet werden. Außerdem wird mit dem Symbol des Minarets eine Bedrohung des christlichen Abendlandes bzw. des europäisch westlichen Kulturraumes und deren säkularen Staat und Gesellschaft gekennzeichnet. In diesem Fall soll erwähnt werden, dass die Forderung der FPÖ nach Kreuzen in allen Schulen und öffentlichen Gebäuden bzw. die verstärkte Präsenz von christlichen Symbolen in der Öffentlichkeit mit einer säkularen

Gesellschaftsordnung ebenso inkompatibel ist. Das Überlegenheitsgefühl der christlichen gegenüber der islamischen Kultur und die Islamfeindschaft werden jedoch unterstrichen.

- Auffallend sind weiters einige rhetorische Widersprüche, die von den Politikern der Parteien FPÖ, VB und PVV bei ihren Interviews und öffentlichen Reden zum Vorschein kommen. So wird zwar öfters zwischen einem fundamentalistischen und moderaten Islam differenziert und mit dem Verweis auf moderate Muslime die pauschale Verurteilung von Muslimen als Islamisten offenbar zu vermeiden versucht. Diese Differenzierung wird von allen Politikern mit ihren Äußerungen, dass jedoch ein moderater Islam gar nicht existiere, automatisch wiederum konterkariert. Die Botschaft dieser Parteien lautet somit: Wenn es keinen moderaten Islam gibt, wie sollen Muslime dann moderat sein können? Paradox ist außerdem die Hervorhebung der Religions – und Meinungsfreiheit als Bestandteil der westlichen säkularen Kultur, die jedoch mit der islamfeindlichen Rhetorik dieser Parteien sowie mit der Ablehnung von Moscheebauten und Herabwürdigung der islamischen Kultur- und Lebensweise nicht kompatibel ist. Es soll jedoch erwähnt werden, dass genau durch die fehlende Anerkennung des Islams als Religion und Bezeichnung als Ideologie der Islam kein Subjekt für Religionsfreiheit darstellen soll. Mit dem Verweis auf die fehlende Aufklärung im Islam und Trennung zwischen Staat und Religion in vielen islamischen Ländern können sich andererseits die rechtspopulistischen Parteien als Beschützer und Bewahrer des abendländischen und westlichen Kulturraumes präsentieren. Die Religionsfreiheit soll demnach nur auf jene Religionen angewendet werden, die selbst Religionsfreiheit anerkennen und akzeptieren. Dies wird vor allem von Politikern der FPÖ, wie Andreas Mölzer, mit dem Hinweis einer angeblichen Unterdrückung von Christen in islamischen Ländern sowie dem Bauverbot von Kirchen im islamischen Raum jedoch ohne genaue Angabe dargestellt. Ein weiterer Widerspruch lässt sich bei Filip Dewinter erkennen, der dem Islam vorwirft, von einer Ungleichheit der Menschen auszugehen, was jedoch genau in seiner Rhetorik und im Programm seiner Partei gegen Muslime mit dem Verweis auf die Überlegenheit der westlichen Kultur gegenüber der islamischen zum Ausdruck gebracht wird
  
- Besonders im Fall der FPÖ ist es auffallend, dass die antiislamische Rhetorik von Heinz - Christian Strache genauso wie der im Jahr 2009 verwendete Wahlkampflogan („Abendland in Christenhand“) im Gegensatz zur VB und PVV religiös eingefärbt ist. Als Begründung dient der in den Reden oft verwendete Begriff

des „aufgeklärten christlichen Abendlandes“ sowie **der** in den Reden herauszuhörende Anspruch, im Rahmen aller christlichen Kirchen zu sprechen. Auch die Forderung nach Kreuzen in Schulen sowie die Rede von Strache mit dem Kreuz in der Hand deuten auf die Fokussierung auf die christliche Religion hin. Während die FPÖ den Schutz des christlichen Abendlandes gegen die Islamisierung propagiert, machen sowohl der VB als auch die PVV von der Verwendung christlicher Symbole keinen Gebrauch sondern beziehen sich lediglich auf den Schutz der westlichen Kultur sowie Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung der europäischen Gesellschaft (Errungenschaften der Aufklärung) vor dem Islamismus.

Nach Ansicht von Philipp Mitnik ist die pro – katholische Linie von Heinz-Christian Strache ein Phänomen, das bei rechten Parteien sehr selten auftritt.<sup>419</sup> So setzt sich die FPÖ auch für die Beibehaltung des Religionsunterrichts ein und ist in anderen Fragen, wie z.B.: in der Frage der Abtreibung und Homosexualität vollständig auf vatikanischem Kurs.

Diese Ansichten werden weder von dem VB noch von der PVV erwähnt oder vertreten. Zwar setzt sich der VB ebenso für ein Abtreibungsverbot ein, ist jedoch in Fragen der Homosexualität neutral, während die PVV in beiden Fragen vollkommen liberal agiert. Somit lässt sich festhalten, dass die FPÖ ihre antiislamische Rhetorik und Politik sowohl religiös als auch kulturell begründet, der VB und die PVV sich jedoch ausschließlich auf die kulturelle Komponente stützen.

- Als bedenklich werden in der vorliegenden Arbeit die von den Politikern Susanne Winter, ihrem Sohn sowie von Filip Dewinter als auch von Geert Wilders ausgesprochenen abwertenden und hetzerischen Aussagen über den Islam gesehen, die jenseits der politischen Hygiene einer westlichen rechtsstaatlichen Demokratie liegen. Mit der Beleidigung des Propheten Mohammed als Feldherr und Kinderschänder durch Susanne Winter und Geert Wilders wird indirekt Muslimen die gleiche Neigung unterstellt. Ebenso empörend wird der Vergleich des Islams mit verbrecherischen Ideologien wie dem Nationalsozialismus und dem Faschismus sowie der Vergleich des Korans mit „Mein Kampf“ durch Dewinter und Wilders als absolut hetzerisch betrachtet. Geert Wilders eindeutige Aussage „Ich hasse den Islam“ sowie seine Forderung nach einer Kopftuchsteuer oder Säuberung und

Zurückeroberung der durch Muslime verschmutzten Straßen lässt an dieser Stelle die Schlussfolgerung ziehen, dass die PVV im Vergleich zur FPÖ und VB die radikaleren Ansichten und Forderungen sowie Rhetorik vertritt.

Aus Gründen der Vollständigkeit soll erwähnt werden, dass bei allen Parteien im Zusammenhang mit der zweiten Frage drei für eine rechtspopulistische Partei typische Merkmale hinsichtlich der Rhetorik zu erkennen sind.

Mit der bewusst oder unbewusst fehlenden Differenzierung in einen moderaten und fundamentalistischen Islam wird eine *Simplifizierung* eines komplexen Themas vorgenommen. Außerdem wird mit dem Verweis auf die Gefahr durch den Islam und moslemische Zuwanderer von der *Emotionalisierung* des Themas in der Gesellschaft Gebrauch gemacht. Durch die bereits erwähnten Beschimpfungen, Beleidigungen und Herabwürdigung des Islams wird eine bewusste *Provokation* ausgelöst, mit der die rechtspopulistischen Politiker die Aufmerksamkeit der Medien und Gesellschaft erreichen wollen und somit im Zentrum des politischen Diskurses stehen.

Zusammenfassend lassen sich folgende Thesen aufstellen:

- Der Islam wird von den Parteien FPÖ, VB und PVV pauschal als eine politische Ideologie und weniger als Religion bezeichnet, die der westlichen aufgeklärten Kultur und Lebensweise unterlegen, sogar minderwertig und aus diesem Grund inkompatibel mit der europäischen Kultur ist. Aufgrund dieser Unverträglichkeit wird muslimischen Zuwanderern der fehlende Wille und mangelnde Fähigkeit zur Integration in die westliche Gesellschaft vorgeworfen.
- Der Islam wird pauschal als eine Ideologie beschrieben, die die Eroberung und Unterwerfung des westlichen und christlichen Kulturraumes wie die Bekämpfung der Andersgläubigen zum Ziel hat. Außerdem wird den Muslimen eine Sympathie und für den Terrorismus und dessen Unterstützung vorgeworfen.
- Die Parteien FPÖ, VB und PVV sehen sich als Beschützer und Verfechter der Religions- und Meinungsfreiheit, die jedoch nicht für Muslime gelten darf. Auch ihre oft hetzerische Agitation gegen den Islam und muslimische Zuwanderer wird mit dem Verweis auf das Recht auf freie Meinungsäußerung begründet sowie mit der

---

<sup>419</sup> Vgl. Mitnik, Philipp (2010): Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? LIT Verlag. S. 58.

Tatsache, dass der Islam selbst antidemokratische Züge trägt, was zum Beispiel die Gleichberechtigung der Frauen betrifft. Mit der Bezeichnung des Islams als politische Ideologie und der damit einhergehenden Aberkennung des Islams als Religion glauben diese Parteien, eine Rechtfertigung für diese Einstellung nicht mehr bringen zu müssen. Schließlich ist es bedenklich, dass mit der Religions- und Meinungsfreiheit bedeutende Errungenschaften der Demokratie einer Religionsgruppe vorenthalten wird und somit diese Parteien selbst eine Grundsäule der Demokratie missachten.

- Vergleicht man die Aussagen und Standpunkte der im Rahmen dieser Arbeit beschriebenen Parteien, so lässt sich daraus schließen, dass die PVV von Geert Wilders eindeutig die radikalsten Aussagen und Ideen in Bezug auf seine islamfeindliche Einstellung aufweist. Außerdem hat Geert Wilders im Gegensatz zu Heinz-Christian Strache und Filip Dewinter einen islamfeindlichen Film produziert, der seine radikalen Ansichten auch medial untermauert.

#### **4.3. Zum Ergebnis der Forschungsfrage 3 - Der Islam als nützliches Feindbild?**

Der nächste Abschnitt widmet sich der Beantwortung der dritten und letzten Forschungsfrage:

(3) Aus welchen möglichen Gründen könnte die Instrumentalisierung des Islams als Feindbild für die Parteien FPÖ, VB und PVV von Nutzen sein bzw. aus welchen möglichen Gründen wird der Islam als Feindbild verwendet?

Als Grundlage für die Beantwortung dieser Frage wird von den Aussagen der Meinungsforscher Günter Ogris und Peter Ulram aus dem Buch „Blausprech“ von Benedikt Narodoslawsky Gebrauch gemacht. Außerdem werden zusätzlich ein Interview des Meinungsforschers Peter Hajek und einige Meinungsumfragen aus Österreich, Belgien und den Niederlanden verwendet.

Folgender Standpunkt soll geklärt werden:

Es ist hier nicht die Absicht, in diesem Abschnitt mit der Verwendung der Ergebnisse von diesen Umfragen die Ursache für die Islamfeindlichkeit in manchen Teilen der Gesellschaft Europas sowie die Rolle der Medien in diesem Bereich zu analysieren und zu dokumentieren. Außerdem soll angemerkt werden, dass Meinungsumfragen nicht zwingend repräsentativ für die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes sind, jedoch soll aufgezeigt werden, dass die rechtspopulistischen Politiker mit ihren Thesen und Programmen bei einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft auf Zustimmung und Akzeptanz stoßen, wenn nicht sogar salonfähig sind.

In einem Interview, das Benedikt Narodoslawsky mit Peter Ulram am 29. Mai 2008 führte, ging es um das Feindbild Islam und die Erweiterung der „Ausländerfrage“ zum „Kulturkampfthema“ durch die FPÖ in ihrem Programm und Wahlkämpfen.<sup>420</sup> Mit der politischen Behandlung der Religion des Islams kann die FPÖ diesen bewusst mit Islamismus pauschal gleichsetzen und somit das Bedrohungsszenario des Islamismus und der damit einhergehenden Islamisierung Europas entwickeln. Außerdem „[...] hätte sich die nachkommende Generation früherer Immigrantengruppen problemlos integriert und drittens seien die Türken eine sichtbarere Gruppe als andere Ausländergruppen.“<sup>421</sup> Nach Ansicht von Peter Ulram könne man das Thema „Kulturkampf nicht vom Ausländerthema trennen. „Der Islam ist die Chiffre für den „bösen Ausländer“ geworden – gemeinsam mit den afrikanischen Drogendealern. Aber von denen gibt es halt viel weniger.“<sup>422</sup>

Damit wurde gemeint, dass die sichtbare Präsenz von Muslimen in vielen Städten Europas etwa in Form von Frauen mit Kopftüchern, von Geschäften, die typische orientalische Speisen wie Kebab verkaufen oder gar durch Moscheen und islamischen Vereinen bei einem Teil der Bevölkerung die negativen Folgen der Massenzuwanderung von außerhalb Europas sowie eine Assoziation mit einer Integrationsverweigerung von Muslimen oder gar mit einer bewusst geplanten Islamisierung hervorrufen und somit ein ideales Feindbild darstellen. Schließlich gehe es um die Bewahrung der eigenen christlichen Kultur, die jedoch nicht unbedingt religiös begründet sein muss, sondern eben nur kulturell.

Der Meinungsforscher Günter Ogris vertrat in einem Interview ebenfalls mit Narodoslawsky die Meinung, dass die FPÖ mit ihrer antiislamischen und islamfeindlichen Positionierung in

---

<sup>420</sup> Vgl. Interview mit Peter Ulram am 29. Mai 2008. In: Narodoslawsky, Benedikt (2010): Blausprech. Wie die FPÖ ihre Wähler fängt. Verlag Leykam. S. 131.

<sup>421</sup> Ulram, Peter. Interview am 29. Mai 2008. In: Narodoslawsky, Benedikt. S.131.



ihren Wahlkämpfen ihre Wählerschaft in der Gesellschaft erweitern bzw. vergrößern kann.<sup>423</sup>

„Der Anti – Islamwahlkampf ist etwas qualitativ anderes als der Anti – Ausländerwahlkampf. Der zielt auf religiöse Ängste. Und die religiösen Ängste sind Ängste der Mittelschicht.“<sup>424</sup> Während die FPÖ mit ihrer Ablehnung einer weiteren Zuwanderung nach Österreich und einer Öffnung des Arbeitsmarkts für Osteuropa in erster Linie die Arbeiterschicht anspricht, die die Auswirkungen unter anderem anhand des Lohndrucks spüren, sollen mit der Anti-Islam Rhetorik Angehörige der bürgerlichen Mittelschicht und in diesem konkreten Fall eben auch ÖVP Wähler gewonnen werden.

Dieselbe Strategie ist auch beim Vlaams Belang und bei den im zweiten Teil der Arbeit zitierten Reden von Filip Dewinter und seiner Erklärung, dass „Europa [...] ein Kontinent von Schlössern und Kathedralen und nicht von Moscheen und Minaretten [ist]“, zu erkennen. „Damit gelingt es rechten Parteien, bis weit in die bürgerliche Mitte Zustimmung zu erzielen.“<sup>425</sup>

#### **4.3.1. Der Islam in den Meinungsumfragen**

Im nächsten Abschnitt werden die Ergebnisse von Meinungsumfragen in Österreich, Belgien und den Niederlanden zum Thema Islam präsentiert. Grund für die Wahl dieser Länder ist bei den im Rahmen dieser Diplomarbeit beschriebenen Parteien FPÖ, VB und PVV zu finden, die jeweils diesen Ländern zuzuordnen sind. Wie bereits erwähnt wurde, ist es nicht die Absicht der vorliegenden Arbeit, einen Zusammenhang zwischen der Meinung der Befragten und einem Erfolg dieser Parteien zu knüpfen sowie die Ursachen für eine islamkritische und islamfeindliche Einstellungen in Teilen der Gesellschaft zu erforschen. Es soll lediglich aufgezeigt werden, dass die Parteien mit ihren Parolen und Einstellungen sowie mit ihren Aktionen bei einem beträchtlichen Teil der Wähler Zustimmung erfahren und daher salonfähig sind, auch wenn der Umstand bekannt ist, dass Meinungsumfragen nicht zwingend für die Bevölkerung eines Landes repräsentativ sind.

---

<sup>422</sup> Ulram, Peter: Interview mit Peter Ulram am 29. Mai 2008. In: Narodoslowsky, Benedikt (2010): Blausprech. S.131.

<sup>423</sup> Vgl. Interview mit Günter Ogris am 20. Mai 2008. In: Narodoslowsky, Benedikt (2010): Blausprech. S. 132.

<sup>424</sup> Ogris, Günter: Interview mit Günter Ogris am 20. Mai 2008. In: Narodoslowsky, Benedikt (2010): Blausprech. S. 132.

<sup>425</sup> Königseder, Angelika: Feindbild „Muslim“ in Europa. In: Pelinka, Anton. König, Ilse (2009): Feindbild Zuwanderer. Braumüller Verlag. S. 75.

Das österreichische und in Linz ansässige Meinungsforschungsinstitut IMAS führte im Jänner und Februar 2010 eine Befragung zum Thema Islam und Integration in Österreich durch.<sup>426</sup> Von den 1.000 Befragten antworteten 71 % auf die Frage, ob der „Islam mit den westlichen Vorstellungen von Demokratie, Freiheit und Toleranz vereinbar ist“, mit „Nein“. Jeder zweite Befragte stimmte der Aussage, der Islam „sei eine Bedrohung für den Westen“ zu. Außerdem beklagten sich 72 % der Befragten über die nicht genügende Anpassung der zugewanderten Moslems an die österreichische Lebensweise. 61 % der Befragten meinten „Österreich ist ein christliches Land und sollte es auch bleiben“ und 51 % sprachen sich für ein generelles Verbot für den Bau von Moscheen und das Tragen vom Islam ausgehenden Kopftüchern aus.

In Belgien wurde im Jahr 2009 von dem Meinungsforschungsinstitut iVox eine Umfrage zu dem gleichen Thema durchgeführt.<sup>427</sup> Demnach sprachen sich 61 % der Befragten gegen den Bau von Minaretten in ihrem Wohnviertel aus und 55, 4 % zweifelten an einer gelungenen Integration der islamischen Religion in Belgien.

Das zur Katholischen Universität Leuven gehörende und in Flamen ansässige Institut IPSO (Institute for Social and Political Opinion Research) führte im Jahr 2009 eine Umfrage zum Thema Islam durch, die sich jedoch nur auf Flandern, und nicht auf den Gesamtstaat Belgien beschränkte.<sup>428</sup> Demnach antworteten 46 % der Befragten, dass der Islam gar nichts zur europäischen Kultur beiträgt während 48 % meinten, dass „islamische Werte“ eine Gefahr für Europa darstellen würden. 81 % der Befragten vertraten die Meinung, dass moslemische Männer ihre Frauen dominieren.

Im Rahmen der in den Niederlanden von dem Maurice de Hond Institut durchgeführten Befragung unterstützen 83 % der Befragten ein Burkaverbot während 63 % ihre Sorgen über den wachsenden Einfluss des Islams in westeuropäischen Ländern ausdrückten.<sup>429</sup>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung führte im Jahr 2011 ebenfalls in den Niederlanden eine Meinungsumfrage zum gleichen Thema durch.<sup>430</sup> Demnach vertraten 41,5 % der Befragten die Meinung, dass es „zu viele Muslime“ in ihrem Land gäbe während 46,7 % den Islam als eine „Religion der Intoleranz“ bezeichneten. Lediglich 38,7 % befanden, dass die islamische

---

<sup>426</sup> Vgl. IMAS Studie: Der Islam in den Augen der Bevölkerung – Nr. 6 / 2010.

<sup>427</sup> Vgl. [www.welt.de](http://www.welt.de) ; Brüssel und die Angst vor dem Islam.

<sup>428</sup> Vgl. <http://islamineurope.blogspot.com/2009/01/belgium-flemings-afraid-of-islam.html>

<sup>429</sup> Vgl. <http://www.hudson-ny.org/2349/european-concerns-muslim-immigration>

Kultur zu den Niederlanden passen würde.

#### **4.3.2. Christliche Zuwanderer**

Den in diesem Abschnitt aufgeführten Ergebnissen zufolge eignet sich das Thema „Islam“ sehr gut für die Wählermobilisierung von eingebürgerten Zuwanderern, was insbesondere von der FPÖ behauptet werden kann. Für diese Behauptung spricht die Tatsache, dass der FPÖ Chef Heinz-Christian Strache in einigen seiner Reden positive Integrationsbeispiele hervorhebt, jedoch nur von europäischen und somit christlichen Zuwanderern spricht und in manchen Fällen sogar behauptet, in deren Namen zu sprechen.

Mit dem bereits oben erwähnten Kulturkampfthema sollen in erster Linie serbisch stämmige Österreicher angesprochen werden, von denen ca. 200.000 in diesem Land leben und somit eine nicht zu unterschätzende Wählergruppe bilden. Vor allem orthodoxe Serben sollen aufgrund der serbischen Geschichte, die von der Eroberung durch die moslemischen Türken im 15. Jahrhundert und die darauffolgende jahrhundertelange Beherrschung und Unterdrückung geprägt war, sowie die für viele Serben schmerzhafteste Unabhängigkeit des mittlerweile überwiegend moslemisch albanischen Kosovo „als christliche Kämpfer für den politischen Kreuzzug gegen den Islam gewonnen werden.“<sup>431</sup>

Im nächsten Abschnitt folgen einige Auszüge von den bereits im zweiten Teil verwendeten Reden, in denen sich FPÖ Chef Heinz-Christian Strache auf *eingebürgerte* Migranten bezieht:

Bei einer am 22. September 2009 einberufenen Pressekonferenz zum Thema Ausländer und Integration, bezog sich der FPÖ Chef auf Zuwanderer aus europäischen Ländern mit den folgenden Erklärungen:

„Also wir haben in Wien eine Situation, wo viele Menschen vorwiegend aus Europa, einem christlichen europäischen Abendland zugewandert sind und sich hier hervorragend integriert haben. Oftmals bei europäischen Zuwanderern, ob sie jetzt aus Serbien, Kroatien, Tschechien, Frankreich oder woher auch immer aus Europa zu uns kommen, ist oft nur die Sprache die Integrationsbarriere, kulturell und religiös bedingt haben wir einen gemeinsamen christlichen Kulturraum, wo wir im Grunde ein christlich europäisches Abendland vorfinden

---

<sup>430</sup> Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report. S.60.

<sup>431</sup> Narodoslawsky, Benedikt (2010): Blausprech. S. 181.

und auch keine Differenzen da sind. Das heißt, jene Menschen, die aus Europa zu uns zugewandert sind, dann die Landessprache Deutsch erlernt haben und diese auch beherrschen, und dann in Folge hier fleißig arbeiten, Steuern zahlen, da gibt's überhaupt kein Problem. Das sind positive Integrationsbeispiele, die wir in Wien zu Hauf´ haben und das sind auch Menschen, die oftmals eine Bereicherung für uns Österreicher sind und somit auch zu Recht die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten und begeisterte Österreicher sind.“<sup>432</sup>

Bei der bereits erwähnten skandalumwitterten Rede gegen den Bau einer Moschee mit dem Kreuz in der Hand bezog sich Strache nicht nur auf Mitglieder der katholischen und evangelischen, sondern auch auf die serbisch-orthodoxe Kirche:

„Abendland in Christenhand ! Ja, dazu stehen wir. Dazu stehen viele gläubige Christen aller christlichen Kirchen. Katholiken, Protestanten, auch Mitglieder der serbisch-orthodoxen Kirche. Das christlich europäische Abendland ! Darum geht es uns. Das wollen wir erhalten wissen.“<sup>433</sup>

Im Rahmen seiner Wahlkampfrede für die Wiener Landtagswahl 2010 machte Heinz-Christian Strache folgende Aussagen:

„Und ich sage: auch die vielen Zuwanderer aus Serbien, aus Kroatien, aus Polen oder woher auch immer aus dieser Welt. Die wollen keine Moscheen samt Minaretten, die wollen keinen Islamismus, die wollen keine schwarzen Schafe, die unseren Sozialstaat ausnützen. Das ist auch das verbindende europäische Element. Wir wollen, dass Europa eben nicht untergeht.“<sup>434</sup>

Die FPÖ fand ein weiteres Mittel zur Einbindung von eingebürgerten Zuwanderern mit christlichem Glauben und zur Erreichung von Migranten aus Ost- und Südosteuropa anhand der Gründung der parteinahen Vorfeldorganisation „Christlich-freiheitliche Plattform für ein freies Europa souveräner Völker“, mit dem Ziel, „den Erhalt und die Förderung der Grundwerte des christlich-freiheitlichen Europas, die in der christlich-abendländischen Kultur und Identität verwurzelt sind, sicherzustellen.“<sup>435</sup> Der Präsident dieser Plattform ist der serbisch stämmige Theologe Konstantin Dobrilovic.

---

<sup>432</sup> Strache, Heinz-Christian; [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; Ausländer und Integration – Strache, FPÖ; hochgeladen von Oesterreichzuerst am 22. September 2009.

<sup>433</sup> Strache, Heinz – Christian: ORF 2 Sendung Orientierung am 17. Mai 2009; : <http://www.youtube.com/watch?v=PPP32tEyJX8>

<sup>434</sup> Strache, Heinz – Christian: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) ; HC Strache – Rede am Viktor Adler Markt ; hochgeladen von Oesterreichzuerst am 9. September 2010.

<sup>435</sup> [www.diepresse.com](http://www.diepresse.com) ; Titel: „Strache gründet „Christlich-freiheitliche Plattform“ am 27. Mai 2010

Es kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, ob und inwiefern die FPÖ ihre Differenzierung in gute und schlechte Zuwanderer ernst meint oder ob dies lediglich eine Strategie darstellt, um eingebürgerte Migranten zur Stimmabgabe zugunsten der FPÖ zu bewegen und somit das Wahlergebnis deutlich zu verbessern und zu steigern. Zu dem Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Arbeit lag keine Studie über das Wahlverhalten von eingebürgerten Migranten, insbesondere der Serben vor. Weiters kann nicht gesagt werden, ob die FPÖ mit der Differenzierung in gute und schlechte Zuwanderer sowie mit der Kooperation insbesondere mit der serbischen Gemeinschaft sich in ihrer Ausländerpolitik wirklich gemäßigt hat, oder ob die christlichen Zuwanderer im Kulturkampf der FPÖ gegen den Islam ein reines Mittel zum Zwecke der Stimmenmaximierung darstellen. Für diese Frage wird in der vorliegenden Arbeit der Politologe Peter Hajek zitiert, der für die Nachrichtensendung Zeit im Bild 2 (ZIB 2) des Österreichischen Rundfunk Fernsehens (ORF) anlässlich eines Besuchs von Heinz-Christian Strache in Serbien interviewt und befragt wurde, ob diese proserbische Politik und die Annäherung der FPÖ an die serbische Gemeinschaft in Österreich die ausländerskeptische Kernwählerschicht nicht verschreckt.

„Die FPÖ hat ihren Anti-Ausländerkurs verlassen. An seine Stelle ist ein Kulturkampf getreten, der sich in erster Linie gegen den Islam richtet, in Österreich oft durch Bosnier und Türken vertreten. Christen und damit die orthodoxen Serben sind da keine Feindbilder mehr.“<sup>436</sup>

Was den VB betrifft, so lässt sich in den hier herangezogenen Reden von Filip Dewinter kein positiver Verweis und Bezug auf christliche Zuwanderer feststellen. Auch wenn sich die Agitation des Vlaams Belang zum Großteil gegen muslimische Zuwanderer konzentriert. Darüber hinaus stellt Gerd Reuters, wie bereits erwähnt wurde, in seinem Buch „Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden“ fest, dass bei christlichen europäischen Einwanderern wie Griechen, Italienern und Polen eine höhere Anpassungsfähigkeit diagnostiziert wird als bei moslemischen Türken und Marokkanern. Demnach ist ein Widerspruch festzustellen, der sich darin äußert, dass ein weiterer Hauptfeind des VB, nämlich die frankophonen Wallonen, ebenfalls Europäer und außerdem Katholiken sind.<sup>437</sup>

---

<sup>436</sup> Hajek, Peter: Interview mit Dr. Peter Hajek. Zeit im Bild 2 Nachrichten. Gesendet vom ORF 2 am 4. April 2008, 22:00 Uhr.

<sup>437</sup> Vgl. Reuters, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. S.190. VS Verlag.

Aufgrund der vorliegenden Materialien ist zu vermuten, dass im Fall der PVV von Geert Wilders eine positive Einbeziehung und Erwähnung von christlichen Migranten aus europäischen Staaten in seine Rhetorik gar nicht notwendig ist, da er seine radikale Positionierung und seinen politischen Diskurs fast ausschließlich auf die muslimischen Zuwanderer in den Niederlanden fokussiert und Migranten aus europäischen Ländern gar nicht erwähnt werden, - es sei denn es handelt sich um die Öffnung des Arbeitsmarkts für osteuropäische Länder, die seinen Aussagen zufolge jedoch nur für Personen aus Polen, Rumänien und Bulgarien gelten sollen. An dieser Stelle soll auch erwähnt werden, dass Geert Wilders in zweiter Ehe mit einer Ungarin verheiratet ist.

Dies führt zum nächsten Punkt. Den vorliegenden Materialien zufolge wird der Vorwurf des Rassismus durch die von den Parteien FPÖ, VB und PVV propagierte Islamfeindlichkeit beseitigt, da es sich bei dem Islam um eine Religion und nicht um eine Ethnie oder Nation handelt, selbst wenn die in den Reden der Politiker geäußerten Meinungen und Standpunkte sehr wohl die Überlegenheit der westlichen gegenüber der islamischen Kultur betont und somit letztere abgewertet bzw. als minder betrachtet wird. Mit der durch die Aussagen von Heinz-Christian Strache, Filip Dewinter und Geert Wilders in ihren Reden getätigten Aberkennung des Islams als Religion und der Bezeichnung des Islams als Ideologie lässt sich auch der Versuch erkennen, den Vorwurf des Religionshasses und Anstiftung zum Religionshass, abzuwenden, da sich schließlich diese Parteien offiziell der Bekämpfung dieser Ideologie, jedoch nicht der Bekämpfung des Islams als Religion verschrieben haben.

#### **4.3.3. Kampf um die Religions- und Meinungsfreiheit**

Mit dem Verweis, dass es im Islam keine Meinungs- und Religionsfreiheit gibt, können sie das Thema Islam außerdem für ihren Kampf um den Schutz dieser Freiheit instrumentalisieren, selbst wenn ihre Ansichten und Programme in einem Konflikt und in einem deutlichen Kontrast zur Religionsfreiheit stehen.

#### **4.3.4. Islamfeindlichkeit als Motiv grenzüberschreitender Allianzenbildung?**

Das Thema Islam als Feindbild ist für viele rechtspopulistische Parteien ein geeignetes Instrument zur Überwindung von historisch bedingten Feindschaften und Konflikten sowie zur Bildung von Allianzen mit anderen Parteien aus dem gleichen politischen Spektrum in den Ländern der Europäischen Union. Dennoch soll erwähnt werden, dass mit der Europäischen Union und ihren Institutionen ein weiteres einendes Feindbild

instrumentalisiert wird, jedoch weniger emotionalisiert und die Wähler mobilisiert als das Thema Islam. Darauf lassen sich die politischen Beziehungen der FPÖ mit anderen Parteien sowie der von einigen Funktionären begangene Aktionismus als Beleg für diese These vorweisen, die eindeutig im Zeichen der Islamfeindlichkeit stehen.

Heribert Schiedel vertritt ebenfalls die Ansicht, dass Islamfeindlichkeit und antiislamische Politik der rechtspopulistischen Parteien in vielen Ländern der Europäischen Union „[...] die unterschiedlichen Fraktionen der Rechten und diese – vor allem in Skandinavien und den Niederlanden – sogar mit manchen Liberalen“<sup>438</sup> vereinen.

„Spätestens seit der Entdeckung des von *Islamisierung bedrohten Abendlandes* ist eine Nationale Internationale kein Widerspruch mehr in sich [...]“<sup>439</sup>

Die FPÖ hat sehr gute Beziehungen zum Vlaams Belang sowie zur bulgarischen Partei Ataka und gute Kontakte zum französischen Front National (FN).<sup>440</sup> Außerdem partizipierte die FPÖ zweimal an einem „Anti-Minarett-Kongress“ und einer Demonstration gegen den Bau einer Großmoschee in Köln in den Jahren 2008 und 2009, die von der rechtspopulistischen Bürgerbewegung „pro-Köln“ organisiert wurde.<sup>441</sup> FPÖ Generalsekretär Harald Vilimksy trat als Redner bei dem ebenfalls von der „pro – Köln“ und der „pro- NRW“ (Nordrhein – Westfalen) organisierten Antiislamisierungskongress am 9. Mai 2009 in Köln sowie bei dem vom Vlaams Belang organisierten „Zuwanderungskongress“ im April 2011 in Antwerpen auf.

Auch Filip Dewinter war bei den erwähnten Veranstaltungen Gastredner.

Auf Einladung des FPÖ Europaabgeordneten Andreas Mölzer trafen sich am 21. Oktober 2010 Vertreter der Rechtsparteien Vlaams Belang, Schwedendemokraten, Dänische Volkspartei, Lega Nord (Italien) und der Slowakischen Nationalpartei SNS (*Slovenská národná strana*) in Wien, um die Gründung einer eigenen Fraktion im EU Parlament zu diskutieren.<sup>442</sup> Das Treffen dieser Parteien verlief ohne Ergebnis. Hier ist anzumerken, dass alle zu diesem Treffen erschienenen Parteien mit Ausnahme der slowakischen SNS eine deutliche islamfeindliche Programmatik vertreten. Die Lega Nord war bis November 2011

---

<sup>438</sup> Schiedel Heribert (2011): *Extreme Rechte in Europa*. Steinbauer Verlag. S.35ff.

<sup>439</sup> Ebd.

<sup>440</sup> Vgl. Mitnik, Philipp (2010): *Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei?* LIT Verlag. S.177 ff.

<sup>441</sup> Vgl. [www.zeit.de](http://www.zeit.de) ; Titel: Köln wappnet sich gegen Islamfeinde ; am 7. Mai 2009

sogar Regierungsmitglied in Italien, während die dänische Volkspartei über einen langen Zeitraum eine liberal-konservative Minderheitsregierung in Dänemark unterstützte.

Über die Beziehungen zwischen dem Vlaams Belang und Geert Wilders PVV gibt es zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit keine offiziell belegte Information aus den Medien, bis auf einen Verweis von einer im zweiten Teil der Arbeit bereits zitierten Bezeichnung von Geert Wilders als „Freund“ durch Filip Dewinter.

Was die Beziehungen zwischen der FPÖ und der PVV betrifft, gibt es seitens Geert Wilders und seiner Partei keine Stellungnahme in Bezug auf eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien. Auch konnten trotz langer Recherche keine Interviews mit Geert Wilders gefunden werden, in denen er sich über die FPÖ und eine Kooperation mit ihr im Europäischen Parlament oder im Rahmen einer internationalen Allianz geäußert hätte.

Geert Wilders sei nach der Ansicht von Heribert Schiedel „ [noch] um Distanz zum FPÖ Obmann“ bemüht, da die FPÖ offen gegen Muslime hetze, während sich Geert Wilders mit seiner politischen Agitation vorrangig gegen den Islam richtet.<sup>443</sup>

Es wurde bereits im Rahmen dieser Arbeit erwähnt, dass diese Differenzierung zwischen der Religionsrichtung Islam und seinen Gläubigern sowie eine Differenzierung zwischen moderatem und fundamentalistischem Islam paradox und somit sinnlos ist, da Geert Wilders mit seiner Forderung eines Koranverbots und seinem öffentlich geäußerten Zweifel an der Existenz eines gemäßigten Islams auch moderate Muslime automatisch mit einbezieht und brüskiert.

Deutlicher äußerte sich jedoch FPÖ Obmann Heinz-Christian Strache hinsichtlich einer Kooperation mit Geert Wilders. In einem Interview mit der FPÖ nahen Wochenzeitung „Zur Zeit“ gab er folgende Stellungnahme ab:

„Ich halte Geert Wilders für ein Strohfeuer, das bald erlöschen könnte. Eine Zusammenarbeit strebe ich aufgrund seiner undifferenzierten Positionen nicht an. Jemand, der Aussagen tätigt, wie etwa, dass man die Araber hinter den Jordan zurücktreiben müsse, oder der Koran – Verbrennungen initiiert, kann für uns kein

---

<sup>442</sup> Vgl. [www.diepresse.com](http://www.diepresse.com) : Titel: Auf Einladung der FPÖ: Rechtsparteien – Treffen in Wien am 21. Oktober 2010.

<sup>443</sup> Vgl. Schiedel, Heribert (2011): Extreme Rechte in Europa. Steinbauer Verlag. S 68.



Partner sein. Wilders ist ein Selbstdarsteller und eine Ein-Mann-Partei. Seine Aussagen schaden eher einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Islamismus, als dass sie nützen.“<sup>444</sup>

Interessant ist, dass sich der FPÖ Obmann auf die fehlende undifferenzierten Positionen in Bezug auf den Islam bezieht, die in vielen Fällen von Strache und einigen Funktionären seiner Partei, wie etwa Susanne Winter, selbst vermisst werden. Natürlich lässt es sich schwer prognostizieren, wie lange Geert Wilders´ PVV und die FPÖ auf Distanz voneinander gehen und eine Kooperation ablehnen werden.

#### **4.4. Schlussfolgerungen**

Zusammenfassend lassen sich folgende Schlussfolgerungen aufzeigen:

- Das Thema Islam als Feindbild kann den rechtspopulistischen Parteien eine Erweiterung und somit Vergrößerung der Wählerschicht durch die oft konservative bürgerliche Mittelschicht und eingebürgerte christliche Migranten ermöglichen. Da es bisher keine Statistik und Wählerbefragung zu diesen Gruppen gibt, lässt sich der Erfolg dieser Strategie schwer belegen. Dennoch können diese Parteien, insbesondere die FPÖ, durch den Appell und den Verweis auf christliche Migranten, gegen die die Partei nichts einzuwenden habe und die sich sowieso integriert hätten, sich endgültig vom Vorwurf des ethnisch bedingten Rassismus befreien. Außerdem soll erwähnt werden, dass die in den EU Verträgen verankerte Niederlassungsfreiheit für alle EU Bürger in den Mitgliedsländern eine Diskriminierung gegen EU Staatsbürger immer mehr erschwert bzw. obsolet macht, während mit dem Islam als „außereuropäische“ bzw. „nicht europäische“ Religion eine Abgrenzung des christlich abendländischen Europas und seinen Bürgern gegen die Muslime erleichtert und das „Wir-Gefühl“ stärken soll.
- Die islamfeindliche Programmatik und Fokussierung auf den Islam als Gefahr für das christliche und westliche Abendland kann die Beziehung zwischen rechtspopulistischen Parteien in der Europäischen Union insbesondere im Hinblick auf die Gründung bzw. Aufnahme in eine Rechtsfraktion im Europäischen Parlament

---

<sup>444</sup> Strache, Heinz – Christian: Interview. Zur Zeit., 3/2011, S.11.

sowie die Zusammenarbeit in Form von internationalen Allianzen verbessern und intensivieren, auch wenn einige Parteien (noch) Vorbehalte gegeneinander aufzeigen, die sich jedoch im Laufe der Zeit, wie etwa bedingt durch steigende Wahlerfolge, auflösen könnten.

- Mit dem Verweis auf die in diesem Abschnitt zitierten Ergebnissen von Meinungsumfragen in Österreich, Belgien und den Niederlanden zum Thema Islam, ist festzustellen, dass die Parteien FPÖ, VB und PVV mit *einigen* ihrer Aussagen und Standpunkten bei einem nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen.

## **5. Zur Bekämpfung des Rechtspopulismus und persönliches Fazit**

Im letzten Kapitel der Diplomarbeit sollen einige mögliche (!) Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtspopulismus bzw. rechtsaffinen Einstellungen und Wahlverhalten in der Bevölkerung vorgestellt werden. Christoph Busch vertritt die Ansicht, dass die wichtigsten Maßnahmen die politische Bildung und Verstärkung der politischen Partizipation und Engagements für die Achtung der Menschenwürde und Demokratie insbesondere von Jugendlichen darstellen sowie die Vergrößerung der Angebote an Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden zum Thema Fremden- und Islamfeindlichkeit für die politische Aufklärung der Bürger eines Landes.<sup>445</sup> Wichtig ist außerdem die Stärkung der Zivilgesellschaft, um in erster Linie politikverdrossene Bürger anzusprechen, die von den Regierungsparteien enttäuscht sind und daher für die Unterstützung einer rechtspopulistischen oppositionellen Partei am anfälligsten sind.<sup>446</sup> Diese Bürger sollen gefördert und deren Möglichkeit zur politischen Partizipation oder zumindest Teilhabe zur Vermeidung politischer Frustration und der damit einsetzenden fehlenden Wahlbeteiligung erleichtert werden

Die Stärkung der direkten Demokratie soll insbesondere von den regierenden Parteien gefördert werden, um die Staatsbürger bei wichtigen politischen und finanziellen Entscheidungen einzubinden und um dieses Terrain nicht den Rechtspopulisten alleine zu

---

<sup>445</sup>Vgl. Busch, Christoph (2008): Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen. Friedrich Ebert Stiftung. S. 53 ff.

<sup>446</sup>Vgl. Molthagen, Dietmar (2006): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Friedrich Ebert Stiftung. S.13 ff.

überlassen. Die etablierten und regierenden Parteien sind außerdem gut beraten, ihre Wahlversprechen einzuhalten bzw. diese zu überdenken, um das Aufkommen von Politikverdrossenheit bei einem Teil der Gesellschaft zu verhindern. Sozialpolitisch ist die finanzielle und moralische Unterstützung jener Gesellschaftsschicht von Nöten, die vom sozialen Abstieg bedroht ist und in den Migranten die Ursache für ihre Misere sehen und diese als Sündenböcke missbraucht. Sowohl die Politik als auch die Medien wären gut beraten, positive Beispiele vom Zuwanderung und Integration zu präsentieren und die Bereicherung von Migranten für die heimische Wirtschaft und Kultur hervorzuheben.

In der vorliegenden Arbeit soll – trotz Distanzierung zu den hier zitierten Aussagen von den Politikern der rechtspopulistischen Parteien – die Meinung vertreten werden, dass die durch demokratische Wahlen in einem demokratischen Rechtsstaat hervorgegangenen und legitimierten Parteien FPÖ, VB und PVV auf jeden Fall das Recht haben, ein Bekenntnis zu einer säkularen und westlichen Rechts- und Gesellschaftsordnung basierend auf die christliche Kultur zu äußern und dieses Bekenntnis auch politisch zu vertreten sowie die Forderung an moslemische Migranten zu äußern, sich zu einem demokratischen und säkularen Staat und Gesellschaft zu bekennen und sich in diesen auch zu integrieren. Diese Ansicht basiert auf dem Prinzip der Meinungsfreiheit. In diesem Fall ist sie sehr ambivalent, da man, wie eben erwähnt, die Meinung anderer akzeptieren soll, auch politisch. Auf der anderen Seite geht es hier jedoch auch um ein (subtiles) Unterdrücken von Menschen. Hier müsste man meiner Ansicht nach – wie oben angeführt – in der Bevölkerung bzw. in der Volksbildung ansetzen.

Darüber hinaus ist die Integration und Akzeptanz der Gesellschaftsordnung eine verpflichtende Bringschuld von Migranten. Eine mangelnde Integrationsbereitschaft und fehlendes Verständnis und Akzeptanz der Sitten und Traditionen in dem neuen „Heimatland“ wird nicht die Sympathie der einheimischen Bevölkerung und auch der bereits integrierten bzw. eingebürgerten Migranten (Neoösterreicher) gegenüber neuen Zuwanderern aus einem anderen Kulturkreis erhöhen, was somit zwingend zu einer Abschottung und Ghettoisierung der Zuwanderer, verbunden mit mangelnden beruflichen Perspektiven, führt, die nicht selten in einzelnen Fällen auch zur Kriminalität führen kann.

Das Recht der Parteien FPÖ, VB und PVV auf fehlende Integration bzw. fehlenden Willen seitens muslimischer Zuwanderer zur Integration in die westliche Gesellschaft hinzuweisen, gibt den Vertretern und Funktionären dieser Parteien jedoch nicht das Recht, Muslimen pauschal eine Integrationsverweigerung und Anpassungsunfähigkeit aufgrund der in ihren

Ländern herrschenden Sitten und Traditionen zu unterstellen, und gar ihre Religion automatisch mit Fundamentalismus und Neigung bzw. Sympathie für Terrorismus gegen Nichtmuslime zu verknüpfen. In aller Deutlichkeit ist die persönliche Beleidigung des Propheten Mohammed sowie der Vergleich des Korans mit Adolf Hitlers „Mein Kampf“ und die Gleichsetzung des Islams mit Ideologien, die Millionen von Menschen das Leben kosteten, zu kritisieren und abzulehnen, da sich diese Aussagen jenseits des Anstands und diplomatischen sowie zivilisierten Stils der westlichen und aufgeklärten Demokratie bewegen, auf die sich die Politiker dieser Parteien mit Stolz berufen und behaupten, in ihrem Namen zu sprechen. Auch muslimische Zuwanderer, die Sympathie für den Islamismus oder gar Anhänger islamistischer Gruppierungen sind, müssen sich über den Umstand im Klaren sein, dass sie mit ihrer Ideologie Parteien und Ideologien rechts der Mitte nur Schützenhilfe für ihren politischen Aufstieg leisten und somit auch eine Mitverantwortung für den politischen Erfolg tragen.

Der Erfolg der Parteien FPÖ und PVV ist vermutlich auch als Druckmittel für die etablierten Regierungsparteien zu verstehen, die Integrations- und Zuwanderungspolitik in ihren Ländern zu überdenken und notfalls zu verschärfen, um einen weiteren Rechtsruck oder gar eine Radikalisierung in der Gesellschaft zu verhindern und den rechtspopulistischen Parteien den „Wind aus den Segeln“ zu nehmen. Auch wenn es schwer nachvollziehbar scheint, wie viel Prozent der Wählerschaft tatsächlich eine ausländer- und islamfeindliche nationalistische Ideologie aufweist und wie hoch die Anzahl von Protestwählern ist, die sich für eine der Rechtsparteien entscheiden, ist die Ausländer- und Islamthematik unbestritten die stärkste Wahlmotivation und somit für den Wahlerfolg dieser Parteien entscheidend. Auch die Meinungsumfragen zeigen deutlich auf, dass in einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft antiislamische Ressentiments und Vorurteile herrschen. Aus diesem Grund haben die Politik und die Gesellschaft im Allgemeinen deutlichen Aufklärungsbedarf über den Islam unter anderem in Form von diversen Projekten und Veranstaltungen, um diese Möglichkeit der Förderung der Kommunikation zwischen der einheimischen Bevölkerung und den muslimischen Zuwanderern nicht zu vernachlässigen oder gar zu ignorieren.

Der Wahlerfolg von Geert Wilders und seiner PVV sowie die veröffentlichten Ergebnisse der Meinungsumfragen in den Niederlanden zum Thema Islam scheinen alarmierend und für die Gesellschaft als große Herausforderung, auch im Hinblick darauf, dass die PVV die neue Minderheitsregierung unterstützt. Der Rechtsruck in den Niederlanden, die einst als Musterland für Toleranz und eine liberale Gesellschaft in Europa galten, ist als Warnung zu verstehen. In diesem Zusammenhang soll ein Artikel aus dem deutschen Wochenmagazin

„Der Spiegel“ zitiert werden, das über den sich in erster Linie islamfeindlich äussernden Rechtsruck in den Niederlanden schreibt, was sicherlich vor allem im Zusammenhang mit der Ermordung des islamkritischen Filmemachers Theo van Gogh durch einen Islamisten marokkanischer Abstammung mit niederländischer Staatsbürgerschaft, zu betrachten ist. Geschrieben steht, dass die Menschen in diesem kleinen, reichen und liberalen Land sich an Geert Wilders Aussagen und Ideen nicht allzu sehr stören.

„Denn viel hat sich geändert seit jenem Tag vor fünf Jahren, als ein islamistischer Fanatiker den Filmemacher Theo van Gogh erst erschoss, ihm dann die Kehle durchschnitt und mit einem Messer eine Drohbotschaft an die Brust heftete. Der 2. November 2004 war der 11. September der Niederlande, und viele Politiker erklärten danach, das Land befände sich im Krieg. Es war dieser Tag, an dem Geert Wilders´ Aufstieg begann.“<sup>447</sup>

Hiermit soll erklärt werden, dass das Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit, die auch die Kritik an einer Religion und ihren Praktiken miteinbezieht, ein Grundelement einer westlich liberalen Demokratie darstellt und für alle Gruppen eines Landes und einer Gesellschaft gelten soll und bestimmt kein Anlass für eine religiös motivierte Ausübung von Gewalt gegen Kritiker darstellen darf.

Dass ein Ereignis, wie die Ermordung von Theo van Gogh und der Aufstieg und Wahlerfolg der PVV, auch ein Druckmittel gegen die etablierten Parteien der Mitte darstellt, belegt ein Zitat aus demselben Artikel:

„Auch die Volksparteien haben sich seither (Anm. Ermordung von Theo van Gogh) nach rechts bewegt. Jahrzehntlang haben die Christ- und Sozialdemokraten Probleme mit Marokkanern und Türken verschwiegen, aus Hilflosigkeit, Desinteresse und falsch verstandener Toleranz. Jetzt haben manche die Ideen von Geert Wilders kopiert, in der Hoffnung, ihn rechts überholen zu können.“<sup>448</sup>

Die hier aufbereitete Thematik birgt viele Diskussionspunkte, die in diesem Rahmen nicht vollständig behandelt werden können, die es jedoch weiter zu bearbeiten gilt.

---

<sup>447</sup> Zit. Der Spiegel. 46-2009. Erschienen am 9.November 2009.

<sup>448</sup> Zit. Ebd.

## **6. Quellenverzeichnis**

BAUER, Werner: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Verlag: ÖGPP (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung), Wien. 2009

Aktualisierte Fassung 2011 unter:

[www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/6\\_europa/Rechte\\_Parteien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf)

BERTSCH, Isabella Bianca: Rechtspopulismus in den westlichen Gesellschaften: Gefahr für die Demokratie? Verlag: VDM Dr. Müller, Berlin. 2011

BISCHOFF, Joachim. DÖRRE, Klaus. GAUTHIER, Elisabeth: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkung, Gegenstrategien. Verlag: VSA, Hamburg. 2004

BORSTEL, Dierk: Rechtsextremismus – Eine Einführung in den Forschungsstand. Verlag: GRIN, Norderstedt. 2011

BUNZL, John. HAFEZ, Farid: Islamophobie in Österreich. Verlag: Studien, Innsbruck. 2009

BUTTERWEGGE, Christoph. HENTGES, Gudrun: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Verlag: Barbara Budrich, Opladen. 2008

CIPPITELLI, Claudia. SCHWANEBECK, Alexander: Die neuen Verführer?: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien. Verlag: Reinhard Fischer, München. 2004

DACHS, Herbert. GERLICH, Peter. GOTTWEIS, Herbert. KRAMER, Helmut. LAUBER, Volkmar. MÜLLER, Wolfgang. TALOS, Emmerich: Politik in Österreich. Das Handbuch. Verlag: Manz, Wien. 2006

DECKER, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Verlag: Leske und Budrich, Opladen. 2000

DECKER, Frank: Der neue Rechtspopulismus. Verlag: VS (Verlag für Sozialwissenschaften), Wiesbaden. 2003

DECKER, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Verlag: VS (Verlag für Sozialwissenschaften), Wiesbaden. 2006

EISMANN, Wolfgang: Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? Verlag: Czernin, Wien. 2001

FISCHER, Torben: „Eigen volk eerst“ – rechtspopulistische Diskursstrategien am Beispiel des belgischen Vlaams Belang. Verlag: GRIN, Norderstedt. 2009

FRÖLICH – STEFFEN, Susanne. RENSMANN, Lars (Hg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

GÄRTNER, Reinhold: Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus im Vormarsch. Verlag: K & S (Kremayr und Scheriau), Wien. 2009

GRILLMAYER, Dieter: National und Liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich. Verlag: Genius, Wien. 2006

GRUMKE, Thomas. WAGNER, Bernd: Handbuch Rechtsradikalismus. Verlag: Leske und Budrich, Opladen. 2002

GRUMKE, Thomas: Globalisierter Rechtsextremismus?: Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Verlag: VS (Verlag für Sozialwissenschaften), Wiesbaden. 2006

HAFEZ, Farid: Islamophober Populismus: Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. Verlag: VS (Verlag für Sozialwissenschaften), Wiesbaden. 2010

HASERER, Wolfgang: Der Rechtspopulist Jörg Haider – Eine Analyse seines politischen Erfolgs in Österreich. Verlag: GRIN, Norderstedt. 2011

HÄUSLER, Alexander: Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Verlag: VS (Verlag für Sozialwissenschaften), Wiesbaden. 2008

HEITMEYER, Wilhelm. LOCH, Dietmar: Schattenseiten der Globalisierung: Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Verlag: Suhrkamp, Berlin. 2001

HOFMANN, Anna (Hg.). von THADDEN (Hg.), Rudolf: Populismus in Europa – Krise der Demokratie? Verlag: Wallstein, Göttingen. 2005

HOLTMANN, Everhard. KRAPPIDEL, Adrienne. REHSE, Sebastian: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils. Verlag: VS, Wiesbaden. 2006

HORACZEK, Nina. REITERER, Claudia: HC STRACHE. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde. Verlag: Ueberreuter, Wien. 2009

HÖBELT, Lothar: Defiant Populist. Jörg Haider and the Politics of Austria. Verlag: Purdue University Press, Indiana, USA. 2003

ISMAYR, Wolfgang: Die politischen Systeme Westeuropas. Verlag: VS, Wiesbaden. 2009

JASCHKE, Hans – Gerd: Politischer Extremismus. Verlag: BpB (Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn. 2007

JASCHKE, Hans – Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Verlag: Westdeutscher Verlag, Wiesbaden. 2001

JUNGWIRTH, Michael: Haider, Le Pen und Co.: Europas Rechtspopulisten. Verlag: Styria, Graz. 2002

KÖNIGSEDER, Ilse. PELINKA, Anton : Feindbild Zuwanderer. Verlag: Braumüller, 2009.

KRÄH, Gerd: Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich? Verlag: Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main. 1996

KRAUSE, André: Geert Wilders' Wahlprogramm 2010: Systemfrage und Kulturkampf. Verlag: epubli, Berlin. 2010



LANGENBACHER, Nora. SCHELLENBERG, Britta. Europa auf dem „rechten“ Weg. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Verlag: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin. 2010

LEWANDOWSKY, Marcel: Populismus der Mitte. Das Beispiel New Labour. Verlag: Tectum, Marburg. 2010

LUX, Georg: Jörg Haider. Mensch, Medienstar, Mythos. Verlag: Styria, Graz. 2008

MAYER, Gregor. ODEHNAL, Bernhard.: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. Verlag: Residenz, St. Pölten. 2010

MITTNIK, Philipp: Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC Strache. Verlag: LIT, Wien. 2010

NARODOSLAWSKY, Benedikt: Blausprech. Wie die FPÖ ihre Wähler fängt. Verlag: Leykam, Graz. 2010

OTTOMEYER, Klaus: Jörg Haider. Mythos und Erbe. Verlag: Drava, Klagenfurt. 2009

REUTER, Gerd: Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum. Verlag: VS, Wiesbaden. 2009

SCHARSACH, Hans – Henning: Rückwärts nach rechts. Europas Populisten. Verlag: Ueberreuter, Wien. 2002

SCHÖNFELDER, Sven: Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Verlag: Wochenschau, Schwalbach. 2008

SCHIEDEL, Heribert: Extreme Rechte in Europa. Verlag: Steinbauer, Wien. 2011

SCHIEDEL, Heribert: Der rechte Rand: Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Verlag: Steinbauer, Wien. 2007

SOKOLOWSKY, Kay: Feindbild Moslem. Verlag: Rotbuch, Berlin. 2009

SPREMO, Miroslav: Die Rolle der Parteien Vlaams Belang und Front National im flämisch – wallonischen Konflikt. Verlag: GRIN, Norderstedt. 2010

STEININGER, Gerhard: Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Verlag: Steinbauer, Wien. 2007

SPIER, Tim: Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Verlag: VS, Wiesbaden. 2010

### **Internetquellen**

ARZHEIMER, Kai. KLEIN, Markus: Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien. Universität Mainz.

Unter: [www.kai-arzheimer.com/fpoe/repfpoefdp.html](http://www.kai-arzheimer.com/fpoe/repfpoefdp.html)

Letzter Zugriff: 21. Oktober 2010

BAYER, József: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. Verlag: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Wien. 2002

Unter: [www.renner-institut.at/download/texte/bayer.pdf](http://www.renner-institut.at/download/texte/bayer.pdf)

Letzter Zugriff: 4. November 2010

BAUER, Werner: Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? Verlag: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin. 2010

Unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf>

Letzter Zugriff: 29. Oktober 2010

BEICHELT, Timm. MINKENBERG, Michael: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften – Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell. Europa – Universität Viadrina, Frankfurt / Oder.

Unter:

[www.kuwi.europa-](http://www.kuwi.europa-)

[uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/dokumente/publikationen/beicheltminkenberg2002rechtsradikalismus.pdf](http://uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/dokumente/publikationen/beicheltminkenberg2002rechtsradikalismus.pdf)

Letzter Zugriff: 4. November 2010

BINDER, Tanja: Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien – eine Folge von Modernisierungsprozessen? Verlag: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin. 2005

Unter: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2005/iv05-203.pdf>

Letzter Zugriff: 11. November 2010

BUSCH, Christoph: Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen. Verlag: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin. 2008

Unter: [www.fes.de/forumjugend/Demokratie-staerken-Rechtsextremismus-bekaempfen.pdf](http://www.fes.de/forumjugend/Demokratie-staerken-Rechtsextremismus-bekaempfen.pdf)

Letzter Zugriff: 8. Dezember 2011

DECKER, Frank: Rechtspopulismus, Globalisierung und Europäische Union. Verlag: Heinrich Böll Stiftung, Berlin. 2002

Unter: [www.zukunftsgruen.de/web/216.htm](http://www.zukunftsgruen.de/web/216.htm)

Letzter Zugriff: 28. Oktober 2010

HABERKAMP, Andrea: Die Regionalwahlen in Belgien 2009. Konrad – Adenauer – Stiftung, Berlin. 2009

Unter:

[www.kas.de/wf/doc/kas\\_16775-1522-1-30.pdf?090611184156](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16775-1522-1-30.pdf?090611184156)

Letzter Zugriff: 12. November 2010

HADLER, Markus: Modernisierungsverlierer und – gewinner. Verlag: SWS - Rundschau. Heft 1/2004

Unter: [www.sws-rundschau.at/archiv/SWS\\_2004\\_1\\_Hadler.pdf](http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2004_1_Hadler.pdf)

Letzter Zugriff: 8. Dezember 2010

KRAUSE – VILMAR, Dietfrid: Rechtspopulismus als Herausforderung. Universität Kassel, Kassel.

Unter:

[www.uni-kassel.de/fb1/KVilmar/manuskripte/verschiedenes/rechtspopulismus\\_als\\_herausforderung.htm](http://www.uni-kassel.de/fb1/KVilmar/manuskripte/verschiedenes/rechtspopulismus_als_herausforderung.htm)

Letzter Zugriff: 7. Dezember 2010

LANG, Kai Olaf: Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU. Potentiale, Akteure, Konsequenzen. Verlag: Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. 2009

Unter: [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009\\_S16\\_Ing\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S16_Ing_ks.pdf)

Letzter Zugriff: 24. Oktober 2010

MOLTHAGEN, Dietmar: Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Verlag: Friedrich Ebert Stiftung, Berlin. 2006

NANDLINGER, Gabriele: Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus? Verlag: Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin. 2008

Unter:

[www.bpb.de/themen/VSBMKQ,0,0,Wann\\_spricht\\_man\\_von\\_Rechtsextremismus\\_Rechtsradikalismus\\_oder\\_Neonazismus%85\\_.html](http://www.bpb.de/themen/VSBMKQ,0,0,Wann_spricht_man_von_Rechtsextremismus_Rechtsradikalismus_oder_Neonazismus%85_.html)

Letzter Zugriff: 2. April 2011

RANDEL, Christian. TREPT, Sebastian: Das politische System Belgiens im Wandel. Technische Universität Dresden. 2008

Unter:

[http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/philosophische\\_fakultaet/ifpw/polsys/lehre/lva/2008/europa-amerika/belgien\\_im\\_wandel.pdf](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/lehre/lva/2008/europa-amerika/belgien_im_wandel.pdf)

Letzter Zugriff: 18. Oktober 2011

### **Aufsätze und Beiträge aus Sammelwerken**

BAYER, Jozsef (2002). Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie. In: FRÖLICH-STEFFEN. RENSMANN. Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005. 173 - 189

BETZ, Hans - Georg (2002): Conditions Favoring the Success and Failure of Radical Right-Wing Populist Parties in Contemporary Democracies. 197 – 213. In: FRÖLICH - STEFFEN. RENSMANN: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

BETZ, Hans – Georg (1998): Rechtspopulismus. Ein internationaler Trend ?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Apuz), Nr. B 9 – 10. 251 – 264. In: REUTER, Gerd. (2009).

Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. VS Verlag, Wiesbaden.

BETZ, Hans – Georg (2001): Entre succès et échec: l'extrême droite à la fin des années quatre – vingt – dix. 413. In: BETZ, Hans – Georg: Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung. ÖZP, 31.

DECKER, Frank (2003). The Populist Challenge to Liberal Democracy, in: net edition von Internationale Politik und Gesellschaft 6/2003. 1 – 12. In: FRÖLICH - STEFFEN. RENSMANN. Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

DECKER, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus. Opladen Verlag. In: FRÖLICH - STEFFEN. RENSMANN: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

FRÖLICH – STEFFEN, Susanne. RENSMANN, Lars: Politikwissenschaftliche Forschung zu populistischen Regierungsparteien. 3 – 29. In: FRÖLICH – STEFFEN. RENSMANN: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

GSTETTNER, Peter (2000): Die gefährliche Mischung des Jörg Haider. Rechtspopulismus plus Rassismus. 97-107. In: ROSENBERGER, Sieglinde: Rechtspopulismus. Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie?

KOSTRZEBSKI, Karol (2005): Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens. 209. In: Bauer, Werner. Rechtspopulismus in Europa. 13.

KÖNIGSEDER, Angelika: Feindbild „Muslim“ in Europa. In: PELINKA, Anton. KÖNIG, Ilse (2009): Feindbild Zuwanderer. Braumüller Verlag. 75.

MÉNY, Yves (1998): The People, The Elites and the Populist Challenge. In: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

MINKENBERG, Michael (2001): The Radical Right in Public Office. In: West European Politics 24/ 2001. 1 -21. In: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

PELINKA, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteilorschung. 281 – 290. In: FRÖLICH – STEFFEN. RENSMANN. Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005

PELINKA, Anton (2002): Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. ÖZP. In:FRÖLICH - STEFFEN. RENSMANN. Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005. 87 – 104.

PLASSER, Fritz. ULRAM, Peter (1994). Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei Volksabstimmung über den EU – Beitritt. In : BETZ, Hans – Georg: Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung.

ULRAM, Peter (2001): Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider. 216. In: Betz, Hans – Georg. Rechtspopulismus in Westeuropa.

REISIGL, Martin: Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: FRÖLICH – STEFFEN, Susanne. RENSMANN, Lars (Hg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005. 51 – 66.

ROSENBERGER, Sieglinde: „Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie?“ In: Fröhlich – Steffen. Rensmann. Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Verlag: Braumüller, Wien. 2005. 35 – 47.

ROSENBERGER, Sieglinde (2001): Demokratie und/versus Populismus. In: Rosenberger, Sieglinde. Rechtspopulistische Parteien als Herausforderung der repräsentativen Demokratie? In: FRÖLICH - STEFFEN. RENSMANN: Populisten an der Macht. 37.

RUHRMANN, Georg (2005): Migranten in den Medien. In: WINKLER, Beate. Zuwanderer als

Feindbild. In: PELINKA, KÖNIG (2009): Feindbild Zuwanderer: Vorurteile und deren Überwindung. 91.

SCHARENBERG, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: GREVEN, Thomas. GRUMKE, Thomas (Hg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. VS Verlag, Wiesbaden. 2006. 70 – 111.

### **Online Zeitungartikel**

Süddeutsche Online: „Wir werden eine Renaissance der FPÖ erleben“

Unter:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulismus-in-oesterreich-wir-werden-eine-renaissance-der-fpoe-erleben-1.519355>

München, am 17. Jänner, 2008

Letzter Zugriff: 24. August 2011

Die Presse Online: BZÖ: Haiders „Buberl-Partie“

Unter:

[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/422221/BZOe\\_Haiders-BuberlPartie?direct=528557&\\_vl\\_backlink=/home/politik/innenpolitik/528568/index.do&selChannel=101](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/422221/BZOe_Haiders-BuberlPartie?direct=528557&_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/528568/index.do&selChannel=101)

Wien, am 10. August 2008

Letzter Zugriff: 24. August 2011

Die Presse Online: „Heinz Christian Strache im Porträt“

Unter:

[http://diepresse.com/home/politik/neuwahlen/wahlchat/411596/DiePressecomChat\\_Heinz-Christian-Strache-im-Portraet](http://diepresse.com/home/politik/neuwahlen/wahlchat/411596/DiePressecomChat_Heinz-Christian-Strache-im-Portraet)

Wien, am 1. September 2008

Letzter Zugriff: 29. August 2011

Die Presse Online: Filip Dewinter: „Belgien existiert nicht“

Unter:

[http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/604573/Filip-Dewinter\\_Belgien-existiert-nicht](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/604573/Filip-Dewinter_Belgien-existiert-nicht)

Wien, am 22. Oktober 2010

Letzter Zugriff: 21. September 2011

Die Presse Online: Strache gründet „Christlich – freiheitliche – Plattform“

Unter:

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/569302/Strache-gruendetChristlichfreiheitliche-Plattform>

Wien, am 27. Mai 2010

Letzter Zugriff: 25. August 2011

Die Presse Online: Auf Einladung der FPÖ : Rechtsparteien – Treffen in Wien

Unter:

[http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/604022/Auf-Einladung-der-FPOe\\_RechtsparteienTreffen-in-Wien](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/604022/Auf-Einladung-der-FPOe_RechtsparteienTreffen-in-Wien)

Wien, am 21. Oktober 2010

Letzter Zugriff: 20. November 2011

Der Standard Online: Michael Winter hat Amt niedergelegt

Unter:

<http://derstandard.at/1231151221839/RFJ-Obmann-Steiermark-Michael-Winter-hat-Amt-niedergelegt>

Wien, am 8. Jänner 2009

Letzter Zugriff: 25. August 2011

ORF Online: Susanne Winter wegen Verhetzung verurteilt

Unter:

<http://stmv1.orf.at/stories/336808>

Graz, am 22. Jänner 2009

Letzter Zugriff: 25. August 2011

Zeit Online: Flämische Nationalisten siegen in Belgien

Unter:

[www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/wahl-belgien-flamen-wallonen](http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/wahl-belgien-flamen-wallonen)

Hamburg, am 14. Juni 2010

Letzter Zugriff: 20. September 2011



Zeit Online: Köln wappnet sich gegen Islamfeinde

Unter:

<http://www.zeit.de/online/2009/20/rechtspopulisten-kongress-koeln>

Hamburg, am 7. Mai 2009

Letzter Zugriff: 9. November 2011

Zur Zeit: Interview mit Filip Dewinter. „Europa ist nicht das Welt – Sozialamt“

Unter:

[www.filipdewinter.be/interview-fdw-met-zur-zeit-immigratie-invasie-de-omgekeerde-kolonisatie](http://www.filipdewinter.be/interview-fdw-met-zur-zeit-immigratie-invasie-de-omgekeerde-kolonisatie)

Wien, am 15. März 2011

Letzter Zugriff: 29. September 2011

BBC News Online: Netherlands Islam Freedom: Profile of Geert Wilders

Unter:

[www.bbc.co.uk/news/world-europe-11443211](http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-11443211)

London, am 23. Juni 2011

Letzter Zugriff: 13. November 2011

BBC News Online: Nato fears over Dutch Islam film

Unter:

[http://news.bbc.co.uk/2/hi/south\\_asia/7274259.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/7274259.stm)

London, am 3. März 2008

Letzter Zugriff: 10. November 2011

Der Spiegel Online: Wilders zieht die Niederlande nach rechts

Unter:

[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,699811,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,699811,00.html)

Hamburg, am 10. Juni 2010

Letzter Zugriff: 10. November 2011

Der Spiegel Online: Provokateur, nein danke: Briten verbieten Wilders die Einreise.

Unter:

[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,607265,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,607265,00.html)

Hamburg, am 12. Februar 2009  
Letzter Zugriff: 13. November 2011

Der Spiegel Online: Islamkritiker vor Gericht: Niederlande machen Politprovokateur Wilders den Prozess

Unter:  
[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,672951,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,672951,00.html)

Berlin, am 20. Jänner 2010  
Letzter Zugriff: 15. November 2011

Frankfurter Allgemeine Zeitung Online: Rechtsruck in den Niederlanden.

Unter:  
[www.faz.net/aktuell/politik/ausland/parlamentswahl-rechtsruck-in-den-niederlanden-1572289.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/parlamentswahl-rechtsruck-in-den-niederlanden-1572289.html)

Frankfurt, am 10. Juni 2010  
Letzter Zugriff: 15. November 2011

Frankfurter Allgemeine Zeitung Online: Rechtspopulist Geert Wilders freigesprochen.

Unter:  
[www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/prozess-gegen-islamkritiker-wilders-rechtspopulist-geert-wilders-freigesprochen-1651990.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/prozess-gegen-islamkritiker-wilders-rechtspopulist-geert-wilders-freigesprochen-1651990.html)

Frankfurt, am 23. Juni 2011  
Letzter Zugriff: 15. November 2011

Reuters News: Islamist video responds to Dutch film and war on terror

Unter:  
[www.reuters.com/article/2008/04/28/film-dutch-islamists-dc-idUSL2530318720080428](http://www.reuters.com/article/2008/04/28/film-dutch-islamists-dc-idUSL2530318720080428)

Dubai, am 25. April 2008  
Letzter Zugriff: 14. November 2011

Reuters News: Dutch want Koran film shown but fear reactions: poll

Unter:  
<http://ca.reuters.com/article/topNews/idCAL0522616520080305>

Amsterdam, am März 2008  
Letzter Zugriff: 12. November 2011

Radio Netherlands Worldwide: Dutch Islam critics on al – Qaeda hitlist.

Unter:

[www.rnw.nl/english/bulletin/dutch-islam-critics-al-qaeda-hitlist](http://www.rnw.nl/english/bulletin/dutch-islam-critics-al-qaeda-hitlist)

Hilversum, am 16. Juli 2010

Letzter Zugriff: 12. November 2011

### **Magazine und Zeitungen - Gebundene Ausgaben**

Der Spiegel: Ausgabe 14/ 2008; Interview mit Geert Wilders; Titel: Ich hasse diese Ideologie

Hamburg, am 31. März 2008

Letzter Zugriff: 10. November 2011

Der Spiegel: Ausgabe 46/2009; Titel: Der Angsthändler

Hamburg, am 9. November 2009.

Letzter Zugriff: 10. November 2011

Profil: Ausgabe 12/ 2010; Interview mit Geert Wilders; Titel: „Man liebt mich, oder man hasst mich“.

Wien, am 22. März 2008

Letzter Zugriff: 8. November 2011

Zur Zeit: Ausgabe 3/2011, S.11. Interview mit Heinz – Christian Strache

Letzter Zugriff: 20. November 2011

## Auszüge aus Pressekonferenzen und Reden bei politischen Veranstaltungen

Quelle: [www.youtube.com](http://www.youtube.com)

FPÖ:

Titel: Haltung zum Islamismus, Strache, FPÖ

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=O2kkTLeCw8o](http://www.youtube.com/watch?v=O2kkTLeCw8o)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 11. März 2008

Letzter Zugriff: 20. September 2011

Titel: HC Strache: Moschee, Minarett und Parallelgesellschaft

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=L\\_xRcSlgDSQ](http://www.youtube.com/watch?v=L_xRcSlgDSQ)

Hochgeladen von Interzone am 4. April 2010

Letzter Zugriff: 20. September 2011

Titel: HC Strache - Rede am Viktor – Adler - Markt (1/10)

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=OraFE9HeRpY&feature=related](http://www.youtube.com/watch?v=OraFE9HeRpY&feature=related)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 9. September 2010

Letzter Zugriff: 19. September 2011

Titel: HC Strache – Rede am Viktor – Adler – Markt (4/10)

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=8rcwu051mnk&feature=related](http://www.youtube.com/watch?v=8rcwu051mnk&feature=related)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 9. September 2010

Letzter Zugriff: 19. September 2011

Titel: HC Strache - Rede am Viktor – Adler – Markt (5/10)

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=8rcwu051mnk&feature=related](http://www.youtube.com/watch?v=8rcwu051mnk&feature=related)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 9. September 2010

Letzter Zugriff: 19. September 2011

Titel: Ausländer und Integration – Strache, FPÖ

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=GMY3LUDh\\_kk](http://www.youtube.com/watch?v=GMY3LUDh_kk)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 22. September 2009

Letzter Zugriff: 4. Dezember 2011

Titel: Moschee und Minarett – HC Strache, FPÖ

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=-kSKeYwmRhw](http://www.youtube.com/watch?v=-kSKeYwmRhw)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 24. September 2007

Letzter Zugriff: 20. September 2011

Titel: Harald Vilimsky, FPÖ-Generalsekretär, Antwerpen, April 2011, Kongress Zuwanderung

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=rH8YGkpcKy0](http://www.youtube.com/watch?v=rH8YGkpcKy0)

Hochgeladen von hvilimksy am 13. April 2011

Letzter Zugriff: 22. September 2011

Titel: Harald Vilimsky (Rede) beim Anti – Islamisierungskongress

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=sbWZd39eJzM](http://www.youtube.com/watch?v=sbWZd39eJzM)

Hochgeladen von RechtsDemokrat am 11. Mai 2009

Letzter Zugriff: 22. September 2011

Titel: Andreas Mölzer (FPÖ) über die Islamisierung Europas

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=vsVLGUT6zgw&feature=related](http://www.youtube.com/watch?v=vsVLGUT6zgw&feature=related)

Hochgeladen von Moselfranke1987 am 11. Mai 2008

Letzter Zugriff: 24. September 2011

Titel: EU – Beitritt der Türkei – Andreas Mölzer, FPÖ

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=MZYd6-zqYRk](http://www.youtube.com/watch?v=MZYd6-zqYRk)

Hochgeladen von Oesterreichzuerst am 31. Mai 2011

Letzter Zugriff: 24. September 2011

## VLAAMS BELANG

Titel: Filip Dewinter and Islam

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=rp\\_RZDIU26I](http://www.youtube.com/watch?v=rp_RZDIU26I)

Hochgeladen von patrupedbun am 20. April 2010

Letzter Zugriff: 29. September 2011

Titel: Toespraak Filip Dewinter deel 2

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=8ra5eVQy\\_6Q](http://www.youtube.com/watch?v=8ra5eVQy_6Q)

Hochgeladen von VlaamsBelangInBeeld am 1. Juni 2010

Letzter Zugriff: 30. September 2011

Titel: Anti-Minarett-Konferenz von pro NRW; es spricht Filip Dewinter vom Vlaams Belang

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=KdxbXVuIRI8](http://www.youtube.com/watch?v=KdxbXVuIRI8)

Hochgeladen von videopronrw am 27. März 2010

Letzter Zugriff: 29. September 2011

Titel: Filip Dewinter (Rede) beim Anti – Islamisierungskongress 2009

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=eTVkZ7PPBf8](http://www.youtube.com/watch?v=eTVkZ7PPBf8)

Hochgeladen von RechtsDemokrat am 11. Mai 2009

Letzter Zugriff: 4. Oktober 2011

Titel: European Freedom Alliance – Interview Filip Dewinter

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=BcqqXFLpPSY](http://www.youtube.com/watch?v=BcqqXFLpPSY)

Hochgeladen von Malarich am 29. Dezember 2010

Letzter Zugriff: 4. Oktober 2011

Partij voor de Vrijheid

Titel: Film FITNA

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=kIKCgRlwQUA](http://www.youtube.com/watch?v=kIKCgRlwQUA)

Hochgeladen von KyleReeseify am 5. Februar 2011

Letzter Zugriff: 13. Oktober 2011

Titel: Geert Wilders in Hard Talk (BBC)

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=OWa-6IM9t8E](http://www.youtube.com/watch?v=OWa-6IM9t8E)

Hochgeladen von sob1683 am 30. Jänner 2008

Letzter Zugriff: 24. Oktober 2011

Titel: 1000 Euro fürs Kopftuch: Geert Wilders fordert die Kopflumpen – Steuer

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=hXwkA5TFBqM&feature=related](http://www.youtube.com/watch?v=hXwkA5TFBqM&feature=related)

Hochgeladen von RoninReloaded am 20. September 2009

Letzter Zugriff: 26. Oktober 2011

Titel: 23. Mai 2010: Geert Wilders während der Premier Debatte im holländischen TV (RTL)

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=NnMLfaxEoPo](http://www.youtube.com/watch?v=NnMLfaxEoPo)

Hochgeladen von RoninReloaded am 24. Mai 2010

Letzter Zugriff: 26. Oktober 2011

Titel: Geert Wilders Live Debate

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=n4fsGv-xXK8](http://www.youtube.com/watch?v=n4fsGv-xXK8)

Hochgeladen von wilderssupport am 5. März 2010

Rundfunkveranstalter TROS

Letzter Zugriff: 24. Oktober 2011

Titel: Geert Wilders im Horowitz Center (April 2009)

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=1yYEJqnaRIA](http://www.youtube.com/watch?v=1yYEJqnaRIA)

Hochgeladen von RoninReloaded am 24. Mai 2009

Letzter Zugriff: 24. Oktober 2011

Titel: Geert Wilders spricht über Islam, Sharia und die Zukunft Europas – Deutsch

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=WohD12UJrrA&feature=fvwrel](http://www.youtube.com/watch?v=WohD12UJrrA&feature=fvwrel)

Hochgeladen von 2012Pershing am 10. Juli 2009

Letzter Zugriff: 20. Oktober 2011

Titel: Ban the Koran ? Geert Wilders speaks out on his radical views

TV Sender Russia Today

Unter:

[www.youtube.com/watch?v=GanFV4b1wvk](http://www.youtube.com/watch?v=GanFV4b1wvk)

Hochgeladen von RussiaToday am 7. März 2010

Letzter Zugriff: 20. Oktober 2011

## **Parteiprogramme**

### FPÖ

Titel: Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs

Unter:

[www.fpo.e.at/dafuer-stehen-wir/partei-programm](http://www.fpo.e.at/dafuer-stehen-wir/partei-programm)

Graz, am 18. Juni 2011

Letzter Zugriff: 14. September 2011

Titel: Handbuch freiheitlicher Politik

Unter:

[www.fpo.e.at/dafuer-stehen-wir/handbuch-f-politik](http://www.fpo.e.at/dafuer-stehen-wir/handbuch-f-politik)

Letzter Zugriff: 8. November 2011



## VLAAMS BELANG

Titel: Der Vlaams Belang in Ihrer Sprache (Deutsch)

Unter:

[www.vlaamsbelang.org/61/1/](http://www.vlaamsbelang.org/61/1/)

2004 – 2011

Letzter Zugriff: 1. Dezember 2011

## PARTIJ VOOR DE VRIJHEID

Titel: Verkiezingsprogramma

Unter:

[www.pvv.nl/images/stories/Webversie\\_VerkiezingsProgrammaPVV.pdf](http://www.pvv.nl/images/stories/Webversie_VerkiezingsProgrammaPVV.pdf)

2010 – 2015

Letzter Zugriff: 28. November 2011

## **Meinungsumfragen**

IMAS Report Nr. 6 (Österreich)

Titel: Der Islam in den Augen der Bevölkerung

Unter:

[www.imas.at/images/imas-report/2010/06-2010.pdf](http://www.imas.at/images/imas-report/2010/06-2010.pdf)

Linz, April 2010

Letzter Zugriff: 20. November 2011

WELT Online: Brüssel und die Angst vor dem Islam

Unter:

[www.welt.de/politik/article5562044/Bruessel-und-die-Angst-vor-dem-Islam.html](http://www.welt.de/politik/article5562044/Bruessel-und-die-Angst-vor-dem-Islam.html)

Brüssel, am 17. Dezember 2009

Letzter Zugriff: 20. November 2011

ISLAM IN EUROPE: Belgium: Flemings afraid of Islam

Unter:

<http://islamineurope.blogspot.com/2009/01/belgium-flemings-afraid-of-islam.html>

Die Umfrage wurde durchgeführt von:

ISPO (Institute for Social and Political Opinion Research) im Auftrag der Katholischen Universität Leuven

Belgien, am 25. Jänner 2009

Letzter Zugriff: 20. November 2011

HUDSON NEW YORK: European Concerns over Muslim Immigration Go Mainstream

Unter:

[www.hudson-ny.org/2349/european-concerns-muslim-immigration](http://www.hudson-ny.org/2349/european-concerns-muslim-immigration)

Umfrage wurde durchgeführt vom niederländischen Meinungsforschungsinstitut Maurice de Hond

New York, am 15. August 2011

Letzter Zugriff: 21. November 2011

Hövermann, Andreas. Küpper, Beate. Zick, Andreas: Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report. Verlag: Friedrich – Ebert – Stiftung, Berlin. 2011

Unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/do/07908-20110311.pdf>

Letzter Zugriff: 20. November 2011

## **Wahlergebnisse – Links**

FPÖ - Österreich:

<http://www.wien-konkret.at/politik/nationalratswahl2006/>

Letzter Zugriff: 14. September 2011

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Austria/wahl08.html>

Letzter Zugriff: 14. September 2011

<http://wahl08.bmi.gv.at/>

Letzter Zugriff: 13. September 2011

<http://www.stadt-wien.at/politik/wahlen-in-oesterreich/landtags-und-gemeinderatswahl.html>

Letzter Zugriff: 12. September 2011

<http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/GR101.htm>

Letzter Zugriff: 13. September 2011

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/2006/End\\_Gesamt.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx)

Letzter Zugriff: 14. September 2011

<http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNr1945/>

Letzter Zugriff: 13. September 2011

#### VLAAMS BELANG :

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/wahl-belgien-flamen-wallonen>

Letzter Zugriff: 10. Oktober 2011

[http://www.ibzdqjp.fgov.be/result/nl/result\\_vt.php?date=2003-05-18&vt=CK&party\\_id=682](http://www.ibzdqjp.fgov.be/result/nl/result_vt.php?date=2003-05-18&vt=CK&party_id=682)

Letzter Zugriff: 10. Oktober 2011

<http://docs.vlaamsparlement.be/docs/biblio/brochures/brochures%20te%20verwijderen/deutch.pdf>

Letzter Zugriff: 10. Oktober 2011

[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_16775-1522-1-30.pdf?090611184156](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16775-1522-1-30.pdf?090611184156)

Letzter Zugriff: 10. Oktober 2011

#### PARTIJ VOOR DE VRIJHEID

[www.kiesraad.nl](http://www.kiesraad.nl)

Letzter Zugriff: 19. November 2011

Frankfurter Allgemeine Zeitung Online: Rechtsruck in den Niederlanden.

Unter:

[www.faz.net/aktuell/politik/ausland/parlamentswahl-rechtsruck-in-den-niederlanden-1572289.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/parlamentswahl-rechtsruck-in-den-niederlanden-1572289.html)

Frankfurt, am 10. Juni 2010

Letzter Zugriff: 15. November 2011

## **TV**

ORF 2 Sendung „Orientierung“

Unter:

Ausstrahlung am 17. Mai 2009, 12:30 Uhr (Wien)

Letzter Zugriff: 28. September 2011

ORF 2 Sendung „Report“

Wien, am 16. Jänner 2008, 21:05 Uhr

Letzter Zugriff: 27. September 2011

ORF 2 Sendung „Zeit im Bild 2“: Interview mit Dr. Peter Hajek

Ausstrahlung am 4. April 2008, 22:00 Uhr (Wien)

Letzter Zugriff: 21. November 2011

## 7. Abkürzungsverzeichnis

bzw.	beziehungsweise
CD & V	Christen – Democratisch en Vlaams
CDH	Centre Democrate Humaniste
ETA	Euskadi ta Askatasuna
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
IRA	Irish Republican Army
LIF	Liberales Forum
MR	Mouvement Reformateur
NV-A	Nieuw – Vlaamse Alliantie
NATO	North Atlantic Treaty Organization
SPA	Socialistische Partij Anders
USA	United States of America
VB	Vlaams Belang
VdU	Verband der Unabhängigen
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
Open VLD	Open Vlaamse Liberalen en Democraten
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PS	Parti Socialist
PVV	Partij voor de Vrijheid
PvdA	Partij van de Arbeid
RAF	Rote Armee Fraktion
SNS	Slovenská národná strana
SP	Socialistische Partij
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie

z.B.

zum Beispiel

## **8 .Lebenslauf**

Name: Roy Mark Rayal  
Adresse: Gebhardtgasse 10 -12/3  
1190, Wien  
Telefon: +43 699 17 222 3 17  
E-Mail: [markrayal@yahoo.de](mailto:markrayal@yahoo.de)  
Geboren am: 23.09.1982  
Geburtsort: Aleppo, Syrien  
Religionsbekenntnis: katholisch

## **Ausbildung**

- 1992 – 2000: Schottengymnasium, Freyung 6, 1010 Wien  
Abgeschlossen mit Matura
- 2001 – 2002: Studium des klassischen Gesangs und Schauspiel,  
Prayner Konservatorium, Mühlgasse 28, 1040 Wien
- Seit Okt. 2003: Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
- Seit Dez. 2010: MBA Fernstudium in General Management bei WWEDU

## **Berufserfahrung/Praktika**

- März – Oktober 2006: Praktikum bei CTBTO in den Vereinten Nationen in Wien
- Jänner 2006 – März 2008: freiberufliche Tätigkeit in der Marketingabteilung der Royal  
Trading Company
- Seit Juni 2011: berufliche Tätigkeit bei CTBTO in den Vereinten Nationen in Wien

## **Sprachen**

- Deutsch: Muttersprache
- Englisch: fließend
- Syrisch – Arabisch: Grundkenntnisse
- Russisch: Grundkenntnisse

## **9.Abstract**

Die Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Rechtspopulismus in der Europäischen Union, wobei ein Vergleich spezifischer Aspekte von den drei rechtspopulistischen Parteien Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Vlaams Belang und die niederländische Partei voor de Vrijheid (PVV) im Mittelpunkt steht. Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile; der erste setzt sich aus dem theoretischen Kontext zusammen und gibt Auskunft über die Bedeutung des Wortes Populismus, sowie die Merkmale, Ziele und Kennzeichen von rechtspopulistischen Parteien. Außerdem werden das Verhältnis von Populismus bzw. Rechtspopulismus und Demokratie sowie mögliche Ursachen für das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien in manchen Ländern der Europäischen Union geschildert. Im weiteren Verlauf des ersten Teils werden darüber hinaus die Begriffe und Merkmale des Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus erklärt und die Abgrenzung des Rechtspopulismus von diesen Ideologien durchgeführt.

Der zweite Teil steht ganz im Zeichen der Parteien FPÖ, Vlaams Belang sowie der PVV und besteht aus einem historischen Rückblick wie einer Darstellung der politischen Entwicklung jeder Partei in ihren Ländern in Form von Präsentationen der Wahlergebnisse, die den Erfolg und Misserfolg jeder Partei bei politischen Wahlen verdeutlichen sollen. Aus Gründen der Vollständigkeit wird außerdem kurz eine Beschreibung der politischen Systeme Österreichs, Belgiens und der Niederlande durchgenommen. Nach einer Beschreibung von allen drei Parteien sowie einem Verweis auf die in den jeweiligen Partei- und Wahlkampfprogrammen geäußerten Standpunkte, werden außerdem Aussagen und Standpunkte der Politiker von FPÖ, Vlaams Belang und PVV zitiert, die im Rahmen von Interviews und öffentlichen Veranstaltungen, wie z.B.: politische Reden bei Wahlkämpfen oder Debatten vor Wahlen getätigt wurden.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, einen Vergleich der Parteien FPÖ, Vlaams Belang und PVV hinsichtlich ihrer historischen und politischen Entwicklung und Etablierung in dem politischen System des jeweiligen Landes durchzuführen sowie die Frage nach dem Islam als neuem Feindbild oder Hauptfeind dieser Parteien zu beantworten. Außerdem wird die Frage geklärt, auf welche Art und Weise die Parteien in ihrer Rhetorik und in ihren Programmen den Islam als Feindbild instrumentalisieren.

Das Ergebnis der Arbeit zeigt, dass die Parteien FPÖ, Vlaams Belang wie PVV mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten im Hinblick auf ihre politische Entwicklung und Etablierung (z.B.: Regierungsbeteiligung) im politischen System ihrer Herkunftsländer trotz ähnlicher Ideologie vorweisen. Es stellt sich heraus, dass der Islam bei allen Parteien ein neues Feindbild, jedoch nur im Fall der PVV, den eigentlichen Hauptfeind darstellt. Gemeinsam haben alle Parteien, dass ihre politische Argumentation und Rhetorik hinsichtlich des Islam bewusst verallgemeinernd, simplifizierend und überaus provokativer Natur sind, was auch den typischen Merkmalen von rechtspopulistischen Parteien entspricht. Am Ende der Arbeit stellt sich außerdem heraus, dass die Instrumentalisierung des Islams als Feindbild den Rechtsparteien mehr Vorteile als Nachteile für ihren politischen Erfolg und Akzeptanz bei einem Teil der Gesellschaft sowie zur Verstärkung einer europaweiten Kooperation und Bildung von internationalen Allianzen gegen eine angebliche Islamisierung Europas bietet.











